# Die Großmächte und die Weltkrise

von R. Kjellén





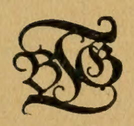
…r, Leipzig-Berlin



# Die Großmächte und die Weltkrise

Von

Dr. Rudolf Kjellén



Verlag und Druck von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin 1921

# Inhaltsverzeichnis.

# Vorwort.

Es ist natürlich ganz unmöglich, gerade jetzt eine Staatenbeschreibung von wirklich wissenschaftlicher Geltung zu geben. Dafür ist die Zeit selbst allzu aufgewühlt. Obwohl der Weltkrieg beendet ist, dauert die Weltkrise an; alles ist im Fluß, Völker wechseln ihre politische Stellung, Reiche und Regierungen verändern sich in einer Weise, wie es seit den Tagen Napoleons I. nicht geschah; und nur die Zukunft kann zeigen, ob der Versailler Kongreß von 1919 als ein neuer Wiener Kongreß den Untergrund festgelegt hat für ein Menschenalter. Sogar die politische Landkarte, die erste Voraussetzung für jede Erforschung der Verhältnisse, ist ja für wichtige Gebiete nicht einmal aufgezeichnet. Und dazu kommt noch, daß alle Quellen vergiftet sind durch Völkerhaß und Eigensucht.

Dagegen kann man doch auch innerhalb der Staatenforschung nicht immerfort stehenbleiben und hinstarren auf den Statusquo von 1913. Der Drang nach politischer Bildung, der niemals größer gewesen ist als jetzt, will sich in der Gegenwart zurechtfinden, und für Unterrichtszwecke ist eine Darstellung bis zum heutigen Tage unerläßlich. Deshalb hat der Verfasser sich dem Wunsche des Verlegers nicht länger entziehen wollen, ein politisches Handbuch auszuarbeiten über die gegenwärtige Lage der Großmachtspolitik und des Staatensystems.

Diesem Werke liegt das Buch „Die Großmächte der Gegenwart" zugrunde, das von 1914—18 in Deutschland 19 Auflagen erlebte. Doch sind es nur etwa zwei Drittel des neuen Buches, die auf dem alten beruhen, während das übrige Drittel (abgesehen von X, § 5) ganz neu ist. Die Umarbeitung bezieht sich also nur auf den früheren Teil, der dahin zielt, das alte System als Hintergrund für die folgende Krise zu zeichnen. Die Darstellung ist hier zusammengezogen — aus-

genommen die Literaturverzeichnisse, auf die vermehrte Sorgfalt verwendet ist — und wird durchgehends bestimmt von der Absicht, eine festere, logischere und systematischere Form zu erreichen; nur ein einziges Mal hat die tatsächliche Entwicklung eine Veränderung auch des Standpunktes bedingt.

Der spätere, kleinere Teil des Werkes enthält die Fortsetzung von 1913 bis zur Gegenwart. Er will also ein Wegweiser sein durch das Kräfteproblem des Weltkrieges bis zum Großmächtesystem danach, soweit dies schon festgestellt werden kann. Nach der Sachlage mußte die Darstellung — wie unten S. 200 näher begründet wird — hier bei einem Umriß bleiben; gerade dabei macht sich der vorausgeschickte Vorbehalt geltend. Es muß genügen, wenn es geglückt ist, einige Wesenszüge zu erfassen von einer Welt, die offenbar in der schnellen Wandelbarkeit revolutionärer Zeiten steht.

Für die Hauptarbeit an der Übersetzung des schwedischen Textes ins Deutsche bin ich Herrn Privatdozent Dr. phil. Walter A. Berendsohn, Hamburg, dankbar verbunden.

Uppsala, im Mai 1920.

**Rudolf Kjellén.**

# Einleitung.

Um die Zeit vor dem Ausbruch des Weltkrieges war unser Erdball aufgeteilt in etwa 50 politische Mächte oder Staaten. In diesem Kreis traten 8 als Großmächte in anerkannter Rang- und Machtstellung unter den übrigen hervor: eine Aristokratie und Oberklasse von Staaten mit schwankenden Grenzen und unbestimmten Vorrechten, aber mit tatsächlich bestimmendem Einfluß auf die politische Welt. Wie jede ursprüngliche Aristokratie war sie erstanden aus innerer Notwendigkeit, durch rein geschichtliche Vorgänge, unabhängig von den Regeln förmlicher Rechtsbildung. Die hohe Gesellschaft ergänzte sich in Wirklichkeit selbst durch Einladungen zur Zusammenarbeit bei großen Unternehmen. Wann eine solche Ergänzung geschehen sollte, das bestimmte einzig und allein die öffentliche Meinung der Welt — keine Macht hat im Grunde je ein anderes Recht auf den Adelsbrief der Geschichte gehabt als ihre eigene Kraft und ihren Willen zur Größe.

Schon ältere Zeiten haben erlebt, wie einzelne Staatsgebilde sich machtvoll über andere erhoben; nicht nur als schnell vergängliche Schöpfungen persönlichen Heldentums (Alexander, Karl der Große, Dschingis Khan, Napoleon I.), sondern auch in festerer Gestaltung (das alte Assyrien, das Perserreich, das römische Reich, das arabische Kalifat, das deutsche Kaiserreich des Mittelalters). Aber sie hatten stets das Bestreben, den ganzen Kulturkreis zu umfassen, weshalb sie gesetzmäßig nur nacheinander auftraten. Erst während der europäischen Renaissance begannen mehrere Mächte nebeneinander emporzusteigen: die Türkei auf der einen, Portugal und Spanien auf der andern Seite von Österreich, dem Erben des mittelalterlichen Kaiserreichs. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts ent-

steht eine Reihe neuer: Holland, Schweden, Frankreich. Die Zeit schreitet fort, alte Großmächte müssen ihre Rolle abgeben, neue treten auf die Bühne: England im Anfang, Preußen um die Mitte, Rußland gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Als die napoleonische Herrschaft — die letzte alter Form — zerbrochen war, bildeten die drei zuletzt genannten Mächte mit Frankreich und dem alten Österreich einen „europäischen Senat" (Heeren) mit selbsterteilter Vormundschaft über den Erdteil. Die neue Form war demnach fertig. Ihre Ausbildung von der Fünfherrschaft zur Achtherrschaft geschah dann während des letzten halben Jahrhunderts durch Aufnahme Italiens nach der Mitte des 19. Jahrhunderts sowie der Vereinigten Staaten und Japans um die Jahrhundertwende.

Rechnen wir mit der erneuerten Großmacht Österreich-Ungarn an Stelle des alten Österreichs, eine Verwandlung, die vor einem halben Jahrhundert stattfand, gleichzeitig mit Preußens Aufgehen in Deutschland, so erweist sich die Aufstellung der Großmächte von 1914 noch deutlicher als eine späte Erscheinung der Geschichte. Keine der acht Mächte reichte als Großmacht weiter zurück als bis zum Zeitalter des Absolutismus vor der Französischen Revolution. Aber zwei von den Großmächten jener Zeit (mit Preußen drei) sind in dieser Eigenschaft schon der Vergänglichkeit verfallen und die der Renaissance sind gänzlich ausgestorben. In dem europäischen Staatensystem zur Zeit des nahenden Weltkrieges sehen wir folglich fünf „abgedankte" Großmächte neben sechs lebenden; und diese ganze Verschiebung gehört den letzten vier Jahrhunderten an. Die außereuropäische Beteiligung gar ist nicht älter als unser eigenes junges Jahrhundert. Sie gab der politischen Lage das Kennzeichen völliger Neuartigkeit in der Weltgeschichte.

In der Tat entsprach der feudal-aristokratische Zug in der politischen Karte der Zeit zwei stark hervortretenden Eigentümlichkeiten ihres allgemeinen Wesens. Erstens der Zusammenballung in großen Unternehmungen: Großkaufmannschaft im Handel, Großbetriebe in der Industrie, Großreedereien in der Schiffahrt, Großkapital auf dem Geldmarkt, Truste auf dem Arbeitsmarkt; zweitens der Ausdehnung

des Arbeitsgebietes über unsern ganzen Planeten, was man „den planetarischen Zustand" genannt hat, d. h. der Ausbildung eines wirtschaftlichen und politischen Weltsystems von wachsender Zusammengehörigkeit und Interessengemeinschaft an Stelle der örtlichen Sondersysteme früherer Zeiten. In solcher Zeit mußte eine Kapitalisierung auch der politischen Macht über den ganzen Erdball sich ganz naturgemäß vollziehen. Und es war leicht zu verstehen, daß man in der ganzen Entwicklung ein Gesetz herrschen sah, „die großen Staaten werden immer größer, die kleinen immer kleiner — und weniger" (Salisbury 1899). Dies ist das Zeichen des Imperialismus, und die Erde, in die man ihn gepflanzt hat, ist ein überspannter Nationalismus.

Anderseits ging durch die Zeit eine allgemeine Strömung, die dieser ganzen Entwicklung zur Ungleichheit zwischen Großen und Kleinen stark entgegenwirkte. Es war die Demokratie mit ihrer Dreieinigkeit Individualismus, Kosmopolitismus und Pazifismus. Wie ein nagender Wurm saß sie in den Wurzeln des feudalen Weltbaumes. Diese Spannung gab dem politischen Antlitz der Zeit einen rätselvollen Zug (Martin Spahn) und ließ neue Wege der Entwicklung ahnen.

Jede wissenschaftliche Untersuchung staatlicher Daseinsformen muß genetisch sein. In dieser Betrachtungsweise sind auch Großmächte nicht nur geographische, statistische und politische Einzeltatsachen, sondern vor allem Formen des Lebens und von allen Lebensformen auf dieser Erde die mächtigsten. Wir haben Mächte durch natürliche Auswahl im Kampf ums Dasein entstehen und wachsen, wir haben Mächte auch welken und sterben sehen; sie stehen also teilweise unter den Gesetzen des Lebens und können demnach sogar zum Gegenstand biologischer Forschung gemacht werden. Aber so wenig sich der moderne Zoologe damit begnügt, die äußere Erscheinung der Tiere allein zu beobachten und zu beschreiben, so wenig kann der Staatswissenschafter bei Verfassungsform und Größe der Staaten verharren. Man fordert von ihm darüber hinaus Aufmerksamkeit

für die organische Einheit, das innere Wesen. Nur so ist Aufschluß zu erlangen über die Lebenskraft der verschiedenen Individuen und daraus dann über die größere oder geringere Notwendigkeit der Formen.

Ein Versuch in dieser Richtung wird hier betreffs der Großmächte um 1914 angestellt. Jede Macht wird dabei aufgefaßt als die politische Einheit von fünf Bestandteilen, je nachdem man sie vom geographischen, ethnischen, wirtschaftlichen, ökonomischen, sozialen und juristischen Standpunkt betrachtet; wir nennen diese fünf Seiten ihres Wesens Reich, Volk, Haushalt, Gesellschaft und Regierung. Von allen diesen Seiten soll das Wesen der Macht beleuchtet werden im Hinblick auf ihre mehr oder weniger harmonische Gestaltung. Im Verhältnis zu ihnen wird ihre äußere Politik als mehr oder weniger organisch aus den Verhältnissen selbst erwachsen hervortreten, im Guten wie im Schlechten. Dabei sind die subjektiven Bestandteile der Politik nicht zu übersehen: die Auffassung des Volkes von sich selbst und der Außenwelt, Maß und Macht der Gefühlskräfte, die Fähigkeit der handelnden Menschen, die Verhältnisse zu beurteilen und günstige Zustände auszunutzen. Hier läuft die Grenze der Wissenschaft, und die praktische Staatskunst beginnt. Aber die Staatskunst kann sich nicht allzuweit entfernen von den tatsächlichen Voraussetzungen, in denen der Vernunft und der Torheit der Staaten Grenzen gegeben sind. Die Wissenschaft leugnet nicht den freien Willen der Staaten, aber sieht in ihren dinglichen Verhältnissen einen umschließenden festen Rahmen, auf den sie mit einiger Sicherheit die Folgerungen bezüglich ihres Zustandes aufbaut.

Eine gleichförmige Behandlung der ungleichen Mächte ist hier nicht zu erwarten, da ihre Stärke oder Schwäche auf verschiedenen Dingen beruht, bei der einen auf Erzeugung und Handel, bei der andern auf den rein militärischen Machtmitteln, bei der dritten vielleicht auf den Bevölkerungsverhältnissen oder der Verfassung oder der gesellschaftlichen Schichtung. Die Behandlung muß daher mit dem Gegenstande wechseln. Noch weniger kommt es in Frage, pein-

lich genaue Beschreibungen zu liefern; das verbietet schon der sehr begrenzte Raum, es liegt auch nicht in der Art der Aufgabe, die weniger Rücksicht auf Einzelheiten als auf das Wesen verlangt, weniger auf die Reichhaltigkeit des Stoffes als auf den Zusammenhang und die verknüpfenden Gesichtspunkte. Wir streben hier in jedem Einzelfall danach, die Wesenszüge in einem impressionistischen Bild aufzufangen, ohne unnötige Sorgfalt auf den detaillierten Umriß, ohne allzuviel Rücksicht auf persönliche Zufälligkeiten, aber mit jenem Blick für das Wesentliche und Tatsächliche, der erforderlich ist, um zu einer Anschauung von der allgemeinen Machtlage eines jeden Staates und zur Urteilsfähigkeit über seine großpolitische Aufgabe zu kommen.

Hinter dieser rein beschreibenden Aufgabe liegt dann das tiefere Bestreben, den Bedingungen für die Blüte großer Staatsbildungen überhaupt nachzuspüren und damit zur Erkenntnis der besonderen Lebensform des Staates beizutragen.

Literatur: Ranke, Die großen Mächte, 1833; Heeren, Geschichte des europäischen Staatensystems, 1809; Max Lenz, Die großen Mächte, 1900 (Deutsche Rundschau); Schneider, Die großen Reiche der Vergangenheit und der Gegenwart, 1904; Marcks, Die imperialistische Idee der Gegenwart, 1911 (Männer und Zeiten); Rudorffer, Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart, 1914; Martin Spahn, Die Großmächte, 1918; Hashagen, Der Imperialismus als Begriff, 1919 (Weltwirtsch. Archiv).

# Erklärung der statistischen Übersichten.

Gebiet und Bevölkerung sind bezeichnet mit der Formel Mutterland : Kolonien, in Klammern hinter den Gesamtziffern (Millionen Quadratkilometer bzw. Menschen). Alle übrigen Ziffern betreffen das Mutterland allein. Die Volksvermehrung berücksichtigt den Durchschnitt des Jahrzehnts 1902—11. Nach dieser Entwicklung ist die Bevölkerungsmenge für den Anfang des Jahres 1914 berechnet, auf Grundlage der letzten amtlichen Statistik des betreffenden Landes. Der natürliche Zuwachs ist dargestellt unter der Formel Geburtenzahl : Todesfälle, berechnet aufs Tausend im Durchschnitt für die Jahre 1906—10. Derselbe Durchschnitt gilt für die Auswanderung in positiven Zahlen. Die Angabe für die Eisenbahnen enthält die Kilometerlänge von 1911. Der Handel ist der Spezialhandel (in Milliarden Kronen), ermittelt für die beiden Jahre 1910—11 nach der Formel Ausfuhr : Einfuhr. Die Handelsflotte (Schiffahrt) ist berechnet in Millionen Tonnen für 1911 nach ermittelter Tonnenzahl (1 Dampfschiffstonne = 3,6 Segelschiffstonnen) und unter Abrechnung der Fahrzeuge unter 50 Tonnen. Die Angaben für die Kriegsflotten umfassen die Tonnenzahl fertiger Schlachtschiffe und Panzerkreuzer, nicht über 20 Jahre alt, im Januar 1914. Die militärischen Ausgaben (in Kronen auf den Kopf) sind aufgestellt nach der Formel Heeresetat : Marineetat.

Die Quelle für die letztgenannte Berechnung ist der Nauticus 1913; für Heeresstärken, Staatsschulden (in Milliarden Kronen) und Eisenbahnen Hartlebens Statistisches Taschenbuch 1914, für Handel, Gebiet und Bevölkerung Hübner-Jurascheks Tabellen 1913, für die übrigen Bevölkerungsangaben und die Tonnenzahl der Handelsflotte das Stat. Årsbok für Sverige 1914.

# Das alte Großmachtsystem.

## I. Österreich-Ungarn.

### Die österreich-ungarische Monarchie.

**Gebiet 670,000; Bevölkerung 52,7; Jahresvermehrung 420,000; natürliches Wachstum 35 : 23,5 %; Auswanderung 265,000. Eisenbahnen etwa 45,000; Handel 4 (1,75 : 2,25); Handelsflotte 1,8 Millionen. Kriegsflotte 175,000; Friedensstärke 425,000; militärische Ausgaben ungefähr 10,5 (8 : 2,5). Staatsschuld 14, pro Kopf 277.**

**1. Aufstieg.** Die Großmacht Österreich-Ungarn geht auf das römische Kaiserreich zurück, und es ist noch nicht viel länger als ein halbes Jahrhundert her, daß sie sich von den italienischen Lasten befreit hat, die aus dieser Überlieferung stammten. Die alte römische Kaiserkrone, wieder aufgegriffen von Karl dem Großen im Jahre 800, wurde nämlich 962 endgültig mit seinem deutschen Erbteil verbunden. Ihr Träger wurde als solcher „Anwalt und weltliches Oberhaupt der Christenheit", im Range über allen andern Herrschern stehend. Das Reich war „die Monarchie" schlechthin, eine Großmacht der älteren, ausschließlichen Form: der Mutterstaat, aus dessen Schoß die Nationalstaaten, wie man mit mehr oder weniger Grund meinte, hervorgegangen wären. Zu Beginn der Neuzeit schien es, als ob die Kaiseridee wahrhaftig verwirklicht würde in einer habsburgischen Weltherrschaft. Nachdem das Schwert Gustav Adolfs und die Staatskunst Richelieus dies verhindert hatten, löste sich die Großmacht immer mehr in ein reines Scheingebilde auf und fiel endlich (1806) als leichtes Opfer der anstürmenden Französischen Revolution.

Inzwischen hatte sich im Schatten dieses „heiligen römischen Reiches" ein festerer Staatskörper entwickelt, fähig, das alte Reich zu überleben und seinen Kaisertitel — wenn auch ohne seine sonstigen

Überlieferungen — bis in unsere Zeit zu tragen. Sein geographischer Ausgangspunkt war der große Kreuzweg für Völkerwanderungen in der Wiener Ebene beim Zusammenfluß von Donau und March. Schon Karl der Große legte hier eine „Mark“ an, eine befestigte Grenze gegen die wilden Awaren. Otto der Große erneuerte sie gegen die Magyaren, und am Ende des 10. Jahrhunderts hören wir zum erstenmal den Namen Österreich. Es wuchs nun durch feudale Verbindungen, während die Magyaren sich beiderseits der Theiß festsetzten. Gegen die neue Türkengefahr schlossen Magyaren und Markdeutsche sich zusammen. Schon seit 1526 stand das verbundene Österreich-Ungarn als eine neue größere „Mark“ gegen die Türken, und erst in den achtziger Jahren des 17. Jahrhunderts wagte man es, die letzte „Militärgrenze“ gegen sie einzuziehen.

Europas wegen — als ein Bollwerk seiner Kultur gegen gefährliche Feinde im Osten — wurde also der österreichische Staat gegründet, und diese Eigenart hat er durch alle Zeiten bewahrt. Selten ist eine Staatsbildung in der Geschichte hervorgetreten mit so ausgeprägter politischer Mission. Solange Österreichs Herrscher die römische Kaiserkrone trug, sehen wir indessen gleichsam ein Schwanken zwischen dieser örtlichen Aufgabe, die volle Einstellung auf den Bewachungsdienst im Osten gebot, und den kaiserlichen Überlieferungen, die Anteilnahme und womöglich Vorherrschaft in Europa forderten. Noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (zu Metternichs Zeit) überwogen die letzten; die Monarchie hatte ihren einen Fuß tief im deutschen Bundesstaat, wohin die herrschende Nation gehörte. Der abschließende Zeitraum fällt zusammen mit der politischen Loslösung von Deutschland 1866. Damit war der Zwiespalt gelöst. Österreich war seither allein auf seine ursprünglichen Zwecke eingestellt, wenngleich die Verbindung mit Deutschland in völkerrechtlicher Form durch das Bündnis von 1879 erneuert wurde.

Aber diese Zwecke selbst hatten unterdessen ihre Farbe gewechselt. Die türkische Ausdehnungskraft war seit langem gebrochen, die Balkanhalbinsel bedrohte nicht mehr Europas Kultur; aber dafür hatte sich eine größere Gefahr im Osten erhoben, die slawische Groß-

macht. Gegen diese Gefahr deckte nun Österreich-Ungarn Mitteleuropa. Die Kampfstellung gegen Rußland war letzten Endes der wichtigste äußere Zug in seiner Gestalt; hierin hatte das Bündnis mit Deutschland seinen realpolitischen Sinn und Grund.

Europas Wacht im Osten und Puffer gegen niedere Kulturen zu sein, das machte die geschichtliche Eigenart und die politische Triebkraft der ältesten Großmacht aus. Daraus ergab sich auch, daß ihre Erhaltung eine gemeineuropäische Angelegenheit ersten Ranges war.

**2. Reich.** Österreich-Ungarns geschichtliche Aufgabe lag von vornherein eingeschlossen in der Übergangslage seines Gebietes zwischen Osten und Westen. Eine leichte Verschiebung des Reichskörpers vom Westen fort, wohin er ursprünglich ganz gehörte, hatte später diese Stellung äußerlich betont; so schon der Anschluß Galiziens und der Bukowina an Stelle des größeren Teils von Schlesien im 18. Jahrhundert, so der Gewinn Bosniens und der Herzegowina gegen den Verlust Venetiens während der letzten 50 Jahre. Dies war ein Angriff auf der Seite der slawischen Wacht und ergab eine Verstärkung des slawischen Einschlags im eigenen Reich auf Kosten des westeuropäischen, eine Veränderung, die dann der Monarchie ihren Platz im deutschen Staatssystem kostete. Anderseits trug diese Verschiebung einen geographischen Zusammenschluß in sich, indem sie noch mehr die Eigenart des Reiches als Donaustaat hervorhob. Der Fluß schlang sein Verkehrsnetz durch das Gebiet und verlieh ihm eine innere positive Einheitlichkeit neben der des bloßen Übergangslandes und trug zugleich mit seinem Lauf dazu bei, das Gesicht des Staates nach Osten und Süden zu wenden. Die einheimischen Geographen (Sieger) pflegten auch das Zusammenstreben der Kernländer — Ungarebene, das böhmische Massiv, Alpenländer — zum Mittelpunkte Wien hin zu betonen, als ein Zeichen des Zusammenschlusses und der Einheit.

Zum allgemeinen Bild des Gebietes kam dann ein negativer Zug seiner äußeren Gestalt: es hatte Berührung mit dem Weltmeer nur durch ein Stück Ufer der Adria. Österreich-Ungarn war von allen Großmächten die kontinentalste. Es stand an letzter Stelle, was die

Entwicklung zur Seemacht und Schiffahrt anbetraf. Es nahm unter den Großmächten auch eine Sonderstellung ein als einzige Macht ohne Kolonien. Keine überseeischen Besitzungen lenkten das Reich Habsburg ab von der örtlichen Aufgabe, die ihm durch geographische Lage und tausendjährige Geschichte zugewiesen war. Die Natur vereinigte sich mit der Geschichte, um Österreich-Ungarn zur Großmacht mit dem aufs engste begrenzten Ausblick zu machen.

Der schmale Zutritt zum Meere mußte auch hemmend auf die Handelsentwicklung wirken, die sonst die bevorzugte Lage im Hinblick auf die Levante ausnutzen durfte. Das wirtschaftliche Bild zeigte in der Tat zwei Gesichter: das eines Ackerbaustaates gegen Europa, eines Industriestaates gegen die Levante. Aber die Richtung der Handelsbeziehungen war, unter dem Einfluß kultureller Überlieferungen, entschieden westlich, mit einer Vorherrschaft Deutschlands auf dem Markte. Die Erzeugung stand im ganzen auf einer primitiveren Stufe als die der westlichen Länder; die Gewerbe ergänzten sich glücklich innerhalb der Grenzen der Doppelmonarchie (Böhmens Industrie gegen Ungarns Ackerbau), und das Reich näherte sich also als Gesamtheit dem Zustand wirtschaftlicher Selbstversorgung, den man mit einem Wort des Aristoteles Autarkie nennt. Hierin lag ein tieferer Grund für den mangelnden Ausdehnungstrieb, der sich in dem Fehlen eigentlicher Kolonien offenbarte.

Wir gehen zur Betrachtung der Umgrenzung des Gebietes über. Da ergibt sich, daß sogar die Donau von den Reichsgrenzen abgeschnitten wird bei Verengungen im oberen (Passau) und unteren Lauf (Eisernes Tor). Dieser Vorzug der Paßgrenze vor der Wasserscheide ist keine Ausnahme, er wiederholt sich auf allen Seiten, so daß die Grenzprovinzen des Reiches regelmäßig fremden Flußsystemen angehören: Galizien dem der Weichsel und des Dnjestrs, die Bukowina dem des Pruth und des Sereth, Siebenbürgen teilweise dem des Alt, Tirol dem der Etsch und des Inn, Böhmen dem der Elbe, Schlesien dem der Oder. Die Großmacht saß also tatsächlich auf den Quellen der Flüsse anderer Großmächte (Rußlands, Deutschlands, Italiens). Dadurch erhielten die Randprovinzen von Anbeginn ein selbständi-

geres Gepräge, als für den inneren und äußeren Zusammenhalt nützlich war. Im Nordwesten wirkten die böhmischen Randgebirge und im Südosten die transsilvanischen Alpen dem Zug der Flüsse entgegen; aber um so stärker trat die Unnatürlichkeit der Grenze im Osten hervor, wo Galizien, der Rand der russischen Ebene, wie ein Säckchen auf dem Reichsrücken außerhalb der natürlichen Karpathengrenze lag. Ein wunder Punkt war weiter die Tiroler Grenze gegen Italien, die die alte Völkerstraße des Etschtales abschnitt; mag sein, daß sich dort eine zweite Verkehrsprovinz bildete (Sieger). Auch die Adriagrenze gegen Italien hatte keinerlei Halt in der Natur. Und gerade im Süden strebte das Gebiet der Morawa natürlicherweise zur Donau und zog die Blicke der Monarchie hinaus über die politische Grenze.

Wir stellen hier künstliche Züge in der Gebietsgestaltung fest. Zur geringen Ausdehnung der Seegrenze kommt als neuer Mangel die Schwäche der Umgrenzung. Dies tat der geographischen Gestalt, die dem Donaureich auf Grund von Lage und Raum zukam, wesentlichen Abbruch. Österreich-Ungarn zeigte sich als die Großmacht mit der schwächsten Umgrenzung.

3. **Volk.** Die praktische Wirkung der schlechten Reichsgrenzen war unmittelbar und greifbar. Wie abgesonderte Quellgebiete den äußeren Rahmen des Landes bildeten, so Bruchstücke anderer Völker die Bewohnerschaft der Randprovinzen. Wir sehen diese fremden Völkerschaften im ganzen Umkreis der Grenze: in Galizien und der Bukowina 5 Millionen Polen und 4 Millionen Ruthenen (Kleinrussen), in Bukowina-Siebenbürgen $3^1/_4$ Millionen Rumänen, an der Balkangrenze $5^1/_2$ Millionen serbischen Stammes, im Küstenland und in Tirol 0,8 Millionen Italiener, außer ihnen schließlich auf der ganzen Westseite (und dazu in einer Unzahl Sprachinseln, die über das ganze Gebiet verstreut sind) 12 Millionen Deutsche. In seiner Übergangsstellung zwischen den ausgeprägten Rassewelten — der germanischen, romanischen und slawischen — hatte die Monarchie also wie die Schweiz größeren oder kleineren Anteil an ihnen allen.

Aber wo war denn das eigene Volk der Großmacht? Wir finden innerhalb der Grenzen, ohne Anhängsel oder größere fremde Stämme mitzuzählen, nicht ein, sondern drei Völker: 10 Millionen Magyaren in der Mitte, im Nordwesten davon 8½ Millionen Tschechen, auf der böhmischen Nationalkarte von Deutschen umrahmt wie das Gelbe vom Weißen bei einem Spiegelei, im Südwesten endlich 1⅓ Millionen Slowenen, welche die Deutschen von der Adria abschließen.

Anstatt eines Volkes und einer Sprache wies diese Karte also neun selbständige Völker auf, wozu acht kleinere kamen (Abarten ungerechnet). Eine solche Mischung ist ja nicht ohne Gegenstück, Rußland und die Vereinigten Staaten beherbergen noch mehr Völker in ihren Grenzen; ganz eigentümlich war aber für Österreich-Ungarn, daß ihm sogar die sekundäre Einheit eines natürlich vorherrschenden Bevölkerungsteiles fehlte. Die Deutschen hatten die kulturelle Überlegenheit, aber ihnen fehlte die Selbständigkeit gerade gegenüber der deutschen Großmacht jenseits der Grenze, außerdem machten sie nicht einmal ¼ der einheimischen Bevölkerung aus. Die Magyaren hatten die mittlere Lage und die volle Selbständigkeit, aber ihnen schien es an Kulturkraft und zahlenmäßiger Überlegenheit zu fehlen. Die Slawen endlich, als Einheit betrachtet, hatten den Vorrang der Zahl, da sie fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachten, aber ihnen fehlte der Vorrang der Kultur, außerdem waren sie innerlich aufgelöst in mehrere räumlich weit getrennte Gruppen und Völker. Hier gab es keine Hilfe, der Monarchie fehlte ein anziehender nationaler Kern, wie ihn die Großrussen in der russischen und die Angelsachsen in der amerikanischen Großmacht haben. Wir sehen ein Bild unvergleichlicher Verwirrung.

Die Hindeutungen der Landkarte auf die von den Reichsgrenzen abgeschnittenen Flußstümpfe erhielten hierdurch verstärkte und vertiefte, den Gesamtausblick beherrschende Bedeutung. Das Ganze ist anzusehen als eine in die Breite gezogene westeuropäische Mitte (Italiener — Deutsche — Magyaren — Rumänen) zwischen zwei slawischen Flügeln (Ruthenen — Polen — Tschechen im Norden,

Serben — Slowenen im Süden). Vom allgemeinen Kulturstandpunkt bedeutet es, daß Österreich-Ungarn zwei slawische Arme, die gegen Europas Herz ausgestreckt waren, abgekoppelt und unter seine Staatsoberhoheit genommen hat. Für die Großmacht selbst hatte es zur Folge, daß sie sich ein eigenes Persönlichkeitsziel innerhalb der allgemeinen Kulturaufgabe versagte. Ihr fehlte eine Volksseele.

Damit aber ragte diese Macht als reiner Anachronismus in eine Zeit hinein, die auch für die Staatenbildung die Persönlichkeitsidee aufgedeckt hat. Das ist nämlich der Inhalt des neuzeitlichen Nationalitätsprinzips, daß es staatliches Dasein für jede Nation und nationale Grundlage für jeden Staat fordert. Wie eine tertiäre Tierform mitten in der Tierwelt der Gegenwart, blieb die Großmacht Österreich-Ungarn unter den modernen Nationalstaaten zurück als ein Überbleibsel einer früheren Entwicklungsstufe, des mittelalterlichen Territorialstaates.

Diese Herausforderung der Staatsidee unserer Zeit mußte sich an der Großmacht selbst rächen. Es war nicht anders zu erwarten, als daß das Nationalitätsprinzip sein Recht einzuklagen suchte, sobald es einmal erwacht war. Hier, wo der Staat mehrere Nationen umfaßte, mußte das Prinzip als Zentrifugalkraft wirken: die ungleichen Völkergebiete wollen sich von der Staatseinheit und voneinander lösen. Es ist dasselbe Problem, das den Untergang der Türkei und die Entstehung der Kleinstaaten auf dem Balkan herbeigeführt hat.

Reine Loslösungsbestrebungen liegen selbstverständlich da am nächsten, wo die Völker Anziehungspunkte außerhalb der Grenze in nationalen Reichen haben (Irredentismus). Das war nicht der Fall bei den Völkern Galiziens, denen auch außerhalb Österreichs staatliche Eigenart fehlen würde; die Loslösung hätte für sie nur einen Austausch der österreichischen mit der noch weniger wünschenswerten russischen Oberhoheit bedeutet. Bei den Polen und Ruthenen war daher am wenigsten von solchen Gedanken bemerkbar. Hingegen waren die Vorbedingungen für den Irredentismus offenbar an den andern Grenzen vorhanden, wo Rumänien, Serbien-Montenegro, Italien und Deutschland auf ihre abgetrennten Brüder warteten.

Immer stärker zeigten sich auch solche Bewegungen auf der rumänischen und noch mehr auf der serbischen Seite, besonders nach dem Balkankrieg 1912—13, der das Ansehen der Nationalstaaten hob; die serbische Frage stand im Vordergrund der österreichischen Außenpolitik und ist dort näher zu betrachten (S. 21). Gleich schwierig erwies sich die italienische Frage; hier entstand ja einmal gerade die Urform der Irredenta; aber ihre Gefahr dämpften praktische Gründe (Triests Vorteil, Haupthafen Österreichs statt einer unter vielen Italiens zu sein) und sogar politische, seit Österreich-Ungarn und Italien im Dreibund mit Deutschland waren (1882).

Die Hauptfrage war indessen das Verhalten der österreichischen Deutschen zu den Reichsdeutschen. Daß sie übrigblieben beim Zusammenschluß des Deutschen Reiches, beruhte zunächst auf der Notwendigkeit, dem neuen Staat ein festes Gerippe in Preußen zu geben und folglich den süddeutschen Einschlag nicht zu stark zu machen. Die Deutschen Österreichs dagegen fanden ihre besonderen Interessen besser gewahrt unter eigener Staatshoheit als im Wettbewerb mit anderen Deutschen; sie richteten sich also 1867 auf die Vorherrschaft in der zisleithanischen Reichshälfte ein — wie die Magyaren in der andern — und bildeten in ihrer „Verfassungspartei" die stärkste Stütze des österreichischen Staatsgedankens. Diese Haltung änderte sich indessen nach dem Berliner Kongreß 1878; indem sie sich der Besetzung Bosniens widersetzten, riefen sie einen Bruch mit dem Monarchen hervor. Gleichzeitig verloren sie die Mehrheit im Reichsrat. Als ihr politisches Erstgeburtsrecht so fortgefallen war, hätten sie sich, könnte man meinen, dem alldeutschen Nationalgedanken zugeneigt. Aber „deutschradikale" Strömungen dieser Richtung haben keine Tiefe gewonnen; man sagte sich stets, daß es besser sei, „sieben Nationen zu führen als ein Hinterland der Hohenzollern zu bilden", und daß also „jede deutsche Irredenta eine Flucht vom Posten ist" (Springer). Jenseits der Grenze war die Haltung auch durchaus korrekt; die Nationalidee war hier offenbar befriedigt durch das politische Bündnis.

Im ganzen schien es also nicht nötig, dem Irredentismus allzu

große Bedeutung für die Monarchie zuzuschreiben. Dafür entschädigte sich die Nationalitätsidee innerhalb des Reiches selbst.

Hier begegnet uns zunächst der nahezu tausendjährige Sprachenkampf zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen, in der Tat das hervorragendste Merkmal im Ringen zwischen Germanen und Slawen. Die Tschechen haben auch mehr als einmal (1848, 1867, 1901) die panslawischen Leidenschaften zu ihrer Hilfe aufgerufen. Sie wollten Zusammenhalt und „Gleichberechtigung" mit den Deutschen, d. h. die obligatorische Anwendung ihrer Sondersprache in der Verwaltung an der Seite der deutschen Weltsprache („Badenis Gesetze" 1897); die Deutschen wieder wollten „Einsprachigkeit" durch Aussonderung aus der Gemeinschaft und Unterstellung unter verschiedene Verwaltung (ein Deutsch-Böhmen), um dadurch der Erdrückung durch die Mehrheit zu entgehen. Nicht weniger erbittert war der Nationalitätenstreit zwischen Polen und Ruthenen in Galizien. Die ersteren, die hier die Rolle der Oberklasse spielten, hatten lange ihre geringe zahlenmäßige Übermacht rücksichtslos ausgenutzt im Sinne einer Alleinherrschaft im Landtag und in der Verwaltung; die Ruthenen forderten nun nationale Autonomie in ihrem geographischen Gebiet und volle Gleichstellung in der Verwaltung. Der dritte Hauptstreit bestand zwischen Magyaren und Kroaten in Ungarn. Die letzteren, nicht zufrieden mit ihrer weitgehenden Selbstverwaltung von 1868, wollten volle Selbständigkeit und Wiedervereinigung mit Dalmatien im österreichischen Verband. Neben ihnen wirkten auch Rumänen und Slowaken (eine Tschechenabart) stark gegen die zielbewußte Unterdrückungspolitik der Magyaren. Endlich waren die Deutschen in kleinere Kämpfe verwickelt mit den Slowenen in Kärnten-Steiermark und mit den Italienern in Tirol. So erschienen diese Kronländer politisch wie Käfige mit kämpfenden wilden Tieren (Schüßler). Nehmen wir hinzu, daß das Verhältnis zwischen den Hauptvölkern selbst, Deutschen und Magyaren, voll starker Spannung und Eifersucht war, erträglich nur durch den gemeinsamen Gegensatz gegen die Slawen, so kann man wohl sagen, daß die Verletzung der Nationalitätsidee sich hier in Wahrheit schwer gerächt hat.

Empfing so Österreich-Ungarns Gemeinwesen seine Kennzeichen von diesen nationalen Querschichten, fehlten doch zusammenfassende und versöhnende Längsschichten nicht ganz. So mußte der internationale Charakter der Sozialdemokratie verbindend wirken. Nichts kann das abnorme Staatsdasein der Monarchie klarer zeigen als die Tatsache, daß der starke parlamentarische Fortschritt des Sozialismus als ein Gewinn für den Staat zu bezeichnen war! In Ungarn und Galizien durchkreuzten Agrarinteressen in gewissem Maße die nationalen Gegensätze, indem sie die Bauern beiderseits der Nationalgrenze verbanden. Die römisch-katholische Kirche vereinigte $^2/_3$ der ganzen Bevölkerung in kirchlichem Zusammenhang; sie eignete sich besonders dazu, die Anziehungskraft der griechisch-orthodoxen Serben auf die Kroaten im Reiche zu schwächen. Anderseits verschärfte derselbe Unterschied des Bekenntnisses den Gegensatz zwischen Ruthenen und Polen. Die Papstkirche selbst stand in einem Kulturkampf, der einen Keim der Zersplitterung sogar in die deutsche Nation trug (klerikale und liberale Richtung). Eine heftige antisemitische Hetze in gewissen österreichischen Kreisen (Lueger), die sich besonders gegen Ungarn richtete, vervollständigte die allgemeine Zerrissenheit im Reich.

4. **Verfassungsprobleme.** Das Nationalitätsprinzip ist ein Kind desselben Jahrhunderts, das die repräsentative Staatsform als Bürgschaft politischer Freiheit schuf. Wo Gesellschaft und Nation einander decken, eignet sich dies System dazu, die bürgerliche Zusammengehörigkeit zu vertiefen. Aber wo die Gesellschaft nationale Gegensätze birgt, da wird ihnen durch die Selbstverwaltung geradezu Anlaß gegeben, die staatliche Arbeit zu erschweren. Das war in Österreich-Ungarn der Fall, als es das Repräsentationsprinzip annahm, ohne seine Voraussetzung im Nationalitätsprinzip zu erfüllen. Die natürliche Wirkung war, daß der Kampf der Nationen sich in Verfassungskämpfen und parlamentarischem Zwist spiegelte, der in Österreich einen bedenklichen Weltrekord erreichte. Der Streit ging auf zwei Feldern vor sich: der der Kronländer in den Landtagen, der des Reiches im Reichsrat. Die Methode war in beiden Fällen „Obstruk-

tion"; diese Anomalie entwickelte sich hier fast zu einer Rechtsform mit der Bedeutung eines nationalen Vetos. In den Kronländern mit gemischter Bevölkerung schien es durchaus zur Ausnahme zu gehören, daß der Landtag arbeitsfähig war, und der deutsch-tschechische Streit brachte sogar einmal die parlamentarische Reichsmaschine dazu, fünf Jahre lang (1897—1902) so gut wie still zu stehen.

Es gibt ein Wort, das Österreich-Ungarns Not zusammenfaßt: „Ausgleich". Ursprünglich auf gewisse wiederkehrende Abmachungen zwischen Österreich und Ungarn zielend, war es allmählich die dauernde Losung der inneren Politik beider Länder geworden. In der Tat war die Aufgabe der Monarchie keine andere und geringere als die des Weltstaates selbst im Kleinen: die Aufgabe, verschiedene und ihrer Verschiedenheit tief bewußte Menschenrassen in einer höheren politischen Einheit zusammenzufassen. An ihrer Lösung arbeiteten nun die österreichischen Staatsmänner mit dem immer klarer werdenden Gefühl, daß es für ihren Staat auf Tod und Leben ging.

Als die Repräsentationsform 1861 zuerst eingeführt wurde, bestand die Absicht, die ganze Monarchie in einer verfassungsmäßigen Einheit mit einem gemeinsamen Reichstag zu sammeln. Dies war nicht durchzuführen wegen der Obstruktion der Magyaren und Tschechen, und 1867 erfolgte eine erste Lockerung der Einheit in der Form des Dualismus mit Ungarn: „ein rechtliches Unding" (Springer), da es ja keinen Schiedsrichter gab, aber politisch brauchbar infolge Ungarns Überlegenheit über Österreich auf Grund seines stärkeren Zusammenhaltes als Reich, Gesellschaft und Regiment — in Wirklichkeit wurde die Monarchie ein Ungarn-Österreich oder Groß-Ungarn (Schüßler). Fortgesetzte tschechische Obstruktion veranlaßte die Regierung 1871, eine Erweiterung zu planen mit Böhmen-Mähren als dritten im Bunde; aber der Plan mußte aufgegeben werden infolge des Widerstandes der Deutschen, weil eine böhmische „home rule" diese in die gleiche Lage versetzt hätte wie eine irische Ulsters Protestanten. Ein deutscher Vorschlag von 1882, statt dessen Galizien abzusondern — wodurch die Deutschen der polnischen Teilhaberschaft im Reichsrat ledig geworden wären —, war aus gleichem

Anlaß an sich totgeboren. Noch ein „Trialismus" bot sich durch Loslösung der Südslawen in einem Königreich „Illyrien", bestehend aus Kroatien, Dalmatien und Bosnien. Das soll der Plan des Thronfolgers Franz Ferdinand gewesen sein (Gonnard 1913), der aber die serbische Gefahr vermehrte (ebenso Südlands Vorschlag 1918 einer kroatischen Einheit in der Form eines Reichslandes, mit Bewahrung des Dualismus).

Eine Entwicklung des Dualismus in Richtung auf einen vielseitigeren Föderalismus der Kronländer (vgl. auch Winterstettens „Quadralismus" 1914 von Alt-Österreich, Galizien, Ungarn und Südslawien) erschien also praktisch ausgeschlossen im Hinblick auf die nationalen Minderheiten oder Irredentisten. Aber warum denn nicht diese Kronländer aufgeben und die Nationen selbst, d. h. die Sprachgebiete als Grundformen und Teilhaber in den Bund aufnehmen (Auerbach)? Dies wurde das dem Plan „Verländerung" entgegengesetzte Programm der „Vereinigten Staaten von Groß-Österreich", und es fehlte auch nicht an Ausführungsvorschlägen (8 Staaten des Tschechen Palacky 1848, 16 des Rumänen Popovici 1906, 15 nur für den zisleithanischen Teil des Deutschen Charmatz 1904). Leider waren die Sprachgrenzen mancherorts schwankend, ineinander verflochten oder geographisch unmöglich — die Ausführung der Nationalitätsidee war nicht nur nach der Karte, sondern auch in Wirklichkeit noch nicht möglich.

So behielt die Monarchie bis zuletzt ihre dualistische Verfassung. Man kam nicht mehr zu Reformen, außer daß man die Abstimmungslisten in den Mischländern nach dem „Personalitätsprinzip" (Springer 1902) verdoppelte und die Anzahl der Plätze für jede Nationalität im Reichsrat festlegte; so sollte der nationale Zwist wenigstens aus dem Wahlkampf ausgeschieden werden. Das ist der Grundgedanke in der Verfassung für die österreichische Reichshälfte von 1907; und indem man sie auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts aufbaute, versuchte man zugleich ein soziales Gegengift gegen den nationalen Partikularismus. Aber selbst diese Reform erfüllte nicht die Hoffnungen. Freytags Wahlkarten für 1907 und 1911 zeigen mit

ihren 28 verschiedenen Parteinamen wiederum das Bild einer parlamentarischen Zersplitterung ohnegleichen; und die Auseinandersetzungen im Hause verbesserten sich wenig. Man hatte die Reibungsfläche verkleinert, aber die Reibung nicht aufgehoben.

Jenseits der Leitha begegnet uns ein normaleres parlamentarisches Bild infolge der festen und überwältigenden Übermacht der Magyaren, ein Verhältnis, das Ungarn mehr als alles andere zur Vorherrschaft in der Union bestimmte und die wirkliche Führung der 9 Nationen in die Hand einer einzigen legte, die noch nicht 20% der Gesamtbevölkerung erreichte. Das aber beruhte wiederum auf dem undemokratischsten Wahlrecht Europas. Hier gab es also Stoff für eine Wahlrechtsfrage, die durch die Scheinreform 1913 von einer Lösung weit entfernt blieb. Das war die einzige Schwäche in Ungarns Stellung gegenüber Österreich in letzter Zeit.

Wir sehen hier einen Wettkampf von höherem geschichtlichen Rang, der zu den übrigen Leiden der Monarchie hinzukommt. Ungarn ist durch die herrische Art und die politische Begabung der Magyaren als der männliche Teil in dieser Verbindung zu bezeichnen. Nicht zufrieden mit der rechtlichen Gleichstellung und der politischen Vormacht — „zwei Drittel Rechte gegen ein Drittel Pflichten", Charmatz 1909—, strebte es danach, die schwachen Fäden des Bundes zu lösen, besonders die Gemeinschaft der Reichsarmee unter deutscher Befehlssprache. Es kam zur Krise, als eine „Unabhängigkeitspartei" (Franz Kossuth) 1905 mit diesem Programm die parlamentarische Mehrheit erhielt und dadurch nach festem Brauch den Anspruch auf die Ministersessel. Durch kräftige unparlamentarische Eingriffe (1906 und 1910) vermochte doch die Krone — mit der Stimmrechtsfrage als Trumpf — zuletzt einen neuen modus vivendi unter dem Dualismus zu schaffen.

Eine wirkliche Gefahr der Auflösung lag eigentlich nicht vor. Sie stand den eigenen Interessen der Teilnehmer allzu offensichtlich entgegen. Schon Österreichs Gebietsform mit den lang ausgestreckten Krebsscheren Galizien und Dalmatien war ungereimt ohne Ungarns Füllung. Aber auch Ungarn mit seiner allzuwenig diffe-

renzierten Wirtschaft und ohne Anschluß ans Meer war auf eigenen Füßen schlecht denkbar. Die Parteien ergänzten sich sowohl wirtschaftlich als Industrie- bzw. Agrarstaat (s. S. 10), wie sie einander politisch brauchten, insofern sie unter dem gleichen Druck Rußlands standen. Man hat sie daher nicht ohne Grund verglichen mit den siamesischen Zwillingen, die nicht voneinander getrennt werden konnten ohne Gefahr für beider Leben (Szell 1902).

Aber unter diesen Umständen blieb zuletzt die Krone der einzig lebendige Ausdruck für die Einheit der Großmacht und neben der Auslandsvertretung der einzige einigermaßen feste Punkt in einer Welt von Zwiespalt und Kampf. Zwei Menschenalter treuer und geduldiger Pflichterfüllung hatten um sie in der Person Kaiser Franz Josefs in den Herzen der Untertanen einen Schatz von Verehrung angesammelt, der nicht leicht zu verspielen war; und dahinter stand die ehrwürdigste geschichtliche Überlieferung und der stolzeste Name. So war das habsburgische Geschlecht zuletzt, nach innen wie nach außen, die stärkste Bürgschaft für des Reiches Bestand gegenüber den gefährlichen Kräften, die an seinen Wurzeln nagten.

**5. Auswärtige Politik.** Kein Staat ist frei von inneren Gegensätzen, und das ist an sich kein Unglück; darin kann sogar ein Ansporn zu nationaler Sammlung und Kraft liegen. Eine Großmacht kann auch ohne Schwierigkeit ein Irland ertragen wie England, ja selbst drei wie das kaiserliche Deutschland (Polen, Elsaß, Schleswig). Anders liegt die Sache, wenn lauter Irlande die Großmacht bilden, wie es nahezu der Fall in Österreich-Ungarn war. Das brachte für seine Staatsmänner „einen Rattenkönig von Problemen" (Lamprecht) mit sich, aber sie betrafen überwiegend die innere Verbindung und Selbsterhaltung und ließen wenig Zeit und Kraft übrig für selbständige auswärtige Aufgaben. Daß nun eine Großmachtsentwicklung auf die Dauer nicht möglich ist, wenn der Bestand des Reiches eine schwer lösbare und beständig drängende Aufgabe ist, ist klar; man hinkt nicht zum Preis beim Wettlauf. So unterbanden die inneren Nationalitätskämpfe die Kraftquellen der Großmacht und hemmten ihre Handlungsfreiheit. Die Zurückhaltung in der Weltpolitik

war also nicht nur in dem Mangel ausreichender Meeresküste, sondern als logische Notwendigkeit in dem überlebten inneren Bau des Staates begründet.

Seitdem der Berliner Kongreß Bosnien und die Herzegowina Österreich-Ungarns Verantwortung überlassen hatte, gewöhnte man sich daran, Mazedonien (mit Saloniki) als Interessensphäre dieser Großmacht und als ihr vorbehaltenes Erbteil in der türkischen Hinterlassenschaft anzusehen: eine Verschiebung der Ausdehnungsrichtung von der Apennin- zur Balkanhalbinsel. Man schien dazu um so mehr Anlaß zu haben, als der Kongreß Österreich-Ungarn gleichzeitig das Recht gab, Novibazar militärisch zu besetzen und verkehrstechnisch mit sich zu verbinden. Indessen baute man die Eisenbahn durch Bosnien-Herzegowina nur schmalspurig, und als der Kaiser 1908 „sein Oberhoheitsrecht erweiterte" über diese Landschaft, zog er gleichzeitig die Besatzung aus Novibazar zurück. Diese Enthaltsamkeit wiederholte sich während der Balkankrise 1912—13, als Österreich-Ungarn, ohne einen Finger zu rühren, zusah, wie ganz Mazedonien zwischen den Kleinstaaten der Halbinsel verteilt wurde. Die Gelegenheit konnte nicht günstiger sein, sich eine Zukunftshypothek auf den Weg nach Saloniki zu sichern; es handelte sich um die einzige Aussicht auf Wachstum; daß Österreich-Ungarn sie in Untätigkeit verlor, beruhte teils — wie wir nun wissen — auf Rücksicht gegen Italien und auf den Weltfrieden, scheint aber jedenfalls ein abschließender Beweis dafür zu sein, daß es nicht das Kraftgefühl und den Ausdehnungstrieb in sich spürte, die zum Wesen einer Großmacht gehören.

Wenn also die Monarchie wirklich Absichten auf Mazedonien gehegt hat, so wurde sie durch die innere und äußere Entwicklung gezwungen, sie zu verbergen. Ihre Balkanpolitik zeigt sich nun als reine Verteidigung gegen die serbische Gefahr. Indem sie (im Einverständnis mit Italien, s. S. 32) Albanien als selbständigen Staat zwischen die Serben und das Adriatische Meer schob, schützte sie ziemlich ihren eigenen freien Weg zum Meere. Das konnte jedoch Serbien nicht hindern, nun den Landzusammenhang mit dem Bruderstaat

Montenegro zu erreichen und mit ihm zusammen einen Volkszuwachs von 3,2 auf nahezu 5 Millionen zu erzielen, was eine vermehrte Anziehungskraft auf die serbischen Teile innerhalb Österreich-Ungarns Grenzen bedeutete.

Immerhin kann dies als ein ungleiches Spiel erscheinen, und der Betrachter wird sich zuerst einer gewissen Verwunderung nicht entziehen können über die auffallende Besorgnis der Großmacht gegenüber dem herangewachsenen kleinen Nachbarn. Aber das Spiel wurde ausgeglichen und erhielt seinen ernsten Hintergrund durch Rußlands Haltung. Serbien war Rußlands Schützling und Handlanger an Österreich-Ungarns Südgrenze, während Rußland selbst auf die Grenze im Osten drückte (Galizien). Dadurch wächst die serbische Frage zu weltgeschichtlicher Bedeutung. Darüber steht das Fernbild Europa gegen Rußland. Hier ist die verwundbarste Stelle, in der Österreich berufen war, seine geschichtliche Sendung gegen den Slawismus zu erfüllen.

Das Verhältnis zu Rußland ist also das Entscheidende in Österreich-Ungarns außenpolitischer Rechnung. Solange Rußland seine Zukunft in Konstantinopel suchte, war keine Versöhnung möglich. Der Weg dorthin konnte nicht an Wien vorbeigehen; schon auf Grund des Selbsterhaltungstriebes Österreich-Ungarns nicht, da es nicht zusehen durfte, wie seine Flanke umgangen wurde und sein mächtiger Feind an einer neuen Front erschien. Nachdem die Maske der Entente (1897—1908) gefallen war, die die Nebenbuhler Seite an Seite gestellt hatte als Bürgen für den Balkanfrieden, wurde die Frage brennend und zur beständigen Gefahr für den Frieden der ganzen Welt.

In dieser offenen Gefahr hatte Österreich-Ungarn seine nächste und einzige Stütze in Deutschlands „Nibelungentreue". Ein volles Menschenalter hindurch war das Bündnis mit dem jüngeren Gefährten der feste Punkt seiner Auslandspolitik, und die Prüfungen der letzten Jahre hatten den Bund zu einem Block gehärtet, den man wohl die stärkste Tatsächlichkeit in den politischen Verhältnissen Europas nennen konnte. In Deutschlands Orientpolitik bildete nämlich

das einheitliche und zugehörige Österreich-Ungarn ein unentbehrliches Glied. War Österreich-Ungarns Dasein ein gemeineuropäisches Interesse, so war es ganz besonders ein deutsches. Hier lag eine wirkliche Bürgschaft für den Bestand der Monarchie. Der Bund mit Deutschland war mehr als ein Bündnis, es war eine Lebensversicherung — wenn nicht für die Großmacht, so doch für den Staat.

Dagegen war das Verhältnis zu dem dritten im Bunde fast anzusehen als ein Schleier, gebreitet über gefährliche Gegensätze, und zwar nicht weniger auf dem Balkan als in der Irredenta. Man hat gesagt, daß Österreich-Ungarn und Italien entweder Verbündete oder Feinde sein müßten. Dazu ist zu bemerken, daß sogar das deutsche Bündnis Gegner in Österreich hatte; vor allem bei den Tschechen, die sich in ihrem wilden Deutschenhaß nicht einmal vor dem phantastischen Gedanken scheuten, Böhmen zum „Dritten im Bunde" mit Rußland und Frankreich zu machen.

So erschwerte der Nationalitätsstreit auch unmittelbar die diplomatischen Verbindungen des Staates. Diese innerpolitische Kernfrage beherrschte auch die Auslandspolitik und verurteilte sie ein- für allemal zu einer dem Großmachtsleben fremden Untätigkeit.

Bei einem Rückblick auf die Großmacht Österreich-Ungarn vor der Krise lag es nahe, sie als den zweiten „kranken Mann" des Erdteils zu bezeichnen, leidend an denselben dauernden chronischen inneren Übeln, die schon die fast völlige Auflösung der europäischen Türkei herbeigeführt hatten.

Gibt es für solche Leiden eine Heilung? Die Patrioten in der Monarchie sahen mit größerer oder geringerer Hoffnung einem Tag entgegen, da die zügellosen Nationen gleich den verschiedenen Bekenntnissen im Deutschen Reich einen modus vivendi gefunden haben würden, unter der Macht eines Nationalitätenrechts, das sie zähmen würde zu getreuen Gliedern des Gemeinwesens. Vielleicht erwarteten sie vom Kriege, was der Frieden anscheinend nicht bescheren wollte. Aber eins war für den außenstehenden Zuschauer unter allen Umständen klar: im auserwählten Kreis der Großmächte gab es keine

Zukunft für einen Staat, der auf Grund einer geschichtlichen Überlieferung, einer großpolitischen Notwendigkeit und einer wirtschaftlichen Gemeinschaft sein Dasein führte, aber des einzig Nötigen ermangelte — einer nationalen Persönlichkeit.

Literatur: Sieger, Die geographischen Grundlagen der österreichisch-ungarischen Monarchie, 1915, und Der österreichische Staatsgedanke und das deutsche Volk, 1916 (Zeitschrift für Politik); Springer (Karl Renner), Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie, 1906, und Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat, 1902; Auerbach, Les races et les nationalités en Autriche-Hongrie, 1898; Samassa, Der Völkerstreit im Habsburgerstaat, 1910; Herrnritt, Die österreichische Parlamentsreform, 1907 (Archiv des öffentlichen Rechts); A. v. Blaskovich, Die Grundprobleme der Monarchie, 1909 (Das Neue Europa); Charmatz, Die Probleme und die Zukunft Österreich-Ungarns, 1909 (Zeitschrift für Politik), und Geschichte der auswärtigen Politik Österreichs, II, 1914; Tezner, Das staatsrechtliche und politische Problem der österreichisch-ungarischen Monarchie, 1913 (Archiv des öffentlichen Rechts); Schüßler, Das Verfassungsproblem im Habsburgerreich, 1918; Seton Watson, The Southern Slav Question and the Habsb. Monarchy, 1911; Südland, Die südslawische Frage, 1918; Gonnard, Le trialisme, 1912–13 (Revue politique et parlamentaire); v. Winterstetten, Berlin–Bagdad, neue Ziele mitteleuropäischer Politik 1914; Steed, The Habsb. Monarchy, 1914; Sosnosky, Die Politik im Habsburgerreich, 1912; Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns, 1920; Österreichische Rundschau, herausgegeben von Chlumecky; Neue Freie Presse.

# II. Italien.

## Regno d'Italia.

Gebiet 1,9 (0,29 : 1,6). Bevölkerung fast 37 (35,3 : 1,4); jährliche Vermehrung 220,000; natürliches Wachstum 32,4 : 21; Auswanderung 400,000. Eisenbahnen über 17,000; Handel 3,9 (1,5 : 2,4); Handelsflotte 2,8. Kriegsflotte 240,000; Heer über 300,000; militärische Ausgaben 13,5 (8,4 : 5,1). Staatsschuld 10,5, pro Kopf 300.

**1. Aufstieg.** Von der ältesten gegenwärtigen europäischen Großmacht wendet sich die Betrachtung nun der jüngsten zu. Sehen wir auf Vorfahren und Überlieferungen, so ist die jüngste Großmacht älter als irgendeine andere; denn über ihr ruht der Glanz des römi-

schen Namens, Mittelmeerreichs und Kaisertums („la prima Italia" vor der „seconda" des mittelalterlichen Papsttums und der gegenwärtigen „terza"). Hier hatten Italien und Österreich in der Tat ihren gemeinsamen geistigen Ursprung. Lange hatten sie auch zusammengehört zur erneuerten Kaiserkrone, als zwei Pfeiler des mittelalterlichen Kaiserreichs. Zuletzt noch standen sie wieder Schulter an Schulter als Mächte des Dreibunds. Aber diese Gemeinsamkeit hatte niemals Liebe erzeugt, und es gab Zeiten, wo der deutsche Name der Österreicher („tedeschi") den Italienern der verhaßteste war.

Dieser Name bezeichnete nämlich für die Söhne Italiens den Mangel an allen drei Gütern, welche die heutigen Völker am höchsten schätzen: nationale Freiheit, nationale Einheit und politische Freiheit. Österreichs Hand lag noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts, unmittelbar oder mittelbar, schwer auf der Apenninhalbinsel. Gegen Österreich mußte sich also in erster Linie das Befreiungs- und Einigungswerk richten. Die heutige italienische Großmacht ist geradezu von der alten österreichischen losgelöst.

Der Weg ging durch die Freundschaft Frankreichs, die durch Anschluß an seine Politik während des Krimkrieges gewonnen wurde. Der erste Lohn war ein Platz für Sardinien am grünen Tisch in Versailles 1856. Aber es bedurfte noch großer Anstrengungen, ehe Viktor Emanuel I. sich 1861 die italienische Krone aufs Haupt setzen konnte, und erst nach einem weiteren Jahrzehnt war das Gebiet völlig unter der Krone vereint (Venetien 1866, der Kirchenstaat 1870); da wurde Italien als sechste Großmacht auf der Londoner Konferenz 1871 eingeführt.

Zwei Züge in diesem Einigungswerk fesseln von Anfang an unsere Aufmerksamkeit. Zuerst und vor allem: es wird nicht mit eigener Kraft durchgeführt. Das Programm „Italia farà da se" scheiterte 1849; das heutige Italien hat starke Helfer in Anspruch nehmen müssen, Frankreich für den Eckstein, Deutschland für die Schlußsteine seines Baues. Italiens Weg zur Großmacht ist über eigene Niederlagen und Siege seiner Verbündeten gegangen. Diese Entstehung gibt der neuen Großmacht ein Zeichen der Schwäche von Ge-

burt an. Zum andern: Die Einigung des Staates führte eine tiefe Spaltung zwischen Staat und Kirche herbei. Sie war um keinen anderen Preis zu haben, da der Staat, um seine geschichtliche Hauptstadt zu bekommen, die weltlichen Besitzungen des Heiligen Stuhls säkularisieren mußte. Seither wirkte die ganze kirchliche Phalanx, doppelt stark in einem so erzkatholischen Land, bewußt und tatkräftig dem nationalen Staatsleben entgegen. Das war für die Staatsmacht eine Fessel am Fuß von Anfang an (die „römische Frage").

**2. Reich und Volk.** „Italien ist fertig, aber nicht die Italiener" (Mazzimo d'Azeglio 1866). Es fragt sich, ob diese Diagnose nicht noch heute der Wahrheit entspricht, nachdem das Volk mehr als 50 Jahre Zeit gehabt hat, in die Staatseinheit hineinzuwachsen, welche die Gunst der Verhältnisse ihm schenkte.

Italien ist fertig. Die äußere Einheit auf geographischer und völkischer Grundlage ist weiter durchgeführt als in den meisten Staaten. Das Gebiet hat ja in den Alpen und dem Meer den Vorteil der natürlichsten Grenzen. Wir finden in der Umgrenzung vor dem Kriege nur zwei auffallend schwache Punkte, dort nämlich, wo die Grenzlinie die Täler der Etsch und des Tessin schneidet. Hier öffneten sich natürliche Wege ins Land hinein — heute gekennzeichnet durch die großen internationalen Eisenbahnlinien über den Brennerpaß (1867) und durch den St. Gotthard (1882) — hier hatte sich auch die italienische Nation über das österreichische Trentino und das schweizerische Tessino ausgedehnt. Dies waren also übriggebliebene Lücken in der äußeren nationalen Einheit. Das gleiche war der Fall an den Treffpunkten der Festlandsgrenzen mit dem Meere (das österreichische Litorale, das französische Nizza) sowie in den Grenzmeeren (das französische Korsika, das englische Malta). Aber diese ganze „Italia irredenta" umfaßte höchstens $1^2/_3$ Millionen Menschen, nicht 5% des Stammes in Europa. Die innere Einheit der Nation war sogar so groß, daß die Zahl der Nichtitaliener unter 1% blieb.

Das erste große Auftreten des Nationalitätsprinzips als einigender Macht hatte also zu einem Ergebnis geführt, das man wohl glänzend nennen kann. Sogar die Forderung geographischer Individuali-

tät erfüllte das neue Italien in seltener Weise. Es war ein wirklicher Nationalstaat im natürlichen Rahmen, eine selbständig lebende Persönlichkeit im eigenen Haus, in voller und tiefer Übereinstimmung mit der Staatsidee unserer Zeit. Hierin liegt ein grundlegender Gegensatz und ein entschiedener Vorzug gegenüber der Donaugroßmacht.

Fragen wir aber nach besonderen Großmachtsbedingungen auf der Apenninhalbinsel, so erfolgt die Antwort zögernder. Zwei bedeutungsvolle Vorteile hat die Natur jedoch dem Staate als Mitgift geschenkt: Lage und Meerumschlossenheit. Auf der Lage gründete sich im Altertum Roms politische, auf der Meerumschlossenheit im Mittelalter Venedigs wirtschaftliche Mittelmeerherrschaft. Italien ist der große Hafendamm des Mittelmeeres, in der Mitte zwischen Gibraltar, dem Bosporus und Suez, und an seiner Küste entlang führt das levantinische Meer am tiefsten hinein zum Herzen Europas. Hier liegt Italiens Kulturaufgabe als Vermittler zwischen Europa und der Levante deutlich vorgezeichnet: ein Gegenstück zu Österreich-Ungarns entsprechender Aufgabe auf dem Festlandswege. Als die Türkei in der Renaissancezeit den Riegel zwischen dem Osten und dem Westen zurückzog, ging die alte Handelsmacht (Venedig, Genua, Pisa) zugrunde; aber ungefähr gleichzeitig mit der Erfüllung des italienischen Einigungswerkes kehrte die Gunst der Verhältnisse zurück in der Durchschneidung der Landenge von Suez für Schiffe und der der Alpen für die Eisenbahn. Italien hatte also nunmehr seine Vorzugsstellung wiedererlangt. Ihre Ausnutzung wurde ermöglicht durch die vorteilhafte Meeresgrenze, die drei Viertel der Gesamtgrenze ausmacht. Verbunden mit der langgestreckten schmalen Gestalt, gibt dies dem Land eine Meerumschlossenheit, die mit der Englands wetteifert. Damit steht es in scharfem Gegensatze zur Gestalt Österreich-Ungarns. Darin ist eine weitere große Überlegenheit begründet, wie schon aus der Statistik über Schiffahrt und Seemacht zu erkennen ist. Es bedeutet freilich zugleich den Mangel an Handlungsfreiheit gegenüber der Macht, die das Meer beherrscht.

Die Natur hat Italien also die gleiche Entwicklungsgrundlage

angewiesen wie England: den Handel. Hierin liegen in Wirklichkeit seine Aussichten als Großmacht beschlossen, da man nicht umhin kann, seine Gebietsgrundlage als zu schmal für solche Stellung anzusehen. Es überrascht indessen danach, die Handelsentwicklung selbst recht bescheiden, nicht größer als die Österreich-Ungarns, zu finden. Dies mag an der kurzen Zeit liegen, die Italien bisher gehabt hat, um den Vorsprung anderer Mächte einzuholen — in der Tat ist die Entwicklung während der beiden letzten Jahrzehnte schneller gegangen als die irgendeiner anderen europäischen Macht, doppelt so schnell als die Österreich-Ungarns. Aber wir erkennen auch tieferliegende Ursachen. Wir können nicht umhin, dies Zurückbleiben auf dem Weltmarkt in Zusammenhang zu setzen mit einer schwachen heimischen Erzeugung, die wiederum abhängt von der Armut des Landes an Steinkohlen und Erzen. Ferner kommen gewisse ungünstige Eigenschaften der Küste selbst in Frage (Armut an Häfen, Malaria). Verglichen mit den Verhältnissen Englands, liegt darin eine große Schwäche, die der reichliche Zufluß von Wasserkraft in Norditalien nicht aufzuwiegen vermag, und ein weiterer Anlaß zur unmittelbaren Abhängigkeit von England.

Aber es gibt noch eine andere Ursache für Italiens Rückständigkeit in wirtschaftlicher Hinsicht. Die „Italiener sind noch nicht fertig" in der Gesellschaft und im Regiment.

**3. Gesellschaft und Regiment.** Italien ist „das klassische Land der Auswanderung, ein großes Ausfuhrland für Arbeitskräfte" (F r e s c u r a). Die Statistik bezeugt, daß kein Land eine größere Auswanderungsziffer aufweist. Gewisse Landesteile (Kalabrien) werden allmählich geradezu entvölkert wie Irland. Das ist zweifellos ein ernstes Zeichen nationaler Erkrankung.

Italiens Krankheit ist die soziale Frage, und zwar ist sie hier vor allem eine agrarische. Die Ursache des Übels ist die Verteilung des Bodens: im Süden zu große Güter (latifundia) mit allen Nachteilen des Pachtsystems, im Norden dagegen zu kleine Landlose, die ihre Besitzer zwingen, Nebenerwerb zu suchen. Hinzu kommen die großen Steuerlasten, die das Einigungswerk und die Großmachtstellung mit

sich gebracht haben, und die häufigen natürlichen Heimsuchungen durch Erdbeben und Wolkenbrüche, die das Los des Landmanns erschweren. Gegen solche Umstände helfen Fleiß und Anspruchslosigkeit der unteren Bevölkerung wenig. Der Ackerbau ist nicht länger ein festigendes Bindemittel, sondern im Gegenteil ein Herd der Unruhe, eine Pflanzschule für syndikalistische Unzufriedenheit und eine Gefahr für den inneren Frieden. Dieser Zustand des Muttergewerbes hat die Entfaltung des Erwerbslebens auch auf anderen Gebieten gehemmt. Italien braucht deshalb die Goldströme sehr, die jährlich von Reisenden und Auswanderern hereinfließen.

Im neuen Jahrhundert hat sich jedoch viel geändert in diesem betrübenden Bild. „In den letzten 30 Jahren", äußerte Giolitti 1908, „ist das Land um 100 Jahre vorwärts gekommen", und scharfe ausländische Beobachter haben das vielleicht anzweifelbare Zeugnis des Staatsmannes über den wirtschaftlichen Aufschwung bekräftigt. Der blühende Zustand der Staatsfinanzen — der den Tripoliskrieg ohne neue Anleihe zu führen erlaubte — kann kaum auf Rechnung einer gewandten Politik allein kommen. Sicher ist Italien auf gutem Wege, in eine gesundere Gesellschaftsordnung hineinzuwachsen.

Dagegen ist es zweifelhafter, wann dies Volk „fertig" wird auf dem Gebiet des Staatslebens. Jahrhundertelange politische Zerrissenheit kommt nämlich nicht so leicht aus den Geistern heraus, besonders nicht in einem Land, dessen Längenausdehnung über Hunderte von Meilen von Anfang an Gegensätze der Gefühls- und Denkart auch innerhalb der Nation schafft. Langandauernde Mißregierung hatte ferner der Bevölkerung, besonders im Süden, Mißtrauen gegen den Staatsgedanken selbst eingeflößt: man war dahin gekommen, den Staat als einen natürlichen Feind anzusehen, gegen den man keinen andern Schutz wußte als heimliche Vereinigungen („camorra", „maffia"). Das neue Italien trat also in die Welt hinaus mit der primären Aufgabe, das Volk mit der Staatsidee an sich zu versöhnen; eine weitere Belastung neben dem gespannten Verhältnis zur Kirche. Es war deshalb kein glücklicher Umstand, daß das parlamentarische Regierungssystem nach dem Durchbruch

des Radikalismus 1876 eingeführt wurde, während sich der Schwerpunkt gleichzeitig nach Süden verschob. Dadurch wurde das öffentliche Leben in bedenklicher Weise überhandnehmenden Sonderinteressen untergeordnet. Etwas anderes war kaum zu erwarten in einem Staate, dem sowohl Englands feste Rechtsordnung als auch Frankreichs starke Verwaltung fehlt, und in dem der Mangel des politischen Lebens an ideellen Gegensätzen zugleich die Entstehung wirklicher Reichsparteien verhindert hat. Das Ergebnis war eine Kammer, die in politischer Entartung wenig hinter der österreichischen zurückblieb, aber viel gefährlicher für den Staat war, weil sie größere Macht besaß. Die stark anwachsende Sozialdemokratie war auch hier als die staatstreueste Partei insofern anzusehen, als sie weniger als die übrigen Gruppen nur eigene Ziele verfolgte.

Selbst in diese Verwirrung brachte die Entwicklung jedoch einen Lichtblick hinein. Die beginnende Teilnahme des Klerikalismus am parlamentarischen Leben 1904 war ein Weckruf zu festerer Parteibildung, und von der Einführung des allgemeinen Stimmrechts 1912 erwartete man eine heilsame Verschiebung zugunsten des Ansehens der Krone. Inzwischen hat die äußere Politik des Staates den Gefühlen der Nation so geschmeichelt, daß es dem Staate selbst zugute kommen mußte in Gestalt vermehrter Staatstreue im Innern.

**4. Auswärtige Politik.** Die romantische Anlage der italienischen Nation und ihr leicht erregbarer Ehrgeiz, dazu ihre Begabung für diplomatische Kunst bestimmen sie zu einer starken auswärtigen Politik. Die Verhältnisse richteten die Sehnsucht der Nation zuerst auf die Erfüllung des Einigungswerkes; sie schlug sich nieder im Irredentaprogramm, als Italien 1878 mit leeren Händen aus Berlin gehen mußte, während der Erbfeind Bosnien erhielt. Gleichzeitig entwickelte sich aus Lage, Gestalt und alten Überlieferungen des Landes ein Mittelmeerprogramm, das zunächst auf Tunis gerichtet war als auf „eine Art Verlängerung von Sizilien" (Fiamingo). Es hatte in Berlin nicht an Hinweisen darauf von seiten anderer Mächte gefehlt. Mit diesen beiden Segeln steuerte das neue Italien in das Fahrwasser der großen Politik.

Da geschah das, was für zwei Jahrzehnte die Richtung der italienischen Politik bestimmte: Frankreich pflückte 1881 die ausersehene Frucht vor Italiens Tür, als „natürliches Anhängsel Algiers". Das bedeutete nicht nur den Verlust einer nationalen Hoffnung, sondern zugleich eine starke nationale Gefahr. Schon vorher von dem lateinischen Bruder von Toulon und Korsika aus seitlich bedroht, würde Italien bald Bisertas Kanonenschlünde gegen seinen Fuß gerichtet fühlen. Der Nachbar hatte damit einen strategischen Aufmarsch vollendet, der um so überlegener war, als Italien mit seiner Hauptbahn längs der Küste besonders empfindlich im westlichen Mittelmeer liegt. Während sich der politische Himmel so verfinsterte, schrumpften die Hoffnungen auf Handelsmacht ein, besonders da England durch Erwerb Zyperns (in Berlin) und das danach folgende Unternehmen gegen Ägypten eine übermächtige Stellung im östlichen Mittelmeere erlangte.

Das waren die Voraussetzungen für Italiens Eintritt in den Dreibund 1882. Er geschah nicht aus innerem Trieb, sondern aus politischer Not, aus einem starken Gefühl der Vereinsamung heraus. Italien fand, was es suchte, eine Stütze sowohl für Verteidigungs- als auch für Angriffszwecke. Die Spannung mit Frankreich führte 1888 zu einem zehnjährigen Zollkriege, der eine schwere innere Krisis brachte, da der Nachbar bis dahin den italienischen Markt beherrscht hatte. Die Absicht Frankreichs war, „Italien durch den Hunger zurückzuerobern" (Billot); aber dieses konnte nunmehr eine Verschiebung seiner Handelspolitik nach der Seite seiner Verbündeten vornehmen. Das Bündnis gab die Kraft zu einer ganz neuen wirtschaftlichen Organisation, so daß man das ganze heutige Italien als „ein Werk Deutschlands" bezeichnet hat (Fiamingo). Zugleich eröffnete sich die Aussicht auf einen Ersatz für das „Irredenta"programm, das zurückgestellt, und für das Mittelmeerprogramm, das der Zukunft überlassen wurde: ein drittes, das reine Kolonialprogramm, ohne alle nationale oder geographische Begründung.

Gemäß diesem Programm erntete man die Kolonie am Roten Meer und die übrigen Besitzungen im östlichen Afrika. Aber als man

die Hand nach einem wirklichen Wert ausstreckte, nach Abessinien, erfolgte eine schmähliche Niederlage (Adua 1896). Auch glückte es Italien nicht, einen Anteil bei der großen chinesischen Verteilung um die Jahrhundertwende zu erlangen. Da hielt es die Zeit für gekommen, zum Mittelmeerprogramm zurückzukehren auf dem einzigen scheinbar dorthin führenden Weg: durch Verständigung mit Frankreich. Nun begannen „die Extratouren“ (Bülow 1902), die seine Bundestreue in sehr zweifelhaftes Licht rückten. Der Lohn kam endlich gerade im Jubeljahr 1911 — zur 50-Jahrfeier des neuen Reiches — in Gestalt von Tripolitanien und der Cyrenaika: „Libyen“, das nordafrikanische Küstenland zwischen Frankreichs Tunesien und Englands Ägypten.

Italiens Anspruch ist gleichsam von Tunis auf Libyen herabgesunken; letzteres war die einzig noch übrige Zuflucht, wenn es überhaupt als Mittelmeermacht außerhalb der Heimat Geltung haben wollte. Der Eroberungszug nach Tripolis löste auch Wallungen des Nationalstolzes aus, die dem ausländischen Zuschauer kaum im rechten Verhältnis zum sachlichen Wert der Beute zu stehen schienen. Unter der Herrschaft dieses Nationalstolzes hat sich Italien sogar Ansprüche auf das türkische Asien zu verschaffen gewußt (Besetzung von Rhodus 1912, Adalia-Bahn-Konzession 1913). Und schließlich hat es zuletzt auch (zwar nur in der Form einer mit Österreich-Ungarn geteilten Schutzherrschaft) eine Interessensphäre im neuen Albanien erworben (1913), wohin alte venetianische Hoheitsrechte nicht weniger als der geopolitische Drang nach einem sichtbaren Gegenüber (vgl. Tunis) seinen Blick längst gerichtet hatten. Dies ist das besondere „mare nostro“-Programm, im Rahmen des allgemeinen Mittelmeerprogramms und im geographischen Zusammenhang mit der Irredenta.

So segelte Italien auf seinem Großmachtsschiff in die Weltkrise mit vier Segeln hinein. Je nach dem Winde hatte es das eine oder das andere aufgesetzt. Es war ein stark belastetes expansives Staatsgebilde von gleicher Art, wie wir es später in größerem Maßstab im „heiligen Rußland“ wiederfinden werden.

Wenn man das moderne Italien beim Kriegsausbruch betrachtet, so muß man den nationalen Willen zum Leben und zur Größe, dem sich nicht einmal die Sozialisten, Pazifisten und Klerikalen im Lande zu entziehen vermochten, bewundern. Dieser Wille trat besonders gegenüber Österreichs erstarrender Alterserscheinung deutlich zutage. Aber man darf auch nicht übersehen, wie sehr dieser Wille auf das Äußere gerichtet war: wir erblicken einen Baum, der mehr nach stolzer Ausbreitung seiner Äste als nach Vertiefung seiner Wurzeln strebte (Ruedorffer).

Diese unorganische Überspannung der Kräfte nach außen bildet den Kernpunkt in der Diagnose der siebenten Großmacht und den Schatten über ihrer Prognose. Gleichwie sie bei ihrer Entstehung all die heiligsten Güter der Nation — Selbständigkeit, Einheit, Selbstverwaltung — auf einmal erstrebte, ohne die Reifezeit abzuwarten, hatte sie die Großmachtstellung ausbauen und ihre Früchte einheimsen wollen, ehe durch innere Festigung der Grund dafür gelegt war. Dadurch sind die Großmachtsbestrebungen, statt wie die Blume am Gewächs des Staates hervorzutreiben, zuweilen ein Hindernis für sein Wachstum geworden, indem sie Kräfte und Opfer für sich verlangt haben, die sonst dem Staate selbst zugute gekommen wären.

Italien wird mit unabweislicher Notwendigkeit zur Sammlung auf die inneren Pflichten gedrängt, zum Kampf gegen Versumpfung und Malaria nicht nur in der Natur, sondern auch im Gemeinwesen: Versöhnung der sozialen Gegensätze, Abhilfe für die agrarischen Mißstände, Ausgleich und Linderung der Steuerlasten, Reinigung des parlamentarischen Augiasstalls. Der Fortschritt auf diesem Gebiet ist wahrlich groß gewesen, aber man hüte sich vor einer allzu häufigen Täuschung: nicht mit sich selbst in der Vergangenheit, sondern mit ihrer Umgebung in der Gegenwart haben Großmächte und Staaten den Kampf ums Dasein auszufechten. Auf dieser Wage wiegt Italien nicht schwer. Es zeigt ein entschiedenes Vorwärtsschreiten, und seine europäische Bahn führt unverkennbar aufwärts; aber im planetarischen Wettbewerb erscheint sein Ausmaß klein und das Dach niedrig.

Literatur: Cinquanti anni di storia Italiana, Jubiläumsschrift I–II, 1911; Pingaud, L'Italie depuis 1870, 1918; Die Memoiren Crispis, 1912; P. D. Fischer, Italien und die Italiener, 1901; Michels, Über einige Grundzüge des modernen Italien, 1915 (Weltw. Archiv); Claar, Italien, der päpstliche Stuhl und die Lösung der römischen Frage, 1916 (Zeitschrift für Politik); Th. Fischer, Die Bilanz des italienischen Irredentismus, 1910 (ebd.); Rühl, Die Grundlagen des italienischen Imperialismus, 1917; Mayr, Der italienische Irredentismus, 1916; Frescura, I moderni problemi dell' emigrazione Italiana, 1907; Fiamingo, Les raisons économiques de la politique etrangère de l'Italie 1907 (Rev. polit. et parlam.); Lowell, Government and parties, Abt. Italy, 1896; Michels, L'imperialismo Italiano, 1914 (vgl. Archiv für Sozialwissenschaften 1912); Dauzat, L'expansion italienne, 1914; Billot, La France et l'Italie, 1905; Singer, Geschichte des Dreibunds, 1914; Hettner, Italiens Eintritt in den Krieg, 1915 (Geographische Zeitschrift); Wallace, Greater Italy, 1917; Hildebrandt, Der italienische Imperialismus und sein Ende, 1918 (Deutsche Rundschau).

# III. Frankreich.

## République Française.

Gebiet 8,5 (0,54 : 7,9). Bevölkerung über 88 (39,7 : 48,5); Vermehrung 64,000; Zuwachs 19,9 : 19,2. Eisenbahnen 50,000; Handel 8,3 (3,8 : 4,5); Schiffahrt 3,93. Flotte über 500,000; Heer über 600,000; Ausgaben 26 (16,8 : 9,2). Staatsschuld 23, pro Kopf 580.

**1. Aufstieg.** Die älteste Großmacht beim Ausbruch der Krise nächst der alten habsburgischen Kaisermacht war Frankreich. Von Chlodwig vor 14 Jahrhunderten gegründet, kam es durch den Sieg der Jungfrau von Orleans über die Engländer in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts zum nationalen Selbstbewußtsein und durch Ludwigs XI. Sieg über den Lehnsadel in der zweiten Hälfte des gleichen Jahrhunderts zur staatlichen Sammlung. Frankreich war also vier Jahrhunderte vor Italien und Deutschland „fertig“.

Lange Zeit hat unser Staatensystem seine bestimmenden Züge gerade von dem Wettkampf zwischen der ersten und der zweiten Großmacht bekommen. Frankreich vor allem zerstörte Habsburgs Hoffnung auf die Universalmonarchie. Hierbei gewann es selbst end-

gültig die Großmachtstellung im Westfälischen Frieden (1648). Aber dafür wurde auch Österreich Englands beständiger Verbündeter, wenn es später galt, das europäische Gleichgewicht gegen Frankreichs Übermacht zu wahren: zuerst zur Zeit Ludwigs XIV., dann zur Zeit Napoleons I. Während des Zwiespaltes zwischen Österreich und Frankreich gelang es schließlich auch Italien, seinen Großmachtstraum an ihrer Seite zu verwirklichen, eine Tatsache, die natürlich an sich schwächend auf die beiden alten Gegner einwirken mußte.

In einem starken Wechsel von Fortschritt und Rückgang, Flut und Ebbe liegt Frankreichs neuere Geschichte vor uns, aber stets hat es auf der ersten Bank im Rat der Staaten gesessen. Als das Staatensystem sich zu einem Weltsystem erweiterte, nahm auch Frankreich teil an der geographischen Erforschung und der politischen Kolonisation. Die atlantische Küste erzeugte dann ein rein überseeisches Reich, mit Eckpfeilern in Nordamerika und Vorderindien. Das geschah während der mächtigen Entwicklung in Europa im letzten Teil des 17. Jahrhunderts. Dieses erste große Kolonialreich konnte im Wettkampf mit England nicht bestehen; es erlag im wesentlichen mit dem ancien régime vor Beginn des 19. Jahrhunderts. Aber in der Verbindung mit der Türkei (seit dem 16. Jahrhundert) und in der anerkannten Stellung als Beschützer der Christen in den mohammedanischen Ländern lag der Keim zu einem neuen Reich auf einer inneren Linie im Gesichtskreis des Mittelmeeres. Der Aufbau begann während der Restauration (Algier 1830), wurde fortgesetzt in der dritten Republik in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts (Hinterindien), und wurde besonders gefördert durch das Bündnis mit Rußland 1891 (1894), das Frankreich das Selbstvertrauen wiedergab, indem es seine Stellung in Europa sicherte. Nun setzte eine gewaltige Ausdehnung ein, deren Ergebnis wir in einem einheitlichen afrikanischen Riesenreich unter der Herrschaft der Trikolore sehen. Das ist eine gewaltige Machtentfaltung, der Fläche nach größer als irgendeine vorhergehende in der langen und stolzen Geschichte Frankreichs.

Der Zuschauer befindet sich also nicht mehr am Außenrande der

Staatenwelt. Er sieht eine Großmachtsform höherer Ordnung als die bisher geprüften, eine Weltmacht vor sich.

**2. Reich.** Frankreich erfreut sich einer wirklichen „personnalité géographique" (Vidal de la Blache), eines ausgesucht mannigfaltigen und harmonischen Gleichgewichts in seiner physischen Gestalt, desgleichen eines natürlichen Netzes von Verkehrsverbindungen, wie es sich in Europa nur in Rußland wiederfindet. Wir sehen ein Gebiet mit großen Möglichkeiten, seine Bevölkerung mit ihren verschiedenen Lebensbedürfnissen aus Acker und Wiese, aus Berg und Wald und Wasser zu versorgen, auch mit auffallender Anlage zur Selbstversorgung wie Österreich-Ungarn und mit weit besseren Vorbedingungen für eine Großerzeugung als Italien.

Zugleich besitzt dies Gebiet die größten Vorzüge eines Durchgangslandes. Welche Lage wäre bevorzugter als die gerade in der Mitte von Westeuropa, dem Hochsitz der Kultur? Land und Meer sind an der Gestaltung des Gebietes gleich beteiligt, so daß keines von beiden die Aussicht auf Kosten des anderen beherrscht. Österreich-Ungarn war eine reine Landmacht, im Festland eingeschlossen, mit nur einem einzigen Fenster nach einem Winkel des Mittelmeeres; Italien ist ganz überwiegend eine Seemacht, deren Aussicht auf ein Binnenmeer begrenzt ist. Frankreich steht von Anbeginn auf einer höheren und weiteren Ebene; es hat zwei Meeresgrenzen, am offenen Ozean und am Mittelmeer; es hat sogar eine Öffnung nach einem dritten Meere, der Nordsee. Das ist eine Weltlage im wahrsten Sinne des Wortes; und zwar um so mehr, als seine Breitengrade ihm alle Vorteile eines gemäßigten Klimas geben. Mit den Vorzügen der Lage und der Küste verbindet Frankreich weiter den grundlegenden Vorteil einer zusammenhängenden und quadratisch gestalteten Landmasse, die an sich leichter zusammenzuhalten ist als Italiens langer und schmaler Gebietskörper. Das Gleichgewicht zwischen den maritimen und festländischen Bedingungen läßt dieses Reich auf festerem Grund ruhen als die bisher betrachteten. Doch liegt hierin auch ein Hindernis für die Entwicklung der vollen Kraft, welche durch die Sammlung nach einer einzigen Richtung hervorgebracht wird. Be-

sonders beachtenswert ist die Trennung der Küste in zwei Teile, die man noch nicht durch einen Kanal, der den neuzeitlichen Forderungen entspricht, hat verbinden können; darin liegt eine besondere Last für die Küstenverteidigung.

Nach außen hat das Gebiet überwiegend gute Grenzen. Die Alpen gegen Italien, die Pyrenäen gegen Spanien, der Kanal gegen England sind Grenzformen bester Art. Durch den Verlust des Elsaß erhielt es auch auf der Vogesenstrecke eine gute Grenze gegen Deutschland, besser als die alte Flußgrenze am Rhein. Zwischen den Vogesen und den Jurabergen öffnete sich aber auch nach 1871 „le trou de Belfort", eine Lücke in der natürlichen Begrenzung; südlich davon trieb sich der kleine Rhonekeil bei Genf hinein; nördlich von den Vogesen endlich weigerte sich die Natur, die politische Grenze zu stützen, die hier sämtliche Flußnetze dieser Gegend durchschnitt. Ganz Belgien sitzt auf der Karte wie ein natürliches Anhängsel, wie eine Mütze auf Frankreichs Kopf. Hier im Nordosten hat die Natur die Tür offen gelassen gegen Mitteleuropa und der Befestigungskunst ernste Aufgaben gestellt (Verdun, Toul, Epinal).

Zweierlei ist in dieser Umgrenzung auffallend: einmal die starke Trennungswand gegenüber den romanischen Stammverwandten im Süden, zum andern der Mangel jeder natürlichen Grenze gegen die fremde germanische Welt im Osten. Frankreichs Geschichte ist stark beeinflußt von dieser natürlichen Ordnung. Abgesondert von den Verwandten, hat es die Hauptlast des Kampfes gegen die deutsche Rasse tragen müssen, und die Menge der Schlachtfelder auf diesem vom Kriege am meisten heimgesuchten Teil Europas bezeugte schon vor dem Weltkrieg die gewaltige Größe des Ringens. Aber für ein großes Volk bedeutet dies Schicksal nicht nur eine schwere Bürde, sondern auch einen ständigen Ansporn zum inneren Zusammenschluß: ein Stahlbad in Blut, das härtet für große geschichtliche Aufgaben.

**3. Volk.** Nach dem geopolitischen Hinweis erwarten wir stärkere Ausnahmen von der nationalen Einheit an der Ostgrenze und finden hier auch 4 französischsprechende Millionen außerhalb der Landesgrenze (3 in Belgien, 0,2 in Lothringen, 0,8 in der Schweiz): eine

„Gallia irredenta" von 10% des Stammes, die aber nicht stark zur Sprachmitte hinneigt. Die fremden Bestandteile im Hause aber machten nach dem Heimfall des Elsaß an Deutschland nicht einmal 9% der Bevölkerung aus, selbst wenn man die sehr patriotischen Bretagner und die Ausländer in den Städten einrechnete. Alles in allem ist die französische Nation eine der am stärksten zusammengefaßten auf der Welt und hat in ihrem Gebiet ein eigenes Heim in des Wortes voller Bedeutung.

Die Grundbedingung für eine selbständige Persönlichkeit in natürlicher Wohnstätte erfüllt also Frankreich fast ebenso wie Italien. Hierin haben die romanischen Großmächte einen gemeinsamen entschiedenen Vorteil vor der österreichischen. Auf Sonderrechnung des französischen Volkes gegenüber dem italienischen kommt dagegen ein vielhundertjähriges Zusammenleben in Einheit und Freiheit, das es in viel höherem Grade mit Gemeinsinn durchtränkt hat. Das Nationalgefühl der Franzosen hat etwas von der Innerlichkeit einer persönlichen Liebe, vereint mit dem Stolz auf einen Namen, der fast zwei Jahrhunderte lang der geistigen Entwicklung Westeuropas kaum weniger ausschließlich seine Prägung gegeben hat als der römisch-katholische im Mittelalter.

Aber über dies auserwählte Volk fällt in unsern Tagen von anderer Seite her ein tiefer Schatten, der das Bild im Vergleich mit der früheren Zeit verdunkelt und von vornherein auf die ganze Prognose dieser Großmacht drückt. Dies Volk scheint den Willen zur Erneuerung seiner selbst durch die Zeiten hin verloren zu haben.

Das statistische Zeugnis hierfür ist eindeutig. Wir sehen einen Gesamtzuwachs von $^{1}/_{6}$%, während er sonst durchschnittlich ein volles Prozent ist. Das ergibt ein natürliches Wachstum durch den Geburtenüberschuß von weniger als 0,1, während die Durchschnittszahl Europas 1,2 ist. Die normale Sterblichkeit beträgt knapp 2%. Es ist also der Nachwuchs, der Lebensquell selbst, der ausbleibt; seine Zahl geht nur wenig über 2 hinaus, während der europäische Durchschnitt $3^{1}/_{2}$, der des Westens 3 ist. Das bedeutet in positiven Zahlen, daß Frankreich gegenüber der Norm jährlich mit einem Fehlbetrag von 450000

Menschen zu rechnen hat. Italiens Volksstamm mit noch nicht 35 Millionen bringt jährlich 350 000 Menschen mehr hervor als Frankreich mit 39 Millionen. In letzter Zeit zeigte Frankreichs Jahresaufstellung über Geburten und Todesfälle mehrmals geradezu einen Fehlbetrag.

Eine genauere Prüfung der Statistik ergibt normale Eheschließungen und eine durchaus entsprechende Zahl kinderloser Ehen. Bei der Untersuchung, worauf diese Erscheinung zurückzuführen ist, konnte als Ursache eine beginnende Unfruchtbarkeit der Rasse selbst von vornherein ausgeschaltet werden, da sich ja doch das gleiche französische Blut in Kanada durch große Fruchtbarkeit auszeichnet. Die Erklärung kann also einzig in der freiwillig begrenzten Kinderzahl, dem sogenannten Zweikindersystem, liegen. Dieses Ergebnis wird durch Sonderuntersuchungen bestätigt, die gezeigt haben, daß die Erscheinung in den wohlhabenden Gesellschaftsklassen vorwiegt (Bertillon). Sie wird begründet durch den Gedankengang: je weniger Kinder, desto bessere Versorgung für sie, desto größere Sicherheit auf dem Lande, daß das Eigentum in der Familie bleibt, und desto geringere Beschwerde auch für die Eltern.

Die Erscheinung beruht also nicht bloß auf wirtschaftlichen und sozialen, sondern auch und zwar vornehmlich auf psychologischen Gründen. Sie tritt als langsam gereifte Frucht der Überkultur hervor, im Zusammenhang mit der persönlichen Selbstgerechtigkeit in der ganzen Weltauffassung, die Frankreich mit seiner großen Revolution einführte. Deshalb ist ihr so wenig beizukommen mit gewöhnlichen staatlichen Heilmitteln (Parlamentsausschüsse und Gesetzgebung). Aber dieser Individualismus reinster Zucht droht für die Nation eine tödliche Krankheit zu werden. Es ist rechnerisch klar, daß ein solches System im Laufe der Zeiten die Flut der Geschlechter stocken und sinken läßt. Aber ein Volk lebt nicht allein, es lebt mitten in der Welt, wo die Entwicklung ihren gewohnten Gang geht mit dem mehr oder weniger regelmäßigen Wechsel der Menschengeschlechter bei den Nachbarn. Und die Geschichte hat einen „horror vacui" wie die Natur: ein Staat mit sinkender Volksmenge wirkt wie ein atmosphäri-

sches Minimum, das die umgebenden Luftschichten anzieht. So ist es schon in Frankreich; der Bevölkerungsstock wird mehr durch Zufluß aus den Nachbarländern als durch eigene Kraft erhalten. Und es ist eine eitle Hoffnung, daß der einheimische Stamm die Einwanderer allmählich aufsaugen kann, ohne Schaden zu erleiden an seinem Mark. Auch ohne gewaltsamen Eingriff von außen muß seine Selbständigkeit bei solchem System auf die Dauer verloren gehen. Der gleiche Vorgang zeigte sich schon einmal in der europäischen Geschichte, nämlich im Rom der Kaiserzeit: das Zweikindersystem versetzte das Weltreich mit barbarischen Bestandteilen, bis es reif wurde für den Untergang.

Das eindrucksvolle Bild französischer Macht schrumpft auch ein, sobald wir den Entwicklungsmaßstab anlegen. Die Zahlen sprechen deutlich. Vom zweiten Platz im Rate Europas vor einem Jahrhundert sank die französische Nation an Zahl in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts auf den dritten (vor Deutschland), in den 60er Jahren auf den vierten (vor Österreich-Ungarn), in den 90er Jahren auf den fünften (vor England); und es scheint nur noch eine Frage kurzer Zeit zu sein, bis auch Italien sie überflügelt. Um 1860 überholten sie die Vereinigten Staaten von Amerika und um 1870 Japan, so daß sie an die vorletzte Stelle unter den Großmächten gekommen ist. Innerhalb Europas Gesamtbevölkerung ist Frankreichs Bevölkerung von 14½% auf 9% gesunken, zu Deutschlands Bevölkerung steht sie in dem Verhältnis 100:168, während sie 1870 noch 100:111 stand — rein rechnerisch gesehen ein schwacher Rückhalt für die „revanche".

Das Überwuchern des Individualismus, das solche Folgen für die Allgemeinheit hat, rächt sich auch zuletzt an dem einzelnen selbst. Das Zweikindersystem enthält im Grunde ein Erschlaffen des Verantwortungsgefühls gegen die Entwicklung. Wir können auch nicht umhin, Züge moralischer Entartung in vielen Zeichen der Zeit auf französischem Boden zu erkennen, in der Literatur wie im Leben, dem öffentlichen wie dem persönlichen: ernste Anzeichen, daß der Kern dieser stolzen und begabten Volksseele nicht mehr so frisch ist wie ehemals. An-

dererseits fehlte es nicht an Zeichen der Wiedergeburt schon vor dem Kriege (Bergsons Philosophie, Maurice Barrés' Jungrechtspolitik). Hier, im Zeitgeist selbst, muß die Heilung einsetzen, wenn eine Umkehr und Wiedergeburt möglich werden soll. Vorläufig müssen wir in der „Entvölkerung" eine Alters- und Schwächeerscheinung sehen, die vor allem andern das Bild der französischen Großmacht bestimmt und die sich in allen Seiten seiner Wirksamkeit bemerkbar macht.

**4. Haushalt und Gesellschaft.** Der französische Bauernstand ist von alters her dafür bekannt, daß er einfach, sparsam und fleißig lebt; was das für das Gemeinwesen bedeutet, zeigt sich in einer allgemeinen Wohlhabenheit in auffälligem Gegensatz zur allgemeinen Armut Italiens. Seit der ersten Revolution besitzt Frankreich nämlich, was Italien bitter fehlt: ein wohlverteiltes Land und einen selbständigen Bauernstand, der sich in der Tat heraufgearbeitet hat zu einer Schicht von Kleinkapitalisten („proprietaires"). Die gleiche Schicht erhält auf Grund der gleichen Anlage zur Sparsamkeit von anderer Seite Zuzug aus der zahlreichen Beamtenwelt („fonctionnaires"). Dieser starke Mittelstand erklärt die Leichtigkeit, mit der Frankreich den Aderlaß von „5 Milliarden" 1871 trug und dauernd eine Staatsschuld trägt, die unverhältnismäßig größer ist als die irgendeiner anderen Großmacht.

Auf eine Weise nutzt die Großmacht unmittelbar die Emsigkeit des Mittelstandes für ihre Zwecke aus. Er legt seine Spargelder gern in Wertpapieren der Börse an, aber keine fremden Anleihen werden dort notiert ohne Zustimmung der Regierung; folglich kann die Regierung Bedingungen aufstellen (Konzessionen in dem fremden Land oder Lieferungen dorthin) gegenüber den anleihebegehrenden Staaten, die Hilfe in diesem reichen Hause suchen. Die Bedeutung dieses so organisierten Kapitals für die Ausdehnungspolitik ist leicht ersichtlich (Frankreichs „fünfte Waffe"). Frankreich wurde ein ausgeprägter Gläubigerstaat, und große Summen flossen jährlich in seine Wirtschaft in Gestalt auswärtiger Zinsen (vor allem von Rußland).

Indessen hat auch diese glänzende Medaille ihre Kehrseite. Zeichen der Entartung sind in letzter Zeit bei der Landbevölkerung in stark wachsendem Alkoholverbrauch hervorgetreten. Bei näherer Betrachtung zeigt auch das wirtschaftliche Leben unverkennbare Zeichen des Niedergangs. Lange stand Frankreich an zweiter Stelle im Handelsumsatz wie in der Volksgröße; aber schon in den 90er Jahren wurde es von den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland in der Ausfuhr überholt, von letzterem auch in der Einfuhr. Der Anteil am Weltumsatz sinkt also in gleicher Weise wie der Anteil an der Bevölkerung der Erde. In der Industrie zeigt sich das gleiche Bild: absoluter Zuwachs und verhältnismäßiger Rückgang. Sogar die Kapitalbildung hat ihr Entwicklungstempo, wenn wir der Erbschaftsstatistik trauen dürfen, nach 1890 zu verlangsamen begonnen. Aber ihr Geist ist immer noch lebendig als die stärkste Macht des Gemeinwesens und hat das Musterland der Demokratie unter die Herrschaft einer reinen Plutokratie gebracht.

Es ist also die Frage, inwieweit Frankreichs alter Ruf als Europas größte Kapitalmacht teilweise auf einem Trugbild beruht, das dadurch hervorgerufen war, daß ein unverhältnismäßiger Teil dieses Kapitals von der nationalen Arbeit abgelöst und nach außen gelenkt war. Hier überrascht uns ein entwicklungsfeindlicher Zug in diesem ganzen privatwirtschaftlichen System. Man klagt über mangelnde Unternehmungslust in allen Schichten, über einen kleinbürgerlichen Gesichtskreis, der den kleinen Ertrag und das kleine Risiko vorzieht. Das ist der Rentnerstandpunkt, der sich vom Geschäft zurückzieht, um in seinen alten Tagen von den Zinsen zu leben. Die nationale Wirtschaft hat eine altertümliche Form wie das Volk selbst.

Unter rein sozialem Gesichtswinkel betrachtet, hält das heutige Frankreich wie das übrige Mitteleuropa das Gleichgewicht mit zwei internationalen Flügeln: dem Klerikalismus rechts, dem Sozialismus links. Aber die Entwicklung hat andere Wege als in Italien genommen, wo der Klerikalismus sich sehr lange vom öffentlichen Leben ferngehalten hat, während der Sozialismus mit seinem antimonarchischen Programm „regierungsunfähig" war. Schon 1892

verbanden sich die Klerikalen von neuem mit der französischen Republik, und die Sozialisten haben ja dort ihr politisches Ideal verwirklicht; die Kluft ist also hier nach beiden Seiten weniger tief. Aber deshalb hat das nationale Gemeinwesen auch ein stärkeres Bedürfnis empfunden, sich die gefährlichen Bestrebungen der Klerikalen und Sozialisten vom Leibe zu halten.

Der Kampf ging zuerst nach rechts, wo schon Gambetta 1870 „den Feind" sah. Er schwoll zu einem „Kulturkampf" an (1901—06), der die kirchlichen „Kongregationen" auflöste und die Trennung von Kirche und Staat durchführte. Dies brachte wiederum bedenkliche Gefahren im Verhältnis zur katholischen Kirche mit sich und ebenso zur Levante, wo Frankreich eine überlieferte Vorrechtsstellung innegehabt hatte als Sondervertreter der Christenheit. Im Inneren bedeutete es den entscheidenden Sieg des „Radikalismus" über den früheren „Opportunismus". In diesem Feldzug hatte das Gemeinwesen seinen natürlichen Verbündeten und Mithelfer (sogar in der Regierung) in der sozialistischen Partei, und Jaurès, ihr parlamentarischer Führer, glaubte 1906, daß „die Entwicklung beschleunigt dem sozialistischen Staate zueile".

In der Tat war das offizielle Frankreich im neuen Jahrhundert in solchem Maße radikalisiert, daß die Staatsordnung in wachsende Gefahr kam. Auflösende Kräfte, die es zur Hilfe gerufen oder sich ruhig hatte entwickeln lassen, stiegen nach dem Siege über die Kirche aus der Tiefe empor und wandten sich gegen alles Bestehende. Das war der Schatten, den der Turm der Plutokratie über das Land warf. Seit 1905 trat der Anarchismus, organisiert in den Arbeitersyndikaten („Syndikalismus"), mit einer offenen Kriegserklärung auf den Plan gegen Gesellschaft, Staat und Vaterland, und das Ergebnis war eine große Krisis 1906—10 (Verkehrsstreiks, Weinbaueraufstände, „Apachenunwesen"). Das Gemeinwesen schwankte stark. Die Staatsmänner standen vor der grundlegenden Forderung, den Bestand des Staates selbst nach innen zu schützen, und da der Altsozialismus im Parlament seine Vatergefühle gegenüber den Strömungen draußen nicht verleugnen wollte oder durfte, ergab sich notwendig

eine Spannung zwischen dem bürgerlichen Radikalismus und dem Sozialismus („Lex Briand“ 1911).

Der anscheinend abschließende Sieg über den schwarzen Flügel der Gesellschaft hat also in der neuesten Geschichte Frankreichs die Kampfstellung gegen den roten mit sich gebracht. Diese Entwicklung hängt eng mit gewissen Reaktionserscheinungen auf rein verfassungspolitischem Gebiet zusammen.

**5. Regiment.** Unter den hauptsächlichsten Krankheitserscheinungen bei den bisher betrachteten Großmächten haben wir die Entartung der repräsentativen Staatsform zu einem Kampfplatz für persönlichen Ehrgeiz und Erwerbsdrang festgestellt. Das neue Frankreich hat nicht ernstlich mit den Schwierigkeiten zu rechnen gehabt, die in den früher betrachteten Staaten übermächtig waren: weder mit der nationalen Sammlung wie Österreich noch mit der staatlichen Einigung wie Italien. Diese Aufgaben hatte es bereits im Mittelalter gelöst. Von den großen Gegenwartsfragen lag in Frankreich nur die der politischen und sozialen Freiheit vor, und selbst in deren Lösung schritt es in Europa voran. Ferner blieb ihm aus der Zeit des Absolutismus seine feste Verwaltungsform als Rückgrat seines öffentlichen Lebens, da sie jenseits aller Verfassungskämpfe unberührt fortbestand.

Trotzdem finden wir das Staatsleben in Frankreich nicht weniger entartet als in den verglichenen Ländern. Die Form ist wie die italienische: ein strenger Parlamentarismus, der die Regierung zum Spielball der Kammer gemacht hat, ohne das Steuer eines festen Parteiwesens oder andere Voraussetzungen wie in England, während die herrschenden Finanzkreise unsichtbar die Fäden in Händen halten. Die dritte französische Republik hat daher in 40 Jahren 50 Ministerien verbraucht. Zugleich ist seine Geschichte durchzogen von einer Reihe „Affären“, die nicht nur das Ansehen des Parlaments (Panamaskandal 1892—93), sondern auch das der Rechtsprechung (Dreyfußprozeß 1894—1906) und endlich auch das der Verwaltung zerstört haben. Der Überdruß am Parlament hat Ausdruck gewonnen in Schlagwörtern wie „les tyrans ridicules“ (Leyret 1911), und „la

république des camarades“ (Jouvenel 1914). Ganz allgemein ist die Klage, daß „patronage“ die Verwaltung verderbe. Und während die Zersetzung so auch im Staatsleben um sich griff, war der Staat als Seemacht hinter Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika auf den vierten Platz zurückgesunken und hatte als Landmacht dem Volk die dreijährige Dienstpflicht auferlegen müssen (s. S. 49), um auf irgendeine Weise mit Deutschland gleichen Schritt zu halten.

Man erkennt die ernsten Folgen für die Großmachtstellung. Man spürt auch den Zusammenhang mit der Volksverminderung und ihrer Quelle, dem allgemeinen individualistischen Geist. Aber eine besondere Ursache liegt in der Staatsform selbst, die an einem inneren Widerspruch von einschneidender Bedeutung leidet.

Seignobos bezeichnet die heutige Republik als das organische Endergebnis einer Entwicklung, die in vier Sturmwogen (1792, 1830, 1848, 1870) die alte monarchische Mauer Stück für Stück fortgespült hat, bis die Reaktion keinen Halt mehr finden konnte. Es ist wahr, daß die Aussichten auf unmittelbare Wiederherstellung der Monarchie mit Mac Mahons Abgang 1879 schwanden, und daß die republikanische Staatsform nach dem Platzen der boulangistischen Seifenblase 10 Jahre später glücklich das kritische Alter von 18 Jahren überstand, das keine andere französische Staatsform der letzten hundert Jahre überlebte. Aber stets blieb der Widerspruch im Verfassungsbau, der 1875 von einer monarchischen Mehrheit von Gesetzgebern mit einem Thronsaal in der Mitte errichtet war und dem erst in letzter Stunde der republikanische Schild angehängt wurde. Es liegt eine rein monarchische Verwaltung vor; die Staatsmacht dringt überwachend und regelnd tief in die Gemeinden ein; in immer strafferer Zentralisation laufen die Fäden zusammen; alles strebt zu einem Mittelpunkt, wie alle Wege im Becken von Paris zur Hauptstadt führen; aber wo man die zusammenfassende Hand erwartet, da lösen sich die Fäden wieder und flattern in alle Winde im Palais Bourbon mit seinen etwa 600 Gesetzgebern.

So sitzen Freiheit und Selbstherrschaft am Ruder eines Staates,

der durch und durch auf Ordnung und staatlicher Leitung aufgebaut ist: es ist eine Republik äußerlich, aber eine Monarchie im Innern. Daraus ergibt sich ein beständiger Kampf, da jede der beiden Ideen sich in ihrer Reinheit entfalten will: ein Kampf zwischen Demokratie und Bureaukratie, hinter dem die gegensätzlichen geschichtlichen Ideale der Revolution und des ancien régime stehen.

Als praktisch-technische Lösung des Zwiespalts hält die Gesetzgebung die Verwaltung in einer Art Belagerungszustand mit unaufhörlicher Überschreitung der Schranken: das ist der Anfang der Zersetzung in der Verwaltung. Der große Ideenkampf geht weiter, und hier ist der Sieg der Demokratie vielleicht nicht so entschieden. Er färbte die Dreyfußaffäre 1898—99 und später den Kulturkampf, dessen Schärfe sowohl gegen Armee und Kirche als gegen die natürlichen Pflanzstätten des alten Ideals gerichtet war. So kämpft die dritte Republik noch mit dem Schatten der Monarchie; aber ihre scheinbaren Erfolge sind stets erkauft auf Kosten des eigentlichen Rückgrats des Gemeinwesens, der Ordnung. Deswegen ist in letzter Zeit immer stärker eine Reformbewegung hervorgetreten, deren verschiedene Programmpunkte — „Verwaltungsreform“ gegen die Vetternwirtschaft, „Wahlreform“ (Verhältnissystem) gegen die Parteiherrschaft, „Präsidentenreform“ gegen die Schwäche der Regierungsmacht — alle darauf hinzielen, die Alleinherrschaft des Parlaments zu brechen; und die Präsidentenwahl Poincaré 1913 war zweifellos Ausdruck solcher Stimmungen. Die praktischen Ergebnisse auf der gesunden Bahn der Reaktion waren aber vor dem Kriege gering.

Wenn sich die dritte französische Republik trotz aller ihrer Schwächen und Sünden bald ein halbes Jahrhundert halten konnte, so lag es daran, daß sie auf einem anderen Gebiet die Sehnsucht der Nation zu befriedigen wußte. Sie hat „désordre“ mit „gloire“ überdeckt: innere Mißherrschaft mit äußerem Glanz. Sie hat eine auswärtige Politik großen Stils getrieben, deren Ergebnis das zweitgrößte Kolonialreich der Welt ist.

**6. Auswärtige Politik.** Seit ihrer Geburtsstunde hatte die dritte Republik ihre besondere auswärtige Aufgabe: die revanche. Es

war für ein stolzes Volk nicht möglich, auf die „préponderance légitime“ zu verzichten, die zu seinen jahrhundertealten Überlieferungen gehörte. Der Haß gegen Deutschland und die Genugtuung für 1870 war der feste Ausgangspunkt und der Leitgedanke der neueren Auslandspolitik Frankreichs.

Es ging jedoch nicht geradeswegs in den Weltkrieg. Bismarck gelang es auf dem Berliner Kongreß, die erwachende französische Kraft auf die Welt draußen abzulenken, wo glänzende Gewinne eines reinen Kolonialprogramms — Tunis (1881) und Tongking (1884) — erzielt wurden. Es war eine Zeit der Entspannung gegenüber Deutschland, und zugleich der Spannung gegen Italien und England; England nahm nämlich gleichzeitig Ägypten, und es war bitter für Frankreich, ein französisches Werk vom Range des Suezkanals politisch und wirtschaftlich in die Hände eines alten Nebenbuhlers übergehen zu sehen. In der Krise von 1885 erwies sich indessen die revanche stärker als diese neuen Strömungen, Frankreich „wandte sich Europa wieder zu“, und wenn der Boulangismus 1887—89 den Frieden nicht zu zerstören vermochte, so bereitete er doch den Boden für das Bündnis mit Rußland 1891—94. Die Revancheidee und der Panslawismus vereinigten sich.

Die Volksleidenschaften bestimmten indessen noch nicht den Weg. Zur Überraschung vieler leitete das Bündnis eine neue Zeit der Entspannung in Europa ein. Die französische Staatskunst (Hanotaux) konnte ungehindert 1894 mit Deutschland gegen England auf afrikanischem Boden, im Kongo, zusammengehen und gegen Japan auf asiatischem Boden 1895. Auf maßgebender sozialistischer Seite (Jaurès) wandte man sich öffentlich von der Revancheidee ab. In der Tat stand Frankreich um die Jahrhundertwende an einer Wegscheide: Kolonial- oder Revancheprogramm, Elsaß oder Ägypten, Versöhnung mit Deutschland unter Verlust des einen oder mit England unter Verlust des anderen. Und die demütigende Lösung des Faschodastreits 1898 schien geradeswegs nach der ersten Richtung zu deuten.

Der Minister des Auswärtigen Delcassé drehte das Steuer herum auf den anderen Kurs. Als es zur endgültigen Entscheidung kam, erwies

sich die Revancheidee wieder als am tiefsten wurzelnd. Das Ergebnis war die Entente 1904, die Frankreichs Interessengegensätze mit England so gut wie über die ganze Erde ausglich, besonders die Ansprüche auf Ägypten und Marokko. Zwei Jahre früher war eine volle Versöhnung mit Italien auf gleicher Grundlage zustande gekommen: dem einen Tripolis, dem anderen Marokko. Dieses zuletztgenannte große afrikanische Gebiet — jetzt ein Enklave im französisch-afrikanischen Riesenreich, dessen Eckstein Algier benachbart, bedrohlich als anarchischer Empörungsherd, lockend durch seinen Reichtum und seine Lage an der Tür des Mittelmeeres — sollte für Frankreich die Entschädigung Italiens und Englands und das Ziel seiner weiteren Ausdehnungspolitik sein: ein Ersatz für seinen bei Faschoda zerronnenen Traum eines afrikanischen Reiches quer über das Niltal bis zum Roten Meer.

Der Weg ward länger und schwieriger, als man es wohl 1904 geahnt hatte, da sich Deutschland in höchst dramatischen Formen (Tanger 1905, Agadir 1911) als Teilnehmer anmeldete. Das Ziel wurde nicht vor 1912 erreicht, und die „Liquidationspolitik" (Millet), die Frankreich neben dem Opfer an Italien und England schon einen Teil der auserseheneen Beute für Spanien gekostet hatte, mußte durch Abtretung eines großen Stückes Eigentum im Kongo an Deutschland abgeschlossen werden (s. unten S. 69).

Der hier erfahrene Widerstand, der zweimal bis zur drohenden Kriegsgefahr getrieben wurde, war für Frankreich entscheidend. Die Erbitterung darüber, Deutschland im Wege zu finden und sich genötigt zu sehen, seine Zustimmung teuer zu erkaufen, gab der Revanchestimmung mehr Wind in die Segel als je vorher. Unzweifelhaft hat die neue Wunde am Kongo die Narbe am Rhein wieder aufgerissen. Das Elsaß konnte schließlich vielleicht vergessen werden, um so eher, als die Revancheidee sich dort auf kein objektives Recht berufen konnte, da Elsaß in Frankreichs Gewalt eine deutsche Irredenta ist. Aber der neue Kampf um Marokko brachte die Leidenschaften in Wallung. Die Erziehung des jüngsten Geschlechts in nationalistischer Anschauung trug Frucht, und der Nationalwille

flammte hell auf, entschlossen gegen den Erbfeind im Osten gerichtet, von dessen bösen Absichten man innerlich überzeugt war.

In der Tat mußten die Aussichten auf Revanche selbst kalt berechnenden Blicken nun besser denn je erscheinen. Es mag sein, daß Frankreichs auswärtige Politik vor dem Weltkrieg einen Zug „innerer Unwahrhaftigkeit" (den Schiemann schon zu Beginn des neuen Kurses 1903 feststellte) trug: das Bündnis mit Rußland war im Grunde eine Verbindung mit dem ancien régime gleicher Art, wie man es daheim auf das heftigste bekämpfte, und die Entente mit England setzte eine Beschränkung der französischen Ausdehnungspolitik sowohl in Afrika als in Asien voraus; besonders in Syrien, wo Frankreich schon seit den Kreuzzügen Ansprüche erhob, bestand eine klare Gegnerschaft gegen England. Man hätte wohl in Frage stellen können, ob nicht die andere Richtung, eine Verbindung mit dem Festland gegen England, natürlicher und für die Zukunft haltbarer gewesen wäre. Aber seitdem das Gefühl den Ausschlag gab gegen Deutschland, war die außenpolitische Einstellung klar und fand im gemeinsamen Interesse des Augenblicks den bindenden Zusammenhang, der sich in den Krisen 1905 und 1911 als haltbar erwies.

Unter solchen Umständen trug die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstpflicht in Frankreich 1913 weniger das Zeichen vorausschauender Gesetzgebung als das der Kriegsbereitschaft. Auf den russischen Bundesbruder und den englischen Freund und dazu auf seine eigene militärische Überlegenheit — vor allem auf die vierte, die Luftwaffe — vertrauend, fühlte sich Frankreich „archiprêt" 1914 wie 1870.

Bei einem Überblick über das neuzeitliche Frankreich kann man nicht umhin, sich über den Widerspruch zu wundern zwischen einem Staat, der Ausdehnungspolitik größten Ausmaßes betreibt, und einem Volk, das stillzustehen begonnen hat aus Mangel an natürlichem Menschenzufluß. Ein Kolonialreich muß doch sein Daseinsrecht in einem Bedürfnis des Volkes haben: als Raum für den Bevölkerungsüberschuß des Mutterlandes, als Markt für seinen Überreichtum an

Erzeugnissen, oder als Arbeitsgebiet für den Überfluß seines Kapitals. Aber in Frankreich vermehrte sich die Bevölkerung nicht mehr stark, noch konnte man die Erzeugung überreich nennen, und das Kapital suchte sich näheren Abfluß. Wirtschaftlich gesehen, war diese Kolonialpolitik ein schlechtes Geschäft; nur durch hohe Zollschranken konnte das Mutterland sich einen befriedigenden Anteil der Ernte auf dem kolonialen Markt sichern. Im übrigen lieferte er nichts als braune und schwarze Söldnerheere, um die Lücken der Revanchearmee auszufüllen — an sich gewiß keine unwichtige Sache — während die Reibungsflächen und Angriffspunkte im Reiche selbst sich mehrten.

Wiederum muß man aber auch die Widerstandsfähigkeit, den ungebrochenen Lebenswillen, feststellen, mit denen die Nation festhält am Kampfe um einen Platz in der ersten Reihe des Staatensystems und an der Spitze der geistigen Kultur, trotzdem Verfallszeichen sich in ihrem Körper häufen. Hinter den eitlen Triebfedern in der französischen Außenpolitik erkennt man das Verlangen eines großgesinnten Volkes, der Welt sein Gepräge zu geben und zugleich einen Teil von den Herrscheraufgaben der Menschheit auf sich zu nehmen. Wenn aber das Glück wirklich diesen Aufwärtstrieb krönen soll, dann ist es auch eine gebieterische Notwendigkeit für die Nation, die Regungen zu überwinden, die buchstäblich einen Selbstmordversuch bedeuten. Die Frage der Volksvermehrung überschattet und entscheidet im modernen Frankreich letzten Endes alles.

Literatur: Ratzel, Mitteleuropa mit Frankreich, 1898 (Geographische Zeitschrift); Vidal de la Blache, Personnalité géographique de la France, 1911 (in Lavisse, Histoire de France, I); Bertillon, La dépopulation de la France, 1911; Friedrich, Die Trennung von Staat und Kirche in Frankreich, 1907; Acht, Der moderne französische Syndikalismus, 1911; Lagardelle, Die Entwicklung der politischen Parteien in Frankreich 1871–1902, 1912 (Zeitschrift für Politik); Rich. Schmidt, Die innere Lage Frankreichs, 1915 (ebd.); R. Poincaré, Ce que demande la cité, 1912; Zimmermann, Die Kolonialpolitik Frankreichs, 1901; Dove, Die Bedeutung des französischen Kolonialreichs für Frankreich, 1915 (Geographische Zeitschrift); Tardieu, La France et les alliances, 1910; Pinon, France et Allemagne, 1912 (Revue des deux mondes); Millet, Notre politique extérieure 1898–1905, 1905; Hanotaux, La politique de l'équilibre 1907–11, 1912;

Driault, Les traditions politiques de la France, 1916; Windelband, Der Nationalismus in der französischen Geschichtschreibung, 1918 (Deutsche Rundschau); Platz, Der Nationalismus im französischen Denken der Vorkriegszeit, 1919 (ebd.); Annuaire statistique de la France; Revue politique et parlamentaire; Le Temps.

## IV. Deutschland.

### Das Deutsche Reich.

Gebiet 3,2 (0,54 : 2,66). Bevölkerung 81 (67,8 : 13); Vermehrung 850,000; Wachstum 31,6 : 17,5 ‰; Auswanderung 26,500. Eisenbahnen 62,000; Handel 15 (6,8 : 8,2); Schiffahrt 9,5. Kriegsflotte 730,000; Friedensstärke 790,000; Ausgaben 19,5 (13,3:6,2) pro Kopf. Staatsschuld 18,6, pro Kopf 285.

**1. Aufstieg.** Die deutsche Großmacht war sogar jünger als die italienische, aber unmittelbar aus einer älteren Form hervorgegangen, aus Preußen, das wie Österreich im Schatten des mittelalterlichen Kaiserreichs aufgewachsen ist.

Dieses Kaiserreich hatte seinen Schwerpunkt im Süden und Südosten (Reichstag in Regensburg, Regierung in Wien). Während des ausgehenden Mittelalters bildete sich ein neuer Mittelpunkt nördlich davon durch die fortschreitende Festigung Brandenburgs. Um 1650 erreichte es die Unabhängigkeit für seinen preußischen Flügel; als es 50 Jahre später den Namen eines Königreiches erlangte, wurde er daher mit diesem Flügel verknüpft. Noch ein halbes Jahrhundert verging mit der Verschmelzung der zerstreuten Besitzungen des Hauses Hohenzollern, bis um 1750 das Preußen Friedrichs des Großen als eine Großmacht in Europa dastand: die zweite deutsch-protestantische Großmacht, mehr als ein Jahrhundert später geboren als das Schweden Gustav Adolfs des Großen.

Als Napoleons Versuch mit einem rein südwestlichen Deutschland (Rheinbund) mißglückt war und Preußen sich mit siegreichen Waffen wieder aus seinem Zusammenbruch erhoben hatte, vereinigten sich auf dem Wiener Kongreß zwei Großmächte unter der dünnen Decke eines neuen Deutschen Bundes. Dies Bundesreich hatte zu 5/6 deutsche Bevölkerung; der Norden und der Süden wogen ziemlich

gleich, der Mittelpunkt lag geographisch im Fichtelgebirge und politisch in Frankfurt, also der wirklichen Mitte der Nation näher. Noch auf eins sei hingewiesen: das Gebiet grenzte ans Meer mit weniger als einem Viertel seines Umkreises.

Aber die Nation hatte nun ihren fehlenden Kristallisationspunkt in der preußischen Krone gefunden. Sie führte nach dem mißglückten revolutionären Versuch 1848—50 die nationale Sammlung durch. Ihre erste Gestalt war der Norddeutsche Bund 1867 mit einer staatlich gezogenen Grenze (Mainlinie) zwischen Nord und Süd. Bei der schließlichen Lösung 1871 ging in das Deutsche Reich die Westhälfte von Süddeutschland auf, während die Osthälfte bei Österreich blieb. In das Reich zog der Süden also nur als vierter Teil ein; der geographische Mittelpunkt war nach Magdeburg hinauf verschoben und der politische nach Berlin. Zugleich verlängerte sich die Küstenlinie (auch absolut durch Anschluß Schleswig-Holsteins 1864), so daß sie nun ein Drittel der Gesamtgrenze ausmachte.

Wir wollen besonders zwei Züge dieser Entwicklung hervorheben, weil sie Deutschlands weltgeschichtliche Möglichkeiten in sich schließen: die Verschiebung nach Norden und der Zuwachs an maritimen Voraussetzungen. Verschieden von Frankreich, dessen in sich geschlossene Einheit ein nach allen Seiten ausstrahlendes Flußsystem umfaßt, deuten die Wasserverhältnisse Mitteleuropas nach zwei verschiedenen Richtungen, nach Osten mit der Donau, nach Norden mit den Nord- und Ostseeflüssen. Der Gegensatz zwischen Österreich und Preußen lag also zugleich in den entgegengesetzten geographischen Richtungslinien. Dieser Dualismus der Natur selbst mußte überwunden werden, wenn die deutsche Kraft sich endlich zusammenschließen sollte. Das geschah, als man bei der Einigung der Nation Österreich im Stich ließ: es bedeutet eine Loslösung von der Donau, einen Sieg des geographischen Grundgedankens im Staate. Wenn nachher ein Teil Süddeutschlands dem Reiche einverleibt wurde, so sehen wir darin eine Wirkung des durch den Rhein geschaffenen Zusammenhanges im Westen; wo seine Macht nicht hinreicht (Bayern), da finden wir auch den übriggebliebenen Hauptsitz des Partikularis-

mus. Das neue Deutschland wandte sein Gesicht fest und entschlossen nach Norden. Dort gibt das Flach- und Tiefland einen natürlichen Kern großen Umfangs. Dort liegen zugleich die Meere, die Ausläufer des Atlantischen Ozeans, die in solcher planetarischen Lage mit weltgeschichtlichen Gaben locken. Der geographische Anschluß ans Meer, das Ergebnis der Einigung, ist der letzte Grund für die Entwicklung, die Deutschland schließlich zur zweiten Schiffahrtsmacht der Welt machte, nachdem es schon lange die erste Militärmacht gewesen war.

Hier besteht auch ein Zusammenhang mit dem Hauptwerkzeug der Einigungsarbeit, der allgemeinen Wehrpflicht. „Das Volk der Dichter und Denker" wurde plötzlich umgewandelt zum „Volk in Waffen", im Namen der nationalen Idee; aber nach dem Siege zeigte es sich, daß dies Werkzeug sich eignete, um den Gewinn durch friedlichen Fortschritt zu verbessern. Die gleiche Manneszucht, welche die Massen auf dem Schlachtfeld unter einer wissenschaftlich geschulten Leitung zusammenhielt, gestaltete auch die Arbeitsorganisation und schuf den festen Boden für die industrielle Gütererzeugung. Der Siegespreis der „5 Milliarden" lieferte das Anlagekapital. Die Erzeugung quillt schnell über die Ränder der Heimat; der Außenhandel geht auf Welteroberung aus. Aber die Erzeugung will von Grund aus von eigenen Quellen gespeist werden und gewisse Märkte gesichert haben. So entsteht der Bedarf an Kolonien, der seit etwa 1885 berücksichtigt wird. Überseeische Kolonien aber erfordern um des Zusammenhalts willen eine große Kriegsflotte, deren Entwicklung denn auch um die Jahrhundertwende begann und die bald die zweite der Welt wurde.

So kam es, daß auch unter dem deutschen Banner die Umrisse einer Weltmacht auftauchten. Während Italien im Zwang der Verhältnisse einander folgende Aufgaben auf einmal lösen mußte, erwuchs hier die eine Forderung organisch aus der anderen, und jede wurde der Reihe nach erfüllt. Aus den seit 1871 gegebenen Voraussetzungen entstehen als notwendige Ergebnisse die Großindustrie und der Welthandel, die „Windhunde des Meeres" und „die gepan-

zerte Faust"; und dahinter verbarg sich die Sehnsucht nach weltgeschichtlichen Zielen, getragen von einer Verknüpfung höchster natürlicher und geistiger Kräfte.

**2. Reich.** Deutschland ist das Reich der Mitte in Europa. Das ist die grundlegende Tatsache für seine Stellung. Es hat keine Seite frei wie andere Großmächte, keine Ausdehnungsmöglichkeit vor der eigenen Tür; es ist auf allen Seiten umgeben von alten und großen Kulturländern, natürlich eingekreist von anderen Großmächten.

Hieraus entspringt von Anfang an das „eigenartige Dilemma", der „circulus vitiosus" zwischen weltpolitischen Interessen und festlandpolitischen Rücksichten, der die Lage des neuen Deutschlands kennzeichnete. Immerfort einem allseitigen Druck daheim ausgesetzt, stets umworben von großen Nachbarn, die Feinde werden konnten, war es von der europäischen Lage abhängiger als irgendeine andere Weltmacht. Wenn es sich überhaupt beim planetarischen Wettbewerb beteiligen wollte, so mußte es stark genug sein, den Kampf gegen jede mögliche Verbindung in Europa bestehen zu können. Gerade aus der geographischen Mittellage ergab sich also die militaristische Eigenart, die der besondere Zug der neuen Großmacht von Anfang an war.

Andererseits ist Deutschland durch seine Mittellage dem eigenen Erdteil fester verbunden als England und Rußland. Da es gleichsam als eine vermittelnde Brücke zwischen den Ausläufern des Erdteils liegt — mit dem einen Flügel nach der russischen Steppe, mit dem anderen nach der holländischen Marsch hin und mit der Grundlage in den Alpen —, ist es der natürliche und berechtigtste Vertreter Europas. In dieser Mittlerstelle erhielt Deutschland seine geographische Individualität. Sie war gekennzeichnet wie die Frankreichs durch Harmonie und Autarkie: eine mannigfaltige Natur, die in noch stärkerem Maße einer Weltindustrie natürliche Grundlagen auf den beiden Grundpfeilern Eisen und Kohle bot, aber in den weiten Sandebenen im Norden verhältnismäßig karge für den Ackerbau. Hier eröffnete sich der Ausblick aufs Meer. Festzuhalten ist nur, daß die „amphibische" Gebietsgestalt an einem inneren Gegensatz zwischen

Festlands- und Seemachtsinteressen litt, der schwer auszugleichende Schwierigkeiten enthielt.

Der bedeutsamste Unterschied zwischen Frankreich und Deutschland vom geographischen Standpunkt lag indessen in den großen Unzulänglichkeiten seiner Umgrenzung. Im Westen verhielt sich Deutschland zum Rhein wie Österreich-Ungarn zur Donau und Rußland zur Weichsel: es besaß nur den Mittellauf, während die Schweiz die Quellen des deutschen Flusses innehatte und Holland seine Mündung. Deutschland war also von seinem natürlichsten Ausgang zum Meere abgeschnitten, und doch wurde die Einheit des Rheintales von geschichtlichen Erinnerungen und nationalen Ansprüchen gefordert. In der Tat ist die Reichsgrenze hier eingefaßt von einer Reihe kleiner Länder (Schweiz, Elsaß, Luxemburg, Belgien, Holland), die an Deutschlands Seite entlang liegen wie „niedergefallene Blöcke am Fuße einer Bergwand" (Ratzel); nur das Elsaß hatte wieder eingefügt werden können (1871), auch zur äußeren Verbesserung der Grenze (vgl. S. 37). Im Osten verhielt sich Deutschland zur Weichsel wie Holland zum Rhein; es besaß den Unterlauf. Das bedeutete, daß Deutschland hier Rußland gegenüber die gleiche Rolle spielte wie Holland ihm gegenüber: es beraubte Rußland seiner natürlichsten Verbindungslinie zum Meere. Das Verhältnis wiederholte sich noch einmal, wo Deutschland die Mündung des Memels abschnitt. Überhaupt war die Berührung mit der slawischen Welt ebensowenig wie die mit der romanischen durch eine Naturgrenze gemildert; die Natur hat hier alle Tore fortgenommen, welche die Reibung vermindern könnten. Auch im Norden gab es keine Spur einer natürlichen Grenze. Das ganze Jütland gehört geographisch mit Deutschland zusammen. Als dänischer Besitz schafft es für Deutschland die Schwierigkeit zweier getrennter Küsten, die jedoch einigermaßen ausgeglichen ist durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal (1895). Dänemark besitzt übrigens im Großen Belt ein Außentor zur Ostseeflanke Deutschlands von großer seestrategischer Bedeutung. Im Süden endlich finden wir weitere Schwächen: Schweizer Staatsgebiete (Baselland, Schaffhausen) auf der Nordseite des Rheins, unaufhörliche Flußüber-

schneidungen der Südgrenze Bayerns, sogar über die Donau, den Zug der böhmischen Grenze quer über die Elbe und am Nordfuß des Erzgebirges hin, somit zugunsten des Nachbarn.

Grund übergenug also, die Umgrenzung Deutschlands schlecht zu nennen. Es besaß zweifellos einen allgemeinen Zusammenhang seines Gebietes, aber es hatte keinen festen Abschluß gewonnen. Unter den Großmächten kam das Deutsche Reich in dieser Ungunst Österreich-Ungarn am nächsten. Frankreich ist „fertig" gleichwie Italien: Deutschland machte als Reich den Eindruck der Unfertigkeit.

**3. Volk.** Die Schwäche in der geopolitischen Karte spiegelte sich wie immer in der Nationalitätenkarte wider. Das zweite weltgeschichtliche Einigungswerk des Nationalitätenprinzips war nicht durchgreifender und abgeschlossener als das erste: es entstand eine „Germania irredenta" so gut wie eine italienische; dazu kamen bei Deutschland ernstere Mängel der inneren Gleichartigkeit.

Zum deutschen Stamm durfte man beim Ausbruch des Weltkrieges nicht weniger als 100 Millionen Menschen rechnen (zusammen mit dem holländischen Zweig). Davon wohnten etwa 60% im Deutschen Reich. Als irredenta konnte man jedoch nur die im Gebietszusammenhang sitzenden 10 Millionen Deutschösterreicher und 2,6 Millionen Schweizer ansehen, zusammen etwas über 17% des Stammes. Eine politische Bedeutung besaß dies Verhältnis kaum; die deutsche Schweiz neigte überhaupt nicht zum Nationalismus und Österreich nur unter gewissen Bedingungen (vgl. S. 14).

Innerhalb der Reichsgrenzen begegnete uns ein befriedigenderes Bild insofern, als der Abgang von der nationalen Einheit bei $7^1/_2$% blieb. Die Einheitlichkeit war also von 83% im alten Deutschen Bund (S. 51) auf über 92% angewachsen. Die fremden Bestandteile setzten sich weniger aus anderen Germanen (Dänen etwa 150000) und Romanen (Franzosen etwas über 200000) zusammen, als vielmehr hauptsächlich aus Slawen (fast 4 Millionen Polen, 100000 Litauer). Die Lage war an den einzelnen Seiten des Gebietes verschieden: während das Reich im Süden kleiner war als die Nation, war die Na-

tion im Westen, Norden und Osten kleiner als das Reich. Aber nur im Osten war der Unterschied von erheblichem Umfang.

Das schloß aber gewiß nicht hartnäckige und empfindliche Zwistigkeiten auch im Norden und Westen aus. Dänemarks Irredenta in Schleswig („Sönderjylland" hinter der Linie Flensburg—Tondern) hat viel dazu beigetragen, Dänemarks Politik von Deutschland ab- und England zuzuwenden, besonders seitdem das Versprechen des Prager Friedens (das Schicksal der Landschaft durch Volksabstimmung zu entscheiden) 1878 zurückgenommen wurde. Frankreichs Sehnsucht nach Wiedergutmachung im Elsaß aber war das peinlichste Erbe der Vergangenheit, die dauernde Belastung und ständig drohende Gefahr der deutschen auswärtigen Politik; um so mehr, als die Sehnsucht der örtlichen Bevölkerung auf Rückkehr in die früheren Verhältnisse gerichtet war. Die Mißstimmung auf beiden Seiten wurde nicht vermindert durch den deutschen Nationalismus im Schulunterricht. Mit der Zeit kamen aber doch versöhnliche Aussichten: der Vertrag von 1907 mit Dänemark betreffend das Bürgerrecht, die Aufhebung des Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen 1902 und die neue Verfassung von 1911, die das „Reichsland" fast zur vollständigen Gleichberechtigung mit den selbständigen Staaten im Reiche erhob. Es sah auch so aus, als wenn im Elsaß die alte Staatstreue gegen Frankreich allmählich der neuen gegen Deutschland zu weichen begänne, auf dessen Seite ja auch der Nationalität nach die Bevölkerung ganz überwiegend gehört. Diese Hoffnungen wurden von der Bevölkerungsstatistik verstärkt, nach der das Deutschtum hier wie in Schleswig langsam auf Kosten des fremden Einschlags vorrückte.

Anders stand es im Osten, wo der nationale Abgang am stärksten war. Dort schob sich auf Deutschlands politischer Karte eine flache Bucht herein, entsprechend der von Österreich her (Böhmen) im Süden. Beide bezeichnen Schlachtfelder in dem großen Kampf zwischen Slawen und Germanen. Auf der Nationalitätenkarte sahen wir, daß die böhmische Bucht jenseits der deutschen Staatsgrenze zurückblieb, was bedeutet, daß hier der Kampf auf ein Gebiet außerhalb der deutschen Grenze

verlegt war. Das Gegenteil war im Osten der Fall. Dort flutete das polnische Volksmeer nach Deutschland hinein, überschwemmte Oberschlesien, Posen und Westpreußen und trennte das deutsche Ostpreußen fast ab. Sicherlich war dieses Meer reich an deutschen Sprachinseln, so daß die Sprachenkarte einem Schärengebiet glich, das nach der andern Seite sogar tief in das russische Polen hineinreichte, wo besonders die Städte Hochburgen des Deutschtums waren. Das ist die häufige Gestalt einer unfertigen Volksgrenze. Eine solche treffen wir auch ganz oben im Nordosten, wo eine gleiche litauische Schärenwelt die deutsche Einheitlichkeit um die Memel herum auflöst, die der Fluß der Litauer ist wie die Weichsel der Fluß der Polen; aber dieses kleine Bauernvolk kommt neben dem Kulturvolk der Polen mit seiner sozialen Entwicklung, seiner reichen Literatur, seiner geschulten Presse und seinen großen Überlieferungen aus selbständiger Vergangenheit nicht in Betracht. Nur in den von Polen bewohnten Gebieten fanden sich also in Deutschland alle Bedingungen einer nationalen Sonderbewegung vor. Hier spielte sich demnach der Rassenkampf innerhalb des Reiches ab, und zwar mit einer Erbitterung, welche die polnische Frage wohl zu der größten Sorge der deutschen (bzw. preußischen) inneren Politik machte.

Die polnische Frage wurde besonders bösartig dadurch, daß das obdachlose 15-Millionenvolk der Polen seinen Kampf um Selbständigkeit hier mit gesammelter Kraft führte, während in Rußland die drückende Staatsmacht und in Österreich großes Entgegenkommen ihm ungleiche Dämpfer aufsetzte. Deutschland sah sich daher von 1880 an zu besonderen Maßnahmen zur Verteidigung seiner bedrohten Stellung in diesem Landesteil in der Form von Ansiedlungen auf Staatskosten veranlaßt. Aber das Ergebnis entsprach nicht den Anstrengungen, das Polentum kam noch stärker voran: wenn die Gegner in Posen vor einem halben Jahrhundert ziemlich gleich stark waren, waren die Deutschen im Anfang dieses Jahrhunderts schon in die gleiche Minderheit gesunken wie in Böhmen, und ihre Stellung verschlechterte sich beständig.

Deutschland hat also einen Nationalitätenkampf im Hause von

gleicher Bedeutung wie die vielen in Österreich-Ungarn. Und als Ursache dieser Not konnte es wie Österreich-Ungarn nur die Ungunst der Natur anklagen, die dem Gebiet im Osten eine natürliche Grenze verweigerte.

Psychologisch betrachtet, steht das deutsche Volk an Begabung, Fleiß und guten Sitten hinter keinem zurück. Seine Geistesform ist der Idealismus, bis zur Kindlichkeit in politischer Weltauffassung. Es hat aber seiner Beliebtheit unter den Völkern geschadet durch eine gewisse Rücksichtslosigkeit in seinem auswärtigen Gebaren. Dazu haftet am deutschen Namen ein Zug von Bürgerlichkeit, der stark absticht von dem adlig vornehmen des Franzosen; der Deutsche hat nicht das angenehme Äußere und den ausgeprägten Lebensstil, gewiß auch nicht das Ästhetentum und die innere Kälte des Franzosen. Ein gefährlicheres Vorzeichen für die Großmacht war, daß der Deutsche unter dem Einfluß jahrhundertelanger Zersplitterung sich auch noch nicht das Nationalgefühl der romanischen Völker erworben hatte; die Erfahrung, wie leicht er sich in der amerikanischen Völkermischung verliert, beweist eine bedenkliche Schwäche in diesem Hauptpunkt.

Anthropologisch trug das deutsche Volk im ganzen das Gepräge blühender Gesundheit. Der Ausgleich zwischen Geburt und Tod (+ 1,4%) war sogar günstiger als der westeuropäische Durchschnitt; das bedeutet in der Volkscharakteristik soviel wie Jugend, während der träge rinnende Volksfluß Frankreichs ein unverkennbares Alterszeichen ist. Besonders bemerkenswert ist, daß das Land sich diese große Volksmenge in den eigenen Grenzen nutzbar zu machen vermochte; die Auswanderung, die noch in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts bedeutend war, blieb später bei verhältnismäßig kleinen Ziffern. Dies weist auf eine gesunde und starke Wirtschaft hin.

**4. Haushalt.** Trotz tatkräftigster Arbeit vermochte der deutsche Ackerbau seit langem das Volk nicht mehr zu ernähren, wie die gewaltigen Jahresrechnungen über eingeführtes russisches Getreide bezeugten. Wenn das Land trotzdem seine überzähligen Millionen ohne

Schwierigkeit behielt, so erklärt sich das vor allem aus seiner industriellen Entwicklung.

Die Großindustrie hat ihre Hochburgen nach der Lage der Kohlenfelder im Westen (Westfalen-Rheinprovinz), in der Mitte des Südens (Sachsen) und im Südosten (Schlesien). Hier entwickelte sich jene großartige Massenerzeugung, die schon lange die Diagnose „schlecht und billig" (Philadelphia-Ausstellung 1876) überwunden hatte und statt dessen das Siegeszeichen „made in Germany" (Williams 1896) trug. Ihre rasche Entwicklung wird am besten durch Vergleich mit England beleuchtet. Bei der Reichsgründung war Englands Eisenerzeugung viermal und noch 1888 seine Stahlbereitung dreimal größer; 1893 überholte Deutschland es in der Erzeugung von Stahl, 10 Jahre später in der von Eisen, weitere 10 Jahre danach in der Maschinenerzeugung überhaupt; 1913 lieferte es zweimal so viel Roheisen und zweieinhalbmal so viel Stahl als sein Hauptgegner. Auch in den chemisch-technischen Industrien hatte Deutschland allmählich den ersten Platz erobert. Gleichzeitig verminderte sich Jahr für Jahr Englands Vorsprung auf seinen ureigenen Gebieten, in Schiffahrt und Handel. Von 1890—1912 hatte Deutschland seinen Anteil am Welthandel von 11 auf fast 13% vermehrt, während der Englands von über 20% auf 16,6% und der Frankreichs von 11% auf 9% gesunken war (Schumacher). Auf diese Weise fügte Deutschland jährlich eine volle Milliarde seinem Handelsumsatz und mehrere seinem Nationalvermögen hinzu und stand beim Ausbruch der Weltkrise als die größte Kapitalmacht Europas da.

Der Industrieadel, der aus diesen Voraussetzungen erwuchs, war selbstverständlich stark vorwärtsdrängend, an der Weltpolitik mit kolonialen Erwerbungen und Flottenbauten interessiert. Er schuf einen allgemeinen Ausweg für die Übervölkerung. Aber inzwischen saß im Osten („Ostelbien") noch eine feudale Aristokratie alten Schlages auf ihren Großgütern; dieser Landadel (die Junker), der den Kern der konservativen Partei bildete, hatte wenig Verständnis für die Ausdehnungspolitik. So stießen zwei verschiedene Welten in der deutschen Gesellschaft aufeinander; und zwischen ihnen bewegte sich

Deutschlands wirtschaftliches Leben. Die Interessen gingen nicht nur in Zoll-, sondern auch in Verkehrs- und in reinen Finanzfragen („Reichsfinanzreform“ 1909) auseinander. Man sprach beim Jahrhundertsbeginn geradezu von „Deutschland am Scheidewege“ (Pohle 1902): Ackerbau- oder Industriestaat, „Volkswirtschaft“ oder „Weltwirtschaft“. Die praktische Politik lehnte jedoch das Entweder—Oder ab und suchte durch Vermittlung und Verbindung vorwärts zu kommen; und die Wirtschaftsstatistik zeigte deutlich, daß die Politik ihre Aufgabe gut bewältigt hatte.

Wir sehen hier also wieder ein Gemeinwesen in hoher Blüte und großem Wohlstand wie in Frankreich. Aber es ist von anderer Art: während das französische Volk seine Ersparnisse in Staatsobligationen anlegte, setzte das deutsche die seinigen bei neuen Unternehmungen ein. Das ist der Unterschied zwischen einem stockenden und einem lebendig durchbluteten Wirtschaftsleben. Deutschland hatte noch nicht die Altersstufe des Rentnerstaates erreicht; es stand dauernd unter dem vollen Ansporn des Kämpfens und Erwerbens, fern der Erschlaffung, die psychologisch zum „beatus possidens“ gehört.

Ein im Grunde idealistisches Volk hatte also seine ganze außerordentliche Kraft auf materiellen Erwerb gerichtet. Der innere Widerspruch hierin brachte unangenehme Züge in der Volksseele zur Entfaltung. Aber zugleich mußte der einzig dastehende Fortschritt Mißgunst und Besorgnis bei den älteren Wettbewerbern erzeugen. Auch über diesem großen und reichen Haus lagen Schatten.

5. **Gesellschaft.** Der Gegensatz zwischen dem Land- und dem Industrieadel schnitt nicht tief in die deutsche Gesellschaft ein; er gehört zu jener Art Interessengegensätzen, die letzten Endes für die Entwicklung heilsam sind. Ein schwereres Hindernis schien die Großmacht in der starken Entwicklung des gemeinsamen Feindes jener beiden, der Sozialdemokratie, bekommen zu haben. Deutschland ist das Mutterland des Sozialismus, und schon 1875 bildete sich dort „die sozialistische Arbeiterpartei“. Der Staat sah sich anfangs veranlaßt, sie auf zwei Wegen zu bekämpfen: einerseits unmittelbare Unterdrückung durch Gesetzgebung (1878—90), anderer-

seits positive Arbeit, um durch sozialpolitische Reformen die Ursachen der sozialen Unzufriedenheit zu entwurzeln (seit 1883). Deutschland ist also das vorbildliche Mutterland der „Arbeitergesetzgebung". Aber die Hoffnung, auf diesem Wege die staatsfeindliche Bewegung zu ersticken, scheiterte; nach Aufhebung des Ausnahmegesetzes schritt die Partei unausgesetzt vorwärts — mit einem einzigen vorübergehenden Rückschlag bei der Reichstagswahl 1907, als sie allzu unvorsichtig den Großmachtswillen der Nation angegriffen hatte — bis sie durch die Wahl von 1912 mit 110 Sitzen von 397 und mit $4^1/_4$ Millionen Stimmen im Volke die stärkste Partei im Reichstag wurde.

Diese hervorragende Stellung einer Partei, die der erklärte Gegner der bestehenden Gesellschaftsordnung und Staatsform ist, war unleugbar geeignet, ernste Besorgnisse für die Zukunft hervorzurufen. Zweifellos zeugte sie von einer Schwäche im Gemeinwesen, die der Schwäche im Volkstum gleichkam. Die starke Entwicklung der Sozialdemokratie war eine Reaktionserscheinung nicht nur gegen den Kapitalismus, sondern wohl noch mehr gegen den feudalen Kastengeist, der Gesellschaftsleben und Verwaltung durchsetzte. Unvermittelter als sonst irgendwo standen hier das alte und das neue Ideal der Gesellschaft gegeneinander. Die Sozialdemokratie aber befand sich in einer inneren Umwandlung, die mit ihrem äußeren Wachstum fortschritt. Besonders nach der Erfahrung von 1907 betonte sie immer weniger ihr internationales Wesen; sie war auf dem Wege, sich dem nationalen Gemeinwesen anzupassen und einzufügen.

Aber nicht nur der rote, sondern auch der schwarze Flügel war in der deutschen Gesellschaft stark entwickelt. Wir finden hier einen Zwiespalt, der uns bisher bei unseren Betrachtungen nicht begegnet ist: den konfessionellen zwischen Protestanten und Katholiken. Der Katholizismus ist in Deutschland nicht eine allgemeine Kirche, sondern eine Partei. Sein Anteil an der Bevölkerung (scheinbar feststehend) ist der kleinere Teil eines „Goldenen Schnitts". Geographisch betrachtet ist er eine Außenerscheinung an den westlichen, südlichen und östlichen Rändern des Reiches; er verschärfte also die polnische Frage, die katholische Kirche war der Hauptherd der Werbearbeit in

Polen. Aber auch ohne Verbindung mit der Nationalität hat der Katholizismus eine große politische Rolle im Reiche gespielt. Im Zentrum des deutschen Reichstags sammelten sich die Katholiken zu einer festen Oppositionspartei mit starken partikularistischen Neigungen. Das gab den Anstoß zum „Kulturkampf" 1872—79 (1887), 30 Jahre vor dem französischen. Das Reich erlebte eine Zeit offenen Kampfes gegen seinen schwarzen Internationalismus wie gegen den roten, und die konfessionelle Zerrissenheit war damals eine größere Sorge als die soziale. In der Tat ist der Kulturkampf als eine Fortsetzung des deutschen Einheitskampfes anzusehen: deshalb konnte er auch abgeschlossen werden, sobald die Katholiken Sicherheiten für ihre Staatstreue boten (das Programm des Schutzzolls 1879). Sie gingen gestärkt aus dem Kampfe hervor wie die Sozialisten aus dem ihrigen; seit 1890 war das katholische Zentrum die stärkste Partei des Reichstages (etwa 100 Sitze), bis die Sozialdemokratie sie 1912 überflügelte.

Wir sehen hier also das eigentümliche Bild einer Großmacht, die zwei internationalen Richtungen den größten Raum in ihrer Volksvertretung einräumte. Aber nur einmal haben sie in einer großen Frage gemeinsame Sache gemacht — und dabei verloren — nämlich in der Kolonialkrise 1906—7; sonst war die schwarze Internationale mit ihrer Mischung von kultureller Reaktion und sozialer Demokratie ein starkes Bollwerk gerade gegen die rote. Es ist auffallend, daß eine Partei, die nach ihrer geographischen Ausbreitung auf den Rand verteilt und ihrer Idee nach ein außerhalb der Reichsgrenzen ausgestreckter Flügel ist, in Wirklichkeit ihrem selbstgewählten Namen entsprochen und die Mitte des politischen Lebens im früheren Deutschen Reich eingenommen hat.

Den schwarzen Flügel des Gemeinwesens in die Mitte einbezogen, im Kampf mit dem roten, so ging Deutschland seinen Weg vorwärts. Wir haben diese Strömungen auch in Italien und Frankreich gesehen, aber dort ist die Richtung der Regierung im ganzen nach links gegangen: mit den Sozialisten gegen die Klerikalen. In Deutschland fand die Aufgabe regelmäßig die andere Lösung: Anschluß nach rechts,

mit den Klerikalen gegen die Sozialisten. Das war eine natürliche Folge der eigenartigen Verfassung Deutschlands.

**6. Regierungsform.** Verfassungsrechtlich war Deutschland der reine Gegensatz zu Frankreich: an Stelle straffer Zentralisation der Landschaften Dezentralisation bis zum Föderalismus, an Stelle der unpersönlichen parlamentarischen Leitung die Kaiserflagge im Topp, mit den stärksten Überlieferungen zugunsten der Macht der Persönlichkeit.

Die Verfassungsform Deutschlands war die Staatenvereinigung wie in Österreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten von Amerika, aber unter der rechtlichen und tatsächlichen Vorherrschaft eines führenden Staates. Während Sardiniens Kampf für die italienische Einheit in einen Einheitsstaat mündete, in den Sardinien mit den andern zugleich als Provinz einging, endete Preußens gleichartige Sendung mit einem Bundesstaat, in dem Preußen die Führung und gewisse, sogar gesetzliche Vorrechte erhielt (besonders in Militär- und Handelsfragen) und dafür einigen andern Mitgliedern, besonders Bayern, eine selbständige Stellung einräumen mußte. Aus den Tagen der großen Zersplitterung, als große Teile ihrer politischen Karte wie Lumpendecken aussahen, schleppte also die deutsche Großmacht eine Sonderaufgabe mit sich — nicht wie die italienische die Aufgabe, den Staatsgedanken selbst zu festigen, denn der steht fest auf germanischem Boden, sondern verschiedene Landesteile zusammenzuhalten und zu verschmelzen. Man muß in einem solchen Staat eine Spannung zwischen Zentralisation und Partikularismus erwarten, und die Zukunft muß um so stärker erscheinen, je mehr der letztere abnimmt.

Der geschichtliche Partikularismus hatte im neuen Deutschland zwei Herde, Bayern und Hannover; hierzu kam wohl noch Elsaß-Lothringen mit seinem frischen Separatismus („Protestler“ im Reichstag). Aber diese Erscheinungen hatten mit der Zeit nur noch antiquarisches Interesse. Der Partikularismus trat überhaupt nur in verstreuten und zufälligen Stimmungen hervor, wie schwach aufglimmende Feuer nach einem starken Brand. Die Neigung zur Zentralisation dagegen zeigte sich in Handlungen und Wirklichkeiten:

in einer zunehmend einheitlichen Gesetzgebung mit folgender Reichsüberwachung und Reichsverwaltung, in der Finanzpolitik, im Verkehrswesen u.a.m. Das partikularistische Reichsorgan, der Bundesrat, sank zweifellos an Bedeutung, während die verbindenden Organe, Kaiser und Reichstag, stiegen. Rein praktisch betrachtet, hatte der deutsche Staat in unserem Jahrhundert nur diese beiden Machthaber; und der Zwang der Verhältnisse selbst mußte den Einheitsgedanken um so mehr stärken, als das Reich im weltpolitischen Wettkampf unter immer stärkeren äußeren Druck kam. Es war mit dem politischen Bau wie mit der Reichsgrenze: er war unfertig.

Mit dieser Entwicklung im Zeichen der Einheit und Stärke war Preußens Vorherrschaft und seine starke Monarchie aufs engste verknüpft. Wir sehen hier eine weitere Spaltung nach dem Goldenen Schnitt, wobei die übrigen Teile des Reiches zusammen den kleineren Teil gegenüber dem Hauptland ausmachten. Das neue, lose zusammengefügte Deutschland bedurfte eines Kerns („die Zitadelle in der Festung", Meinecke 1908) und fand ihn im preußischen Militärstaat. Deutschland war also ein Zusammenschluß um den preußischen Block herum, der einen starken Zusammenhalt um den Thron bewahren mußte, um sich nach Möglichkeit gegen die auseinanderstrebenden Kräfte des Parlamentarismus zu schützen. Die Geschichte Preußens mußte fernerhin wie in älteren Zeiten die seiner Könige sein, aber nun nicht nur um seiner selbst, sondern um des Reiches willen.

Dieser Gedankengang schuf die größte verfassungsrechtliche Eigentümlichkeit Deutschlands: das Getriebe auf zwei Bühnen für das parlamentarische Hauptspiel, das Lebewesen mit „zwei Seelen" in einem Körper. Der preußische Landtag, durch Wahlrecht (1849) und Wahlkreiseinteilung sehr eingeschränkt, nahezu frei von sozialistischer Vertretung, hatte immer noch seinen Schwerpunkt in der feudal-aristokratischen Form eines Ackerbau- und Polizeistaates aus einem vergangenen Zeitalter, während der deutsche Reichstag, aus allgemeinem und gleichem Wahlrecht hervorgegangen, immer mehr als das Organ eines neuzeitlichen, demokratischen und industriellen Gemeinwesens erschien. Hinter dem sozialen und wirtschaftlichen Dualismus

erblicken wir hier eine große Verfassungsfrage: den Dualismus zwischen dem Reich und seinem größten Gliede, welche beide hier in ihrer Kampfstellung die Demokratie und die Bureaukratie verkörperten.

Das brachte verfassungstechnisch mit sich, daß der Parlamentarismus sowohl aus dem Reichstag wie aus dem preußischen Landtag verbannt sein mußte; er verbot sich ja von selbst, solange die Regierung (der Reichskanzler) gleichzeitig auf diesen beiden Kampfplätzen mit den verschiedenen Zufallsmehrheiten arbeiten mußte. Die deutsche Staatsform bewahrte also auch in Wirklichkeit ihre streng konstitutionelle Art und Weise unter tatkräftiger Führung der Königsmacht. Anders war auch wohl keine einheitliche Entwicklung möglich; denn dieser Reichstag zeigte infolge all der vielen Gegensätze im Reich — nationale, konfessionelle, soziale, geschichtliche und politische — ein fast ebenso buntes Gemisch wie der österreichische und war deshalb an sich wenig geeignet, eine feste Richtung einzuhalten. Diese natürliche Hemmung der Demokratie war selbstverständlich eine reich fließende Quelle innerer politischer Unzufriedenheit und starker Mißverständnisse draußen, so daß Deutschland als Herd der „Autokratie" betrachtet werden konnte. Doch hat derselbe Umstand zweifellos dazu beigetragen, daß der deutsche Reichstag nicht nur in seiner äußeren Haltung, sondern auch in seiner schaffenden Arbeit vorteilhaft abstach von den romanischen mächtigeren Parlamenten.

Hoch über dem parlamentarischen Kampf erhob sich nach Sinn und Brauch der Verfassung wie nach dem Geiste des Volkes der Kaiserthron. Als sein Inhaber stand ein Vierteljahrhundert lang Wilhelm II. in selten hervorragender Weise vor der Gegenwart. Von ausgeprägt selbstherrlicher Art, der stärkste Schirm und Schutz der monarchischen Idee, mußte er bei verschiedenen Gelegenheiten mit seinem eigenen Volk scharf zusammenstoßen. Die Urteile über ihn sind hart ausgefallen, auch wo man ehrlich geneigt ist, viel von den persönlichen Fehlern dem Milieu zuzuschreiben. Aber eins kann nicht geleugnet werden: diese kaiserliche Politik mit all ihrer Sprunghaftigkeit und ihrem zuweilen sichtbaren Dilettantismus hatte doch ein Ziel, und

das war, Deutschland zu einer **Weltmacht** an der Seite Rußlands, Englands und Amerikas zu erheben.

**7. Auswärtige Fragen.** Die Bismarcksche Zeit ist bis 1890 eine organische Vorbereitung auf die Wilhelms des Zweiten. Damals lag die Aufgabe innerer und äußerer Sammlung vor. Die Verbindung verschiedener Bausteine zum deutschen Reichsgebäude war ein Werk von so kraftanspannender und -verzehrender Art, daß nicht viel Tatkraft für Zwecke der Ausdehnung übrigbleiben konnte. So war Bismarcks Gesichtskreis im ganzen auf Europa beschränkt, sein Interesse nach dem Siege hauptsächlich auf das Landheer und die Landwirtschaft gerichtet, seine Staatskunst auf Verteidigung und Sicherung des schon Gewonnenen eingestellt. Da Rußland seine „ehrliche Vermittlung" auf dem Berliner Kongreß nicht anerkannte und ihn also zwang, zwischen sich und Österreich zu „optieren", schuf Bismarck den Dreibund in zwei Abschnitten, den Schutz nach Osten 1879 und den nach Westen 1882, aber in reiner und ausgesprochener Verteidigungsabsicht; und er benutzte die erste Gelegenheit, um eine „Rückversicherung" in Rußland aufzunehmen (1881). Deutschland war nach seiner Meinung „saturiert"; es wollte „keinen einzigen pommerschen Musketier" opfern für die ganze orientalische Frage.

Aber die Kraft, die sich in dieser gesunden Selbstbeschränkung ansammelte, mußte sich schließlich Wege nach außen suchen, da ja die Bevölkerung daheim über die Schranken hinauswuchs. Das Werk des großen Reichsgründers hatte Folgen, die über seine eigenen Voraussetzungen hinausgingen: sie wiesen aufs Meer, auf Seemacht, auf große Märkte und auf ferne Ziele für ein größeres Deutschland. Den Blick, diese weiten Aussichten zu sehen, und den Mut, auf sie zu vertrauen, besaß Wilhelm II. und damit die Eigenschaft des Staatsmannes, dessen Ehre durch den Ausgang nicht ganz herabgesetzt werden kann.

Die Führung war zunächst nicht klar; sie begann mit einer Zeit des Tastens (Caprivi 1890—94), während der die nationale Empfindlichkeit in einer Prachtblume, im „Alldeutschen Verband", hervorbrach. 1895 wendet sich das Blatt. Deutschland rückt an Frank-

reichs und Rußlands Seite auf gegen Japan. Bald darauf macht es in Südafrika gegen England Front (Krügertelegramm 1896). Aber der entscheidende Schritt geschieht 1897, als es sich in Kiautschau festsetzt und die chinesische Provinz Schantung als sein Einflußgebiet auswählt. Die Ansprüche stiegen mit der Machtentfaltung: „im Falle einer neuen Verteilung des Erdballs", äußerte Bülow 1899, „wird Deutschland sich nicht auf die Füße treten oder beiseite schieben lassen von irgendwelcher Großmacht." Das war die Fanfare, die den Aufmarsch der neuen Weltmacht verkündete. Und im Jahr darauf glaubte die Welt sie am Werke zu sehen, als Deutschland die Führung der gemeinsamen Unternehmung gegen das hinfällige China übernahm.

Als dies geschah, hatte Kaiser Wilhelm gerade eine neue Sehne auf seinen Bogen gespannt. Eine Rede in Damaskus 1898 ließ ein weltpolitisches Programm hervorschimmern: Deutschland als Verbündeter und Beschützer der mohammedanischen Welt. Die praktisch-politische Folge war die Bagdadbahn, die 1899 vorläufig und 1902 endgültig konzessioniert wurde: ein neues deutsches Einflußgebiet von weitausblickender Bedeutung in der asiatischen Türkei.

Im Anfang des neuen Jahrhunderts hatte Deutschland also die beiden hervorragendsten Schauplätze der Weltgeschichte betreten, den fernen und den nahen Osten, und auf beiden einen Vorzugsplatz für den Fall einer Verteilung erworben. Nehmen wir hinzu, daß es sich gleichzeitig neue Stützpunkte im Stillen Ozean, dem Meer der Zukunft, verschafft hatte und daß daheim ein großes Flottenprogramm festgesetzt wurde, so ist deutlich erkennbar, daß der Gesichtskreis sich weit über den der Bismarckschen Zeit vergrößert hatte.

Es war nicht zu erwarten, daß die alten Weltmächte ohne weiteres die Ansprüche des Neulings anerkennen würden. Im gemeinsamen Mißfallen begegneten sich diesmal die traditionellen Feinde Rußland und England, und Frankreich war aus Gefühlsgründen „Dritter im Bunde". Das waren die Voraussetzungen dafür, daß das französisch-russische Bündnis in zwei Abschnitten, 1904 und 1907, zum Dreiverband erweitert wurde. Die politische Folge lag beschlossen in

Deutschlands geographischer Lage: „die Einkreisung", d. h. die Ausnutzung seiner Mittelstellung zu politischem Druck, wie gegen Preußen 150 Jahre früher.

Diese allgemeinen Verhältnisse traten klar zutage bei der Marokkofrage. Hier handelte es sich um „Verteilung der Erde". Nach Rußlands Niederlage gegen Japan, die den Druck im Osten verminderte und dadurch größere Bewegungsfreiheit gab, meldete sich Deutschland als Bewerber mit gleich klaren Rechtsansprüchen wie Frankreich an. Das war eine starke Abweichung von der Politik Bismarcks, der mit Rücksicht auf die Heimat Frankreichs Afrikapolitik unterstützte. Nun zeigten sich die großen Schwierigkeiten, mit denen eine deutsche Weltpolitik rechnen mußte. Die deutsche Staatskunst, ohne andere Stütze als Österreich-Ungarn, mußte auf Messerschneide zwischen Krieg und Frieden entlang gehen, um einige Ergebnisse zu erzielen. Die Lage erhellte sich erst 1909 durch Anerkennung der politischen Sonderrechte Frankreichs in Marokko. Nun konnte die Einkreisung nach Osten gelegentlich durchbrochen werden in einer Vereinbarung, die einen Ausgleich schuf: Nordpersien für Rußland und die Bagdadbahn für Deutschland („Potsdamer Begegnung" 1910 und Vertrag 1911). Nun fand Deutschland auch die Kraft, sich Frankreichs marokkanischer Endunternehmung zu widersetzen; aber es erforderte dramatische Mittel (Agadir), unendliche diplomatische Verhandlungen und vollständige Kriegsbereitschaft, ehe Deutschland sich Ende 1911 aus der Angelegenheit zurückziehen konnte mit „Neukamerun" als greifbarem Ergebnis (s. S. 43).

Trotz aller Schwierigkeiten schritt also Deutschland auf seiner Bahn stetig vorwärts. Die Gestaltung der Karte selbst beim Tausch von 1911 mit den beiden zum Kongobecken ausgestreckten Fangarmen deutete unverkennbar auf eine Fortsetzung; wir erkennen dahinter einen großen Ausdehnungsplan, eine Riesenkolonie im tropischen und subtropischen Afrika zur Vereinigung der bis dahin zerstreuten Eintragungen. Deutschland wollte also Frankreich und England darin folgen, daß es seine Kolonien zu größeren zusammenhängenden Blöcken verband. Das ist der Plan Mittelafrika: ein tropisches

Hilfsgebiet für die Reichswirtschaft, also im Grunde ein Meeresprogramm, das ein freies Weltmeer und „offene Türen" in der Welt voraussetzte — Kaiser Wilhelms II. „Zukunft auf dem Wasser".

Das Interesse für diesen Plan wuchs in gleichem Maße, wie die Hoffnungen auf ein großes Einflußgebiet in China mit dem Aufstieg Japans eingeschränkt werden mußten. Aber neben diesem Überseeprogramm eröffnete die Lage Aussicht auf ein weiteres, im unmittelbaren Zusammenhang mit der Heimat stehend und im Anschluß an schon bestehende oder natürliche Bündnisse. Das ist Mitteleuropa, das vereinigte Deutschland-Österreich-Ungarn, das über die Balkanhalbinsel und Kleinasien sowie die Bagdadbahn zum territorialen Zukunftsbild „Berlin—Bagdad" auswuchs: ein breiter Streifen quer durch die Alte Welt, eine politische Brücke zwischen der Nordsee und dem Persischen Golf, ein Puffer zwischen Rußland und Westeuropa und ein planetarisches Gegengewicht gegen die schon bestehenden Weltmächte. Der Kern des Programms ist der engere wirtschaftliche Zusammenschluß der europäischen Mittelmächte, der mit wachsender Lebhaftigkeit seit dem Anfang des Jahrhunderts erörtert wurde (Julius Wolf 1901, Friedrich Naumanns „Mitteleuropa" 1915). Aber auch der größere Zusammenschluß wurde (von Rohrbach 1903) wesentlich wirtschaftlich begründet, als ein geschlossenes Einflußgebiet mit Autarkie; so würden Deutschlands Lebensnotwendigkeiten von einem festen Markt befriedigt werden, ohne politische Hoheitsrechte.

In diesen beiden Zukunftslinien erscheint — nicht ganz ohne innere Spannung — Deutschlands doppelköpfige Natur, der Zwiespalt zwischen den überseeischen und festländischen Interessen (s. S. 54); erst im Rausch des Kriegsglücks kamen Gedanken auf, beide geographisch zu verbinden (über Ägypten, Franz Köhler 1915). Das mitteleuropäische Programm war seinem Wesen nach defensiv, wie das „Greater Britain" (s. S. 82); es zerstörte keine alten Kreise, weder geo- noch machtpolitisch, es wollte nur den Statusquo in einer Richtung ausnutzen, die für Deutschland und für das Gleichgewicht der Welt günstig war. Das afrikanische Programm war ein durchaus alltägliches Kolo-

nialprogramm, und auch hier scheint das Bild teilweise schwebende Umrisse gehabt zu haben (Handelsverband mit dem belgischen Kongo). Der deutsche Imperialismus erhob also weniger feste Besitzansprüche als die großen Nebenbuhler und blieb auch im ganzen geographisch innerhalb eines kleineren Gesichtskreises.

Trotzdem rief er, wie wir gesehen haben, unversöhnliche Kräfte von zwei Seiten gegen sich hervor: Rußland und England. Das politische Mitteleuropa bezeichnet eine vollständige Frontveränderung gegen die Gleichgültigkeit der Bismarckschen Zeit in der „orientalischen Frage" und zerschneidet geradezu die byzantinische Zukunftslinie Rußlands; solange Rußland diesen Angriffsplan nicht fallen ließ, gab es hier keine freie Bahn — der Weg nach Byzanz ging nunmehr nicht nur über Wien, sondern auch über Berlin. Zugleich bedeutete das deutsche Programm hier einen Riegel vor Englands geplanter Verbindung zwischen Indien und Ägypten und eine Bedrohung dieser beiden Länder. Dieses Verhältnis wiederholte sich in Mittelafrika, wo die Ausführung des deutschen Programmes einen Schlagbaum über Englands Kap-Kairo-Bahn gelegt hätte.

Aber diese geographischen Reibungen mit England waren nur Anzeichen eines Interessengegensatzes, der sich über den ganzen Erdball spannte, insofern England in Deutschland jetzt seinen Hauptgegner auf dem Weltmarkt und dem Weltmeer sah. Deutschlands Versicherung, daß es nur nach einer wirtschaftlichen Weltstellung strebte, verbesserte nicht das Verhältnis zu einer Macht, die ein solches Monopol als ihr Daseinsrecht betrachtete. Das Verhältnis wurde bösartig durch das Wachstum der deutschen Flotte, die Englands tatsächliche Meerherrschaft zu bedrohen schien, obwohl sie 1913 amtlich auf ein stark unterlegenes festes Maß (10:16) begrenzt wurde. Solange England die altüberlieferte Auffassung nicht aufgab, war auch hier kein gangbarer Weg. Es war „Deutschlands Irrtum", daß es überhaupt an eine Zukunft auf dem Wasser neben England glaubte.

Deshalb war der Gegensatz gegen England der tieferliegende; England gab den Anstoß und hatte die Führung bei der diplomatischen Einkreisung Deutschlands, es war wiederum Englands Ein-

griff, der den Marokkozwist so gefahrdrohend machte. Wollte Deutschland sein Regierungsprogramm „Weltpolitik und kein Krieg“ (1913) verwirklichen, so war es notwendig, eine Entspannung des Verhältnisses zu England zu versuchen. In dieser Absicht wurden auch 1912—14 Verhandlungen geführt, nicht ohne hoffnungsvolle Aussichten in Hinsicht auf die geographischen Reibungspunkte, wo England ein bemerkenswertes Entgegenkommen gezeigt zu haben scheint; aber die allgemeine Reibung wollte sich nicht verkleinern; denn seine älteren Verbindungen wollte England nicht schwächen.

Inzwischen brach die Balkankrise aus und rief den Streit mit Rußland wach. Die mitteleuropäische Entwicklungslinie wurde nun in ihren Grundlagen bedroht. Damit kam die Gefahr vollständiger Vereinzelung und einer dritten Kriegsfront. Deutschlands „Schicksalsstunde“ (Frobenius) war da.

Wir haben aus der Vogelschau die Entwicklung der deutschen Großmacht von der Reichsgründung bis zur hervorragenden Stellung und zur verhängnisvollen Wegscheide 1914 verfolgt. Wir haben seine schwere Bedrängnis auf den internationalen Wegen gesehen. Wir haben ferner so viele Schwächen, so zahlreiche zersplitternde Strömungen in Volk, Gesellschaft und Staat gefunden, daß wir wohl die Unruhe verstehen können, mit der die Wächter auf den Mauern Deutschlands der entscheidenden Krise entgegensahen, die sich stetig näherte.

In der Tat stand „Weltmacht oder Niedergang“ (Bernhardi) zur Wahl. Entweder mußte Deutschland die Aufgabe auf sich nehmen, mit der furchtbaren Anspannung aller Kräfte, die sie verlangte, oder sich für die Zukunft dareinfinden, sein Dasein als eine Macht zweiten Ranges weiterzuführen „ohne Mitbestimmungsrecht im kommenden Menschenalter“. Die große Frage war nun, ob die breite Masse des deutschen Volkes die Entschlossenheit und Stärke hatten, den schweren Weg nach oben zu wählen. Die imperialistischen Rufer schienen bisweilen mehr Zweifel als Glauben zu hegen. Es ist eine alte Klage, daß „Deutschlands schlimmste Feinde nicht Ausländer sind“ (Arndt

1908). Mit Bitterkeit sprachen die großdeutschen Schriftsteller über den „ideellen Pauperismus" daheim: Spießbürgerlichkeit und kleinstädtische Anschauung des Volkes, Gleichgültigkeit der Presse, Abgeneigtheit des Kapitals gegen koloniale Unternehmungen. Der Welteroberungsdrang mit dem ihm innewohnenden Verantwortungsgefühl für eine Menschheitssendung schien noch nicht ernstlich entwickelt zu sein bei einem Volk, das verdammt war, Jahrhundert über Jahrhundert in der größten Zerrissenheit zu leben, welche die Geschichte je sah, und dadurch einen Hamletzug in seinem Wesen bekam. Vielleicht liegt dieser Trieb von Anfang an nicht in seinem Blut: die norddeutsche Ebene bietet ja nicht so weite Ausblicke wie Rußlands Steppen und Nordamerikas Prärien. Es sah wirklich so aus, als ob Deutschland hinter den andern zurückstand an Weltüberblick und Weltmachtverlangen, den psychologischen Voraussetzungen der Weltmacht.

Es gab hingegen Zeichen — vor allem die Reichstagswahl 1907 (s. S. 63) —, die von einer beginnenden Umwandlung in der Tiefe der Volksseele erzählten. Es will wirklich scheinen, als ob der nationale Wille zur Größe zuletzt, während und nach dem Marokkostreit, in gleichem Maße mit der Machtentfaltung selbst anschwoll. Dem Volk gab die Aufgabe und die Gefahr ein erhebendes Gefühl. Denn Deutschlands Bevölkerung, im ganzen betrachtet, wies noch alle Zeichen körperlicher, seelischer und moralischer Gesundheit auf. Es war ein Volk auf der Höhe der Zivilisation und auch der Kraft und des Mutes zum Leben. Es schien würdig eines „Platzes an der Sonne".

Literatur: Ratzel, Deutschland, 1898; Hintze, Deutschland und das Weltstaatensystem, 1915 (in Deutschland und der Weltkrieg); Hasse, Deutsche Politik, I und II, 1905–08; Arndt, Deutschlands Stellung in Weltwirtschaft, 1908 (1913); Schumacher, Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft, 1915 (in Deutschland und der Weltkrieg); Pohle, Deutschland am Scheidewege, 1902; Helfferich, Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913; Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat, 1908; R. Schmidt, Die Grundlinien des deutschen Staatswesens, 1919; Stier-Somlo, Grund- und Zukunftfragen deutscher Politik, 1917; Massow, Die deutsche innere Politik unter Kaiser Wilhelm II., 1913; Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, II, 1898; Bülow, Deutsche Politik, 1916; Arndt, Grundzüge der auswärtigen Politik Deutschlands, 1912; Baudin, L'Empire Allemand et l'Empereur, 1912; Schie-

mann, Deutschland und die große Politik 1901–1914; Reventlow, Deutschlands auswärtige Politik, 1914; Zwanzig Jahre alldeutsche Arbeit und Kämpfe, 1910; J. Wolf, Das Deutsche Reich und der Weltmarkt, 1901; Rohrbach, Deutschland unter den Weltvölkern, 1903 (1911), und Der deutsche Gedanke in der Welt, 1912; Bernhardi, Deutschland und der nächste Krieg, 1912; Winterstetten, Berlin–Bagdad, 1914; Naumann, Mitteleuropa, 1915; Köhler, Der neue Dreibund, 1915; Kjellén, Deutschlands Irrtum und Deutschlands Zukunft, 1915 (Studien zur Weltkrise 1917); Frobenius, Des Deutschen Reiches Schicksalstunde, 1914; Preußische Jahrbücher (Delbrück); Die Grenzboten; Kreuzzeitung; Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

# V. England.

## The British Empire.

Gebiet 33,3 (0,3 : 33). Bevölkerung 438 (47 : 391); Vermehrung 375,000; Wachstum 25 : 15; Auswanderung 330,000; Eisenbahnen nahezu 38,000; Handel 20 (8 : 12); Schiffahrt 39. Flotte 1,640,000; Heer 255,000; militärische Ausgaben 29 (11 : 18). Staatsschuld 12, pro Kopf 260.

**1. Aufstieg.** Außer dem Gang des Christentums über die Erde kennt die menschliche Geschichte keine großartigere Ausdehnungserscheinung als die angelsächsische Ausbreitung seit der Zeit vor dreihundert Jahren, als Bacon fürchtete, in seinen Schriften eine allzu wenig bekannte Sprache anzuwenden, bis zur Gegenwart, da eben diese Sprache die Muttersprache von 125 Millionen, die amtliche Sprache für etwa 550 Millionen und das sicherste Verständigungsmittel der gesamten zivilisierten Welt ist. Das politische Ergebnis sind zwei angelsächsische Großmächte, jede für sich mit den Ansprüchen und Voraussetzungen einer Weltmacht. Geschichtlich verhalten sie sich wie Mutter und Tochter. Der Mutterstaat im Familienheim ist England: United Kingdom of Great Britain and Ireland.

Der erste Eroberungszug des englischen Stammes ging über den Kanal in das europäische Festland hinein. Erst 1558 wurde er endgültig aufgegeben. Damit hebt eine ganz neue Geschichte an. Der Sieg löste den Willen zur Großmacht aus und gab der Nation das Ideal der Meerbeherrschung. Die ersten Niederlassungen über See

erfolgten ungefähr gleichzeitig, aber wirklichen Aufschwung nahm die überseeische Ausdehnung nicht, bevor England seine eigenen Inseln in vollem Besitz hatte, also zu Beginn des 17. Jahrhunderts.

Von nun an ist die Richtung klar. Cromwell, der erste reine Imperialist, förderte sie durch protektionistische Gesetzgebung (die Navigationsakte 1651 und 1660). Ehe das Jahrhundert zu Ende ging, war der beatus possidens auf den Meeren, Holland, politisch überholt, wenn es auch noch 50 Jahre seine wirtschaftliche Vorherrschaft behalten konnte. Gleichzeitig hatte eine entscheidende innere Zusammenfassung die Kräfte gestärkt, so daß England nun bereit stand — mit Österreich als „Festlandsdegen" —, den Kampf mit dem größeren und zäheren Gegner, Frankreich, zukunftsfroh aufzunehmen.

Dieser Kampf nimmt den Zeitraum von 1688—1815 völlig ein. Nun treten die Angelsachsen ihren großen Wikingerzug um die Erde an. Den ersten großen Erfolg brachte ihnen die Gunst des Schicksals im 18. Jahrhundert: ein allgemeiner Krieg auf dem europäischen Festland. Als der Krieg zu Ende und Frankreichs Übermacht für diesmal gebrochen war, hatte England einen Sprengkeil in das französische Kolonialreich in Nordamerika gesetzt, den Handel im spanischen Amerika an sich gerissen, sich den Schlüssel zum Mittelmeer verschafft (Gibraltar) und Portugal wie eine Jolle ins Schlepptau genommen. Es war eine europäische Großmacht geworden. 50 Jahre später (Pariser Friede 1763) ist Frankreichs amerikanisches und indisches Reich völlig gesprengt. Der Nationalgesang „Rule, Britannia" ist, kaum gedichtet, schon Wahrheit geworden. England wird Alleinherrscher auf den Meeren, und im Gefolge der Macht zieht sich der Welthandel immer mehr von Amsterdam nach London.

In dieser Lage erfährt England den ersten und einzigen großen Rückschlag: die Losreißung der amerikanischen Kolonien 1783. Der äußere Verlust wird jedoch aufgewogen durch den Aufschwung des freien Handels und der Schiffahrt nach Amerika gegenüber dem früheren Zwangshandel. Und vor dem Ende des 18. Jahrhunderts hat England reale Entschädigung gefunden, indem es im vierten und fünften Erdteil Fuß faßt (Neusüdwales 1788, Kap 1795) und damit zwei

Ausgangspunkte für neue angelsächsische Auswandererkolonien und Staatenbildungen gewinnt.

Die Französische Revolution gewährte England noch einmal die gleiche Gunst wie zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Während des allgemeinen Festlandskrieges fand es Gelegenheit, die französische Flotte samt ihren Anhängseln zu zerstören; seither konnte es frei mit den überseeischen Besitzungen der anderen Mächte schalten und walten. Als Europa, mürbe und matt von den napoleonischen Kriegen, endlich zur Ruhe kam, fand es England nicht nur ungeschädigt, sondern auch als unbestrittene Herrschaft über alle Handelswege. So konnte sich England nun einrichten als Riesenwarenhaus für den europäischen Bedarf an Kolonialwaren, deren gewaltige Flut über England ging und ihren Goldsand in den Taschen der Briten absetzte.

Dieses System blieb ein halbes Jahrhundert hindurch so gut wie unberührt. Seine natürliche Wirkung war, daß sich gewaltige Kapitalien auf der Insel ansammelten. Nach ihnen streckten die andern Mächte gierige Hände aus, um mit ihnen ihre eigenen Lebensbedingungen zu verbessern. England bekam große Guthaben in den andern Ländern. Es war nicht nur der reiche Kaufmann mit ganz Europa als Kundschaft, es wurde auch der große Bankier und Geldverleiher mit Europa als Schuldner.

Während ebendieser Zeit ging die Umwandlung der Gütererzeugung vor sich, welche die Folge der Entdeckung der Dampfkraft und ihrer Anwendung bei der menschlichen Arbeit war. Es war wieder ein glücklicher Zufall, der vor allem England zugute kommen sollte. England fand plötzlich in den eigenen Grenzen ungeahnte Reichtümer in seinen Kohlengruben. Technische Erfindungen auf dem Gebiet der Textilwaren vervollständigten die Gunst der Lage. Das reichste Handelshaus der Welt wurde zugleich ihre mächtigste Werkstatt. Es brauchte sich nicht darauf zu beschränken, den Handel zu vermitteln; es war in der Lage, ihn aus eigenen Erzeugerquellen zu nähren und so den Gewinn des Fabrikanten zu dem des Kaufmanns und des Bankherrn zu fügen. Als die Industrie ihren siegreichen Einzug in die Welt hält, ist England wieder das Land an der Spitze. Gegen

die Mitte des 19. Jahrhunderts ist die Stellung so stark, daß es sowohl Schiffahrt wie Handel ohne Furcht vor ausländischem Wettbewerb fast ganz frei gewähren lassen kann.

Aber zu allem kommt noch das Erstgeburtsrecht auf die heutigen Verkehrsmittel. Hier hat die Dampfkraft ihre andere entscheidende Anwendung gefunden, und wieder schreitet England voran. Wie eine „ungeheure Meerspinne" liegt es nun in der Mitte seines Kabelnetzes auf dem Boden aller Ozeane, und über ihre Oberflächen baut es mit seinen fliegenden Geschwadern bewegliche Brücken. England ist die erste Macht, die sich auf diese Weise die Möglichkeit geschaffen hat, eine Herrschaft rund um den Erdball aufrecht zu erhalten. Während es sich seine alten Kolonien näher brachte und die Erwerbung neuer erleichterte, hat es vermehrte Kraft erlangt im Wettbewerb mit den Nebenbuhlern, die allmählich hochgekommen waren. Die Erwerbung des Suezkanals (Aktienkauf 1875) war die letzte, aber nicht geringste der glücklichen Gelegenheiten, welche die „gottgesandte Norne" des Nationalliedes dem auserwählten Volke geboten hat. Noch einmal hat England sich so als die bevorrechtete Verkehrsmacht einen Vorsprung verschafft und ihn ausgenutzt.

Diese günstigen Umstände haben die Großmacht vom Beginn des 18. Jahrhunderts zum Weltreich von der Mitte des 19. Jahrhunderts aufsteigen lassen. Der Weg ist ein anderer und größerer als die ausschließliche „Raumpolitik" (Spahn) der Festlandsmächte. Aber eine solche Entwicklung ist nicht möglich gewesen ohne ungewöhnliche Voraussetzungen des Reiches und des Volkes.

**2. Reich.** Zwei geographische Tatsachen treten von Anfang an als ungewöhnlich günstig für die Entfaltung einer englischen Großmacht hervor: Meerumschlossenheit und Lage des Mutterlandes.

Nach der Vereinigung mit Schottland vor 300 Jahren ist England daheim der natürlichste Staat der Welt. Denn keine Grenze ist besser als das Meer, das vor allen unmittelbaren Reibungen schützt, von allen förmlichen Grenzstreitigkeiten befreit und im Kriegsfall einen wesentlichen Teil der Verteidigung übernimmt. England als Insel ist von eben dem Kampf um die Grenze verschont geblieben, der so viel

von der Kraft der Festlandsmächte in der Geschichte verzehrt hat. Das bedeutet für das englische Volk eine ungeheure Kraftersparnis, die seiner Entwicklung an anderer Stelle zugute gekommen ist. So hat England bis zur Weltkrise der allgemeinen Wehrpflicht entgehen können, die auf dem Festland jährlich Millionen Arme der Wirtschaft entzog. Um so größeres Gewicht hat es auf seine Verteidigung zur See legen können und müssen. Das Meer ist Träger der englischen „naval supremacy", die wiederum der Lebensnerv seines Weltreichs ist. Das Meer mit seinen unbegrenzten Ausblicken hat wohl auch, auf den heimlichen Wegen der Suggestion, von Anfang an den Eroberungsdrang in die Seele des Inselvolkes gepflanzt, während es zugleich seine bequemen Wege bot, ihn zu befriedigen.

Aber das Meer ist auch das vorzüglichste Mittel für friedliche Verbindungen. Wenn England nunmehr als die gewaltigste Verkörperung des wirtschaftlichen Großmachtstypus aller Zeiten dasteht, so ist dieser Charakter letzten Endes aus seiner Insellage abzuleiten. Die Meerumschlossenheit ist die grundlegende Tatsache in der ganzen englischen Erscheinung.

Sie hätte indessen nicht alle ihre Vorzüge auswirken können, wenn sie nicht verbunden gewesen wäre mit besonderen Vorteilen in der Gestaltung und Lage des Landes. Die stark eingeschnittene Küste mit ihrem Überreichtum an Häfen ist geradezu für ein Seefahrervolk geschaffen. Alle großen Flüsse des Festlandes von der Seine bis zur Elbe weisen hierher. England ist also eng verbunden mit Europa. Es ist der natürliche Vorläufer des bevorrechteten Erdteils auf dem Meere. Sein einzig dastehendes Glück liegt nun darin, daß es seine andere Front dem wichtigsten Weltmeer zuwendet. Zugleich nimmt es im Verhältnis zu den verschiedenen Kulturstätten der Menschheit eine geeignete Mittellage ein; London liegt in der Mitte der Landhalbkugel (Karl Ritter).

Ehe die letztgenannte Mittellage sich geltend machen konnte, mußte jedoch der Atlantische Ozean selbst in ein Mittelmeer umgewandelt werden, was die Einbeziehung Amerikas in die Zivilisation voraussetzte. Die Entdeckung der Neuen Welt bildet auch die Wende in Eng-

lands ganzer Geschichte. Vorher war England nur Europas äußerste Spitze und Wacht gegen das Meer im Nordwesten, und seine eigenen im Westen angehäuften Berglandschaften schienen eine natürliche Grenze des Gesichtskreises dort hinaus zu bilden. Sein politisches Antlitz war nach Europa zugewendet, wo es seine beste Ackererde hatte. Seine wirtschaftliche Grundlage sah es wie alle europäischen Länder im Ackerbau; für das Meer hatte es noch keinen Sinn, dies war zunächst ein feindliches Element, über das Eroberer und Gewalthaber gekommen waren — noch lange im 16. Jahrhundert beherrschte die deutsche Hansa Englands Handel vollständig. Die Entdeckung Amerikas verwandelte England von einem Randstaat Europas zum Mittelstaat der Erde. Nun erst trat die Lage mit ihren ganzen Vorteilen hervor, zunächst als Vorzugsplatz am Atlantik selbst; diese Stellung wurde durch den Sieg über die Armada auf Kosten der pyrenäischen Hauptmacht befestigt. Nun erst kommt auch die Meerumschlossenheit voll zur Geltung. England zieht mit seinen Hausgöttern vom Land aufs Meer hinaus. Europa, dessen Randausläufer es bisher war, wird nun sein eigenes Hinterland.

Das ist im hervorragenden Sinne eine Weltlage. England steht auf einer höheren Ebene besonders im Vergleich mit Deutschland, dessen Mittelstellung sich nur auf einen europäischen Umkreis bezieht; auch ist England durch seine meerumschlossene Lage von dem allseitigen Druck befreit, den die Stellung Deutschlands mit sich bringt. Diese grundlegende Verschiedenheit hat sich in der militärischen Einrichtung der beiden Mächte abgespiegelt: sie haben beide ihre Land- und Seekräfte etwa nach dem Goldenen Schnitt eingeteilt, aber während Deutschland den größeren Teil dem Heer zuwies, hat England ihn der Flotte gegeben.

Der Boden des englischen Mutterlandes leidet unter einer feuchten Witterung, die für Feldfrüchte nicht allzu günstig ist (Dove), und Wälder fehlen dort fast ganz. Die Reichtümer der Berge haben indessen in neuerer Zeit reichlichen Ersatz dafür geschenkt. In üppigem Reichtum nebeneinander und an nahen Seehäfen liegend, bieten die Eisen- und Kohlenlager Lancashires die besten Vorbedingungen für die moderne

Gütererzeugung. Das alte „grüne England" trat also im Zeitalter der Industrie zurück hinter das „schwarze England" (Bérard). Es war eine neue Verschiebung, die den Staat der modernen Wirtschaftslage anpaßte und die Stellung vollendete, die mit dem allgemeinen Anschluß an das Meer begann. Wieviel stärker treten nun Englands natürliche Voraussetzungen als wirtschaftliche Weltmacht ans Licht als z. B. die Italiens, das bei dem fast gleichen Vorteil der Meerumschlossenheit eine eingeengtere Lage und einen weit ärmeren Boden hat!

Aus diesen Wurzeln ist das Weltreich, The British Empire, hervorgewachsen, diese riesige Staatsbildung, nahezu vom Umfang der Mondscheibe, in der schon vor dem Weltkriege fast ein Viertel der Erde und ihrer Bevölkerung unter einer Flagge verbunden waren — dieses Reich, das eine Großmacht in allen Erdteilen ist, und dessen einzelne Teile für sich hier und da nur mit den Maßen eines Erdteils gemessen werden können (Australien, Kanada, Indien). Nicht nur an Ausdehnung, sondern auch an wirtschaftlichem und politischem Wert steht es völlig ohnegleichen in der Weltgeschichte da. Seine eine Hälfte füllt den größeren Teil der gemäßigten Zone außerhalb Europa-Asiens und bietet der europäischen Bevölkerung mindestens 4 Millionen qkm Ansiedlungsland. Die andere Hälfte liegt in tropischen und subtropischen Gegenden als unschätzbares Pflanzungsland. In beiden blühen die vorzüglichsten Handelskolonien der Erde. Zu den Hauptteilen kommt noch der ganze Schwarm von „Stationen": gegen 50 Kohlenhäfen, Kabelinseln und strategische Punkte, als Oasen in der Meereswüste (Bermuda, St. Helena, Seyschellen, Fanning) oder als Hafenanlagen vor wichtigen Handelsgebieten (Hongkong, Zanzibar) oder als Tore vor empfindlichen Durchfahrten (Gibraltar, Malta, Suez, Aden-Perim, Bahrein, Singapor, Weiheiwei). Auch dieses scheinbar ungeordnete Gewimmel verrät bei näherer Betrachtung einen vernünftigen Zweck: die Stationen sind in ihrem Zusammenhang als die unentbehrlichen Befestigungen und Stützpunkte des Weltreichs anzusehen.

Aber auch das Reich in seiner Gesamtheit — dieser mehr „wild-

gewachsene Park“ als „ein Garten von Versailles“ (Keutgen) — läßt allmählich einen architektonischen Grundgedanken erkennen. Die neuere Eroberung hat einen Gebietsblock von Kairo bis hinab zu den Nilquellen geschaffen (4½ Millionen qkm mit 20 Millionen Einwohnern), einen anderen vom Kap bis zum Tanganjika (3½ Millionen qkm, etwa 10 Millionen Einwohner), ferner den indischen Block erweitert (etwa 5 Millionen qkm, 320 Millionen Einwohner). Wir sehen hier ein deutliches Fortschreiten zum Zusammenschluß von Süden und Osten nach Ägypten hin, der Torwärterstube zwischen Europa und Asien, dem Brückenkopf zwischen Europa und Afrika. Aber wenn wir Australien dazulegen (8 Millionen qkm, 5 Millionen Einwohner), so ordnen sich die Blöcke als 4 Ecksteine eines Reiches um den Indischen Ozean von gleicher Art wie das altrömische Mittelmeerreich: ein Herrschaftsgebiet von bereits 21 Millionen qkm und 355 Millionen Einwohnern, mit Indien als Kern, Ägypten als taktischem Mittelpunkt und dem Suezkanal als Tor (nach Europa). Einen kühneren geopolitischen Griff sah die Welt nie als diese meerumfassende Staatsbildung rings um einen Ozean, der damit in ein britisches Binnenmeer verwandelt wird, und zwar ohne daß die Briten an ihm wohnen. Daneben sehen wir dann die Reste eines alten, teilweise in neuerer Zeit aufgebauten atlantischen Reiches mit dem Mutterland selbst als Kern und Eckstein und Kanada, Westindien, Nigeria als Hauptteilen, mitzusammen 12 Millionen qkm und 75 Millionen Einwohnern. Nur der Stille Ozean liegt bei diesem Reichsbau im Schatten; jedoch wendet Kanada seinen Rücken und Australien sogar sein Gesicht dorthin.

Das ist offenbar keine europäische Macht; dieser Umgrenzung ist das Reich vor langer Zeit entwachsen. Seine Kraftmitte selbst liegt in Europa, aber dies Mutterland macht im Reiche wenig mehr als 10% der Volksmenge und nicht einmal 1% des Raumes aus: zweifellos ein reines Übergewicht der Kolonien, eine „Hypertrophie“ (Hettner). Selbstverständlich ist nun auch, daß alle Vorteile, die wir in der Lage und Gestalt des Mutterlandes beachtet haben, mit wenigen Ausnahmen verschwinden, wenn wir das Reich betrachten. Auch befindet

sich England wegen der Besitzungen immerfort in Grenzstreitigkeiten, wovon die gewaltigen Einflußgebiete vom Jangtsetal und Tibet bis zum Kongo zeugen.

Hier trifft uns das Künstliche eines Reichsgebäudes, das Englands europäische Inseln mit ihrem Gegenfüßler Australien, mit Amerikas Norden, Afrikas Süden und Asiens großer indischer Halbinsel politisch zusammenfaßt. Für dies über die ganze Erde verstreute Reich mit dem erdumfassenden Meere als Verbindung gibt es letzten Endes keine natürlichen Grenzen als die der Erdteile im Meer und keine geographische Persönlichkeit als die unseres ganzen Planeten. Das britische Weltreich ist keine Weltmacht wie andere; seinem inneren Bau nach ist es die Weltmacht in buchstäblichem und ausschließlichem Sinne. Die Weltherrschaft liegt im Wesen dieses Reiches.

**3. Volk.** National betrachtet besitzt das britische Weltreich eine etwas größere Einheitlichkeit als geographisch, insofern etwa 12% auf Rechnung des Muttervolkes kommen. 10 Millionen Engländer wohnen nämlich draußen in den Kolonien, hauptsächlich als Tochternationen in den gemäßigten Zonen dreier Erdteile: in Kanada und Neufundland, in Südafrika und in Australien und Neuseeland. Dieser Zusammenhang verbindet die großen Selbstverwaltungskolonien mit dem Mutterland zu einer besonderen Einheit, Greater Britain: ein Stockwerk auf ethnopolitischer Grundlage zwischen United Kingdom und British Empire. In „the family of Oceana" (Froude) verhalten sich diese Tochterstaaten zu den übrigen Besitzungen wie Kinder zu Untergebenen, wobei freilich daran zu erinnern ist, daß 4 Millionen anderen Stammes (Irländer und französische Kanadier in Kanada, Buren in Südafrika) hier die Vorrechte der echten Abkömmlinge teilen, so daß der nationale Kern in Greater Britain 75—80% beträgt. Irgendeine englische Irredenta gibt es selbstverständlich nicht, da die von den Vereinigten Staaten von Amerika aufgesogenen Millionen hier nicht in Betracht kommen.

England in Europa ist natürlich ein noch festerer Nationalstaat. Sprachlich sondern sich nur einige keltische Überbleibsel ab, höchstens 4% der Bevölkerung, die dazu in der Regel Englisch können. Be=

deutsamer ist der nationale Abtrag, der die katholischen Irländer vom Hauptvolke trennt: eine wirkliche Loslösungsbewegung auf altem keltischen Boden, die ihrerseits wieder die Insellage als Stütze für eine auch konfessionell und sozial hervortretende Eigenart bekommen hat. Das ist der Gegenstand der irischen Frage, die eine der ältesten und schwersten Sorgen der englischen Politik ausmacht. Wir werden sie später aufnehmen. Hier sei nur bemerkt, daß der zahlenmäßige Abschlag vom Nationalstaat mit dieser Beschränkung sich auf weniger als 7$^1/_2$% beläuft, zusammen mit dem sprachlichen also wenig über 11%. Das hat keine Bedeutung gegenüber der Stärke und dem Nationalbewußtsein der berühmten Rasse, die Englands Geschichte trägt.

Ein ethnischer Längsschnitt durch das angelsächsische Stammvolk legt 5 sichere Hauptschichten frei: Kelten, Römer, Angeln und Sachsen, Skandinavier, halbfranzösische Normannen. Vor den Augen der Geschichte haben die 4 letztgenannten sich nacheinander abgesetzt. Wir erkennen die drei Grundfarben der westeuropäischen Menschheit, die keltische, die romanische und die germanische. Englands Volk ist somit ein Produkt aus den edelsten Bestandteilen der arischen Rasse, durch Geburt mit der Anlage zu starken Eigenschaften ausgerüstet, durch die der Erfahrung nach Mischvölker sich auszeichnen, und zwar in höchster Steigerung. Während des gemeinsamen Lebens auf seiner Insel in langer, großer Geschichte ist es dem Volk alsdann gelungen, seine verschiedenen Bestandteile zu einer ungewöhnlichen Gleichartigkeit zu verschmelzen. Heute ist die englische Nationalität fest ausgeprägt wie kaum eine andere, und ihre alten Grundlagen sind so gut wie ganz verschwunden in der neuen Einheit.

In dieser Volksseele mehr als in geographischer und geschichtlicher Begünstigung findet das britische Weltreich seine Erklärung und Bürgschaft. Sie empfing die Taufe im Puritanismus des 17. Jahrhunderts und ruht seitdem auf dieser geschichtlichen Tatsache. Ihr Ideal ist vor allem gesund und lebenstüchtig: ein nüchterner Blick und ein fester Griff ins Dasein. Es ist nicht das höchste Menschheitsideal, ihm fehlt die germanische Vertiefung der Persönlich-

keit; aber es ist gewiß das „politisch brauchbarste" (Ruedorffer), infolge seiner Anziehungskraft auf den menschlichen Durchschnitt. Es bedeutet zunächst einen vorwiegenden Sinn für Wirklichkeiten: Mißtrauen gegen Phantasie, Vorliebe für „things" anstatt für „sounds", Geneigtheit, „short views of things" zu nehmen und zugleich eine merkwürdige Fähigkeit „the most of it" zu machen. Die Engländer sind das praktischste Volk der Welt. Deshalb sind sie auch die Lehrmeister der Kolonisierungskunst geworden. Sie handeln nicht nach dem Schema wie die Franzosen, sondern von Fall zu Fall; selbst das Weltreich ist — wenn man Seeley, dem klassischen Geschichtschreiber dieser Machtentfaltung, glauben darf — gleichsam im Vorübergehen geschaffen, in einer aus sich selbst hervortreibenden Entwicklung, wobei die eine Aufgabe von selbst aus der andern hervorwuchs. Ihr Fortschreiten geschieht deshalb in der Regel mit kleinen Schritten, aber mit einer Ausdauer, die sich zur rohen Zähigkeit der Bulldogge steigern kann, wenn jemand im Wege ist. Es ist ein harter Menschenschlag mit dem Willen im Mittelpunkte des Lebens, wo die Deutschen den Gedanken und die Phantasie haben.

Aber daran erkennen wir den puritanischen Zug wieder, daß die Triebkraft in diesem Willen moralisch gefärbt ist. Englands Lebensideal ist so harmonisch, weil es auf religiösem Boden steht. Es ist zugleich so außerordentlich stark, weil es sich tief innen auf das alttestamentarische Versprechen stützt, daß dem auserwählten Volke einst die Erde gehören soll. Nur in dieser Beleuchtung sieht man deutlich die Eigenart und Tiefe des Nationalgefühls. Es kann sich steigern bis zum vollständigen Jesuitismus in Palmerstons „right or wrong — my country"; aber es ruht immer auf der unbezweifelten Vorstellung, daß „das britische Reich von der Vorsehung erwählt ist zum größten Werkzeug des Guten in der Welt" (Curzon 1894). Für solchen Nationalismus ist ja die Ausbreitung der englischen Herrschaft das gleiche wie die der Kultur selbst, um nicht geradezu die des Reiches Gottes zu sagen! Es ist diese Selbstüberhebung über die ganze Menschheit, die letzteren als abstoßende Heuchelei („cant") erscheint; es ist nur zu berücksichtigen, daß sie aus völlig gutem Glauben hervorgeht.

Zu den natürlichen Hilfsquellen des britischen Reiches ist demnach auch die unwägbare Kraft zu rechnen, die im unbedingten Glauben des Volkes an sich und seine welterlösende Sendung liegt. Die Engländer sind ein Herrenvolk, ausgeprägter als irgendeins seit den Tagen der Römer, und für ihren Willen zur Macht gibt es so wenig wie für ihr Reich andere Grenzen als die unseres Planeten. Der Weltblick — diese Fernsicht, die kleinen, beengten Nationen für immer versagt ist — ist den Engländern eingeboren; uferlos wie der Ozean vor den Toren der Heimat ist ihr Ausdehnungsdrang; die wunderbare Ausbreitung ihrer Herrschaft hat ihn gestärkt, die Erfahrung der überlegenen Lebenskraft der englischen Einrichtungen hat ihn gereift, bis er ins Blut überging und ein Teil des englischen Wesens wurde. Eine solche Macht wird in den Tagen der Gesundheit nie ernstlich und endgültig „saturiert".

So entspricht die Volksart aufs engste der des Reiches. Gerade die psychologischen Voraussetzungen für die Weltherrschaft sind im reichsten Maße in Albion vorhanden. Zwischen England und den überseeischen Besitzungen eigenen Blutes schlägt dies Kulturideal und dieser Herrenwille eine Brücke, die zu den stärksten zusammenhaltenden Kräften des Reiches zu rechnen ist.

Andererseits darf der Keim der Auflösung nicht verkannt werden, der sich eben im Abstand zwischen Mutter und Kindern birgt. Unter dem Einfluß einer neuen Umwelt müssen die Abkömmlinge allmählich auch in psychologischer Hinsicht selbständig werden und daher mit eigenem Nationalgefühl gegen die in der Seele vererbten Überlieferungen kämpfen. Diese Entwicklung hat wenigstens in Australien und Kanada schon begonnen. Aber dazu kommt die tiefliegende Unzufriedenheit der Eingeborenenmassen, besonders in Indien und Ägypten, die im Zeitalter des Nationalismus immer mehr zu einer Gefahr anwächst.

Eine noch ernstere und näherliegende Frage ist die, ob der ursprüngliche englische Geist sein ethisches Salz auf den Höhen der Macht und der Ehre und der Herrlichkeit bewahrt hat. Man klagt seit langem über gewisse Erschlaffungszeichen in den führenden Schichten:

eine Senkung des moralischen Standes der Literatur, eine ungesunde Steigerung des Luxus, zunehmende Arbeitsunlust, Überhandnehmen von Sport, Spiel und Wetten. Daneben bemerkt man in fast allen Schichten sinkende Geburtenzahlen, ein Zeugnis, daß das englische Volk von demselben Übel angekränkelt ist, das an dem Lebensmark des französischen zehrt. Die Zeichen dafür werden also sichtbar, daß nicht einmal dieses geborene Herrenvolk eine Ausnahme macht von jenem Gesetz, das die Bäume hindert, in den Himmel zu wachsen.

4. **Haushalt.** Der erste Eindruck des englischen Haushaltes im Mutterland vor der Weltkrise ist ebenso überwältigend wie das Äußere des Weltreiches. Vor unsern Blicken erhebt sich die größte Geldmacht der Erde. Wenn der Warenhandel ein jährliches Weniger von mehreren Milliarden aufweist, so kommen auf der andern Seite Einkünfte in solcher Höhe aus der Schiffahrt, aus den in fremden Ländern arbeitenden Geldern, von Indien (Pensionen für Beamte a. D.), aus dem Bankgeschäft, daß die Schlußrechnung einen Überschuß von ebensovielen Milliarden ergibt. Dieses Kapital kommt wiederum dem Zusammenhalt und der Ausbreitung des Reiches zugute. Zweifellos ist es ein starkes Band für die Treue der Kolonien, daß sie hier unbegrenzte Anleihemöglichkeiten zu halb so billigen Bedingungen wie anderwärts haben. Ferner ist es für England wie für Frankreich ein unberechenbarer Vorteil, eine „fünfte Waffe“ zur Verfügung zu haben, die nach politischer Anweisung unbemerkte Eroberungen in fremden Ländern macht (Argentinien, China). Nicht ohne Grund hat Langenbeck die Londoner Börse als den „Schlußstein im mächtigen Gebäude des Reiches“ bezeichnet.

Bei näherer Betrachtung kommt allerdings eine Schwäche des Aufbaues zutage. Für die englische Wirtschaft gibt es nicht wie für die deutsche den Zweifel am wirtschaftlichen Scheidewege, die Wahl ist vor langer Zeit getroffen: für die industrielle Linie unter Aufgabe der landwirtschaftlichen. Der Ackerbau ist ganz in den Hintergrund geschoben. Die Erde hat zum großen Teil nur Luxuswert als Jagdgebiet und Park der großen Gutsbesitzer. Sie kann also bei weitem nicht mehr das Volk ernähren; das, was sie hervorbringt, reicht etwa

für ein Drittel der Bevölkerung; der Rest muß sein Brot außer Landes kaufen, und der Freihandel ist dazu da, diesen Bedarf sicherzustellen. Wir sehen eine Wirtschaft, die in ihrem ganzen Aufbau das Gesetz der Autarkie verleugnet.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts löste die reine industrielle Wirtschaft endgültig die frühere Agrarwirtschaft in England ab, so daß der Fabrikant mit den Arbeiterorganisationen hinter sich in den Vordergrund trat an Stelle des „landlord" mit seinen Pächtern. Das bedeutet, daß das englische Volk sein eigenes Dasein größtenteils auf ein Spiel mit drei Gängen setzte: zuerst Einfuhr von Rohererzeugnissen (vor allem Baumwolle) zur Verwandlung in Fabrikate, dann Ausfuhr von Fabrikaten zur Verwandlung in Geld, endlich Ausfuhr von Geld zur Verwandlung in Nahrung. In dreifacher Weise hat es seine Lebensbedingungen mit dem Ausland verknüpft. Jede Schwankung auf dem ausländischen Handels- und Arbeitsmarkt mußte deshalb England stärker und unmittelbarer berühren als irgendeine Großmacht sonst. Aber dadurch wird es auch gezwungen, Rücksichten zu nehmen, die andere Mächte nicht in gleichem Grade hemmen. So ist z. B. seine Geduld gegenüber der zuweilen sehr herausfordernden Politik der Vereinigten Staaten von Amerika sehr erklärlich: es kann ganz einfach nicht Krieg führen mit seinem eigenen Hauptlieferanten. So bedeutet die Wirtschaftsform einen Abtrag für die volle Selbständigkeit. Kein Volk ist so sehr, keine Wirtschaft so wenig selbstgenügsam wie die Englands.

Unser Blick eingangs auf Englands Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland zeigte, daß es jetzt nicht mehr nur von der Ausfuhr von Erzeugnissen, sondern auch von der Kapitalausfuhr lebt. England ist (nach Schultze-Gävernitz, anders Keutgen) auf dem Wege, ein Rentnergemeinwesen von Frankreichs Art zu werden, mit Großgeldgebern und kleineren Rentnern im Vordergrund an Stelle von Fabrikherren und Arbeitern. Aber diese neue Umwandlung ist gewiß nicht geeignet, seine innere Selbständigkeit zu stärken.

Der Lebensunterhalt der arbeitenden Massen hängt auch weiterhin von einer ausfuhrtüchtigen Industrie ab; denn dies ist das einzige

Gebiet, auf dem England frei in seiner Wirtschaft schalten kann, seit es den Ackerbau der Industrie geopfert hat. Von größter Wichtigkeit für eine wirkliche Kenntnis der englischen Volkswirtschaft ist es also, hier die Entwicklungslinien zu prüfen. Stand England beim Ausbruch der Weltkrise noch uneingeschränkt als Herrscher auf dem Weltmarkt da?

Es liegt schon in der Natur der Sache, daß es nicht der Fall sein konnte. Englands Übermacht entstand ja, als weder Deutschland noch die Vereinigten Staaten von Amerika am Wettbewerb teilnahmen. Es kamen andere Zeiten, in denen diese beiden, durch inneren Zusammenschluß gestärkt (1871 bzw. 1865), zu Großmächten aufwuchsen. Ihr Fortschritt mußte sie zuletzt über England hinausführen. Das geschah in drei Zeitfolgen: zuerst Rückeroberung des Heimatmarktes hinter schützenden Zollmauern, dann Eroberung immer größeren Raumes auf dem allgemeinen Markte unter Zurückdrängung Englands, schließlich Eindringen auf dem englischen Heimatmarkt, der ihnen im heiligen Namen des Freihandels offenlag.

Die Wirtschaftsstatistik zeigt auch, daß Englands Weg nicht mehr aufwärts führte, sobald man nämlich den richtigen, vergleichenden Maßstab anwendet. Diese Wage scheint im ganzen zu erweisen, daß der wirkliche Höhepunkt des Reiches in die Zeiten zwischen dem Krimkrieg und dem letzten Türkisch-Russischen Kriege fiel. Seitdem beginnt unter fortwährendem absoluten Wachstum der vergleichsweise Rückgang. Vor 1900 schon hatten die Vereinigten Staaten von Amerika den Platz vor England in der Erzeugung von Eisen und Kohlen, den beiden Grundpfeilern seiner Wirtschaftsmacht, erobert; um die Jahrhundertwende lief an ihm, wie wir gesehen haben (S. 60), auf dem Eisenmarkt auch Deutschland vorbei. Die beiden anderen Riesenhäuser — Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika — ruhten auf neuen Pfeilern: Stahl und Elektrizität. Englands Vorrecht fiel mit dem Dampfzeitalter zusammen und schien mit ihm ausgestorben.

Wenn wir also England, die Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland auf dem Weltmarkt vor dem Kriege sahen, so glaubten

wir drei Läufer zu erblicken, von denen der erste am schwächsten zu Fuß war. Selbst da, wo er noch einen Vorsprung hatte, sahen wir die andern ihren Abstand von ihm vermindern. So hat sogar die Textilindustrie von Lancashire, das Rückgrat der englischen Erzeugung, sich schon lange in einer Lage befunden, die man als stillstehend bezeichnen kann. Nur der Schiffsbau war auch vergleichsweise im Aufschwung.

Das letzte Jahrzehnt (seit 1903) war gewiß gekennzeichnet durch ein kräftiges Vorwärtsschreiten, durch einen neuen Aufschwung sowohl im Handel als in der Industrie, trotzdem England am Freihandel festhielt, der das Spiel mit den Nebenbuhlern ungleich machte. Von letzteren hat England nämlich zwei Grundlagen des neuzeitlichen Wirtschaftslebens erkennen gelernt: Zusammenschluß in den Unternehmungen und wissenschaftliche Forschung in der Technik. Nichtsdestoweniger war es sehr ungewiß, ob es in dem Maße wachsen konnte, wie es für den Sieger in diesem friedlichen Streite unerläßlich war. Englands Unterlegenheit beruht auf Mängeln, die man als feststehend voraussetzen muß. Im verschärften Wettbewerb der Gegenwart hatte es noch seine Bequemlichkeiten beibehalten aus der Zeit, da es die Monopolstellung innehatte. Es ist die englische Selbstzufriedenheit und überlieferungstreue Art — gerade die Stärke auf politischem Gebiet —, die auf dem wirtschaftlichen ein Fehler ist. Wieviel geschmeidiger wußte sich der Deutsche dem Markte anzupassen! Er hat ferner, was der Engländer „thoroughness" nennt, den planmäßigen Überblick und die wissenschaftliche Berechnung, die nicht zu den Gaben des Engländers gehören, die aber das Wirtschaftsleben heute schwerlich entbehren kann. Mit dem deutschen „Rationalismus" konnte der englische „Empirismus" auf die Dauer den Wettkampf nicht aushalten (Bérard). Die Amerikaner dagegen hatten eine noch augenfälligere Überlegenheit in den natürlichen Hilfskräften ihres Landes, wo alles, was England von auswärts kaufen mußte, sich in Riesenmenge innerhalb der heimischen Grenzen fand; rechnen wir dazu das ungewöhnliche Organisationsvermögen der Amerikaner, so können wir die düsteren Ahnungen wohl verstehen, mit denen England auch nach Westen sah.

Zum zweitenmal tritt uns hier das Künstliche im englischen Weltgebäude, wie es zur Zeit der Krise vorlag, mit seinem übergroßen Turm auf schmaler Grundlage entgegen. Englands eigener Haushalt war letzten Endes nicht tragfähiger als das Mutterland im Weltreich. Aber natürlich ändert sich das Bild, wenn wir den Blick auf das Gesamtreich richten. Dann ist diese Großmacht fähiger als selbst die Vereinigten Staaten von Amerika, sowohl ihr Volk als ihre Werkstätten aus eigenen Zuflüssen zu speisen. Das Reich hat also alle Voraussetzungen zur Autarkie, die dem „United Kingdom" fehlen. Es ist durchaus in der Lage, in der Wirtschaft des Mutterlandes die Vereinigten Staaten von Amerika und Argentinien zu ersetzen. Hier liegt die Möglichkeit zur Selbstversorgung und zur daraus folgenden Unabhängigkeit vom Ausland, die heute fehlt, deutlich vor Augen.

Beim Ausbruch der Krise befriedigte das Reich noch nicht mehr als ein Drittel der Bedürfnisse des Mutterlandes. Hier lag ein besonderes Hemmnis darin, daß England — anders als alle Großmächte sonst — nicht Herr in seinem ganzen Hause war: es hatte sich selbst das Herrenrecht genommen, als es um die Mitte des 19. Jahrhunderts den Selbstverwaltungskolonien Freiheit für ihre Handelspolitik gab und diese schon in den 70er Jahren sie allgemein benutzt hatten, um Zollmauern gegen das Mutterland sowohl als gegen die übrige Welt zu errichten. „Greater Britain" war also gar keine einheitliche Wirtschaft, sondern eine Anzahl lose zusammengefügter Einzelwirtschaften, die jede für sich schon einen bedeutenden Markt boten (Kanada 1913 fast 3 Milliarden, Australien fast 2½ Milliarden, Südafrika über 1 Milliarde). Hier liegt für die englische Staatskunst eine Organisationsaufgabe von allerhöchster Bedeutung: die eine Seite des britischen „Reichsproblems", das unten näher betrachtet werden soll.

5. **Gesellschaft.** Auch die britische Gesellschaft zeigt zunächst ein großartiges Bild, einen höheren Grad von Arbeitsruhe und Harmonie der Klassen, als wir bisher bei irgendeiner Großmacht gefunden haben. Weder konfessionelle noch rein soziale Gegensätze scheinen die Nation unter der Oberfläche zu zerspalten. Hier scheint kein schwarzer Flügel auf der einen Seite mit Reaktion zu drohen, noch

ein roter auf der anderen mit Revolution. Man zählt unter der heimischen Bevölkerung 13% Katholiken, aber nur im Verein mit irischem Blut und irischen Landverhältnissen haben die Katholiken den Frieden des Gemeinwesens gestört; und selbst auf Irland ist der rein religiöse Kampf seit langem gedämpft („Emanzipation" 1829, Freikirche 1869). Der Sozialismus hat bisher bei dem praktisch-realistischen Volksgeist und bei den guten Arbeiterverhältnissen („trade unions") wenig Erfolg gehabt. Jene Zeit ist vorüber, da man die oberen und unteren Schichten als „zwei Nationen" ansah, jede auf ihrer Seite der sozialen Kluft, die vom Industrialismus geschaffen war (Disraeli 1845); es ist einer weitsichtigen und geduldigen Staatskunst geglückt, die Kluft zu überbrücken und die beiden Menschenwelten wieder in einem gemeinsamen nationalen Bewußtsein, unter dem Einfluß der ebenso starken sozialen Überlieferungen, zu vereinigen.

Aber auch diese schönen Gemälde haben ihre Mängel, die um so stärker hervortreten, je mehr wir den Blick verschärfen und je mehr wir ihn auf die Gegenwart richten. Das erste, was in die Augen springt, ist die Anhäufung des Eigentums in einigen wenigen Händen, während das Elend der unteren Schichten ebenso groß wie weit ausgebreitet ist („das Volk des Abgrunds" in Eastend, Jack London 1902). In diesem wirtschaftlichen Gemeinwesen ist sogar unvergleichlich mehr Armut zu Hause als in Italien, dem es am meisten gleicht in seiner Art. Von allen großen Kulturgesellschaften ist keine so ganz durchtränkt von aristokratisch-feudalen Überlieferungen. So ist auch der Boden dem Großgrundbesitz in solchem Grade zugefallen, daß England tatsächlich ein selbständiger Bauernstand fehlt. Am schwersten bedrückt diese Lage Irland, wo sie außerdem als Fremdlingsherrschaft empfunden wird. Das Ergebnis ist hier jener unvergleichliche Niedergang gewesen, der in zwei Menschenaltern die Bevölkerungszahl der „Grünen Insel" fast auf die Hälfte verminderte (10% der Monarchie, anstatt 30% um 1840) und zuletzt eine reine Loslösungsbewegung schuf („Sinn fein" 1905) neben der Reformbewegung im Rahmen des Reiches („Nationalliga" 1882).

Gegen diese bösartigen Verhältnisse ist die Staatskunst in neuerer

Zeit mit zunehmender Tatkraft vorgegangen. Durch eine ganze Reihe von „Landakten“ (1881—1909) hat man die Landkrankheit Irlands mit den gleichen Mitteln angegriffen wie die Deutschen in Posen (Aufkauf und Aufteilung von Land), anscheinend auch mit besserem Erfolg. Geringere Wirkungen sind von der Kleinbauernbewegung in England selbst ausgegangen (Enteignungsgesetz 1907); man hat hier auch den ersten Schritt zur staatssozialistisch angehauchten Steuergesetzgebung getan, die eine Verminderung der unerhörten Einkünfte der „Herzöge“ anstrebt durch Auflagen auf „unverdiente Wertsteigerung des Bodens“ und auf „unentwickeltes Land“ (Lloyd Georges Haushaltsplan 1910).

Während dieser Entwicklung ist der Wind allmählich günstiger geworden für die rein sozialistische Werbearbeit, sogar für solche mit syndikalistischem Einschlag. Die Feinde der alten Gesellschaft scheinen unter der letzten liberalen Regierung ihre Aussichten erkannt zu haben in einem Haushalt, der mehr als ein anderer gegen Störungen (z. B. im Verkehrswesen) empfindlich ist, und in einer Lage, die weder einen selbständigen Bauernstand noch eine feste Verwaltung — wie in Frankreich — als natürliches Gegengewicht gegen ihre Organisation aufweist. Seit sie in den Wahlen 1906 endlich eine etwas stärkere parlamentarische Stellung erlangt haben (in der „Labour Party“), haben sie auch ihre außerparlamentarischen Machtmittel in einem Umfang erprobt, der die Regierung zu kapitulationsartiger Nachgiebigkeit veranlaßte (Kohlenarbeiterstreik 1912) und damit gefährliche Aussichten für die Zukunft eröffnete.

Wenden wir den Blick Greater Britain zu, so scheint der Gegensatz groß zwischen den neuen demokratischen Gesellschaften der Kolonien und dem aristokratischen Mutterlande: aber er wird ausgeglichen durch die Entwicklung selbst und die gemeinsame starke Kulturüberlieferung. Es ist da zweifellos eine starke und tiefliegende Zusammengehörigkeit vorhanden; sie zeigt sich bei allen Krisen schnell und unmittelbar und wird von ihnen gestärkt. Erst außerhalb des angelsächsischen Kreises begegnen wir im Reiche — vor allem in Indien und Ägypten — ungeheuren sozialen und konfes-

sionellen Bestandteilen völlig fremder Art, die jeden Gedanken der gesellschaftlichen Harmonie ausschließen.

**6. Regiment.** Neben seiner Kolonialherrschaft hat England eine Verfassungsform ausgebildet, die den Festlandsvölkern lange als Muster galt. Fraglos hat diese Harmonie der Verfassung auch sehr mitgewirkt bei der äußeren Entwicklung zur Größe; Revolutionen spielen in der englischen Geschichte eine ungewöhnlich geringe Rolle.

Auf echt englische Art und Weise durch jeweilig fortschreitende Entwicklung („Reformgesetze" 1832, 1867, 1884) wurde die Verfassungsfrage gelöst, und die Lösung heißt Parlamentarismus. Der Dualismus zwischen Staat und Gesellschaft, der in der konstitutionellen Lösung bleibt, ist hier durch Zusammenarbeit überwunden; erst unten in den Gemeinden durch „selfgovernment", dann oben durch die Kabinettsregierung auf der Grundlage des Unterhauses. Da aber jede Entwicklung bedingt wird durch eine gesunde Überwindung von Gegensätzen, so hat sich hier ein neuer Dualismus gebildet, nämlich der zwischen den eigenen natürlichen Grundanschauungen der Gesellschaft, dargestellt in der konservativen und der liberalen Partei. Diese zwei Parteien sind demnach als zugehörige Teile der Verfassung selbst aufzufassen. Sie sind gewissermaßen zwei Regierungen, die eine in Funktion, die andere in Opposition (Seignobos); und die Wähler geben wechselweise für die eine oder die andere den Ausschlag, blau oder rot in beständiger „Oszillation" (Lowell). Es ist ein Pendelschwingen zwischen den eigenen Polen der Gesellschaft und der Nation, nicht zwischen schwarzen und roten Internationalen (oben S. 63); für das Volk selbst konnte es ja keine bessere Bürgschaft für eine gesunde Entwicklung geben als ein System, in dem man die beiden Parteiprogramme nacheinander nutzen konnte ohne Gefahr von Machtübergriffen.

Man sieht sofort trotz des monarchischen Gewandes den völligen Gegensatz zum ancien régime in Deutschland. Dort stellte sich der Staat vor das Volk wie ein Vormund, und dieser äußere Zwang trat hervor in einem tatkräftigen Königtum, das sich auf eine einflußreiche Bureaukratie stützte, während das Parteiwesen sich zersplit-

terte. In England schiebt sich infolge der Selbstverwaltung keine solche Zwischenmacht zwischen König und Volk, aber der König bedrückt auch nicht von außen das Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Englands Geschichte ist nicht die seiner Könige, sondern die des Volkes selbst. Nicht der Staat, sondern der einzelne ist Träger dieser Verfassung und kann es sein, weil jeder Staatsbürger den Staatsgedanken in seiner Seele birgt. Das „commonwealth" der Engländer ist gleich der „respublica" der alten Römer (Peters), eine politische Genossenschaft, in der der Gewinn des Ganzen so sehr als der des einzelnen empfunden wird, daß man die Grenze zwischen Vaterlands- und Eigenliebe nicht mehr erkennt.

Das ist politische Freiheit unter starkem sozialen Druck. Der auffallend aristokratische Zug im klassischen englischen Parlamentarismus wird dadurch nicht ausgeschlossen. Seine tragende Schicht war „the gentry", groß geworden in öffentlicher Tätigkeit bei der Selbstverwaltung der Landschaften, eine kulturelle Auslese aus einem hochbegabten und politisch reifen Volk.

Aber das englische Staatsleben macht gegenwärtig eine Umwandlung durch, die seine Grundlagen zu bedrohen scheint. Es ist die unbeschränkte Demokratie, die das heutige England mit neuen Zügen durchsetzt, und ihre erste Einwirkung hat ganz natürlich die Verfassung selbst erfahren. Der berühmte Parlamentarismus mit der Selbstverwaltung und der festen Zweiheit der Parteien ist in Auflösung begriffen. Die Selbstverwaltung ist durch neuzeitlichere Selbstregierungsformen ersetzt (1888, 1894). Die Zweiheit der Parteien wurde schon getrübt durch das Auftreten der irischen „Nationalpartei" 1879, endgültig aber durch das Vorrücken der Arbeiterpartei 1906, so daß England zuletzt eine Blockregierung an Stelle eines reinen Parteiministeriums erlebte. Während die Parteigrenzen sich verschieben, gräbt sich das Parteiwesen selbst auf amerikanische Weise („caucus") tiefer in das Gemeinwesen ein. Die Wählerorganisation ist zuletzt sogar mächtiger als das Unterhaus geworden. „The man in the street" drückt auf die Parlamentsmitglieder sowohl unmittelbar als Auftraggeber als auch mittelbar, indem er übermächtige

Parteiführer auf den Schild hebt. Zwischen den Wählern und dem Kabinett hat so die Macht des Parlaments selbst abzunehmen und zu entarten begonnen, wie früher die des Königs. Das Unterhaus ist (nach Sidney Low) zu einer Art Sportplatz geworden, auf dem die Staatsmänner sich im politischen Wettkampf zwischen den verschiedenen „Lagern" der Parteien üben; aber in der Downingstreet 10 sitzt Englands wirklicher Herrscher, der Premierminister mit seinem Kabinett, eine reine Diktatur, auf unbestimmte Zeit durch eine indirekte Volksabstimmung eingesetzt (Parow), mit dem Unterhaus hinter sich als einem wesenlosen — wenn auch unentbehrlichen — Schatten.

Seitdem die eigenen Diener des Parlaments so seine Herren geworden sind, deckt der berühmte Schild des Parlamentarismus (nach der Diagnose Ostrogorskys) nur notdürftig die doppelköpfige Form einer „Demokratie, die von einer Oligarchie geleitet wird". Eine solche Staatsform bietet kaum die gleiche Bürgschaft für eine harmonische Entwicklung wie die frühere. Der Kampf zwischen Patriziern und Plebejern hat im neuen Rom begonnen und färbt die politische Entwicklung mit einem Zug von Erbitterung, den sie in der Glanzzeit des Parlamentarismus nicht hatte — was übrigens ganz natürlich ist in Anbetracht der großen Werte, die für die alte Gesellschaft auf dem Spiele stehen, in der das Eigentum stärker in den Händen weniger angehäuft ist als irgendwo sonst.

Das ist der Sinn des gesteigerten Parteikampfes seit dem liberalen Durchbruch 1906. Da das Oberhaus dasteht als die Verkörperung der feudalen Gesellschaft, springt die soziale Frage auf das politische Gebiet über und ruft einen Verfassungskampf hervor (1907—11), in dem die Mehrheiten der beiden Häuser die beiden großen Parteirichtungen darstellen. Das Parlamentsgesetz vom 18. August 1911, welches das Oberhaus seines Vetos beraubt, ist das Siegel auf den Sieg der neuen Zeit im englischen Verfassungsleben. Nun gibt es wenigstens in der Verfassung kein Hindernis mehr für die Alleinherrschaft des Unterhauses, die in Wirklichkeit nur eine Maske vor der Gewalt des Parteiführers im Kabinett ist. Anscheinend öffnen sich von hier aus demagogische Wege in die Zukunft; um so mehr, als

die Demokratie vermehrten Einfluß Leuten verleiht, deren Verantwortungsgefühl für die Allgemeinheit am wenigsten entwickelt ist.

Was nun die staatliche Organisation des Reiches angeht, so liegt schon im United Kingdom eine bösartige Schwierigkeit in der irischen Selbstverwaltungsfrage, der Homerule. Sie kam in den 80er Jahren auf liberalen Vorschlag hin auf die Tagesordnung, wurde aber zweimal mit gewaltigen Mehrheiten im Unterhause abgewiesen (1886, 1893); ein irisches Parlament bedeutete ja eine Auflösung des Reichskerns, und ferner würde eine solche Lösung eine Minderheit preisgeben, nämlich die Protestanten von Ulster. Als die Frage sich schließlich 1913 im Parlament durchsetzte, wurde in Ulster sogar ein bewaffneter Aufstand organisiert, und die Staatsmacht schien ohnmächtig dieser Entwicklung gegenüberzustehen — ein Beispiel unter anderen, daß ihr Ansehen trotz aller Sammlung schwächer geworden ist gegenüber anarchistischen Erscheinungen der Gegenwart (vgl. die syndikalistischen Streiks, die „Suffragetten"bewegung).

Im Reiche besteht ein starker Unterschied zwischen den regierten „Kronkolonien" und den bevorrechteten Mitgliedern Greater Britains. Zu den ersten gehört auch das indische Kaiserreich, dessen ungeheures Getriebe eine ständig vermehrte Aufmerksamkeit und feinfühlige Anpassung an den wachsenden Selbständigkeitsdrang erfordert. In Greater Britain dagegen herrscht große politische Freiheit. Im Alltagsleben des Staatensystems sind die englischen Selbstverwaltungskolonien politisch nicht weniger als wirtschaftlich (S. 90) selbständige Nationalstaaten, jeder mit seiner eigenen Parlamentsherrschaft, so daß der englische Generalgouverneur die Rolle der herabgesunkenen Königsmacht innehat, das Spiel in Gang zu setzen und dann in Untätigkeit zurückzusinken; nur einmal kommt das Veto der britischen Krone zur Anwendung, und außerdem behält die Krone natürlich ihre Vormundschaft in der allgemeinen auswärtigen Politik und ein gewisses höchstes Richteramt.

Mit steigernder Verselbständigung ist indessen sogar dieser Einfluß den Tochterstaaten schon zu viel geworden, und sie fangen an, von Erhebung zu voller Ebenbürtigkeit mit dem Mutterlande zu

träumen. Dagegen und als natürliche Vorbedingung dafür fordert das Mutterland eine größere Teilnahme an der Reichsverteidigung, als die Tochterstaaten jetzt aus freien Stücken übernehmen. Hier taucht die zweite, politische Seite des gegenwärtigen, alles überschattenden „Reichsproblems" der britischen Weltmacht, auf.

**7. Das Reichsproblem.** Die Freiheit ohne Verantwortung (unter dem Schutz des Mutterlandes), die England seinen sich selbst regierenden Kolonien gewährt hat, ist natürlich gegeben als ein Sicherheitsventil gegen Loslösungsbestrebungen, unter dem Eindruck der Erfahrungen bei der Absonderung der ältesten Tochter (Lord Durhams Bericht 1839), aber sie findet auch ihre psychologische Erklärung in den Anschauungen um die Mitte des 19. Jahrhunderts, als man daheim auf der Insel, im Gefühl der völligen Übermacht auf dem Weltmarkt, von einer friedlichen Weltentwicklung träumte, in der keine weitere Ausbreitung nötig sei, da England ja doch vollen Ertrag von der Welt im allgemeinen und den Kolonien im besonderen habe. Diese politische Auffassung setzte den Freihandel voraus aus demselben einfachen Grunde, der den Löwen veranlaßt, in seinem Jagdgebiet die Beseitigung aller Schranken — um das Wildbret — zu wünschen. In Cobdens Verkündung war der Freihandel ein reines Dogma und das Kolonialreich nahezu eine unnötige Bürde für die Verteidigung, die am liebsten ganz abzuwerfen sei.

Diese „kleinenglische" Zeit fing an zu wanken und zu weichen nach 1870, als draußen in der Welt die Grundlagen zu einem neuen „Kontinentalsystem" im Zeichen des Schutzzolls gelegt waren. Hinter den Zollmauern traten nun andere Raubtiere neben dem britischen auf und wagten sich bald danach auf den Markt hinaus; es nahmen mehrere an der Jagd teil, aber die Beute vermehrte sich nicht so rasch wie der Hunger der Großen. Aus dieser Lage entspringen schnell und organisch zwei neue Programme der englischen Politik. Das eine ist nach außen gerichtet und greift an, es sucht neue Jagdgründe und neuen Vorsprung im Zeichen des Imperialismus. Das andere ist nach innen gerichtet und für die Verteidigung bestimmt, es will das alte Jagdgebiet vollständiger organisieren. Wir sehen hier den „Reichs-

gedanken", „imperial connexion", mit seinen zwei Seiten: eine innere wirtschaftliche, „commercial union" oder das geschlossene Handelsgebiet, und eine äußere verfassungspolitische, „imperial foederation" oder die panbritische Union. Es handelt sich also um die heutigen auswärtigen Angelegenheiten und Reichsfragen Englands, von denen die letzteren zunächst untersucht werden sollen.

Die Handelsvereinigung entspricht der Zeitforderung, die unter dem immer härteren Druck des Wettkampfes die Großmächte aus dem Gedränge der „offenen Türen" in den Frieden der „geschlossenen Einflußgebiete" unter eigenem Monopol gewiesen hat. Wir haben schon das Augenmerk auf die eigentümliche Abhängigkeit der englischen Nationalwirtschaft vom Ausland gerichtet, eine Schwäche, die durch näheren Anschluß an die eigenen Kolonien zu überwinden wäre. Aber aus diesem Gedanken entsteht ein größerer. Wie der „Zollverein" in Deutschland zum „Reich" führte, so soll der wirtschaftliche Zusammenschluß im britischen Weltreich zum verfassungspolitischen leiten. Die Einheit der britischen Nation in der Gleichstellung durch Niedersteigen des Mutterlandes vom princeps zum primus inter pares — eine Nebenordnung in der gleichen Vereinigung an Stelle der bisher herrschenden Unterordnung —, das ist der große Gedanke, der in Chamberlain um die Jahrhundertwende seinen hervorragendsten Träger fand; wie man sieht, die Durchführung des Lebenswerkes von Cavour in Italien und Bismarck in Deutschland auf größerer angelsächsischer Bühne.

Auf der Suche nach Auswegen gegenüber einem immer übermächtigeren ausländischen Handelswettbewerb ist man also zum Gedanken eines umzäunten Jagdgebiets für den englischen Löwen gekommen, und zugleich erweist sich dieses Gebiet als der natürliche Boden für eine Staatsbildung, größer als die Welt sie je gesehen oder geahnt hat. In diesem Programm lebt ein panbritisches Nationalgefühl im Gegensatz zum besonderen englischen. Man hat seinen Glauben an Great Britain verloren, aber rettet seine Hoffnung auf das Greater Britain. Das Mutterland soll aufgehen im Bunde mit seinen Kindern über See, aber zugleich in ihm wieder aufleben, wie

Preußen im geeinten Deutschland, in größerer Herrlichkeit als je zuvor!

Wir stellen ferner fest, daß die Selbstverwaltungskolonien statistisch 19 Millionen qkm und 19 Millionen Einwohner bedeuten. Das äußere Gleichgewicht zwischen Kern und Umkreis, das jetzt stark beeinträchtigt ist durch die schmale Grundlage des Mutterlandes, würde also im Reiche wesentlich verbessert: das gegenwärtige Verhältnis von 1 : 100 beim Land und $10^1/_2$ : 100 bei der Bevölkerung verschiebt sich zu 61 : 100 und 15 : 100. Die Veränderung zielt also von Anfang an daraufhin, das Reich auf eine breitere und natürlichere Grundlage zu stellen.

Grundsätzlich hat der Reichsgedanke auch auf allen Seiten durchgeschlagen. Ein äußeres Zeichen dafür war, daß der König 1901 in seinen amtlichen Titel „the British Dominions beyond the Seas" neben „United Kingdom" und Indien aufnahm. Aber wenn es die praktischen Wege zum Ziele gilt, trennen sich die Meinungen in verhängnisvoller Weise. Die Aufgabe hat sich auch als immer schwerer durchführbar erwiesen, je näher man ihr zu Leibe rückte.

So hat die „commercial union" eine entschiedene Spaltung zwischen den englischen Parteien hervorgerufen. Früh wurde man sich klar, daß dahin nur ein gangbarer Weg führt, nämlich die „Tarifreform": Vorzugszölle zwischen Mutterland und Tochterstaaten, so daß sie sich gegenseitig vor fremden Ländern begünstigen. Diese Lösung stand schon auf einer ersten Kolonialkonferenz 1887 zur Erörterung und setzte sich auf der dritten 1897 durch; im Jahr danach beschloß Kanada, das Mutterland auf seinem Markt zu bevorzugen; im Jahre 1903 (nach der vierten Konferenz 1902) begann Chamberlain mit seiner Riesenwerbung für die Sache, so daß allmählich die Rechte als Partei seinen Weg einschlug; durch neuen Beschluß paßten sich die übrigen Tochterkolonien an, und 1908 standen sie sämtlich mit ausgestreckten Händen dem Mutterland gegenüber. Aber England hat sie nicht ergriffen. Die Wahl 1906 bereitete nämlich der Partei Chamberlains eine vernichtende Niederlage; seitdem hat die liberale Partei am Steuerruder gesessen und sich entschieden gegen

die Tarifreform erklärt. Sie glaubt überhaupt nicht so sehr an die wirtschaftliche Gefahr von außen; und die günstigen Verhältnisse der nächsten Jahre scheinen ihr recht gegeben zu haben. Sie sieht deshalb keine Notwendigkeit, mit dem Freihandel zu brechen, in dessen Schutz das Reich zu so wunderbarer Größe aufgeblüht ist. Sie schreckt vor einer Politik zurück, welche die Lebensbedürfnisse der Massen verteuern und alle Preise unberechenbar erhöhen würde. In der Tat muß das System anfangs, ehe die Anpassung an die neue Lage erfolgt ist, wie eine reine Besteuerung des Mutterlandes zum Vorteil der Kolonien wirken; die liberale Partei wagt nicht, mit einem solchen Programm vor die Wähler zu treten.

So kämpft Cobden noch aus dem Grabe mit der neuen Zeit um Englands Zukunft. Die Tarifreform ist ein Parteiprogramm der konservativen Minderheit geblieben, wenn auch die Wahlen von 1910 zeigten, daß es in der Meinung des Volkes Fortschritte macht. Aber es ist Gefahr im Verzuge. Man kann kaum erwarten, daß die Kolonien das Mutterland dauernd begünstigen ohne Gegenleistung. 1911 war es nahe daran, daß Kanada sich statt dessen nach Süden einrichtete durch Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika (s. S. 130), in der Tat seine natürliche Richtung. Die commercial union ist weniger eine Frage des Gefühls als des Nutzens, vielleicht mit beschränkter Frist. Es kann ein Tag kommen, da das Verlangen nach Autarkie bei den entwickelteren Kolonien selbst erwacht; dann wäre das Todesurteil über Chamberlains Königsgedanken ausgesprochen, der ja letzten Endes den dominions für immer die handelspolitische Stellung von Kolonien anweist, auch nachdem sie verfassungsrechtlich zu Staaten erhöht sind.

Auf dem Verfassungsgebiet (imperial federation) scheiden sich die Parteien weniger hinsichtlich des Ziels als der Wege; aber die rein technischen Schwierigkeiten erscheinen hier noch größer. Die Frage zerfällt in zwei Teile, die Reichsverteidigung und die Reichsverfassung. Nach der gemeinsamen Handelspolitik ist die gemeinsame Verteidigung die Hauptsache. Die Kolonien haben sich keineswegs ganz ihrer moralischen Pflicht entziehen wollen; sogar Kanada, das

sich hierin am meisten zurückhielt, sandte Freiwillige im Burenkriege um die Jahrhundertwende und hatte 1913 eine große Unterhausmehrheit für einen Antrag auf drei Schlachtschiffe. Im ganzen berechnete man jedoch im Anfang dieses Jahrhunderts, daß die Bürde der Verteidigung zehnmal schwerer auf dem Mutterlande als auf den Kolonien lastete, und auf die Dauer konnte man sich nicht auf freiwillige Zuschüsse der Kolonien über dieses Zehntel hinaus verlassen. Man war auch vor der großen Krise zu einem ständigen Reichsverteidigungsausschuß gelangt und hatte einen Reichsgeneralstab ernsthaft erwogen. Aber es ist selbstverständlich, daß der Beitrag der Kolonien zur Kriegsmacht sich nach dem Einfluß auf die Beschlüsse, die zum Kriege führen können, richten wird. Hier erscheinen ernstliche Schwierigkeiten. Alle möglichen Pläne (Reichsparlament, Reichskabinett, Reichsrat) sind erörtert und wieder fallen gelassen; und das einzige magere Ergebnis ist bis heute die Reichskonferenz, d. h. die alte Kolonialkonferenz, festgelegt als regelmäßige Einrichtung in jedem vierten Jahr (1907).

Die große crux dieser Reform ist der englische Parlamentarismus mit seiner Art der Regierungsbildung daheim. Wie soll man ihn mit einer kolonialen Vertretung vereinigen? Es scheint, als bedrohte der Reichsgedanke ernstlich Englands eigene Verfassungsform. Trotzdem ist unter den gegenwärtigen Parteiverhältnissen in England eine Bewegung entstanden, die dem Reichsverband entgegenstrebt mit dem Schlagwort Home rule all-round. Sie zielt darauf, den Selbstverwaltungsgedanken auf Schottland, Wales und das eigentliche England auszudehnen (oder sogar auf einzelne englische Landesteile wie Lancashire, Midlands, London), will also eine Auflösung („devolution") des Mutterlandes nach Art der Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschlands. Hierdurch würde eine Erleichterung der ungeheuren Arbeitsbürde des englischen Parlaments erreicht, zugleich würde der Homerule als einer ausschließlich irischen Frage die Spitze abgebrochen und ferner eine Aussicht eröffnet, die große Vereinigung durchzuführen, indem man die Kolonien in das allgemeine Bundessystem aufnähme. Auf zweierlei Weise würden also die Britischen

Vereinigten Staaten entstehen: durch Auflösung von Großbritannien und durch Anschluß der Tochterstaaten. Nun sind diese selbst Bundeseinheiten, Kanada seit 1867, Australiens „Commonwealth" seit 1900, Südafrikas „Union" seit 1909. In weiter Ferne taucht sogar als Ergänzung die Auflösung von Indien in einen Staatenbund (alte Vasallenstaaten neben losgelösten Selbstverwaltungsprovinzen) auf. Mit einem so durchgeführten Vereinzelungssystem würde ja das Riesenstaatsschiff gleichsam mit wasserdichten Schotten in Sicherheit dem Meere der Zukunft zusteuern...

Dies ist das Programm, die ideale Lösung der Reichsfragen Englands. In welchem Umfang es sich verwirklichen läßt — das ist eins der größten Rätsel, dessen Lösung eine nahe Zukunft bringen muß.

**8. Auswärtige Politik.** Reichsfragen von der Art der eben besprochenen können natürlich nicht ganz abgesondert von der reinen auswärtigen Politik betrachtet werden. Einerseits ist die Bereitwilligkeit der Kolonien zum Zusammenschluß vielfach eine Folge äußeren Drucks gewesen, auf Kanada seitens der Vereinigten Staaten von Amerika, auf Australien seitens Japans, auf das britische Südafrika seitens der Buren und Deutschen. Andererseits ist es ja nicht sehr wahrscheinlich, daß die Welt draußen gleichgültig eine solche Umwälzung ansehen sollte wie die Schließung der englischen Tür und die (teilweise) Absonderung der britischen Welt vom Weltmarkt. Aber die ursächlichen Berührungspunkte sind noch zahlreicher, da wir in Englands Politik gegen seine Kolonien und gegen die Außenwelt die innere und die äußere Linie desselben großen Programms festgestellt haben: der überzähligen Bevölkerung des Heimatlandes „Brot in der Wüste" zu schaffen.

England wird von den Verhältnissen gezwungen, eine große Politik zu führen, nicht nur als seine Kultursendung, noch aus nackter Eroberungslust, sondern aus reinem Selbsterhaltungstrieb. Das strategische Mittel ist ganz selbstverständlich eine angriffsweise Verteidigung. Das schon gewonnene Reich muß ja zusammengehalten und geschützt werden nicht nur gegenüber inneren auseinanderstrebenden Kräften, sondern auch gegen äußere Nebenbuhler. Die beste Art und

Weise, es gegen diese Gefahr zu sichern, ist die Verbindung der verstreuten Besitzungen zu großen zusammenhängenden Einheiten. Mit jedem Stück Zwischenland, das England in seinen Besitz bringt, wird die strategische Sorge um die alten Güter vermindert. Wie alle großen Unternehmungen steht das englische Weltreich demnach unter einer Art Zwang, sich zu erweitern. Neue Jagdgebiete sind immerfort nötig, nicht nur um der neuen Beute willen, sondern auch um die alte sicherzustellen.

In diesen Gesichtspunkten liegt der Schlüssel zur neueren auswärtigen Politik Englands in fremden Erdteilen. Schon 1868, während das „Manchestertum" und die „kleinenglische Zeit" noch zu blühen schienen, gab Dilke die Losung des neuen Imperialismus aus: „Greater Britain". Der Umschwung beginnt mit dem Ministerium Beaconsfield 1874, die volle Entfaltung aber nicht vor der Spaltung des Liberalismus bei den Wahlen 1886, nach Deutschlands Eintritt in die Kolonialwelt, dem verschärfter Wettbewerb folgte und der Gefahr im Verzuge bedeutete. Nun reift in der Cäsarenseele von Cecil Rhodes der Riesengedanke, der sich zur Formel „vom Kap bis Kairo" verdichtet hat, ein transafrikanisches Reich, zusammengefaßt durch eine meerverbindende Eisenbahn in der Richtung der Längengrade. Schnell folgen die Taten: die Kolonie „Rhodesia" wird im Süden gegründet, welche die Burenstaaten umschließt und die englische Herrschaft bis zum Njassa hinaufschiebt, der ägyptische Sudan 1896 bis 1898 erobert und Frankreich aus dem Niltal verjagt (Faschoda), die Burenstaaten 1899—1902 überwunden und das britische Südafrika zum Block verbunden. Im Anfang dieses Jahrhunderts verschiebt sich der Schwerpunkt der Ausbreitung nach Asien gemäß einer neuen Formel, Curzons „von Kalkutta bis Kairo", ein südwestasiatisches Reich in der Richtung der Breitengrade. Unternehmungen in Arabien (der Sinai-Streitfall 1906) und Mesopotamien (Wilcocks Bewässerungs- und Eisenbahnpläne) sowie das Übereinkommen mit Rußland über ein Einflußgebiet in Südpersien 1907 sind mehr oder weniger reife Früchte an diesem Baum. So sind Englands Besitzungen im letzten Menschenalter mit gesteigerter Schnelligkeit aneinandergerückt. Wir

sehen den geschichtlichen Vorgang und die politischen Formeln des Indiameerreiches, dessen Riesenumrisse bei der Untersuchung des englischen Gebietes hervorschimmerten (s. S. 81). Hier ist nur hinzuzufügen, daß Deutschland nunmehr England im Wege stand auf beiden Linien, in Zentralafrika und in Mesopotamien. Der wirtschaftliche Wettbewerber ist also auch der wichtigste Gegner bei der Ausdehnung des Reiches geworden.

In diesem Bild äußerer Erweiterung tritt nun klarer als je die naval supremacy als kategorischer Imperativ der englischen Außenpolitik hervor. Das Reich würde ganz in der Luft schweben, wenn England nicht die Verkehrswege in ihm beherrschte, die alle über das Meer gehen. Die Herrschaft über das Weltmeer als das Verkehrsmittel ist unentbehrlich in jeder Beziehung: um den Zusammenhang im Reiche zu sichern, um die friedliche Arbeit daheim zu schützen, die der überzähligen Bevölkerung Brot geben soll, um die tägliche Zufuhr dieses Brotes zu verbürgen. Keine fremde Flotte darf also England die Übermacht auf dem Meere streitig machen. Wenn nun in Europa eine Vormacht entsteht, so ist Gefahr für England im Anzuge; denn diese Macht, selbst vom Kampf um die Landesgrenze befreit, hätte den Weg offen zum Wettkampf auf dem Meere. Es ist also ein bloßes Zubehör des englischen Systems, daß England jedes Übergewicht auf dem Festland möglichst herunterdrücken muß; wenn es dort für die Sache der Freiheit und das Recht der Kleinstaaten kämpft, dient es seiner eigenen Selbsterhaltung und Machtentwicklung. Dieser Zusammenhang weist auch das Mittel an: Verbindung Englands mit schwächeren Staaten gegen den stärksten auf dem Festland. Das ist das Geheimnis englischer Staatskunst, unmittelbar erwachsen aus der Insellage und dem Bau des Reiches, daß es sich auf diplomatischem Wege einen oder mehrere „Festlandsdegen" verschafft, die in ihrer eigenen Sache zugleich Englands Kämpfe ausfechten, bis das europäische Gleichgewicht wiederhergestellt und Englands planetarisches Übergewicht gesichert ist.

Seit mehr als zwei Jahrhunderten wiederholt sich diese Politik mit einer Regelmäßigkeit, die an sich ihre Herkunft aus objektiven

Kräften beweist. Wie deutlich erkennen wir die gemeinsame Triebkraft und Spielweise in dem großen Bund Wilhelms von Oranien gegen Frankreich unter Ludwig XIV. am Schlusse des 17. Jahrhunderts, in den Bündnissen William Pitts gegen Napoleon I. im Anfang, in Palmerstons Bund gegen Rußland unter Nikolaus I. um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Es ist die stärkste außenpolitische Überlieferung der Gegenwart.

In diesen Zusammenhang gehört nun auch Eduard VII. mit seinen „Ententen" gegen Deutschland unter Wilhelm II., als ein neuer Einzelfall der bekannten Form. Während England an seinem Reiche in fremden Erdteilen baute, schien über den europäischen wiederum der Schatten eines übermächtigen Staates zu fallen, und der neue Wettbewerber suchte auch seine „Zukunft auf dem Wasser". Deshalb verschiebt sich die englische Politik zurück zum heimischen Festland und faßt ihre Kräfte, diplomatisch und seestrategisch, gegen ihn zusammen. Hier haben wir den Schlüssel zur englischen Politik der letzten Jahre mit ihrer scharfen Frontveränderung.

Noch zu Beginn des neuen Jahrhunderts war die äußere Einstellung Englands die seit einem Menschenalter gegebene: eine „splendid isolation", entschieden gegen Rußland und Frankreich gerichtet. Seitdem Frankreich auf der Faschodawage gewogen und zu leicht befunden war, blieb Rußland als Hauptfeind übrig und Asien als Hauptschauplatz (Indiens wegen). Die Erfahrung während des Burenkrieges hatte ein Schwächegefühl erzeugt, das den Wunsch nach diplomatischem Rückhalt eingab. Nun dachte man einen Augenblick an Deutschland selbst als „Festlandsdegen" (gegen Rußland), und erst nach seiner Weigerung wurde das Bündnis mit Japan geschlossen. Nachdem dies Unternehmen seinen Dienst über Erwarten gut getan hatte, bei Mukden und Tsuschima 1905, erhob sich die Sorge um das bedrohte Gleichgewicht in Europa; und die „Einkreisung" Deutschlands, schon 1904 vorbereitet durch die „entente cordiale" mit dem einen Erbfeind Frankreich, wurde 1907 abgeschlossen durch die Verbindung mit dem andern, mit Rußland.

Das ist die weltgeschichtliche Schwenkung vor der großen Krise.

Dadurch entstand die triple entente („Dreiverband“) im Gegensatz zum alten Dreibund Deutschlands. Man kann unmöglich die offensichtliche Spitze gegen Deutschland in dieser Politik verkennen. Sie tritt unmittelbar hervor in der Zusammenziehung der englischen Flotten in der Nordsee, in der Anlage eines neuen Kriegshafens dort (Rosyth), im verstärkten Bau neuer Schlachtschiffe (die „Dreadnought“-Klasse), Wandlung des alten „two-power-standard“ bei diesem Bau (1888) in den Grundsatz „two-keels-to-one“ mit besonderem Hinweis auf Deutschland (1912), sowie in der anwachsenden Werbearbeit für die allgemeine Wehrpflicht (Lord Roberts). Wir sehen dabei eine Festigkeit des Blicks, eine Zielbewußtheit im Willen, die den Gedanken unwillkürlich zurückführt zu früheren Krisen in der Geschichte Englands und der Welt.

Zur Zeit der beiden vorhergehenden Jahrhundertanfänge hing die englische Bündnispolitik mit allgemeinen europäischen Kriegen zusammen, die England die günstigsten Bedingungen schufen, die es je hatte. Mit bösen Ahnungen sah deshalb die Welt die Kriegsgefahr unmittelbar aus eben den Bündnissen unseres Jahrhunderts hervorgehen: zuerst 1905 (Marokko), dann 1908 (Bosnien), zum drittenmal 1911 (wiederum Marokko, s. S. 48). Der Weltfriede war plötzlich ins Wanken geraten, mit vorübergehenden Krisen aller 3 Jahre. Es lag nahe, hier einen Ursachenzusammenhang aufzuspüren: es mußte ja für die Staatsmänner Englands eine Versuchung sein, durch einen „vorbeugenden Krieg“ die deutsche Flotte in ihren Anfängen zu zerstören, ehe sie stark genug würde, den befürchteten Angriff auf Englands eigene Küste auszuführen; die Versuchung war um so größer, als man mit dem gleichen Schlag Englands Reichswirtschaft und Kolonialreich von dem gefährlichsten Nebenbuhler befreit hätte, und das gute Gewissen wäre immer gerettet durch die Überzeugung, daß der Angriffswille auf der anderen Seite war. Aber auch wenn man einen bösen Vorsatz nicht vorauszusetzen braucht — „die Entspannung“ nach 1911, Englands Bereitwilligkeit, in Verhandlungen mit Deutschland zu treten über die geopolitischen Zwistigkeiten in Zentralafrika und Mesopotamien, spricht anscheinend gegen solchen Vor-

satz — so bleibt die Einkreisung als diplomatische Vereinzelung des Gegners übrig, die eine Hemmung und Unterbindung seines Wachstums auf friedlichem Wege anstrebt. Auch von diesem Standpunkt erweist sich die Bündnispolitik in Europa als Seitenstück zur Vorzugspolitik innerhalb Greater Britains, als ein zweiter Weg zur Festigung des eigenen Reichs: nicht durch eigene Stärkung, sondern durch Schwächung des Nebenbuhlers.

In der Tat sehen wir hier zwei verschiedene Parteirichtungen im Verhältnis zur Zukunft; und es ist bemerkenswert, daß der Liberalismus den für den Weltfrieden gefährlicheren vertritt. Fraglich ist, ob er vom englischen Standpunkt aus nicht zugleich der unsicherere ist. Eine Politik auf Grund günstiger Gelegenheiten hat nicht mehr die gleichen Aussichten in unserer planetarischen Zeit wie in den verflossenen Jahrhunderten. Es ist England nicht mehr möglich, mit der ganzen übrigen Welt Schritt zu halten; sucht es auf mehr oder weniger gewaltsame Weise die Entwicklung auf der einen Seite zu hemmen, so ist die einzige Folge, daß die Gefahr auf einer anderen steigt, weil auch ein (militärischer) Sieg eine Schwächung gegenüber dem dritten bedeutet.

Wenn man die eigene wachsende Lebenskraft und die weit auseinandergehenden Lebensbedürfnisse der Teile Greater Britains unter den verschiedensten Himmelsstrichen betrachtet (s. S. 85), wird man gewiß zweifelhaft auch gegenüber dem anderen Programm, vom Standpunkt einer wirklichen und wahren Lebensversicherung aus. Man fragt sich zum Schluß, ob nicht diese ganze Reichsbildung auf Grundlage der politischen, unteilbaren Herrschaft über das Weltmeer in einer Hand — ob sie nicht ihrer ganzen Art nach gegen den Geist der Zeit geht, der von Monopolen nichts wissen will. Aber wenn so die Bündnispolitik sich nur als ein geschichtliches Zwischenspiel erweisen und das Reich auch nur ein politischer Torso bleiben sollte, so bleibt ihm noch eine Versicherungs- oder wenigstens Daseinsmöglichkeit. Sie geht unter dem Schlagwort „Reunited States" und „Anglosaxia contra mundum" und ist nicht nur ein panbritischer Zusammenschluß mit den jüngeren Tochterländern in allen Erdteilen, son-

dern dazu ein panangloſächſiſcher Anſchluß an die freigewordene älteſte Tochter jenſeits des Atlantik, die andere Großmacht gleichen Stammes. Der ältere Imperialismus (Dilke) war begeiſtert für dieſen Gedanken, auch der jüngere (Rhodes, Chamberlain) ſtand ihm nicht abgeneigt gegenüber, und ſeit der Jahrhundertwende hat die amtliche Führung ſich bemüht, dieſe Ausſicht offenzuhalten. In Zahlen ausgedrückt, würde dieſer Anſchluß nahezu ein Drittel der Welt unter gemeinſamer Flagge bedeuten. Zweifellos ſtellt dieſe Verbindung eine Übermacht dar, die wenigſtens in abſehbarer Zukunft eine wirkliche Weltherrſchaft aufrechterhalten könnte. Es iſt nur hinzuzufügen, daß dies Programm für England geradezu eine Abdankung zugunſten der mündigen Tochter bedeuten würde: nicht ein Preußen (wie im Greater Britain), ſondern ein Bayern! Von der anderen Seite her wenigſtens beſteht hier kein Zweifel; dort ſieht man in dieſem Zukunftsbild (mit Andrew Carnegie) „Old England" als die alte friedliche Heimat, den verehrten Familienſitz und volkstümlichen Spielplatz der angelſächſiſchen Raſſe, enthoben der Mühe und dem Lärm der großen Welt, wie es im Schatten ſeiner ſtolzen Erinnerungen daliegt, mit höchſtens 15 Millionen Einwohnern. . .

Die praktiſche Staatskunſt kümmert ſich nun, und zwar mit Fug und Recht nicht viel um ſolche Ausblicke. Sie lebt im Jetzt und in der nächſten Zukunft; da iſt es allerdings rätlich, England weiterhin als eine Macht allererſten Ranges anzuſehen. Der Gelehrte, der — ohne Liebe und Haß, ohne Vorurteile und Aberglauben, nach ſachlicher Beobachtung der Tatſachen und Kräfte, und unter der Leitung geſchichtlicher Erfahrung — die Wirklichkeit unter den weiten Geſichtswinkel der Entwicklung einzuſetzen ſucht, kann nicht umhin, den Schatten des babyloniſchen Turmes über dieſem leuchtendſten Sieg des Menſchengeiſtes auf dem Gebiete der Staatenbildung auftauchen zu ſehen. Aber dieſer Eindruck ſoll auch nicht ſeinen Blick trüben für die wahrhafte Bedeutung, die in dem geſchichtlichen Auftreten des engliſchen Weltreiches liegt. Mit ihm wurde doch ernſtlich der planetariſche Zeitraum der Menſchheit eingeleitet. Der Anſtoß zu einem univerſellen Zuſammenleben in politiſcher Organiſationsform war damit gegeben

und kann nicht wieder ausgelöscht werden. England hat die Weltgeschichte im eigentlichen Sinne geschaffen — auch wenn es niemals die ganze Welt besitzen wird.

Literatur: Seeley, Expansion of England, 1883; Langenbeck, Englands Weltmacht in ihrer Entwicklung, 1913; Keutgen, Die Entstehung des britischen Weltreichs, 1915 (Weltwirtschaftliches Archiv); Salomon, Der britische Imperialismus, 1916; E. Meyer, Das britische Weltreich, 1918. — Ratzel, Das englische Weltreich, 1898 (Geographische Zeitschrift); Dove, Die angelsächsischen Riesenreiche, I, 1906; The Oxford Survey of British Empire, I–VI, 1914; Lucas, The British Empire, 1915; Deckert, Das britische Weltreich, 1916. — Bardoux, Essai d'une psychologie du peuple anglais, 1906–07; Schulze-Gävernitz, Britischer Imperialismus und englischer Freihandel, 1906; Bérard, L'Angleterre et l'Impérialisme, 1911; G. Steffen, Die Demokratie in England, 1911; Parow, Die englische Verfassung seit 100 Jahren, 1911; Sidn. Low, The governance of England, 1911; Lowell, The government of England, 1916. — Low-Sanders, The History of England during the reign of Victoria, 1907; Marcks, Die Einheitlichkeit der englischen Auslandspolitik, 1910 (Männer und Zeiten II); Lémonon, L'Europe et la politique britannique, 1912. — Dilke, Problem of Greater Britain, 1890; G. Steffen, England som världsmakt och kulturstat, 1898; Peters, England und die Engländer, 1905; The Empire and the Century, 1905; Ellis Barker, Great and Greater Britain, 1909; Homer Lea, The day of the Saxon, 1912; Spender, Die Grundlagen der britischen Politik, 1913 (Zeitschrift für Politik); Hettner, Englands Weltherrschaft und ihre Krisis, 1917; Kjellén, Die britische Weltmacht (Neue Freie Presse 11. August 1918); Political Quarterley Review; United Empire; Times.

## VI. Vereinigte Staaten.

### United States of America.

Gebiet 9,7 (7,8 : 1,9). Bevölkerung 108 (98 : 10); Vermehrung 1,800,000; Einwanderung 1,000,000. Eisenbahnen 400,000; Handel 12,5 (7 : 5,5); Schiffahrt 7,45. Flotte 750,000; Heer 200,000; Ausgaben 9,2 (3,8 : 5,4). Staatsschuld 11, pro Kopf 112.

Die Vereinigten Staaten von Amerika (V. St.) sind eine der jüngsten Mächte der Welt. Ihre selbständige Geschichte fängt nicht vor 1783 (1776) an. Vorher waren sie ein Anhängsel Englands von gleicher Art wie Indien heute noch und mit kaum so starker englischer Be-

völkerung wie Kanada gegenwärtig. Danach begann die Ausbreitung über das eigene Festland, über das Mississippital im Anfang und weiter bis zum Stillen Ozean um die Mitte des 19. Jahrhunderts, so daß das Gebiet einen zusammenhängenden breiten Gürtel quer über den Erdteil bildete, „continental U. S.". 1867 wurde als Zubehör das große Horn des Erdteils im Nordwesten (Alaska) angegliedert. Aber erst am Ende des Jahrhunderts ging man über See auf Landerwerb aus. So wurde mit Alaska zusammen ein „noncontiguous territory" gebildet; aber es ist klein gegen den Riesenkörper des Mutterlandes (27:100), weshalb man hier nicht von einem besonderen Reichsproblem neben dem des Mutterlandes zu sprechen braucht wie beim British Empire. Erst durch die Machtentfaltung außerhalb der heimischen Grenzen trat die Union endgültig als Großmacht hervor und durch seine Größenverhältnisse zugleich als Weltmacht.

**1. Reich.** Das erste, was bei der Betrachtung der Landkarte auffällt, ist der große Umfang des Mutterlandes, das zehnmal so groß ist als die größte früher betrachtete Großmacht (Österreich-Ungarn). Und dieses Land liegt auf den Breitengraden des europäischen Mittelmeeres, so daß die gemäßigte und die subtropische Zone hier alle ihre Vorteile klimatischer und geophysischer Art gesammelt haben. Die V. St. sind ohne jede Frage das reichste Land der Erde, „die letzte und größte Gabe Gottes an die Menschheit" (Emerson). Die Natur bietet Nahrungsmittel, Rohwaren für die Industrie und Kraftquellen, alles zugleich im reichsten Überfluß und größten Ausmaß. Das ist eine neue Form: zum erstenmal sehen wir ein autarkisches Staatsgebiet von riesigem Umfang, selbstgenügsam, im Notfall in der Lage, die Außenwelt sogar im Zeitalter der Industrie entbehren zu können.

In diesem großen Landraum ist auch größere Ellbogenfreiheit als in Westeuropa. Gerade die Aufgabe, „magnificent distances" zu überwinden, wie sie innerhalb der gleichen politischen Grenzen in Europa undenkbar sind, und die siegreiche Art, wie diese Aufgabe gelöst wurde durch ein Eisenbahnnetz, größer als das ganz Europas, hat dem Volk eine gewisse Geringschätzung gegenüber den Schwierigkeiten der Entfernung gegeben, die es besonders zur weltgeschicht-

lichen Rolle geeignet macht. Der gleiche Welteroberungstrieb, den der unendliche Gesichtskreis des Ozeans vor den Toren des Landes dem Engländer gegeben hat, liegt dem heutigen Amerikaner im Blute schon als seelische Wirkung der unerhörten Weiten seines eigenen Landes.

Der große Umfang hat freilich eine Kehrseite, die gesteigerte Gefahr innerer Spaltung durch die großen klimatischen Gegensätze mit den daraus folgenden wirtschaftlichen und sozialen Sonderinteressen sowie durch die großen Möglichkeiten innerer natürlicher Scheidewände. Die Geschichte hat die eine Gefahr bestätigt durch die „secession" der Südstaaten in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts, und die andere durch die ursprüngliche Kolonialteilung zwischen den Engländern im Osten der Alleghanies, den Spaniern im Westen der Kordilleren und den Franzosen mitten dazwischen in den Prärien. Mit wachsendem wirtschaftlichem und geistigem Verkehr gingen diese Gefahren zurück; heute schließt sich das südliche Pflanzungsland ebenso organisch wie das Bergwerks- und Weidegebiet des Westens an den nordöstlichen Industriebezirk an, und zwischen ihnen breitet der Mississippi sein verbindendes Netz von 27 000 km Wasserweg aus. Das ist eine harmonische Ergänzung von Gegensätzen, die dem Wunsche Daniel Websters entgegenkommt, daß es in der Union „Süden, Norden und Westen nicht mehr geben möge". Die einfachen, großen Linien in der Landkarte Amerikas geben von Anfang an eine weit natürlichere Grundlage für eine große Staatsbildung als der reiche Wechsel des Bodens und der Küste in Europa. Nur der kalifornische Küstenstreifen sondert sich als starke geographische Persönlichkeit vom übrigen Lande ab, mit dem er jetzt durch sieben Pazifikbahnen verbunden ist.

Die natürliche Grenzzone der Kordilleren reicht dagegen im Norden und Süden über den Raum der V. St. hinaus. In großzügiger Weise hat hier die Politik Grenzen nach den Breitengraden gegen die natürlichen nach den Längengraden geschaffen. Im allgemeinen ist die Landesgrenze der Union als besonders mangelhaft zu bezeichnen; nur die großen Seen im Norden und der Fluß Rio Grande im Süden erfüllen streckenweise die Aufgaben natürlicher Grenzen. Unaufhör-

liche Grenzstreitigkeiten, besonders gegen Kanada, sind die Folge gewesen. Aber in Anbetracht der unvergleichlichen Macht der Union ist die Gefahr der schlechten Grenzen nicht auf ihrer Seite, sondern auf seiten der Nachbarn. Der große Zusammenhang der Kordilleren in Verbindung mit den heutigen künstlichen Grenzen der Union gibt im voraus die Andeutung einer durchaus natürlichen Herrschaft über den ganzen Erdteil.

Im Verhältnis zu den Nachbarn nehmen die V. St. die Vorzüge der Mittellage ein, ohne vom allseitigen Druck belastet zu sein, der Deutschlands Erbteil ist; denn auf zwei Seiten bildet das Weltmeer die Grenze. Alle ebenbürtigen Feinde sind also weit weg und müssen über den Ozean fahren, um sich zu nähern. Das ist Englands Einzellage in erhöhtem planetarischen Maße. Sie hat auch der Union erlaubt, sich am längsten der allgemeinen Wehrpflicht zu entziehen, das Heer auf ein Mindestmaß beschränkt zu halten und so Kräfte für die gütererzeugende Arbeit zu gewinnen. Glücklicher als selbst England, insofern als keine Seite ihres Körpers sich in empfindlicher Nähe anderer Großmächte befindet, haben die V. St. nicht einmal Englands Sorge um eine beherrschende Seemacht auf sich zu nehmen brauchen; ihre Kriegsflotte war kleiner als die Deutschlands. Die militärischen Machtmittel standen also lange in völligem Mißverhältnis zur äußeren Größe. Auch die Handelsschiffahrt war schlechter entwickelt, als man erwarten sollte; jedoch erklärt sich dies aus der geringen Gliederung der Küste und aus der Massigkeit des Inlandes, die den Staat zunächst zur Festlandsmacht bestimmen.

Wir weisen endlich auf die Zweiheit der Küste hin, die altlantische und die pazifische. Hier liegt das gleiche Bedürfnis vor, das Deutschland zum Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals veranlaßte. Da es indessen für die Union geographisch unmöglich war, die Verbindung innerhalb des eigenen Gebietes zu schaffen, so ist es draußen geschehen (der Panamakanal). Aber daraus hat sich die Neigung entwickelt, den Kanal in den eigenen Bereich einzubeziehen, ein Druck also auf die zwischenliegenden Länder (Mexiko, Zentralamerika) und folglich eine Verstärkung der allgemeinen Richtung auf Beherrschung des Erdteils.

Seitdem die Ungunst der beiden Küsten so überwunden ist, bleibt ihr Vorteil ohne Abzug übrig. Die V. St. sind die geborene Großmacht zweier Ozeane: das Reich der Mitte auf dem Planeten. Wie es seinen 500-Meilengürtel über das nordamerikanische Festland zwischen beiden Meeren ausspannt, liegt die große Union Amerikas wie ein geographischer Janus in der Mitte der Welt, das eine Gesicht dem westeuropäischen, das andere dem ostasiatischen Kulturherd zugewandt, zugleich mit den bequemen Wasserwegen zu beiden hin. Hinsichtlich der Lage wie des Umfanges steht dies Reich also auf einem höheren Plan als alle bisher betrachteten, ebenbürtig eher ganzen Kulturkreisen als einzelnen Ländern — ein Land „der Zukunft" (Polenz) und der „unbegrenzten Möglichkeiten" (Goldberger).

**2. Volk.** Nach einer Reise von 5650 km über das Meer findet der europäische Auswanderer in Amerika dieselbe weiße Rasse, die gleiche christliche Religion und dieselbe westeuropäische Zivilisation vor wie daheim. Amerika hat seine ursprüngliche Bevölkerung fast ganz vernichtet zugunsten der europäischen Siedlung; es ist ethnopolitisch ein Kind Europas. Sein leeres Riesengebiet hat einen Menschenstrom angezogen, der in letzter Zeit größer ist als das natürliche Wachstum im Lande, überhaupt (seit 1840) die größte Völkerwanderung, die je auf unserem Planeten erfolgte. Das Ergebnis ist einerseits die einzigartige Volksvermehrung, die im Menschenalter vor der Weltkrise nicht unter 1 Million und im letzten Jahrzehnt nicht unter 1½ Millionen jährlich betrug, die im vorigen Jahrhundert sich im ganzen auf 71 Millionen belief und sich zuletzt auf etwa 2% jährlich hielt — andererseits die ebenso einzig dastehende Völkermischung, die der Großmacht anscheinend das Wesen eines Nationalstaates von Grund aus nimmt.

Eine nähere Untersuchung deckt einen weißen Stamm („native white of native parentage") von 54% des Ganzen auf, um einen angelsächsischen Kern herum, in dem die höheren Einwanderungsschichten ihren Sammelpunkt haben. Anthropologisch ist der Kern schwach: im Stammland (den Neu-England-Staaten) ist die Geburtenzahl nach französischem Vorbild fast bis zur Gleichheit mit der

Zahl der Todesfälle herabgesunken. Der angelsächsische Sauerteig wird es also immer schwerer haben, die Masse zu durchsetzen. Aber psychologisch hat er eine ganz außerordentliche Stärke bewiesen, besonders gegenüber dem germanischen Einfluß. Vom Heimatland gelöst, ohne Halt in den natürlichen Grenzen des neuen Landes, unter seinen starken Druck in klimatischer, sozialer und politischer Hinsicht gestellt, akklimatisieren und verschmelzen sich die Einwanderer in der neuen Umwelt so schnell, daß schon das zweite Geschlecht („native white of foreign parentage") als völlig amerikanisiert anzusehen ist. Da dies Geschlecht $20^{1}/_{2}$% der Volksmasse umfaßt, bezeichnen wir also drei Viertel des Ganzen, trotz aller Gegensätze der Abkunft, als national gleichartig. Keiner kann auch übersehen, daß eine gemeinsame amerikanische Vaterlandsliebe von deutlich nationaler Färbung ihre Wurzeln tief durch alle ethnischen Unterschiede hindurch einsenkt. Das ist der entscheidende Unterschied zwischen den V. St. und Österreich-Ungarn im Hinblick auf die Bevölkerung: die verschiedenen Bestandteile in den V. St. haben ihre alte nationale Leidenschaft verloren unter dem Zwang eines geheimnisvollen Geschehens, das sie in eine neue nationale Lebensgemeinschaft einfügt.

Auf dem Boden Amerikas sehen wir also das eindrucksvolle Schauspiel, wie eine neue Nation ans Licht tritt. Während des frühen Mittelalters geschah dasselbe auf der britischen Insel, und das englische Muttervolk war das Ergebnis. Nun sehen wir dies englische Volk als Bodensatz in einem Kessel, in dem eine reiche Fülle anderer ethnischer Zuflüsse enthalten sind, um zusammen zu gären. Der Vorgang ist nicht abgeschlossen, noch können wir genau die verschiedenen Grundstoffe klar aussondern; aber als Ziel sehen wir deutlich eine ganz neue Menschenart.

Man wird also nicht mehr länger glauben, daß „durch den Mund Nordamerikas England zur Welt spricht" (Dilke 1868). Der englische Grundstoff wird naturnotwendig selbst verwandelt, während er die neuen fremden Stoffe auffsaugt. Eine Y a n k e e - R a s s e wird gezüchtet (Roosevelt, Law), mit eigener Auffassung und Absicht in der Welt. In ihrem schon ganz ausdrucksvollen Antlitz finden wir

vererbte englische Züge neben erworbenen neuen. Das alte Erbe tritt stark in sozialen Leben sowie in der Sprache selbst hervor. Die neue Gestalt des Yankees scheint sich dagegen zuweilen aufzulehnen mit seiner auffälligen Jugendlichkeit im guten und schlechten Sinn, seiner ausgeprägt optimistischen Anlage, seinem rücksichtslosen „go ahead", seiner kindlichen Unbewußtheit der eigenen Beschränkung, seinem eigenartigen Idealismus inmitten der allereifrigsten Erwerbshetze. Aber dieses junge frische Blut, diese starken Nerven und dieser glühende Fortschrittswille sind keine geringere Bürgschaft für die große Zukunft der V. St. als die ungeheuren natürlichen Hilfsquellen des Landes. Das Alte und das Neue vereinigen sich auch im Glauben an diese Zukunft. Das spätgeborene Kind des Puritanismus hütet den Weltherrschaftsgedanken als ein „manifest destiny" für eigene Rechnung und mit dem gleichen Glauben wie die unmittelbaren Nachkommen der Väter in der Heimat.

Tatsächliche Anzeichen für solche Berufung scheinen gerade in der Mischung hoher Kulturvölker im neuen Blut vorzuliegen („ein Ebenmaß englischer Tatkraft und deutschen Wissens", Carnegie), ferner in dem stählenden Aufwachsen der Neusiedler in Freiheit und Selbsthilfe sowie in der natürlichen Auslese bei der neueren Einwanderung. Rein biologisch mußte hieraus notwendig ein ungewöhnlich kräftiges und vorzügliches Geschlecht hervorgehen, und es überrascht nicht, daß es zugleich „das individualistischste, das je auf Erden gelebt hat" (Ashley) geworden ist. Hier droht indessen jetzt eine Gefahr, weil die Auslese sich zu verschieben begonnen hat und nicht mehr die kräftigen, sondern die ausgestoßenen und elenden Menschen umfaßt. Im neuen Jahrhundert haben solche schlechteren Bestandteile aus dem europäischen Osten und Südosten (Rußland, Österreich-Ungarn, Italien) den germanischen Zufluß in der Einwanderung ganz überflügelt, was nicht nur Gefahren für die eingeborenen Arbeiter mit sich bringt, sondern auch für die Güte der neuen Nation. Dies hat eine Gesetzgebung, welche die Einwanderung beschränkt, dringend nötig gemacht.

Diese „schmutzig-weiße Gefahr" ist nicht der einzige Schatten auf dem Bevölkerungsgebiet. Nachdem die „foreign white" mit 14½%

des Volksbestandes zu den übrigen Weißen gezählt sind, bleiben 11% für farbige Bestandteile. „Rote“ und „gelbe“ Gefahren machen hiervon in Zahlen kaum 1/2% aus, und die erste ist denn auch seit langem überwunden. Dagegen ist das Gespenst eines gelben Irlands schon frühzeitig aufgetaucht, örtlich begrenzt auf Kalifornien, und hat seit 1882 eine vorbeugende Ausnahmegesetzgebung gegen solche unwillkommene Einwanderer veranlaßt; die Handvoll Chinesen und Japaner, die sich hinter der großen Naturgrenze des inneren Amerikas angesammelt hat, wird nämlich als Vortrupp der gelben Massen Asiens angesehen, die um jeden Preis vom amerikanischen Erdteil ausgeschlossen werden müssen. Dazu kommt die nationale Abneigung gegen eine Einwanderung, die sich vollständig unbeeinflußt von der amerikanischen Rasse hält, und die wirtschaftliche Beschwerde gegen einen Arbeiterstamm, mit dem der heimische unmöglich in Wettbewerb treten kann. Die wirkliche Volksgefahr der Union ist aber die „schwarze“ von 10 Millionen Negern; örtlich begrenzt durch eine geographische Linie („colour line“), so daß ein schwarzes Irland schon in den Südstaaten mit Negermehrheit (Süd-Karolina und Mississippi) vorliegt. Statistisch ist die Gefahr früher größer gewesen, bis zu 19%; aber nur die Einwanderung hat der weißen Rasse dies Übergewicht gegeben. Die Negerfrage gesundet also nicht von selbst. Auch läßt sie sich nicht fortschaffen durch „deportation“ nach Afrika (nach dem Beispiel Liberias 1821), noch durch „segregation“ in Sondergebieten wie die der Indianer; dazu spielen die Schwarzen eine zu große Rolle auf dem Arbeitsmarkt. Politisch ist die Gefahr größer geworden als vorher, durch die Sklavenbefreiung in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts; der Weiße, der den Neger vor dem Gesetz als gleich anerkennen muß, entschädigt sich durch gesellschaftlichen Boykott. Da der Neger mit wachsender Entwicklung nicht umhin kann, dem entgegenzuwirken, so liegen hier die Voraussetzungen für eine gefährliche Spaltung auf der Grundlage von wirklichem Rassenhaß.

**3. Haushalt.** Die Größe der V. St. erweist sich am stärksten auf dem Gebiet der Wirtschaft, wie ja bei der Vereinigung eines solchen Landes mit einem solchen Volk zu erwarten war.

Die Union ist die reichste Vorratskammer der Welt an Getreide und Fleisch, Baumwolle, Eisen und Kohle. In allen wichtigsten Waren der Weltwirtschaft nimmt also ein und dasselbe Land die erste Stelle ein. Das ist ein verschwenderischer Überfluß, der reichlich Anlaß gibt, anderen mitzuteilen. Hier tritt die Großmacht als ergänzender Gegensatz zu Westeuropa hervor, dessen übervölkerte Staaten in größerem oder kleinerem Umfang von der Einfuhr leben müssen. Auf der Handelsrechnung erschienen noch beim letzten Jahrhundertwechsel Roherzeugnisse mit mehr als drei Viertel der Gesamtausfuhr. Das ist die Wirtschaftsform der Kolonien, noch verstärkt durch einen Handelsüberschuß von etwa 2 Milliarden. Aber während eine Kolonie Europas abhängig ist von der europäischen Industrie, hat die Union hierin Europas eigene erobernde Art; sie ist nicht nur unabhängig von Europa, sondern sein Nebenbuhler, und zwar mit solcher Entwicklungskraft, daß die Industrieerzeugnisse im jetzigen kurzen Jahrhundert von weniger als ein Viertel bis fast auf einhalb der Ausfuhr gestiegen sind. Hier vereinigt sich also die Stärke Europas und die der Kolonien ohne ihre Schwächen. Wir sehen eine wirtschaftliche Lage, die unvergleichlich stärker ist als irgendeine vorhergehende.

Aber nicht nur in einem Augenblicksquerschnitt treten die V. St. unter allen anderen Mächten in wirtschaftlicher Größe hervor. Sie drohen die Wettbewerber zukünftig noch mehr zu überschatten; denn hier weist alles aufwärts, sie haben einen breiteren „margin for growth“ als alle anderen. Dieser Vorzug zeigt sich besonders gegenüber ihrem größten Nebenbuhler England, dessen Entwicklung in ihren wesentlichen Linien abwärts geht. In der großen Union gibt es so wenig wie in Deutschland den Gedanken, Ruhe in dem Rentnerdasein zu suchen, dem sich England nähert und das Frankreich offenbar schon erreicht hat.

Unter solchen Umständen ist es ganz natürlich, daß die Staatsmänner Europas im Zeitalter der Industrie mit wachsender Unruhe nach diesem großen Lande im Westen geblickt haben. Von seiner Höhe fällt der Schatten einer amerikanischen Gefahr immer

länger über die Alte Welt. Schon 1869 sagte Treitschke den V. St. die Rolle der „ersten Seemacht“ der Erde an Stelle Englands voraus. Mit dem Gedanken vor allem an die V. St. äußerte 1897 ein verantwortlicher Großmachtsminister (Goluchowski), daß „das nächste Jahrhundert einen Kampf um Europas Dasein auf handelspolitischem Gebiet erleben wird“. Auf anderer Seite sprach man schon um die Jahrhundertwende von „the americanisation of the world“ (Stead 1901) als von einem Naturgesetz, von dem es kein Entrinnen gäbe. Auch innerhalb der Union wurden ähnliche starke Gedanken ausgesprochen, die auf nichts Geringeres gehen als die „wirtschaftliche und kaufmännische Weltherrschaft“ (Lodge 1901).

Betrachten wir nun die tatsächliche Unterlage für diesen Glauben auf den beiden Hauptgebieten, Ackerbau und Industrie, näher, so ist zunächst auffallend, daß die V. St. die Stärke in beiden vereinigen. Sie haben keineswegs ihren Ackerbau der Industrie geopfert wie England, noch sind sie auf dem vorzeitlichen Wirtschaftsstandpunkt stehen geblieben wie im ganzen Rußland. Die Union ist Agrar- und Industriestaat wie Deutschland, ohne in seiner gewaltigen Ausdehnung schon je die Sorge am Scheidewege empfunden zu haben. Gewiß kann es nur eine Frage der Zeit sein, wann auch dieses Land so mit Menschen angefüllt sein wird, daß derartige Sorgen entstehen. Das Volk hat selbst, mit der Verschwendungssucht des reichen Erben, das Nahen dieses Zeitpunktes durch unerhörten Raubbau an der Natur beschleunigt; unzählige verödete Höfe auf ausgesogener Erde, ungeheure Strecken verwüsteter und verbrannter Wälder bezeugen es nicht weniger deutlich als die gebleichten Knochen der ausgerotteten Büffelherden in den Prärien. Man ist jedoch jetzt aufmerksam darauf geworden (Kongreß für „Conservation of natural resources“ 1908); gleichzeitig arbeitet man kräftig und erfolgreich daran, in der Wüstenzone des Westens durch Bewässerung neues Siedlungsland zu schaffen („Reclamation act“ 1902).

Im allgemeinen haben die amerikanischen Bestrebungen ihr größtes Ergebnis im Ackerbau erreicht unter dem Schutz einer Ansiedlerpolitik („Homestead act“ 1862), welche die Erde auf viele Hände verteilte

mit geringer Möglichkeit, Großgrundbesitz zu bilden. Es ist deshalb kein Wunder, daß viele der kräftigsten Arme Europas dorthin gegangen sind, und daß der Ackerbau dann zu Preisen hat erzeugen können, die nahezu jeden Wettbewerb ausschlossen. Aber nicht weniger vorteilhaft sind die Voraussetzungen für die Großindustrie in diesem von Rohstoffen schwellenden Lande, wo die Einwanderung für unerschöpflichen Zufluß an Arbeitern sorgt, die aus reinem Selbsterhaltungstrieb gezwungen sind, alle ihre Kräfte zur höchsten Leistung anzuspannen. Die günstige Lage des Arbeitsmarktes hat Amerika lange ein Übergewicht über die Alte Welt gegeben.

Unser Urteil steht fest. Die Geschichte hat niemals ein Reich gesehen, das in gleichem Maße wie die V. St. die grundlegende Bedingung für eine neuzeitliche Großmacht, die wirtschaftliche Zuverlässigkeit, erfüllt hätte.

4. **Gesellschaft.** Zu den am klarsten erkennbaren Ursachen für die Blüte der amerikanischen Wirtschaft müssen wir auch rechnen, daß keine sozialen Vorurteile und feudalen Überlieferungen die persönliche Unternehmungslust bedrücken. Die V. St. haben auch einen hohen Grad von Gemeingefühl in ihrem Gemeinwesen bewiesen. Der Sozialismus hat es schwer gehabt, in einem Volk einen Aufschwung zu nehmen, zu dessen Wesenszügen eine unzerstörbare Zuversicht und zugleich ein fast wilder Persönlichkeitsdrang gehören, und in einem Gemeinwesen, dessen Äußeres wirklich diesen lichten Glauben gerechtfertigt hat; der Arbeiter hat es dort mindestens doppelt so gut gehabt in wirtschaftlicher Hinsicht wie in Europa (S o m b a r t), für seine Laufbahn in der Industrie gab es unbegrenzte Möglichkeiten; und wenn er dessen müde wurde, so hatte er immer den Ausweg, eine Heimstätte im Westen zu suchen unter dem Wohlwollen einer väterlichen Regierung.

Der Gegenwind, gegen den die Arbeiterorganisation Amerikas hat aufkommen müssen, darf indessen nicht über den Ernst der Arbeiterfrage täuschen. Das glänzende Bild einer welterobernden Industrie hat als Kehrseite ein „Schwitzsystem“, das seinesgleichen in der Welt nicht hat. Hier wird wieder der Volksgeist erkennbar mit seinem rücksichtslosen Vorwärtsstreben, unbekümmert um den einzelnen — er

mag sich selber schützen. Es ist also traurig bestellt um Arbeiterschutz und -versicherung in den Riesenfabriken. Gerade diese mangelnde Menschlichkeit hat bisher eine neue Überlegenheit über Europa geschaffen, denn die Arbeit gewinnt durch ein solches System. Aber das rächt sich allmählich. Die gegenwärtige demokratische Regierung empfindet auch vor allem die Verantwortung dafür, daß „wir bisher den Wert des Menschen nicht genug geschätzt haben" (Wilson 1913).

Der Kampf zwischen Arbeit und Kapital macht indessen hier nicht den Inhalt der sozialen Frage in gleichem Maße aus wie in Europa; so ernst er auch ist, er steht doch im Schatten eines gewaltigeren, den man bezeichnen kann als das Ringen zwischen Demokratie und Plutokratie. Wir treffen hier das Kapital in seiner furchtbarsten Gestalt, im Zusammenschluß der Truste mit Monopolstellung. Es ist nicht schwer zu verstehen, warum gerade der Boden Amerikas dieser Entwicklung so günstig war. „Der Turm der Truste", sagt Schulze-Gävernitz, „steht auf der Jungfräulichkeit der Prärien und der Intelligenz der Farmer"; wir fügen hinzu, in der Luft des Individualismus und des freien Wettbewerbs, wo der Starke natürlich auf Kosten des Schwachen bevorzugt wird. Auch hier müssen wir erst die günstige Wirkung der Erscheinung nach außen feststellen, im internationalen Warenaustausch; zweifellos ist das Trustwesen eine der stärksten Kräfte bei der Eroberung des Weltmarktes und dadurch auch beim Weltmachtsbau der V. St. Nach innen aber wirft der Turm so dunkle Schatten, daß die neuere Innenpolitik keine größere Sorge gehabt hat. Es ist nicht nur die Abhängigkeit der verbrauchenden Allgemeinheit in ihrem täglichen Bedarf vom Wohlwollen der Truste, die organisierte Übermacht des Kapitals droht mit ernstlichem Eingriff in den ganzen Aufbau der Gesellschaft, um so mehr als keine Bureaukratie, kein Adel als soziales Gegengewicht hindert. Das demokratische Gleichheitsideal — das Lebensmark der V. St. und der süß lockende Duft für die Einwanderer aus der Arbeiterklasse — hat sich verflüchtigt in einer Wirklichkeit, wo man einerseits jene Napoleone des Wirtschaftslebens sieht, die so bezeichnend sind für das Amerika von heute (die Rockefeller, Morgan, Vanderbilt, Carnegie), anderer-

seits 10 Millionen, die auf der Grenze zum Hungertode leben. Nicht einmal in England gibt es einen solchen Abstand zwischen arm und reich, ohne Übergang durch Vermögensabstufungen oder alte Überlieferungen.

Dieser soziale Zustand ist wirklich mit der Zeit so ernst geworden, daß man die ganze Sache nicht mit dem gewöhnlichen zuversichtlichen „it will right itself" abfertigen konnte. Mit wachsendem Eifer hat die Allgemeinheit den Staat aufgerufen gegen den Staat der Truste im Staat. Die altliberale Richtung, heute vertreten durch die anerkannte republikanische Partei, will den freien Wettbewerb durch die Gesetzgebung der Union schützen („Sherman act" 1890). Roosevelts Jungrechtsprogramm erkennt die Berechtigung der Truste als eine höhere Form des Erwerbslebens an, will aber die Überwachung des Staates verschärfen (so 1906 die über die Eisenbahnen). Die demokratische Partei endlich glaubte zuerst, daß sie dem Großkapital zu Leibe gehen könne durch „freies Silber" (Bryan 1896 und 1900), hat es aber nun als Regierungspartei von einer anderen Seite angegriffen; der Zolltarif 1913 löst ein wenig das stark schutzzöllnerische System (seit 1890), das als „Mutter der Truste" und nächste Ursache der Teuerung betrachtet wird.

So sind starke Kräfte von allen Seiten am Werke, um das große Dunkel auf der Kehrseite der Gesellschaft zu entfernen. Aber es scheint fast, als ob jeder solcher Sieg zugleich die amerikanische Gefahr für die Außenwelt minderte. Die äußere Stärke dieses Gemeinwesens scheint untrennbar mit seinen inneren Schwächen verbunden.

**5. Regiment.** Die amerikanische Großmacht hat als Verfassungsstaat der Welt die Lösung der Frage geschenkt, wie man ein Riesengebiet und ein Riesenvolk auf demokratischem Boden zusammenhält. Die Lösung heißt „Union": die föderative Dezentralisation in Staaten (48 nach 1912). Das ist eine vollständige Durchführung des Systems der „wasserdichten Schotte", die Englands Staatsmänner nun auf ihr Empire anzuwenden suchen (s. S. 101 f.). Das mächtige Schiff segelt nun auch mit der Sicherheit, die das volle Vertrauen der Besatzung zum Bau gewährt.

Noch heute leben die Amerikaner also stolz unter der Bundesverfassung von 1787, die unbeschädigt den Sturm der Sezession überstehen und über die ganzen heutigen „continental U. S." ausgedehnt werden konnte. Zweifellos zeugt das von einer feinen Einstellung des Gleichgewichts und einer geschickten Anpassung an die Verhältnisse von Anfang an; vor allem durch den Gedanken, die Macht des Präsidenten auf unmittelbarer Volkswahl aufzubauen und die eine der beiden Vertretungen (den Senat) auf den Partikularismus der Staaten. Daß diese ursprünglichen grundlegenden Verfassungsgedanken ohne Schwierigkeit von den ersten 13 Staaten am Atlantik ausgedehnt werden konnten über das gegenwärtige interozeanische Riesengebiet, ist wieder im Zusammenhang mit seiner geographischen Einheitlichkeit und geschichtlichen Jungfräulichkeit zu betrachten. Eine politische Karte der Union von heute sieht im wesentlichen aus wie ein Stadtplan, mit seinen auf künstliche Art angelegten geradlinigen Vierteln (Bryce); und dies Bild ist auch nicht ohne inneren Sinn, die meisten Staaten sind Schöpfungen der Staatskunst und der Zentralmacht selbst, ohne Rückhalt in Natur oder Geschichte, wie ihn die Teilstaaten im Deutschen Reiche haben. Dafür sind sie nicht imstande, die Einheit mit bayerischem Partikularismus zu stören, und tun es um so weniger, als sie im Laufe der Zeit in den gleichen großen Kreislauf der Menschen, Interessen und Ideen hineingezogen sind. Auch beschwert kein statistischer Verfassungsgegensatz wie der Preußen-Deutschland die V. St., da der größte Teilstaat (New York) nicht ein Zehntel des Ganzen einnimmt.

Diese günstigen Voraussetzungen haben eine Entwicklung gefördert, die langsam, aber stetig die Betonung von „states" auf „united" verschiebt. Sozial und moralisch, wenn auch nicht rechtlich, sinkt die Bedeutung des Teilstaates immer mehr gegenüber dem Ansehen und der Übermacht des Bundes. Roosevelt faßte in der Losung des „neuen Nationalismus" diese rein staatssozialistische Entwicklung gegenüber Partikularismus und Individualismus zusammen. Neben der Stärkung der Bundesmacht gegen die der Teile geht nämlich die Stärkung der ausführenden Gewalt gegen die der gesetzgebenden Kammern und

das wachsende Ansehen des Staates gegenüber der Selbstherrlichkeit im Volksgeist einher.

Die Verhältnisse haben eine solche Rückwirkung geradezu notwendig gemacht. Neben der Verfassung ruht nämlich hier das öffentliche Leben wie in England auf einer Zweiheit von Parteien („Republikaner“ und „Demokraten“), die jedoch allmählich den größten Teil ihres grundsätzlichen Inhalts verloren haben und zur Rennbahn für Ämterjäger geworden sind. Seit etwa 1830, als die Parteimaschinen in Betrieb gesetzt wurden, hat nämlich das sogenannte „spoiling“-System gegolten, nach dem die Ämter nach dem Ausfall des Wahlkampfes zwischen den Parteien wechseln; dadurch zog man die gesamte Verwaltung in den politischen Zweikampf hinein, der so mit selbstischen Interessen mehr als mit ideellen Gegensätzen durchtränkt wurde. Wenn dies System als eine Sicherheitsvorrichtung gegen Bureaukratismus gewirkt hat, so ist dieser Vorteil teuer erkauft. Wir sehen ein Bild des Verfalls, das sogar den in den romanischen Großmächten übertrifft: eine starke Bestechlichkeit („graft“) besonders in der Verwaltung der großen Städte und in den gesetzgebenden Körperschaften, eine Cliquenwirtschaft („Ringe“ mit ihren führenden „bosses“), die das Volk in großem Ausmaß um die Früchte der Selbstverwaltung betrügen. Hier haben die Truste ihr trübes Wasser zum Fischen gehabt. Aber in dieser Bedrängnis zwischen Bossen und Trusten war es schlecht um die wirkliche Volksfreiheit bestellt. Wie die wirtschaftliche Freiheit und die soziale Gleichheit, so ist auch die politische Selbstverwaltung in Wirklichkeit in ihr Gegenteil umgeschlagen: in „oligarische Demokratie“.

Wir haben diesen Widerspruch schon früher auftauchen sehen, im Gesichtskreis Englands. Der völlige Mangel parlamentarischer Regierungsweise in einem Staat, der niemals gegen eine unumschränkte Monarchie zu kämpfen hatte, bildet äußerlich einen auffälligen Unterschied zwischen den V. St. und England; aber wir haben schon den leeren Schein der Allmacht des englischen Parlaments durchschaut, und in der Tat ist die amerikanische Präsidentenwahl ein vollständiges Gegenstück zum Ausdruck des Volkswillens, der bei den englischen

Wahlen zum Unterhaus den zukünftigen Machthaber, den Premierminister, auswählt. Die Stellung des Präsidenten in den V. St. wird immer bedeutender, je mehr die soziale Übermacht der Truste eine Überwachung von seiten des Staates hervorgerufen und ferner die auswärtigen Großmachtsaufgaben ein starkes Bundesorgan gegenüber den Interessen der Einzelstaaten erforderlich gemacht haben (Kalifornien gegen Japan, s. S. 130). In der Gewalt des Präsidenten besitzt die Union also eine rein monarchische Einrichtung von beständig wachsender Bedeutung als Gegengewicht gegen die zügellose Demokratie und zur Stärkung des öffentlichen Lebens im allgemeinen.

Dieselbe Richtung auf Sammlung der Macht besteht unverkennbar in den Einzelstaaten und den Gemeinden. Dem entspricht ein Bestreben, die Verwaltung dem Volkswillen zu entziehen zugunsten eines geschulten Beamtentums („civil service reform" seit 1883). Es scheint, als wäre diese Reformströmung erfolgreicher als eine andere (besonders im Westen), welche die Entartung der Demokratie mit noch mehr Demokratie bessern will, mit Volksabstimmung und „recall", d. h. Ostrazismus gegen die Beamten.

So finden wir in der Verfassung wie in der Gesellschaft düstere Schattenseiten — im natürlichen Zusammenhang mit dem nationalen Wesen — aber zugleich offene Augen und ernste Bemühung, sie zu beseitigen. Die Fehler sitzen wohl auch nicht so tief, als daß sie nicht bei größerer Reife könnten überwunden werden. Es darf nie vergessen werden, daß diese Nation sich in körperlicher und seelischer Gärung befindet, welche die ganze gegenwärtige Entwicklungsstufe in besonderem Maße zur Übergangszeit stempelt. Von dieser geschichtlichen Warte wird manches ganz anders erscheinen als in einem statistischen Durchschnitt oder in einem Augenblicksbild. Mängel und Makel, die bei einem alten Kulturvolk eine böse Prognose nahelegen, werden hier am besten als Kinderkrankheiten aufzufassen sein. Sind es ungewöhnlich große Übel, so ist doch auch die Heilkraft ungewöhnlich stark. Wir mögen uns erinnern, daß England sich aus sozialen und politischen Verhältnissen im 18. Jahrhundert herausgearbeitet hat, die denen der V. St. an Schmutz kaum etwas nachgaben. Nichts

zwingt uns deshalb, die gegenwärtigen Schwächezeichen in den V. St. als ernste Mängel ihrer Fähigkeit zur Großmacht einzuschätzen, die alle bisher geprüften in den Schatten stellt.

**6. Auswärtige Politik.** Mit klarem Blick für die geographische und politische Lage seines Landes, riet George Washington dem Volke in seinem „politischen Testament" 1796, anderen gegenüber den Schwerpunkt auf Handelsverbindungen zu legen, sich aber in „so wenig politische Beziehungen wie irgend möglich" einzustellen. Hundert Jahre lang ist der Grundsatz auch für die Auslandspolitik bestimmend gewesen. Von ihm geht auch die berühmte Monroedoktrin (2. Dezember 1823) aus mit ihren Einsprüchen gegen europäisches Einschreiten in Südamerika, gegen die Ausdehnung des europäischen „politischen Systems" auf Amerika, gegen neue europäische Kolonialgründungen in Amerika. Amerika möchte von Europa in Frieden gelassen werden, wie Europa Ruhe hat vor Amerika; und die V. St. — noch nicht halb so groß und nicht ein Zehntel so volkreich wie heute — traten als Vertreter ganz Amerikas auf. Das ist der erste völlig bewußte Widerstand gegen Europas Weltherrschaft; zugleich birgt sich ja darin ein Anspruch auf eigene Herrschaft über die Neue Welt. Aber der ganze Standpunkt ist noch abwehrend, und man betont ausdrücklich seine Zurückhaltung gegenüber den „existing colonies or dependencies" Europas in Amerika.

Die starke Ausdehnung um die Mitte des 19. Jahrhunderts belebte die Monroedoktrin wieder und verschärfte sie zu einem Präventivprogramm (Polk 1845, 1848). Gleichzeitig entstanden die ersten Pläne eines zentralamerikanischen Kanals, aber nur wegen der Zusammenfassung des Reiches und im Einverständnis mit England (Clayton-Bulwer-Vertrag 1850). Die Überwindung der Sezession in den 60er Jahren befreite neue drängende Kräfte, im Sinne Monroes wurde ein tödliches Ultimatum gegen das napoleonische Kaisertum in Mexiko gerichtet, die Doktrin wurde noch einmal bekräftigt (Grant 1869), und mit der Erwerbung Alaskas trat das Reich zum erstenmal aus seinem natürlichen Zusammenhang heraus — dies jedoch nicht der eigentlichen Absicht nach; denn Alaska in der Hand der

Union wartet auf Kanada. Man scheut sich noch, die alten Ufer ganz zu verlassen. Kein Gedanke an Einmischung in fremde Erdteile. Noch 1895 glaubte ein Kenner wie Bryce, die Auslandspolitik der Union behandeln zu können wie Reisende die Schlangen auf Island, durch Feststellung ihres Nichtvorhandenseins.

Aber gerade damals war der Wendepunkt da, der große Bruch mit allen Überlieferungen. Der Trompetenstoß ist Clevelands „hands off" gegen England im Venezuelastreit (1895), mit seiner ausdrücklichen Betonung der panamerikanischen Ansprüche der Monroedoktrin („we are practically sovereign on this continent"). Im Jahr darauf wählte man Mac Kinley zum Präsidenten auf Grund des Programms: Aneignung Hawais, Einschreiten auf Kuba und selbständige Durchführung der Kanalfrage. Alle diese Punkte wurden während seiner Präsidentschaft verwirklicht. Aber dem Einschreiten auf Kuba folgte die Erwerbung der Philippinen 1899, ein reiner Übergriff in einen anderen Erdteil und die Begründung eines näheren Nachbarschaftsverhältnisses zu einer anderen Großmacht. Gleichzeitig gewann man mit Tutuila in der Samoagruppe einen Haltepunkt auf dem Wege zum dritten Erdteil. Damit ist die warnende Stimme des Landesvaters völlig verklungen; der nordamerikanische Großstaat hat endgültig seine Einzelstellung aufgegeben und sich in das Gedränge der Großmächte gestürzt.

Die beherrschende auswärtige Frage der V. St. ist seitdem bis zum Weltkrieg der Panamakanal gewesen, der nach diplomatischen Vorbereitungen 1900—04 durch örtliche Arbeit 1906—14 fertiggestellt wurde, nun mit voller Angriffs- und Ausdehnungsabsicht neben dem Verteidigungszweck. Der erste Schritt war, England und jeden internationalen Einschlag aus dem Unternehmen zu entfernen (der Hay-Pauncefote-Vertrag 1901). Es blieben Bestimmungen übrig über „neutrales Fahrwasser" und gleiche Schiffahrtsbedingungen, aber die eine begrenzte die Union durch ihren Beschluß, den Kanal zu befestigen (1911), und die andere wollte man 1912 (Panamakanalgesetz) beseitigen zugunsten der amerikanischen Küstenschiffahrt. Allerdings ist der letztgenannte Übergriff (auf Englands Einspruch hin) von

der neuen demokratischen Regierung zurückgenommen; aber auch so wird die neue Verkehrsverbindung offenbar überwiegend den V. St. zugute kommen, indem sie Europa in hilflose Hinterhand bringt sowohl auf dem Stillen Ozean als an der Westküste Amerikas (bis Valparaiso hinunter). Politisch zielt also das Kanalwerk auf die beiden großen Zukunftspläne hin, die der Union von ihrer Lage vorgezeichnet sind, auf die Vormundschaft in Amerika und die Herrschaft im Stillen Ozean.

Unser Jahrhundert hat ein stetiges, wenn auch langsames und manchmal verhülltes Vorgehen in der ersten Richtung gezeitigt. Die Kanalfrage selbst brachte die Loslösung des Staates Panama vom Staate Kolumbien und die Schutzherrschaft der V. St. über ihn mit sich. Schon vorher war 1901 Kuba auf gleiche Weise seine „Selbständigkeit" verbürgt. Danach ist die Überwachung ausgedehnt über San Domingo 1905 und Nikaragua 1910, und in Mexiko kam es 1914 zu einem vorübergehenden Eingriff. Es gilt hier zunächst der mittelamerikanischen und westindischen Welt, das eine Mal dem politischen Zusammenschluß innerhalb des nordamerikanischen Festlandes, das andere Mal einer neuen angriffsweisen Verteidigung. Westindien in der Hand Europas beherrscht nämlich sämtliche Ein- und Ausgänge zum amerikanischen Mittelmeer und bedroht also ernstlich den Kanal, während es mit seinem breiten Keil zugleich Nord- und Südamerika durch einen politischen Riegel trennt (Deckert); deshalb hat die Union nun ein unmittelbares Bedürfnis, Europa aus dieser Stellung zu verdrängen, teils um seinen Kanal zu schützen, teils um seine Aussicht nach dem südlichen Erdteil hin aufzuhellen. In gleicher Weise treten die südlichen Uferstaaten des Karibischen Meeres (Kolumbia, Venezuela) in den politischen Gesichtskreis der V. St. und lassen noch eine Verkörperung der meerumfassenden Herrschaft auftauchen, ein Reich um das Karibische Meer unter der Oberhoheit der großen Union (Jones).

Damit tritt auch die südamerikanische Frage hervor. Es handelt sich um die Herrschaft über dies tropische und subtropische Riesengebiet mit seinen unermeßlichen Hilfsquellen und seiner unent-

wickelten Bevölkerung, zweifellos einer der weitblickendsten Zukunftspläne der Weltpolitik. Immer zielbewußter wandern die Blicke wirtschaftlicher Eroberer der großen Union dorthin. Es ist ein Kampf auf einer äußeren und einer inneren Linie, wie der Englands um sein Weltreich, z. T. mit Europa, z. T. mit dem Erdteil selbst. In der Tat steht das südamerikanische Programm der Union im Schutze eines größeren Reichsgedankens, der es zusammenfaßt zu einer Einheit mit den vorhergenannten Plänen, und der mit dem Zusammenschluß innerhalb des englischen Weltreichs zu vergleichen ist, wenn auch die nationale Grundlage hier durch eine geographische ersetzt ist. Panamerika strebt offenbar nach Organisation wie Greater Britain. Es verwendet das gleiche Mittel wiederkehrender Konferenzen (Washington 1889, Mexiko 1901, Rio de Janeiro 1906, Buenos Aires 1910), besitzt aber außerdem schon ein ständiges Zentralbureau in Washington („Pan American Union" 1891) und hat auf Grund des geographischen Zusammenhangs ein greifbares „Symbol" (Hennig) gefunden im gemeinsamen Unternehmen der „Pan American Transcontinental Railway" Neuyork—Buenos Aires, dem unvergleichlich größten Eisenbahnplan der Erde. Wie innerhalb Greater Britains haben auch hier Differentialtarife eine Rolle gespielt (zwischen den V. St. und Brasilien).

Ehe der Panamakanal ganz fertig war und die Union sich entschließen konnte, unmittelbare Dampferlinien nach der Westküste Südamerikas staatsseitig zu unterstützen, war Europa noch im Besitz seines alten Verkehrsmonopols mit diesem Erdteil, und sein allgemeines wirtschaftliches Übergewicht war im ganzen weder östlich noch westlich der Anden erschüttert. Doch hat sich viel geändert, seit Monroe Südamerika unter die Flügel der Union nahm. Der panamerikanische Gedanke trägt in sich selbst den Keim zur Auflösung in den Gegensatz zwischen dem angelsächsischen und romanischen Amerika. Die rücksichtslose Politik der Union gegen Spanien, Kolumbien und Mexiko hat beim lateinischen Erdteil das Rassenbewußtsein belebt und Mißtrauen hervorgerufen gegen eine neue Schutzherrschaft an Stelle der abgeworfenen europäischen. Der sogenannte A. B. C.-Verband

zwischen Argentinien, Brasilien und Chile (Schiedsgerichtsvertrag um 1900, Verbrüderungsfeste 1910, gemeinsame Vermittlung im Mexikofall 1914) ist in letzter Zeit häufig besprochen worden als Kern der „lateinischen Union" in der Neuen Welt und als Gegengewicht gegen die nordamerikanische Großmacht. Hier zeigt sich offenbar eine Gegenwirkung gegen das „Gravitationsgesetz", das die kleineren Staaten zur politischen und kulturellen Übermacht der Union hinzieht wie die Planeten zur Sonne (Deckert).

So schwankt Südamerika hin und her zwischen Nordamerika und Europa, zwischen Panamerika und Lateinisch-Amerika. Nach innen mußte sich die Union aus diplomatischen Gründen viel Zurückhaltung auferlegen. Nach außen (gegen Europa) fallen solche Rücksichten fort, und es hat neue Trümpfe in die Hand bekommen auf Grund neuer Schößlinge der Monroedoktrin: Abweisung jeder europäischen Überwachung amerikanischer Finanzverwaltung (Roosevelt 1904) und sogar privater Konzessionen an militärisch wichtigen Punkten (Lodge 1912). So arbeitet die Staatskunst daran, das Übergewicht zu verstärken, das die V. St. in ihrer politischen Einheit gegenüber den einzelnen europäischen Mächten besitzen.

Das panamerikanische Programm weist indessen noch einen Hauptpunkt auf, die Vereinigung mit Kanada. Hier treten nationale und kulturelle Gründe hinzu, den Zusammenschluß als naturgegeben erscheinen zu lassen. Für die echten Imperialisten in der Union ist Kanadas Sonderstellung ein reiner Anachronismus, schlimmer als der der süddeutschen Staaten nach der Gründung des Norddeutschen Bundes. Kanadas gewaltige Entwicklung im neuen Jahrhundert — welche die eigenen Staatsmänner eine Wiederholung des Wachstums der V. St. während des vorigen erhoffen läßt — hat außerdem die Sorge der V. St. über einen werdenden ernsten Nebenbuhler erregt. Indessen nehmen die Verbindungen über die Grenzen zu, die Union beherrscht trotz der Zollschranken schon die Hälfte des nachbarlichen Handels, während das Mutterland sich mit einem Drittel begnügen muß, ein bedeutender Auswandererstrom fließt jährlich aus der Union nach dem westlichen Kanada, und das Kapital folgt in einem

zweiten mächtigen Zufluß. So arbeiten die natürlichen Kräfte daran, die politischen zu überwinden, die Kanadas Gesicht nach Osten anstatt nach Süden gewendet haben. 1911 war ein Handelsvertrag geplant, der nach Präsident Tafts Meinung Kanada zu einem Anhängsel der V. St. machen sollte; aber das kanadische Volk blieb bei den Wahlen England treu. Daß die Kanadafrage unter solchen Verhältnissen erkältend zwischen den beiden angelsächsischen Großmächten liegt, ist offensichtlich, und nur durch planmäßige Nachgiebigkeit (z. B. im Alaskagrenzstreit 1903) konnte England ein gutes Verhältnis zu seinem anspruchsvollen Verwandten aufrechterhalten.

Im Stillen Ozean hat die Ausdehnung der V. St. mit dem alten Jahrhundert aufgehört. Ein verhüllter Zwist wegen der Hawaiinseln und der Philippinen mit Japan, das hier mit dem besseren geographischen Recht sitzt, ist frühzeitig bemerkbar. Aber er macht allein nur eine Einzelheit aus in dem hervorragend weltgeschichtlichen Kampf um den Stillen Ozean, dessen Wolke nun am Himmel aufgestiegen ist, ein Kampf zwischen den beiden außereuropäischen Großmächten als Vertretern verschiedener Rassen und Kulturen. Er lag schon in der Luft nach Amerikas Vermittlung des russisch-japanischen Friedens, brach in heller Flamme hervor in der Ausnahmegesetzgebung gegen japanische Schulkinder in Kalifornien 1906, wurde gedämpft durch einen Statusquo-Vertrag 1908, erhielt neue Nahrung durch Amerikas Einmischung in die mandschurische Eisenbahnfrage 1910 und wurde in Kalifornien zum zweitenmal brennend durch Verbot japanischer Eigentumserwerbung 1913. Es besteht Grund, anzunehmen, daß auch die Politik der Union gegen Mexiko seit 1911 vom Mißtrauen eingegeben wird gegen gewisse Heimlichkeiten zwischen diesem Land und Japan. Die hervorragende Rolle der V. St. im großen diplomatischen Schauspiel in China ist nicht dazu angetan, die Reibung an den Ufern des Pazifiks zu mindern. Das Verhältnis zu Japan ist zweifelsohne der wichtigste und heikelste Punkt in der internationalen Lage der V. St.

Gegen Europa nahmen die V. St. am längsten eine zurückhaltende Stellung ein, und noch 1906 (beim Beitritt zum Algeciras-Vertrag) wurde amtlich Zeugnis abgelegt „über die altüberlieferte auswär-

tige Politik, die eine Einmischung in rein europäische Angelegenheiten verbietet". Diese Überlieferung hat auf die Dauer doch nicht innegehalten werden können von einer Macht, die in so großem Umfang europäische Bevölkerung aufgenommen hat. Auch war in der Tat schon vor dem Weltkrieg eine wachsende Neigung zur Einmischung zu bemerken (die Judenfrage in Rußland 1903 und 1911). Im Herzen und in Wirklichkeit erkennt die große Union heute keine Grenze mehr an für ihre „responsibility" — wie das Schlagwort für den Imperialismus hier lautet —, was für enthaltsame Worte ihre Staatsmänner auch auf den Lippen tragen mögen.

In der Tat ist der Gegensatz zwischen den Worten und den Taten in Amerika stärker als irgendwo. Nirgends hört man tönendere Versicherungen der Liebe für den Frieden und für die Freiheit anderer, nirgends eine solche Selbstverleugnung, daß man nicht ist wie die „Zöllner" jenseits des Meeres mit ihrer verlogenen Diplomatie und ihrem Militarismus. Aber wenn wir die Einzelzüge dieses großen Reiches zu einem einheitlichen Bild zusammenfassen, so können wir kaum einen anderen Unterschied zwischen der Großmacht der Neuen Welt und den Großmächten der Alten machen als den der Entwicklungsstufe. Mit Hawai, Portoriko, Guam, Philippinen, Tutuila als Jollen hinter seinem großen Schiff und mit Kuba, Panama, San Domingo, Nikaragua hinter sich im Fahrwasser zeigte sich die Union vor dem Weltkrieg in gleicher Gestalt wie England, obgleich dessen Jollen so unvergleichlich viel zahlreicher und teils so ungeheuer viel größer sind.

Wir stehen hier also trotz aller entgegengesetzter Erklärungen vor einer ganz reinen Offenbarung des Großmachtswillens, der jedem echten Großmachtsleben zugrunde liegt. Das Schicksal der Völker wird nämlich mit noch geringerem Bewußtsein gestaltet als das der einzelnen Menschen. Gleichsam mit abgewandten oder verbundenen Augen hat nun auch Amerikas große Union den Weg des Imperialismus eingeschlagen.

Damit dürfte auch die Monroedoktrin, die immer noch als Fahne über der auswärtigen Politik flattert, in ihrem wirklichen Wert für die Volksauffassung erscheinen. Sie ist ein Spiegel, in dem ein Volk

von 100 Millionen seine eigene Größe und seine weltgeschichtlichen Aufgaben erblickt. Nicht die Doktrin schafft den Machtzuwachs, sondern das Wachstum bildet die Doktrin um. So konnte eine Formel für Amerikas Einzelstellung sich in einen Deckmantel für seine überseeische Machtentfaltung verwandeln. Aber im gleichen Maße wie das Licht klarer auf den Weg fällt, wird das Volk auch willig, die praktischen Folgen solcher Lehre auf sich zu nehmen — seien es selbst Militarismus und Antidemokratie.

So standen die Dinge im Lande George Washingtons, als der Weltkrieg mit seiner unvergleichlichen Schicksalsgunst kam und unbegrenzte Ausblicke eröffnete.

Literatur: Ratzel, Die V. St. von Nordamerika, II (Kulturgeographie), 1893; Deckert, Nordamerika, 1913, Die nordamerikanische Union als Weltmacht, 1900 (Geographische Zeitschrift) Politisch-geographische Betrachtungen über Westindien, 1896—97 (ebd.); Gannett, Boundaries of the U. S., 1904; Dove, Die angelsächsischen Riesenreiche, II, 1907; Blum, Die Entwickelung der V. St., 1903; Emery Johnson (m. a.), History of Commerce of the U. S., 1915; Goldberger, Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, 1911; Polenz, Das Land der Zukunft, 1904; Darmstaedter, Die V. St. von Amerika, 1909; Du Bois, The negro race in the U. S. A., 1911 (Spillers' Interracial problems); Münsterberg, Die Amerikaner, 1904; Brunden, Die amerikanische Volksseele, 1911; Law, Die Amerikaner, 1913; Laughlin, Aus dem amerikanischen Wirtschaftsleben, 1907; Sombart, Warum gibt es in den V. St. keinen Sozialismus, 1906; Alb. Shaw, Political problems of American development, 1907; Ashley, American government, 1905; Bryce, The American Commonwealth, 1911; Hart, Foundations of American foreign Policy, 1901, und The Monroe doctrine, 1916; Kraus, Die Monroedoktrin, 1913; Büchi, Die Geschichte der panamerikanischen Bewegung, 1914; Fried, Pan-Amerika, 1917; Wegener, Der Panamakanal, 1914; Coolidge, Die V. St. als Weltmacht, 1908; Millard, America and the far Eastern question, 1909; H. Oncken, Amerika und die großen Mächte, 1914 (Historische und politische Aufsätze); Jones, Caribbean interests of the U. S., 1916; Fletcher Johnson, America's foreign relations, 1916; Daniels, Die auswärtige Politik Amerikas, 1917 (Preußische Jahrbücher); Annals of the American Academy of political and social science (bes. 1905 „The U. S. as a World Power, 1913“, „The U. S. and Latin America“, und „The Negro's progress in fifty years“ 1914 „International relations of the U. S.“); New York Herold.

# VII. Rußland.

## Rossja.

Gebiet 22,3 (4,9 : 17,4). Bevölkerung 179 (128 : 51); Vermehrung 2,335,000; Wachstum 45 : 29; Auswanderung 95,000. Eisenbahnen 61,000; Handel 4,3 (2½—1¾); Schiffahrt 1,2. Flotte 175,000; Heer 1,400,000; Ausgaben 10 (7 : 3). Staatsschuld 17, pro Kopf 132,

Mutterland heißt hier das eigentliche Rußland (außer Finnland, Polen und ganz Kaukasien), und beim Reich sind die Vasallenstaaten Kiwa und Buchara eingerechnet.

**1. Aufstieg.** Der Same zu germanischer Freiheitsentfaltung, den die schwedische Besiedlung des 9. Jahrhunderts in Rußlands Erde senkte, wurde verdorben durch die Verbindung mit Byzanz, die fast gleichzeitig geschah, und ging völlig zugrunde in der mongolischen Überschwemmung des 13. Jahrhunderts. So nahm die Entwicklung hier frühzeitig eine andere Richtung als in Westeuropa. Rußland ist geschichtlicher Erbe von Byzanz wie Westeuropa der Roms. Das ganze romantische Jugendwerk der westlichen Kultur ist wie ein fremdes Saitenspiel vor den Toren Rußlands verklungen, während das Volk drinnen in Knechtschaft lebte unter der halbheidnischen Kirche von Byzanz und dem asiatischen Staat des Tatarenkhans.

Rußlands erste nationale Aufgabe wurde gelöst, als der moskowitische Großfürst die Befreiung aus fremdem Joche durchführte. Hundert Jahre später begann der Rachezug nach Asien, und seitdem kann das Wachstum des russischen Reiches an Gebiet als geschichtliche Erscheinung nur mit der angelsächsischen Ausdehnung verglichen werden. Noch zur Zeit Peters des Großen, die in kultureller Hinsicht als die erste bewußte Annäherung an Europa zu bezeichnen ist, lag das Reich abgeschlossen von seinen natürlichen Ausgängen zur Ostsee und zum Schwarzen Meer durch schwedisches und türkisches Gebiet. Das 18. Jahrhundert sprengte diese Riegel und gab Rußland die Schlüssel zu seinem eigenen Hause in die Hände. Damit hatte es seine ersten Kulturufer gewonnen; aber es waren Ufer an Binnenmeeren, weiter hinaus lagen die Pforten des Öresunds und der

Dardanellen, und ihren Verschluß besaßen noch skandinavische Völker und die Türkei. Rußland konnte nicht davor stehen bleiben; das 19. Jahrhundert zeigt einen fortgesetzten Druck nach beiden Richtungen, wodurch die Grenzen sich im Westen bis Thorn, bis zu den Flüssen Weichsel und Pruth vorschoben, aber die Vorstöße zum Mittelmeer hin wurden von Westeuropa in Paris 1856 (Krimkrieg) und Berlin 1878 (Balkankrieg) gehemmt. Asien, wo Transkaukasien schon im Anfang des 18. Jahrhunderts gewonnen wurde und die Vorwerke schon vor 1700 zum Stillen Ozean drangen — 50 Jahre ehe die Ostsee und das Schwarze Meer erreicht waren (Hettner) — ja, sogar darüber hinaus zum amerikanischen Ufer (Alaska), bot Entschädigung, zuerst im Amurgebiet (1858), dann in Transkaspien (1881—87) und Pamir (1891—95), schließlich in der Mandschurei (1896—1900). Aber als Rußland endlich die Hand nach Korea ausstreckte, kam auch hier ein ernstlicher Rückschlag, in Portsmouth 1905 (nach dem Krieg mit Japan).

Während dieser räumlichen Ausdehnung hat Rußland sich kulturell gestärkt aus seinen eigenen Quellen. Nach der gewaltsamen Berührung im Krimkriege trat eine neue Wandlungszeit ein in Richtung auf das europäische Kulturideal hin; das Ergebnis war die Aufhebung der Leibeigenschaft, die Einführung einer Art Selbstverwaltung und der Bau von Eisenbahnen. Gegen Ende des Jahrhunderts bemühte man sich um neuzeitliche Industrieentwicklung. Im Anfang des neuen Jahrhunderts, nach dem Rückgang im äußeren Wachstum, ist die Verfassung und die Agrarreform gekommen. So bot Rußland vor der Weltkrise äußerlich das Bild westeuropäischer Kultur. Aber im ganzen hatte es noch seine byzantinische Staatskirche und seinen cäsaristischen Staatsgeist behalten und stand in Weltanschauung und Sitte, ja sogar in Kalender und Schrift abseits von Europa — eine Welt für sich, „Halbasien".

**2. Reich.** Beim ersten Blick auf die Karte fällt es auf, daß die russische Großmacht der Gebietsform nach der amerikanischen gleicht, sie hat die zusammenhängende breite Grundlage. Nach Alaskas Übergang an die V. St. hatte diese Form in Rußland ihren rein-

sten und größten Vertreter. Der „Kaiser über alle Russenländer" gebot über ein Gebiet, das die unvergleichlich größte Einheit der politischen Karte war, und kein Teil seines Reiches fiel aus dem gemeinsamen Rahmen.

Im starken Gegensatz zum zersplitterten Westeuropa bildet also diese gewaltige Landmasse ein politisches Ganze. Die Voraussetzung ist die gleiche wie in den V. St., der Mangel innerer Grenzen in dem großen Raum. Die Einheitlichkeit und Zusammengehörigkeit der Natur treibt die der politischen Karte hervor. Es ist eine Zusammenfassung von Flußsystemen verschiedener Richtung wie in Frankreich, aber in größerem Ausmaß, die ein unvergleichliches Netz natürlicher Wasserwege bietet. Nur der Ural trennt, hindert aber den Verkehr nicht mehr als die Alleghanies in Amerika. Auf beiden Seiten breitet sich gleichförmiges Land in endlosen Ebenen aus. Wohin der Kosake von seinem Pferde aus die Blicke schweifen ließ, nirgends fand er den Horizont abgeschlossen. Noch einmal sehen wir also die psychologische Voraussetzung für ein Erobererbolk.

Es gibt indessen in Rußland nicht so sehr die Ergänzung von Gegensätzen wie in den V. St., sondern vielmehr eine reine Einförmigkeit der Landschaft. Diese Eintönigkeit bestimmt neben der Weiträumigkeit die natürliche Gestalt des russischen Reiches: es war von vornherein ein träger Zug in seiner Entwicklung. Nicht zu übersehen sind auch die großen Abzüge vom Kulturwert des Landes, nicht nur in den drei Vierteln des Gebiets in Asien, sondern auch im Mutterland: wir sehen einen Kulturgürtel, eingefaßt von Tundren (im Norden) und Salzsteppen (im Süden), der sich als eine sich verengernde Zone ostwärts erstreckt. Hier ist also nicht dieselbe wirtschaftliche Entwicklung wie in Amerika zu erwarten, wenngleich die Voraussetzungen für Autarkie sonst in großem Maße vorhanden sind.

Der wichtigste Unterschied zwischen den beiden Vertretern eines Riesengebiets in der Welt der Großmächte liegt indessen in ihren Grenzverhältnissen. Wenn das ungeheuere Rußland sich bisher nicht recht hat geltend machen können auf wirtschaftlichem Gebiet, so beruht das wesentlich darauf, daß es so wenig vom Meer berührt ist.

Abgesehen von den öden Ufern des Eismeeres, besitzt Rußland immer noch nur verstreute Öffnungen an halbverschlossenen Meeren, der Ostsee, dem Schwarzen Meer, der Japanischen See. „Durch Flaschenhälse" nur blickt es hinaus aufs Weltmeer. Der Form nach hat nur Österreich-Ungarn weniger maritimen Charakter gehabt; tatsächlich ist Rußland durch seine Massigkeit die unvergleichlich festländischste der Großmächte — im guten und bösen der stärkste Gegensatz zu England, das die äußerste Möglichkeit an maritimer Form darstellt.

Auf dieser Eigenart Rußlands beruht unmittelbar die zurückgebliebene Schiffahrtsentwicklung und die Schwierigkeit bei der Bildung einer kräftigen Seemacht. Mittelbar wird die einer so großen Landmasse innewohnende Trägheit verstärkt durch das Fehlen des Meeres als Gegengewicht, als bewegender Kraft, als der Heimat der Freiheit, der Unternehmungslust und der frischen Winde. Aber dazu kommt als neues Hemmnis die Lage im Schatten. Rußland ist die Rückseite Europas, zusammengeschnürt mit der Rückseite Asiens zu einem Reich. Diese Umstände haben eine Sehnsucht nach dem Meere als durchgehende Triebkraft russischer Politik ausgelöst. Sogar die Landgrenze läßt viel zu wünschen übrig an Klarheit und Festigkeit. Tiefe Zipfel von zum Teil rein künstlichen Linien kennzeichnen den nördlichsten Teil der Umgrenzung gegen Norwegen, und ein Fluß von ziemlicher Kulturbedeutung hat die Aufgabe, Rußland von Schweden zu trennen; gegen Deutschland liegen offene Landstriche und abgeschnittene Flußnetze, von Österreich wird Rußland ebenfalls getrennt durch eine geographisch unbegründete Grenze, die vor der natürlichen Karpathenlinie liegt. Gegen Persien hat man umgekehrt die Bergmauer (Kaukasus) überstiegen und eine unnatürliche Grenze auf der anderen Seite gezogen. Rußlands ganze Politik in Asien ist als „Jagd nach einer Grenze" gekennzeichnet worden (Y o r c k). In Europa mußte es alle Folgen einer unnatürlichen Umgrenzung tragen, besonders in militärischer Hinsicht. Der Zwang, Tausendmeilengrenzen zu schützen, kommt hier zu dem natürlichen Verlangen, die Grenzen zum Meere vorzuschieben, macht Rußland zu einer Land-

macht allerersten Ranges und legt der rein wirtschaftlichen Entwicklung des Gemeinwesens einen weiteren Hemmschuh an.

Mit allen Unzulänglichkeiten seines Gebietes ist Rußland doch die eigentliche Mittelfigur in der planetarischen Aufstellung, insofern als es die unmittelbare Landbrücke zwischen den großen Kulturwelten Westeuropas und Ostasiens bildet. Das ist seine grundlegende Eigenart in weltgeschichtlicher Hinsicht. Noch einmal sehen wir ein „Reich der Mitte", sogar geeigneter zur Mittlerrolle als die V. St., die durch Ozeane abgesondert sind und übrigens selbst ganz auf die Seite Westeuropas gehören.

Wir fassen diese vergleichende Betrachtung der beiden Riesen unter den Großmächten zusammen. Zwei gewaltige einheitliche Landmassen sind in die Mittellage zwischen die beiden Hauptkulturkreise gestellt. Die eine hat Weltmeere zwischen sich und den Kulturbrennpunkten, die andere ist unmittelbar mit ihnen zusammengewachsen, ohne natürliche Grenze und überhaupt ohne den Einfluß der Meereswinde. Auf dieser Ungleichheit beruht im wesentlichen die Verschiedenheit der Entwicklung; da die eine sich als eine wirtschaftliche Großmacht ohnegleichen, aber als schwache Militärmacht darstellt, während die andere in der Statistik hervortritt als die größte Militärmacht der Erde, aber ohne entsprechende wirtschaftliche Blüte.

**3. Volk.** Das einförmige russische Gebiet war an sich günstig für den Aufstieg eines Herrenvolkes, das auf den weiten Ebenen Gelegenheit hatte, sich in großem Maße auszudehnen. Sein natürlicher Zuwachs ist auch unerhört, „fieberhaft" (M a y r), mit starkem Verbrauch von Menschenmassen, der auf anthropologische Jugend oder niedrige Kulturstufe ebenso sicher hinweist wie die Stockung im Bevölkerungszuwachs in Frankreich auf Alter und Überkultur. Andererseits bringt die Ausdehnung des Reiches Gegensätze des Klimas und der Vegetation mit sich, die ethnische Verschiedenheiten bedingen, und dazu kommt die schlechte Grenze gegen Europa, die ein Durcheinander auf der Nationalkarte hervorrufen mußte.

Hiermit sind die ethnopolitischen Voraussetzungen des Reiches angegeben. Die „100 Völker", die der Überlieferung nach im Zaren-

reich hausen, ordnen sich um einen Kern und ein führendes Volk wie in den V. St., aber dies hier auch im geographischen Sinne, so daß die Großrussen in der Mitte sitzen und von einer ganzen Reihe fremder Nationalitäten umrahmt sind. Wir bemerken besonders, daß ein ethnischer Gürtel sich so zwischen Rußland und das eigentliche Europa schiebt, der die Berührung mildert, aber zugleich Rußlands nationale Sammlung mit seinen auseinanderstrebenden Kräften stört. Der Gürtel wird gebildet von Schweden und Finnen, Esten und Deutschen, Letten und Litauern, Polen, Ruthenen und Rumänen, die meist auf beiden Seiten der Grenzen, wenn auch mit ihrem Hauptteil innerhalb derselben wohnen.

Zu den fremden Nationen haben wir hier (nach Kostomaroff) auch die Ruthenen oder „Kleinrussen" gerechnet, die Steppenrasse, das Volk der früheren Ukraine. Die Verfolgung ihrer Sprache durch die Regierung (nach 1876) beweist, daß die Großrussen — die Rasse der Waldkolonisten, vermischt mit finnischen und tatarischen Einschlägen — sich selbst des Nationalgegensatzes bewußt sind. Faßt man den Unterschied als nur mundartlich auf (Hettner, Sering, Hoetzsch), so würde eine russische Irredenta in Österreich-Ungarn wirklich vorhanden sein und die Unnatürlichkeit der galizischen Grenze verstärken; denn von diesem 30-Millionen-Volk wohnen 4 Millionen dort (s. S. 11). Vom panslawistischen Standpunkt könnte Rußland gleichen Anspruch auf den Rest Galiziens erheben, wie auf Posen u. a. wegen der Polen (9 Millionen, fast ebensoviel wie im Reiche). Solche Ansprüche begegneten jedoch keineswegs irgendwelcher Gegenliebe jenseits der Grenze; im Gegenteil, hier machten sich die nach außen strebenden Kräfte in der polnischen und ukrainischen Frage Rußlands, mindestens im ersten Falle, als reine Loslösungsbewegung geltend. Erst in weiterem Abstand, wo in Österreich (Tschechen) und auf dem Balkan (Bulgaren, Serben) 25 Millionen Slawen ohne Gebietszusammenhang mit dem Hauptvertreter der Rasse wohnen, ist ein Irredentismus einzig auf Grundlage der Rasse im Panslawismus hervorgetreten; er hat den Balkankrieg hervorgerufen (1876), er wurde durch das bosnische Vorgehen Österreich-Ungarns

1908 belebt („Neoslawismus") und blieb seitdem eine der beunruhigendsten Erscheinungen der Weltpolitik (Rußlands Begünstigung der Serben 1913). Andererseits haben Rumänien sowie in gewissem Umfang auch Schweden und Deutschland Teile ihrer Völker in Rußland, welche die Grundlage der rumänischen, finnischen und baltischen Fragen bilden, von denen jedoch nur die erste separatistisch gefärbt ist.

Wir beobachten ferner, daß finnische und arktische Völkerschaften im Norden den Rahmen ostwärts bis zum Stillen Ozean ausfüllen, daß mongolische und tatarische Stämme ebenso die lange asiatische Südgrenze säumen, und daß uns in Kaukasien ein ganzes Völkergewimmel fremder Art begegnet, das Stoff vor allem zur georgischen Frage gegeben hat. Unter diesen Betrachtungen schrumpft der russische Nationalstaat innerlich so weit ein, daß endlich das Kernvolk selbst unter der Hälfte der Bevölkerung in Europa zurückbleibt. Nur in Sibirien überwiegt es völlig, während Zentralasien eine rein fremdvölkische Kolonie ist.

Es ist das gleiche Bild, das uns schon in Ungarn aufstieß (s. S. 19); geographisch, statistisch und politisch erinnert die Stellung der Großrussen auf dem Riesenplan Rußlands an die der Magyaren auf dem kleineren Felde. Auch hier finden wir eine planmäßige Unterdrückungspolitik, die vorzugsweise gegen die höheren Völker an der Europagrenze gerichtet ist; eine künstliche und gewaltsame Verschmelzung — anstatt der natürlichen in Amerika — zielt darauf, den Puffergürtel gegen Europa zu zerbrechen, damit Rußland dann mit seinen ganzen Massen auf den Westen drücken kann. Das ist der russische Gedanke, Einheitlichkeit in Sprache, Recht und Glauben. Religiöse Verfolgung paart sich hier mit nationaler. In dieser Hinsicht ist die Einheit, auf der Grundlage der griechischen Kirche, etwas größer (67%), da die Kleinrussen zu den orthodoxen gehören; andererseits wird die polnische, baltische und finnische Frage durch konfessionelle Gegensätze verwirrt, und dazu kommen weitere Auseinandersetzungen mit Juden, Armeniern und Sektierern.

Zwei moderne westeuropäische Ideen, die der Nationalität und der Gewissensfreiheit, haben etwa den Grenzstreifen nach Europa hin auf-

gewühlt gegen Altrußland, das sie durch gewaltsamen Gegenangriff meistern wollte. „Die Russifizierungspolitik“ wurde nach dem letzten polnischen Aufstand zum Programm und hielt mit stetiger Erweiterung ihrer Kreise und Steigerung ihrer Kraft volle 50 Jahre an. Die Revolution von 1905, die in der Forderung der Nationalitäten nach Selbstverwaltung eine ihrer Quellen hatte, konnte nur zu Anfang dem Hauptquartier einiges Entgegenkommen abzwingen; dann kam die Reaktion, stärker als je, da der „Nationalismus“ nun eine Macht nicht nur in der Regierung, sondern auch im neuen Reichstag war. Seine Opfer waren vor allem Polen und Finnland, das eine durch Aussonderung eines neuen Gouvernements Cholm 1912 („vierte Teilung Polens“), das andere durch Herabsetzung von seiner Stellung als Staat fast zu der einer Provinz („Reichsgesetzgebung“ 1910, „Gleichstellungsgesetz“ 1912). Besonders diese Politik gegen Finnland erregte Europa, weil sie eine Verletzung feierlich beschworener Verpflichtungen bedeutete, und weil Europa empfand, daß eine treue Wache seiner eigenen höheren Kultur hier in Gefahr war, auf ihrem Posten vernichtet zu werden.

Das gute Gewissen bei dieser Unterdrückungspolitik kam aus der altrussischen Anschauung und der Psychologie der Großrussen. Der echte Russe (Dostojewski) glaubt das bessere Teil gegenüber Europa erwählt zu haben. In der westlichen Kultur sieht er nur böse Seiten — geldgierigen Industrialismus, sittenverderbenden Individualismus, gesellschaftsauflösenden Parlamentarismus —, gegen deren Ansteckungen er sein „svätaja Rossija“, sein heiliges Rußland, schützen will. Hinter dieser Auffassung steht ein Glaube an Rußland, der nicht weniger glühend ist als der der Engländer an England oder der der Amerikaner an die V. St. Zum drittenmal finden wir das tief verankerte Bewußtsein einer Welterorberermission.

Darin liegt die ganze Stärke ursprünglicher Religiosität, die unbegrenzte Geduld gibt, zu harren und zu leiden, aber wenig Antrieb, zu schaffen. Im russischen „Muschik“ sehen wir also noch heute einen mittelalterlichen Menschen, der durchaus untätig seinen Verhältnissen gegenübersteht. Sein „nitschewo“ („das ist gleich“) ist der äußerste

Gegensatz gegen das amerikanische „go ahead". Welch Unterschied zwischen dem Freiheitsdrang des einen und dem Autoritätsglauben des andern, des einen Selbsthilfe auf einsamer Farm und des anderen gebundenes Leben in der Dorfgemeinde! Der bürgerliche Individualismus, der in Amerika das ganze Gemeinwesen bestimmt, ist in Rußland bis in die letzte Zeit nahezu unbekannt gewesen.

Zu Rußlands Eigenart gehört außerdem die oft betonte Steppennatur („schirokaja natura") des Landes und Volkes. Diese Volksseele geht mehr in die Breite als in die Tiefe, sie hat im Grunde etwas Phantastisches, Uferloses. Es war deshalb nur natürlich, daß der Russe, als der Erneuerungsdrang endlich erwachte, zum Terrorismus in seiner politischen und zur völligen Leugnung in seiner kirchlichen Gegenwirkung überging. Der „Nihilismus" und Tolstois anarchische Verkündigung sind ebenso echt russisch wie Pobjedonoszews (Kultusminister 1880—1905) Predigt von der unabänderlichen Ordnung in Staat und Kirche.

Diese Gesichtspunkte sind entscheidend für eine richtige Auffassung der russischen Frage auch in unseren Tagen des Übergangs. Im Zeitalter des Verkehrs hat Rußland seine Seele nicht unberührt bewahren können gegen Ideen, die in seiner Nähe blühen. Die verhaßte westliche Kultur ist in seine Glieder eingedrungen im Gefolge der Eisenbahnen und Fabriken, mit Begeisterung begrüßt von allen Kräften im Reiche, die von dem Vaterland den Stempel niederer Kultur abstreifen wollen. Der Kampf der Weltanschauungen ist damit in Rußlands eigene Brust eingezogen. Dieses Land, das Europa und Asien verbindet, ist der Kampfplatz für Europa und Asien in seinem eigenen Innern geworden — in Haushalt, Gesellschaft und Regiment nicht weniger als in der Volksseele selbst.

**4. Haushalt und Gesellschaft.** Die russische Erzeugung erhält von der Einförmigkeit des Landes einseitiges Gepräge und von der kulturellen Schwäche des Volkes primitives Wesen. Hierher haben keine anderen Länder (wie in Amerika) ihren Überfluß an Armen und Kräften geworfen. Deshalb hat man auch noch nicht lange gelernt, mit neuzeitlichen Verkehrsmitteln die Entfernungen zu über-

winden. Der durchaus größte Teil der Bevölkerung (mindestens drei Viertel) zieht noch immer aus Acker und Wiese seinen Lebensunterhalt. Die ganze wirtschaftliche Wohlfahrt des Landes ist noch mit der Landwirtschaft fest verknüpft, und der tatkräftige Versuch (seit den 90er Jahren, Witte), eine Großindustrie hervorzurufen (auf Grund des Eisens vom Ural, der Donschen Kohle und der Baumwolle von Ferghana), vermag das Bild eines reinen Agrarlandes nur wenig zu verändern.

Wir finden diesen primitiven Standpunkt im Außenhandel wieder mit seinem Überschuß (bis zu einer ganzen Milliarde) und seiner schwachen Entwicklung im ganzen; das ist die reine Kolonialform, im Gegensatz zur Kulturform Europas und der höheren Vereinigung beider in den V. St. Die günstige russische Rechnung beruhte gänzlich auf der Ausfuhr von Lebensmitteln. Rußland ist nach den V. St. der reichste Getreidespeicher und Viehstall der Welt, und in seiner „schwarzen Erde" schlummern Entwicklungsmöglichkeiten, die nur mit denen des Mississippitales zu vergleichen sind.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich hier ein höchst trauriges Bild. Kein Kulturland hat so schlecht gepflegte Erde wie Rußland. Die altertümliche Bebauung im Gemeindeeigentum („mir" und „obstschina") beraubt die Erzeugung aller Spannkraft, weshalb jede Mißernte Hungersnot bringt. In der Tat ist die gewaltige Getreideausfuhr ein glänzender Schein, hinter dem sich dauernde Unterernährung großer Volksteile birgt. Auf der fruchtbarsten Erde Europas fehlt dem Volk das Brot. Die Kehrseite des großartigen Bildes der russischen Welt vor dem Kriege zeigt das Gespenst „des hungernden Rußlands" (Lehmann-Parvus 1900).

Aber warum hat denn der russische Muschik das Brot vom eigenen Munde genommen, um es auf den Weltmarkt zu werfen? Die Antwort ist einfach; die Regierung zwang ihn, indem sie ihre Steuereintreiber mitten in der Ernte zu ihm schickte. Der Staat brauchte nämlich die riesige Getreideausfuhr, um die Rechnung mit dem Ausland auszugleichen, die sonst verzweifelt wäre. Witte (Finanzminister 1893—1903) brachte diese Wirtschaftsführung in ein System. Wir

sehen eine langsame, aber durchgreifende Enteignung aller Reichtumsquellen des Landes zugunsten der Staatskasse (vor allem das Branntweinmonopol seit 1895), eine Verschiebung des Besitzes von der Gesellschaft auf den Staat, aber ohne Vermehrung des nationalen Reichtums, also (wie in Italien) glänzende Staatsbudgets auf dem düstern Hintergrunde tiefer sozialer Not. Es ist ein reiner „circulus vitiosus", z. B. zwischen einer Industrie, die der Regierung Eisenbahnanlagen liefert, und einem Eisenbahnverkehr mit Staatszuschuß. Ein solches System kann nur mit Staatsanleihen aufrechterhalten werden, und als Sicherheit für den Staatskredit war die Getreideausfuhr als Grundstein des Systems nötig.

Aber der Bauer konnte sich auf die Dauer nicht mit der Rolle des finanziellen Versuchskaninchens zufrieden geben, welche die Regierung ihm zuwies. Die Wirkung war eine Reihe von Bauernaufständen mit der einzigen Losung „semlja", Erde, mehr Erde, durch Aufteilung der adligen und kaiserlichen Güter (die die Hälfte des Bodens einnahmen), um sie zu brauchen und zu mißbrauchen nach Art der Väter. Das ist der Hauptstrom, der zur Revolution führte, breiter als die Gegenwirkung der unterdrückten Nationalitäten gegen die Russifizierung, tiefer als der Widerstand der vom Westen beeinflußten Schichten gegen den Absolutismus. Deshalb war auch die Lösung der Agrarfrage der wichtigste Gegenstand der Erörterung während der Revolutionsjahre 1905—06. Um der Zwangsenteignung zu entgehen, bot die Regierung zuerst neues Land in Sibirien, wohin ein Auswandererstrom schon früher geleitet war. Aber die wirkliche Lösung sah die Regierung auf gleichem Wege wie die Alleinherrscher in Preußen und Schweden hundert Jahre früher, in der Einzelwirtschaft. Das ist der Hauptpunkt in Stolypins großer Agrarreform 1906—10, die das berühmte russische „mir" grundsätzlich sprengt.

Die Reform zielt dahin, die russische Landwirtschaft vom Raubbau zur intensiven Bebauung zu führen und damit zugleich der Industrie den Halt eines lebenskräftigen Heimatmarktes zu geben. Aber sie greift tiefer als nur in das Erwerbsleben, sie senkt den Samen des Individualismus in die „schwarze Erde", sie schafft die Voraussetzung

für einen selbständigen, wirtschaftlich denkenden Bauernstand im europäischen Sinne. Das ist eine Umwandlung der Gesellschaft, die in die Tiefe der Volksseele eindringen mußte. Solche Fortschritte werden indessen nicht ohne soziale Gefahren erzielt. Das Werk ist auch auf Mißtrauen und Widerstand gestoßen, vor allem bei der liberalen Opposition, die das Aufkommen eines landwirtschaftlichen Proletariats befürchtete. Aber sicherlich mußte Rußland diese Versuche durchmachen, wenn es überhaupt zu einer höheren Stufe des Gemeinwesens kommen wollte.

**5. Regiment.** Die unerhörte Ausdehnung des russischen Reiches vereint mit den orientalischen Wesenszügen des Volkes weist auf den Cäsarismus als die nächstliegendste Staatsform hin. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, daß die große Auswanderung Europas über das Meer westwärts geflossen ist, statt in den nahegelegenen Raum; man fühlte sich im Osten „wie in einem kalten Wind" (Ratzel).

Der Reichsgründer und Landesvater Peter der Große legte den Grund zu diesem Staat. Sein erstes Kennzeichen ist das Zusammenleben mit der Kirche; Staat und Kirche sind eins mehr als sonst irgendwo in Europa. Unverkennbar lag Religiosität in der Hundetreue des Muschiks gegen sein „Väterchen", den „weißen Zaren". Während Peter die Kirche zu einem Staatswerk machte, umschloß er den Thron mit einer festen Organisation weltlicher Verwaltung. Dadurch kam Rußland aus der mongolisch gefärbten moskowitischen Zarenherrschaft in den wohlwollenden Absolutismus des russischen Kaisertums; aber damit war auch der Keim gelegt zu einer Mittelmacht zwischen dem Kaiser und seinem Volke — der Bureaukratie.

Ihr Wachstum förderte Alexander I. durch Zentralisation hundert Jahre später (Einführung der Ministerien 1802). Dadurch erhielt die Beamtengewalt („tschin") ihre natürlichen Sammelpunkte und konnte sich eng zusammenschließen. Die „tschin" trug und hielt das russische Weltreich zusammen wie das Eisengerüst einen amerikanischen Wolkenkratzer. Wenn die Verfassung der Idee nach eine unumschränkte Alleinherrschaft auf der Grundlage der Religion war, so wurde sie in Wirklichkeit eine Beamtenherrschaft, die im

Namen des Zaren Rußland in den gewalttätigsten Polizeistaat umwandelte. Das ist die zentralisierte europäische Staatsform des 18. Jahrhunderts in ihrer Blüte. Ein stärkerer Gegensatz zu den V. St. ist nicht denkbar. Aber nach dem Gesetz, daß die Gegensätze sich berühren, ist dieser Gegensatz in eine Gleichheit umgeschlagen: auch Rußland ist auf seinen Wegen zu einer bestechlichen Verwaltung gekommen.

Es ist zu beachten, daß auch diese Bureaukratie einen demokratischen Zug hat, insoweit als sie sich im starken Standeskreislauf auch aus niedrigen Gesellschaftsschichten ergänzt. Die Verfassungsfrage in Rußland wurde ferner dadurch bestimmt, daß hier jene Schicht der Gesellschaft so schwach ausgebildet war, welche die große Französische Revolution machte, „le tiers état", der Mittelstand. Als der westeuropäische Geist auch auf dem Gebiete der Verfassung einströmte, ergab sich eine andere Kampfaufstellung als 1789 in Frankreich: nicht untere Klassen gegen höhere, nicht das „Volk" gegen den Adel, sondern „Intelligenz" gegen Bureaukratie. In der Intelligenz vereinigten sich so wesensfremde Kräfte wie Studenten, Industriearbeiter und verarmte Adlige. Von solchen Kreisen ging am Ende des 19. Jahrhunderts der revolutionäre Angriff aus, der wie eine regelrechte Belagerung heimliche Unterminierarbeit in den Laufgräben verrichtete, ehe er zum offenen Sturm gegen das Bestehende vorbrach. Daraus entsprang der Ruf nach einer Verfassung als einziger Rettung aus aller politischen Not.

Das ist, neben der Sehnsucht nach nationaler Selbständigkeit bei den Randvölkern und den Agrarnöten beim Bauernstand, die dritte Wurzel der Revolution. In diesem Punkt wie in der Nationalitätsfrage war die Regierung anfangs gegen alle Nachgiebigkeit, besonders seit die liberale Zeit Alexanders II. mit dem polnischen Aufstand ein rasches Ende genommen hatte. Man begreift das Verantwortungsgefühl der Regierung gegenüber der Aufgabe, das große Reich mit seinen inneren Gegensätzen zusammenzuhalten, die eine Volksvertretung alle ans Licht zu rufen drohte; Österreichs Vorgang schreckte ab. Die Frage der Volksfreiheit verwickelt sich hier also durch die Aufgabe, ein Riesengebiet mit vielen Völkern äußerlich

vereint zu halten. Aber der außenpolitische Zusammenbruch der Bureaukratie im Kriege gegen Japan 1905 gab der Revolution Wind in die Segel, so daß die Regierung sich zum Entgegenkommen in dieser Richtung entschließen mußte. Durch das „Oktobermanifest“ von 1905 erhielt Rußland eine Magna Charta, und im Mai 1906 wurde ein ganz verfassungsmäßiges „Staatsgrundgesetz“ festgelegt mit einer „Staatsduma“ an der Seite des Zaren.

Die Welle politischen Erdbebens, die von der Französischen Revolution 1789 ausging, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts die absoluten Königreiche Mitteleuropas und 1860 auch die Habsburger Selbstherrschaft überwältigte, hatte also auf ihrem Gang nach Osten das heilige Rußland erreicht und seinen Selbstherrscherthron umgestoßen. Aber dessen Übergabe hatte den Schein der Freiwilligkeit, und die neue Verfassung wurde von der Regierung selbst gegeben, Schritt für Schritt (wie die Österreichs 1860—61). Hierin liegt die Voraussetzung für die weitere Entwicklung der Revolution, die für den Verfassungshistoriker viel Ähnlichkeit mit dem Verlauf in Preußen 1848—50 hat. Alle Zusammenarbeit mit der zuerst gewählten Duma erwies sich bald als unmöglich, deshalb zwang die Regierung dem Volke 1907 ein neues Wahlgesetz auf, das den Einfluß der aufrührerischen Schichten beschränkte (Bauern, Nationalitäten); damit war der Revolution der Stachel genommen, und so begann eine Zeit der Restauration in geregeltem Zusammenwirken zwischen Regierung und Reichstag.

Die Ehre, die Revolution in friedliche Umwandlung abgelenkt zu haben, gebührt vor allem Stolypin (Ministerpräsident 1906—11). Die Kraft dazu erlangte er durch Verbindung mit dem neuen Nationalismus; die Verunglimpfung Finnlands ist u. a. anzusehen als ein Opfer zur Wiederherstellung Rußlands. Dann trieb ihn die Reaktion zurück in die Arme der Bureaukratie und der Polizeiherrschaft. Rußland war nicht von Europa überwunden; es war nur ein Stück der Scheidewand gefallen durch den Ausgleich zwischen Revolution und Gegenrevolution.

Es ist schon angedeutet, daß Rußlands politische Gleichung nicht

eine, sondern zwei Unbekannte hat, Zusammenhalt und Volksfreiheit. Soweit die Erfahrung bisher reicht, gibt es neben dem Cäsarismus nur eine haltbare Form für die politische Organisation eines Riesenreiches, nämlich den Föderalismus, den Grundgedanken der Neuen Welt. Da Rußland auf einem Mittelweg zwischen beiden blieb, dem Konstitutionalismus auf einheitlicher Grundlage, so lag es nahe, in diesem nur eine Übergangsstufe zu sehen, deren Entwicklung sich zu gegebener Zeit fortsetzen mußte in einem Bund freier Länder oder Landesteile (vgl. Brasilien 1824—89). Hier ist auch die Lösung der kolonialen Reichsfrage zu erblicken, die nach dem Fall der unumschränkten Herrschaft auftauchte. Aber sicherlich mußte sich vieles ändern, ehe Rußland zur endgültigen Lösung seiner Verfassungsfrage kommen konnte; denn das erforderte, daß sein gegenwärtiges Rückgrat, die Bureaukratie, gebrochen war.

**6. Auswärtige Fragen.** Die auswärtigen Fragen Rußlands werden von zwei Hauptpunkten her gestaltet: der großen Landmasse und der eingeschlossenen Lage. Das Ergebnis ist gleichsam ein Inlandeis, das mit vier Zungen das Meer zu erreichen sucht. Wir sehen demnach je ein Ausdehnungsprogramm nach dem Mittelmeer, dem Atlantik, dem Indischen Ozean und dem Pazifik hin, die innerlich zusammengehören, aber nacheinander und wechselnd hervortreten, stets dem Gesetz des kleinsten Widerstandes folgend.

Das Mittelmeerprogramm ist das älteste. In gewisser Weise ist es byzantinisch; das Verlangen nach einem Kulturmeer vermählt sich hier mit der Sehnsucht nach der Hagia Sofia in Konstantinopel („Zargrad"), dem religiösen Brennpunkt der russischen Kirche. Acht Kriege gegen die Türkei während der beiden letzten Jahrhunderte beweisen den Ernst des russischen Willens in dieser Beziehung. Der Rückschlag im Krimkriege brachte einen Rückzug auch auf dem Schwarzen Meere mit sich, das neutralisiert wurde; aber diese Bestimmung schüttelte Rußland 1871 wieder ab; seitdem schuf es dort eine große Flotte als Angriffswaffe gegen Konstantinopel und bereitete zugleich vom Kaukasus her einen Aufmarsch zu Land südlich um das Meer herum vor. Für die Dardanellen galt jedoch weiter das Ausgangs-

verbot von 1841. Der Zutritt zum Mittelmeer war immer noch verschlossen. Seit 1878 bis zum Weltkriege ist übrigens kein offenes Unternehmen in dieser Richtung erfolgt.

Das atlantische Programm — das zweite europäische — war sehr brennend während des 18. Jahrhunderts und führte 1809 zu einer Grenzreglung mit Schweden, die mit einem Zeigefinger nach Malanger und mit einer drohenden Hand nach Varanger zeigte. Aber schon nach 1850 erschlaffte der Druck hier, seitdem Rußland die Bestimmung auferlegt war Åland nicht zu befestigen (1856).

In der Tat bezeichnet der Krimkrieg den Wendepunkt, von dem an Rußlands Eroberungstrieb sich ernstlich nach Asien richtete. Bisher war es gegen das in kleine Reiche zersplitterte Westeuropa aufgetreten wie ein Mazedonien gegen Griechenland in größerer Auflage oder — um ein gleichzeitiges und gleichwertiges Beispiel zu nehmen — wie die V. St. gegen das lateinische Amerika. Das Gespenst der russischen Gefahr lag seit Napoleons I. Fall über Europa („in hundert Jahren wird Europa kosakisch sein") und wurde neu belebt durch Rußlands starke Stellung während der Nachwirkung der Februar-Revolution für Westeuropa (Henri Martin). Sie hatte sogar programmatische Form gewonnen in dem sogenannten „Testament Peters des Großen"; nachweislich eine Fälschung (im Dienst des russischen Feldzugs Napoleons I., 1812), ist es mit Fug und Recht der Monroedoktrin gleichgestellt worden als Spiegel für das Selbstbewußtsein eines großen Volkes und als Formel für seine weltgeschichtliche Sendung (Zimmermann 1901). Aber es sieht aus, als hätte der Krimkrieg die Sorgen Europas gemildert. Dazu trug auch der Durchbruch der politischen Freiheit im Westen bei, der das Gefühl kultureller Überlegenheit stärkte und daher geeignet war, die Schwerkraft der großen Masse im Osten auszugleichen. An der eigenen Ostgrenze dagegen konnte sich Rußlands Größe geltend machen ohne Vernachlässigung der kulturellen Werte; erst hier tritt Gleichheit mit den V. St. in ihrem Erdteil ein. Das ist der innere Beweggrund für die Frontveränderung, durch die der Schwerpunkt der russischen Auslandspolitik nun von Europa nach Asien verlegt wurde.

In den 50er Jahren tritt also das indische Programm in den Vordergrund. Es hat wie das Mittelmeerprogramm zwei Ziele, das eine ist gegen Indien selbst gerichtet, in dem anderen liegt der allgemeine Drang zum Meere, hier auf den nahen Persischen Golf abzielend. Ein Menschenalter lang sehen wir nun, wie Rußland seine Kräfte auf diesem Eroberungsweg zusammenfaßt, bis es in Kaukasien eine starke Ausgangsstellung gegen Persien und in Transkaukasien und Pamir eine zweifache Angriffsstellung gegen Indien gewonnen hat. Während dieser Zeit nimmt die Weltgeschichte das Bild eines Zweikampfes zwischen Rußland und England an, und Indien ist der große Zankapfel; zugleich verfolgt Rußland seine überlieferte Politik hinsichtlich der Meeresufer, und Bender Abbas am Indischen Meere soll hier das gewählte Ziel gewesen sein (Curzon 1892), während eine Eisenbahn durch Persien dorthin das Mittel werden sollte.

Die 90er Jahre bezeichnen eine neue Frontveränderung und Steigerung der Ziele im Zusammenhang mit dem französischen Bündnis, das der Eroberungspolitik neues Anlagekapital zuführte (eine Art imperialistischer „Symbiose", Hettner). Rußland macht halt an den Grenzen Persiens und Indiens und sammelt dafür seine ganze Kraft im Pazifikprogramm, das auf das dritte Weltmeer abzielt. In der Tat erfolgte dort ein gleichzeitiges Vorgehen seit den 50er Jahren, da man die Bedeutung des Amurs erkannte als des einzigen Flusses in Nordasien, der zu einem Kulturmeer führt. Schritt für Schritt schiebt Rußland seine Stellungen nach Süden vor (Wladiwostock 1860), gegen das „warme" Meer. Ein Eisenbahnbau dorthin durch ganz Asien war schon wegen des Zusammenhaltes notwendig; seit 1891 ist diese sibirische Bahn in Arbeit; aber sie kann nicht gut ausmünden in die japanische See, in einen vom Weltmarkt abgelegenen Winkel, der noch dazu von fremden Mächten verschlossen werden kann wie die Ostsee; deshalb wird Port Arthur ins Auge gefaßt, wohin der Weg durch die Mandschurei geht. Man merkt deutlich das Seitenstück zu Bender Abbas und Persien. Aber hier kommt 1895 ein Strich durch die Rechnung, indem Japan um seiner Selbsterhaltung und Machtentfaltung willen Port Arthur nach

seinem Sieg über China mit Beschlag belegt. Nun beginnt der verhängnisvolle Kampf mit Japan, der unvermeidlich war, da zwei große Mächte das gleiche Ziel erstrebten.

Anfangs hatte Rußland das Übergewicht. Auf diplomatischem Wege (mit Frankreichs und Deutschlands Hilfe) setzte es den Gegner einfach aus Port Arthur heraus, nahm den Ort selbst in Pacht von China (1898) und setzte sich während der Boxerbewegung in der Mandschurei so fest, daß dies große Land in seinem sicheren Besitz zu sein schien. In Glanz und Größe wie nie vorher — umstrahlt sogar von „den Grundsätzen des Rechts und der Gerechtigkeit" auf der ersten Haager Friedenskonferenz 1899 — zog Rußland so ins neue Jahrhundert ein; der Riese, eingesperrt zwischen dem Eis des Weißen Meeres und der Hintergasse des Schwarzen Meeres, hatte endlich einen Arm im Gelben Meere freibekommen. Aber damit war auch der Höhepunkt erreicht. Der Krieg mit Japan (1904—05) enthüllte das großartige Gebäude als ein weltgeschichtliches Potemkinsches Dorf. Der Weg zum Stillen Ozean wurde wieder verschlossen, wahrscheinlich für immer.

Der Niederlage folgte unmittelbar die Revolution daheim (s. S. 145). Weder der staatsmännische Gedanke, Rußlands geopolitische Schwäche in Asien zu überwinden, noch die Ehre einer unleugbaren Kulturtat dort (Curzon 1889) konnte die Bureaukratie vor der Verantwortung für eine Politik schützen, die nun erkennbar wurde als Ausfluß ihrer eigenen Interessen auf Kosten der Nation und des Bestehenden. Es lag also nahe, die Revolution als den Beginn einer neuen friedlichen Zeit zu begrüßen. Die ersten außenpolitischen Schritte des neuen Rußland bestärkten offenbar solchen Glauben. Durch das Bündnis mit England 1907 wurde das indische Programm förmlich abgetan; diese Außenpolitik entspricht dem Oktobermanifest 1905 der inneren. Und die friedliche Entwicklung schien stetig, als Rußland durch Teilnahme am Vertrag über Norwegens Integrität 1907 und am Ostseevertrag 1908 auch von seinem atlantischen Programm Abstand nahm.

Es zeigte sich aber bald, daß diese Bureaukratie wie die Bourbonen in Frankreich nichts gelernt und nichts vergessen hatte. Kaum fühlte

sie sich wieder Herrin der Lage, als sie auch ihre außenpolitischen Pläne aufnahm. Offensichtlich wurde dies auf den alten indischen und pazifischen Linien, die nunmehr, seit sie vom Meer abgeschnitten waren, als reine persische und chinesische Landprogramme mit ausgesprochener Eroberungsabsicht hervortraten. 1911 schritt Rußland also zur Tat in seinem persischen Einflußgebiet, das allmählich so gut wie völlig besetzt wurde, und 1912 nutzte es die Revolution in China zur Einmischung aus, deren Ergebnis eine Schutzherrschaft über die äußere Mongolei war, sowie eine freundschaftliche Annäherung an den früheren Feind Japan (s. S. 165).

Man sieht also, daß Rußland sich nach seinem Zusammenbruch in Asien nicht wieder ganz und gar Europa zugewandt hat. Trotzdem liegt in dieser Auffassung ein Stückchen Wahrheit, insoweit als man nun eine neue Tätigkeit auch im Sinne des atlantischen und byzantinischen Programms bemerkt. Das eine ist erkennbar in den Verkehrs- und Militärmaßnahmen, die deutlich dahin zielen, Finnland zu einem Aufmarschgebiet gegen den Westen zu machen; die Unterdrückung der finnischen Verfassung zeigt sich hier als Glied eines größeren taktischen Planes. Das andere schimmert aus dem Balkanbund 1912 hervor, der unter Rußlands Schutz eine bestimmte und deutliche Doppelspitze gegen die Türkei und gegen Österreich-Ungarn erhielt. Der Krieg gegen die Türkei war also in Rußlands Sack, ehe er in den Beutel der Kleinstaaten kam, und war als Einleitung zu einem großen Krieg gegen die Mittelmächte Europas gedacht, die den Weg nach Konstantinopel versperrten.

So reifte die Frucht der großen Verwandlung, durch die der Erbfeind auf dem byzantinischen Wege, England, zum Freunde gemacht wurde. Nun stand Deutschland als Hauptfeind da, der alte Freund aus Bismarcks Tagen, der wohlwollende Anreger auf der Linie zum Pazifik. Die Wiederaufnahme der europäischen Programme bedeutete unverkennbar das Zeichen für eine große Abrechnung mit Deutschland.

Ein Überblick über Rußlands neuere Entwicklung bis zur Weltkrise bietet den gleichen Eindruck außen wie innen: große Veränderungen,

die aber nicht auf den Grund reichten. Das ancien régime hatte sich glücklich über die erste Revolution gerettet. Noch auf dem Gipfel seiner Macht konnte Zar Nikolaus II. 1913 die Dreihundertjahrfeier seines Ahns begehen. Noch lebte sein Staat größtenteils von der Trunksucht des Volkes (Branntweinmonopol) und erhielt seinen Auslandskredit aufrecht durch Erpressung der Volksnahrung (Getreideausfuhr). Noch herrschte der Wille Großrußlands zur Unterdrückung der fremden Völker im Reich und zum äußeren Wachstum in der Welt.

Legte man aber das Ohr an die Erde, so konnte man hören, daß die Revolution nicht tot war; sie war nur in die Laufgräben zurückgegangen, um einen neuen Sturm vorzubereiten. Ein neues Mißgeschick auf dem Wege der Eroberung mußte unfehlbar einen neuen entscheidenden Ausbruch hervorrufen. Dies Revolutionsprogramm, wie es in vorsichtiger Tagespolitik schon von der Linkspartei der Duma (den Kadetten) vertreten wurde, war oder glaubte wenigstens ausgesprochen friedensfreundlich zu sein, ein Abschied von der ganzen Vergangenheit mit der maßlosen Ländergier, die sich in beständiger Unrast von der einen Aussicht auf Beute zur anderen wendete. Insoweit steht es in organischerem Zusammenhang mit Rußlands politischer Gestalt: dieser Staat, der übergenug Land hat und der sich nicht einmal aus eigener Industrie und eigenem Kapital selbst nähren kann, braucht noch weniger als Frankreich (s. S. 49 f.) eine „große" Politik zu führen, am wenigsten, wenn so große innere Aufgaben nach Lösung rufen. Sogar vom Russifizierungsprogramm im Reiche nahm diese Richtung Abstand. Das bedeutet alles in allem eine völlige Nichtigkeitserklärung des „Testaments Peters des Großen".

Zweifellos wäre es jedoch ein großer Irrtum, in dieser Strömung ein Aufgeben des russischen Ideals zugunsten des europäischen zu sehen. Wie sehr Rußland sich auch Europa nähert, geschieht das doch nur mit den Lippen, sein Herz ist und bleibt weit davon entfernt. Ebensowenig darf übersehen werden, daß auch das amtliche Rußland im tiefen Bund mit breiten Schichten des Volkes stand, wenn es auf den Saiten des „Nationalismus" (Panslawismus) spielte. Dem sa-

genhaften Testament fehlte es auch nicht an Rückhalt in der Volksmeinung.

Das Testament zeichnet Rußland die gleiche Aufgabe vor, die das alte Mazedonien und danach das römische Kaiserreich hatten, nämlich in einem Reich ein ganzes europäisches Zeitalter zusammenzufassen und abzuschließen. Die Erfahrungen im Osten in und vor allem nach dem großen Kriege nahmen anscheinend diesen Albdruck von der Brust Europas, indem sie dem Koloß die tönernen Füße fortzogen. Man hörte sogar Stimmen, die den Zerfall des Reiches voraussagten. Das Bild Mazedonien gegen Griechenland wird verdrängt von einem anderen, das alte Persien gegen Griechenland. Sicherlich mußte ein neuer Fehlschlag der Regierungspolitik die Gefahr mit sich bringen, daß die westlichen Randvölker sich loslösten, was in der Tat einen Übergang zu Europa bedeutete (s. S. 138 u. 213); doch das große russische Kernland hat doch zu starke Wurzeln in der Natur und der Geschichte, als daß es so leicht dieser Gefahr unterläge. Aber beide Ausblicke leiden unter dem gemeinsamen Fehler, Rußlands Zukunft als eine Angelegenheit mit Europa allein zu betrachten. Rußland hat heute entschieden zwei Fronten, die gegen Asien und die gegen Europa. Als seine stolzen Wogen sich an den Klippen von Port Arthur brachen, entstand eine Brandung, die für alle Zukunft einen wesentlichen Teil seiner Kräfte im Osten bindet. Der Druck Rußlands auf Europa wurde also seitdem ausgeglichen durch einen Gegendruck auf Rußland vom „fernen Osten", nachdem dieser, mit Japan als Vertreter, endgültig in das Staatensystem eingetreten ist. Den Blick fest auf diese Tatsachen gerichtet, glauben wir, eine neue Gestaltung in immer bestimmteren Umrissen in der Zukunft des russischen Reiches zu sehen: nicht länger ein welteroberndes Mazedonien oder Rom, aber ebensowenig ein hinfälliges persisches Großkönigreich, sondern auch in politischer Hinsicht den vermittelnden und mildernden Pufferstaat zwischen den beiden Kulturwelten, die es geographisch verbindet — Europa und Asien —, den Weißen und den Gelben.

Literatur: Kovalevsky, La Russie à la fin du 19e siècle, 1900; Boustedt-Trietsch, Das Russische Reich in Europa und Asien, 1913;

Brückner, Die Europäisierung Rußlands, 1888; Schulze-Gaevernitz, Volkswirtschaftliche Studien aus Rußland, 1899; Sering, Rußlands Kultur und Volkswirtschaft, 1913, und Westrußland, 1917; Friedrichsen, Die Grenzmarken des europäischen Rußland, 1915; Henri Martin, Russie et l'Europe, 1866; Breßlau, Das Testament Peters des Großen (Historische Zeitschrift 1879); A. Leroy-Beaulieu, L'Empire des Tsars et des Russes, 1898; v. d. Brüggen, Das heutige Rußland, 1902; Wallace, Russia, 1913; Hettner, Rußland, 1916; Miljukow, La crise russe, 1907; Palme, Die russische Verfassung, 1910; Marchand, Les grands problèmes de la politique intérieure russe, 1912; Krahmer, Rußland in Asien I–X, 1899 bis 1909; Rohrbach, Die russische Weltmacht in Mittel- und Westasien, 1907; Mc Cormick, The tragedy of Russia, 1907; Kuropatkin, Memoiren (deutsche Übersetzung), 1909; G. Trubetzkoi, Rußland als Großmacht, 1913; Alexinsky, Modern Russia, 1913; Quadflieg, Russische Expansionspolitik, 1914; Hoetzsch, Rußland, 1917 (vgl. Joh. Haller, Die russische Gefahr, o. J.); Schiemann, Rußland auf dem Wege zur Revolution, 1915; Fischel, Der Panslawismus bis zum Weltkrieg, 1919; The Russian Yearbook von 1911; Novoje Wremja.

# VIII. Japan.

## Dai Nihon.

Gebiet 0,67 (0,29 : 0,38). Bevölkerung 73 (53,7 : 19,3); Jahresvermehrung 750,000; Auswanderung 30,000 (?). Eisenbahnen 9,000; Handel 1,7 (0,8:0,9); Schiffahrt 3,25. Kriegsflotte fast 400,000; Heer über 600,000 (?); militärische Ausgaben 6,6 (3,3 : 3,3). Staatsschuld 4,5, auf den Kopf 9.

Zum Mutterland wird hier Jeso (Hokkaido) nicht gerechnet.

**1. Geschichtliche Entwicklung.** Der erste Abschnitt der japanischen Geschichte wurde im 6. Jahrhundert eingeleitet, als das Volk in den chinesischen Kulturkreis trat. Es nahm jedoch nicht ganz das fremde Ideal an, sondern bewahrte seine Eigenart in Kunst und Literatur, holte sich Konfutse und Buddha, ohne seinen nationalen Ahnenkult aufzugeben („shinto"), und paßte die neue Moral seiner Auffassung an, so daß Treue gegen Kaiser und Vaterland hier das erste Gebot wurde an Stelle von Kindespflicht und Familientreue Chinas.

Tausend Jahre später kam die erste Berührung mit dem Westen (Portugiesen, Holländer), der damals — in der Renaissancezeit —

in die Welt jagen ging. Gewiß wäre auch Japan dieser tatkräftigen Kolonisation erlegen, wenn es nicht von einer Art Massensuggestion zurückgetrieben wäre, wie eine Schnecke in ihre Schale bei der Witterung einer Gefahr. Der Führer des Volkes war damals, im Anfang des 17. Jahrhunderts, der Reichsvorsteher („shogun") Jjejas; im Schutze seiner Absperrungspolitik und starker feudaler Gesellschaftsordnung gewann Japan Zeit zu innerer Sammlung, so daß es allein von allen farbigen Rassen der Erde ganz auf eigenen Füßen stehen konnte, als die planetarische Zeit unter Führung Westeuropas auf der Erde begann.

Amerika rief Japan durch Drohung 1854 aus seiner Abgeschlossenheit hervor. Die Mächte Europas folgten, und auf Grund aufgezwungener Handelsverträge mußte das Land seine Pforten halb den wirtschaftlichen Eindringlingen öffnen, die sich selbst das Konsularwesen und ein Veto gegen Veränderung der Zollsätze vorbehielten. Der Einfall des Westens hatte also Japan unter eine teilweise Vormundschaft gebracht. Aber dadurch hatte das Volk auch ein erstes klares nationales Ziel bekommen, dies Zeichen der Unselbständigkeit abzuwerfen und die Ebenbürtigkeit mit Europa zu erlangen.

Nun bekam die Welt ein Schauspiel ohnegleichen zu sehen. Es begann als eine Art Restauration: die Reichsvorstandschaft, die jahrhundertelang das nationale Königtum auf eine halb religiöse Einrichtung beschränkt hatte, wurde abgeschafft, und der „Mikado" übernahm die wirkliche Führung (1867). Zugleich fiel die ganze alte aristokratische Gesellschaftsordnung zusammen, der dritte Stand trat hervor in Gestalt des Kleinadels der „samuraja" — aus der Restauration entwickelte sich eine Revolution (1869—71). Dann folgt ein Bruch mit dem chinesischen Ideal selbst und eine Neugestaltung im Geiste Europas; aus der Revolution geht eine neue Zivilisation hervor. Es war eine neue Massensuggestion, aber diesmal nicht vom Westen fort, sondern zu ihm hin; die Nation legt entschlossen die gelbe Tracht ab, die sie eineinhalb Jahrtausende getragen hatte, und zieht die weiße an.

Die Geschichte kennt nichts, was dieser Entwicklung zu vergleichen

wäre, in der ein Volk zweimal sein Ideal wechselt. Auch hat die Welt bisher nie eine so entschlossene und schnelle Verwandlung gesehen, wie die, aus der Japan vor einem Menschenalter als Teilhaber am europäischen Kulturleben hervorging. Wir verstehen die Absicht, sich Europa gleich zu zeigen, um die Eintragungen Europas auf seine Selbständigkeit wieder einzulösen. Als Japan im Krieg mit China eine achtunggebietende Macht offenbart hatte, hielt Europa auch die Zeit für gekommen, sie zurückzugeben. Durch Vertragsänderung erhielt Japan 1894—99 seine volle Gerichts- und Handelshoheit wieder, wofür es sich ganz den Fremden öffnete. Die Reste der früheren Absperrungspolitik wurden also mit dem alten Jahrhundert abgelegt und mit ihnen alle Zeichen einer untergeordneten Stellung im internationalen politischen System. Japan hatte seine erste nationale Aufgabe gelöst.

Aber aus dieser Verteidigung ging die Großmachtsstellung unmittelbar hervor. Die Revolution löste auch die Kräfte, die auf Ausdehnung gerichtet waren. Schon in den 70er Jahren hatte Japan begonnen, Gebietsgewinne in der nahegelegenen Inselwelt zu machen. Der Chinakrieg 1894—95 brachte als Ergebnis Formosa und die Halbinsel mit Port Arthur, wenn auch diese Rußland wieder ausgeliefert werden mußte (s. S. 150). Es war nur folgerichtig, daß Japan beim Zuge gegen Peking 1900 einen Platz neben den europäischen Großmächten als ihresgleichen bekam. Das Bündnis mit England 1902 unterstrich diese Stellung. Nach dem Siege über Rußland 1904 bis 1905, der als greifbaren Gewinn Korea, Teile von Sachalin und der Mandschurei (mit Port Arthur) brachte, gab Japan seinen Vertretern bei den Großmächten den Rang von Botschaftern als äußeres Zeichen seiner nun unbestrittenen Gleichstellung. In weniger als 50 Jahren hatte es die Entwicklung von einer politischen quantité négligeable zur neuzeitlichen Großmacht durchgemacht — und zwar im schwersten Gedränge der alten Großmächte, als diese eben mehrere ihrer besten Zukunftskarten auf dieselbe Nummer gesetzt hatten, also ohne die Gunst der Umstände, die eine so große Rolle auf Englands Vormarsch gespielt haben.

Mit einem stärkeren Bewußtsein als je, daß die wissenschaftliche Betrachtung des Staatsproblems immer einen begrifflich nicht faßbaren Rest übrig läßt, gehen wir nun daran, die tatsächlichen Voraussetzungen der jüngsten Großmacht für ihre hohe Stellung zu prüfen.

**2. Reich und Volk.** Das erste, was einem begegnet, wenn man über Japans Vorbedingungen zum Großmachtsdasein nachdenkt, ist die Meerumschlossenheit und die Lage. Es ist England in asiatischer Auflage. Wie England liegt es nahe der Festlandsküste, die den einen Kulturherd der Menschheit trägt, und blickt mit der anderen Seite aufs Weltmeer; mit dem Unterschiede nur, daß es hier die Kulturseite ist, die sich dem Meere zuwendet. Voraussetzung für eine große Entwicklung war in beiden Fällen, daß das Meer vor den Toren in die Kulturwelt einbezogen wurde. Das trat für das asiatische Britannien drei Jahrhunderte später ein als für das europäische. Bis zum 19. Jahrhundert lag also Japan in Kultur-Lee, aber dann trat für dies Land die gleiche Veränderung ein wie für England im 16. Jahrhundert. Mit dem Eintritt des Stillen Meeres in die Weltgeschichte zeigt es sich, daß Japan durch einen Vorzugsplatz begünstigt ist; in der Tat hat es eine Mittellage zwischen Osten (China) und Westen (V. St.) gleich der Rußlands, dazu fast die gleiche schützende Abgeschlossenheit wie die Vereinigten Staaten.

Der Hafenreichtum der Küste verstärkt die maritime Anlage und zeichnet sich ab in der gegenwärtigen gewaltigen Entwicklung der Kriegs- und Handelsflotte. Aber im übrigen kann man nicht umhin, Japans Mutterinseln als ein armes Land zu bezeichnen. Wie nach Größe und Gestalt steht es auch nach seinen Hilfsquellen Italien am nächsten, in der eingeschränkten Entwicklung der Landwirtschaft, im Mangel an Roherzeugnissen (Eisen und Baumwolle) und in der Armut an Wasserkraft. Nur der ungewöhnliche Fleiß der Bevölkerung hat diesem stark eingeschnittenen Bergland Erwerbsmöglichkeiten in zulänglichem Umfang abgewinnen können. Man kann sich nicht verhehlen, daß die wirtschaftliche Grundlage der japanischen Großmacht vielleicht schmaler als die irgendeiner anderen ist.

Erst im Reiche jenseits seiner Inseln findet Japan die ihm fehlenden

Reichstümer: Eisen und Kohle in der Mandschurei, die Möglichkeit zu großartiger Reis- und Baumwollpflanzung in Korea. Aber freilich hat es damit auch die Verantwortung für unnatürliche Landesgrenzen auf sich genommen. Das Reich in seiner gegenwärtigen Gestalt sucht statt dessen seine Einheit nach innen, in der Lagerung um ein- und dasselbe japanische Meer, ein weiteres Beispiel für eine meerumschließende Großmachtsherrschaft neben England um den Indischen Ozean und den Vereinigten Staaten um das Karibische Meer. Dies Bild ist jedoch nur ein schöner Schein, da die japanische See so geringe Kulturbedeutung hat. Nach China, dem großen Markt für Wirtschaft und Politik, neigt der Schwerpunkt der Eroberung, und dort wird im gegebenen Augenblick die Fortsetzung folgen.

Durch seine Ausdehnung hat Japan auch fremde Nationen in sein Schiff genommen (13 Millionen Koreaner, 4 Millionen Chinesen und Malaien) und ist damit aus seiner Stellung als der einheitlichste Nationalstaat der Großmachtswelt ausgeschieden. Doch bleibt im Reiche als Gesamtheit noch 75% für das Muttervolk, während kaum 1% von ihm draußen lebt. Das Übergewicht der Nationalität ist also immer noch gut gesichert. Durch die Insellage hat diese Nationalität von Anfang an eine starke Eigenart entwickelt, auf Grund einer ursprünglichen Mischung arktischer, malaischer und vielleicht auch polynesischer Einschläge um einen mongolischen Kern. Wir bemerken, daß auch die Geschichte des asiatischen Englands mit jener Kreuzung von Menschenrassen einsetzt, in welcher der Völkerpsychologe ein Vorzeichen großer Entwicklung sieht.

Wenn hier eine Erklärung für die Begabung der japanischen Nation im ganzen liegt, so sehen wir zugleich darin die Ursache ihrer Sonderstellung im Osten und ihrer Abweichung vom Chinesentum im besonderen. Vor allem wirkt hier im Wesen des Volkes der malaiische Einschlag, den man nicht nur in Zusammenhang bringt mit dem Seefahrerdrang und der „südländischen" Lebendigkeit — die zugleich als in Wechselwirkung stehend mit der meerumschlossenen Heimat anzunehmen ist —, sondern auch mit seiner kriegerischen Tatenlust und seiner ästhetischen Anlage, Eigenschaften, die denen des friedlichen und pro-

saischen Chinesenvolkes stark entgegengesetzt sind. Sittenlehre und Ehrengesetz Japans, die Nitobe uns unter dem Namen „buschido“ erklärt hat („der Weg kämpfender Ritter“), führen die Gedanken manchmal zur Lebensanschauung der europäischen Ritterzeit zurück, während China in seiner trockenen Verstandesmäßigkeit und seinem unverhüllten Materialismus fern vom „Wege des Ritters“ wandert.

Je schärfer wir hinsehen, um so kleiner erscheint jedoch diese Kluft nach rechts im Vergleich mit der nach links, so daß Japans Seele schließlich mit der Chinas verschmilzt in einer höheren orientalischen Einheit gegenüber dem ganzen Westen. „Jamato damashii“ ist vom chinesischen Volksgeist durch einen Sund, aber vom „American spirit“ durch ein Meer geschieden, wie die Länder auf der Karte. Es tritt immer klarer hervor, daß Japan sich nicht durchtränken, sondern nur „bepanzern“ wollte mit der westeuropäischen Kultur (Haushofer). Nur mit seinen eigenen Waffen war Europa zu besiegen; die Anpassung an Europa war also nötig für Japans Unabhängigkeit und Großmachtsstreben. Aber die gleiche Vorsicht, die 1300 Jahre vorher bei der Aufnahme des chinesischen Ideals waltete, setzte nun der Umwandlung eine Grenze, so daß sie bei der äußeren, praktischen und technischen Seite des Lebens blieb, bei Verkehr und Industrie, Rechtsordnung und Krieg. Auf Gesellschaftseinrichtungen hat sie wenig Einfluß genommen, und vom „l’intime“, den Alltagssitten und der Weltanschauung, ist sie fast ganz ferngehalten. Wir sehen, wie ein geschmeidiger Baum sich im Winde biegt, aber seine Wurzeln nicht aufgibt. Unter der Decke unserer Zivilisation schlägt Japans orientalisches Herz so fremd für uns wie je.

Seit Percival Lowells Darstellung „der Seele des fernen Ostens“ (1888) pflegt man das Rassengeheimnis Ostasiens in dem einzigen Wort Unpersönlichkeit zusammenzufassen, eine Deutung, die vertieft worden ist durch Lafcadio Hearns feinfühlige, wenn auch wohl sehr idealisierende Einzeldarstellungen 1894—1904. Die niedrige Persönlichkeitsentfaltung läßt die gelbe Rasse als Träger des Zusammengehörigkeitsgedankens erscheinen, der sich als Auto-

ritätsglaube und Pflichtgefühl auf dem politischen und als Altruismus auf sittlichem Gebiet äußert, während die reiche Persönlichkeitsentwicklung die weiße Rasse zum Vertreter des Individualismus macht, aus dem Freiheitsliebe und Gerechtigkeitssinn auf politischem und Egoismus auf sittlichem Gebiete fließen. Japan stellt also in der Großmachtswelt noch reiner als Rußland den Gegensatz zur individualistischen Gesellschaftsform dar, die auf der anderen Seite des Großen Ozeans ihren Höhepunkt gefunden hat. Inwieweit es immer so bleiben wird — inwieweit es sich auf die Dauer Gehalt und Geist des Westens wird vom Leibe halten können —, darüber sind die Ansichten verschieden; es gibt Leute, die in dem Gegensatz nur Gradunterschiede zwischen verschiedenen Entwicklungsstufen sehen (Sidney Gulich). Aber jedenfalls ist das heutige Japan als eine selbständig ausgebildete Form der Menschheit zu bezeichnen, die im Zusammenhang mit den beiden größten Kulturwelten steht und doch verhältnismäßig abgesondert von ihnen ist.

Das ist Rußlands Art: ein Janus mit zwei Gesichtern, eine Volksseele, zwischen zwei Idealen schwankend. Auf dem ersten allgemeinen Rassenkongreß in London 1911 wurde auch sowohl von russischer als von japanischer Seite der Anspruch auf die Vermittlerrolle zwischen westlicher und östlicher Kultur erhoben, eine psychologische Spiegelung der geographischen Mittellage. Das junge Japan trägt sich ganz allgemein mit so großen Gedanken. Die Voraussetzung dafür ist die Stellung des Vaterlandes als des alleinberechtigten Sammlers, Führers und Schützers der asiatischen Kultur (nach Okakuras Formel „Asien ist eins"). Die Zuversicht erwuchs aus großen Überlieferungen und der wunderbaren Geschichte der neueren Zeit, während das Weltmeer vor den Toren der Heimat die weiten Ausblicke gewährte. Daß die Japaner das Salz der asiatischen Welt („die Champions der gelben Rasse" Labroue) sind, ist eine Ansicht, die weit außerhalb ihrer eigenen Grenzen Geltung hat. Alles vereinigt sich also, um die jüngste Großmacht mit den psychologischen Voraussetzungen für den Beruf auszurüsten, die im Glauben des Volkes an seine Sendung und sich selbst liegen.

3. **Haushalt, Gesellschaft und Regiment.** Von Japan erwartet man den gleichen Weg zur Größe, den England gegangen ist, zuerst durch den Handel, und die gleiche allgemeine Art der Größe, die wirtschaftliche. Es überrascht daher, auf der fernen Insel eine auffallende wirtschaftliche Schwäche zu finden. Der Handelsumsatz — seinem Wesen nach europäisch, mit einem Weniger in der Rechnung, überwiegender Einfuhr von Roherzeugnissen und stark hervortretender Ausfuhr von Fertigwaren — ist der weitaus kleinste unter den Großmächten, auf den Kopf berechnet nur ein Drittel von dem Umsatz Italiens, den wir schon für schwach hielten. Dagegen sehen wir Japan als Dritten in der Statistik der Landmacht, unmittelbar hinter Rußland und Deutschland. Im Widerstreit mit der Natur scheint also die jüngste Großmacht ihre Ansprüche nicht auf wirtschaftliche Leistung, sondern auf rein militärische Überlegenheit zu gründen. Sie ist verschont von dem Kampf um die Grenze, spart aber trotzdem keine Kraft bei den Verteidigungslasten für die Gütererzeugung. Diese schwache Wirtschaft und starke Militärmacht stellt Japan noch einmal mit Rußland zusammen, dessen äußere Voraussetzungen sonst so verschieden sind — und wiederum in den reinsten Gegensatz zu den Vereinigten Staaten.

Wir müssen uns aber sagen, daß wir ja erst im Anfang der Entwicklung stehen. Japan hat sich — auch darin Italien gleich — nicht organisch entwickelt, seine rein politischen Aufgaben auf dem Gebiet militärischer Organisation und Rechtsordnung haben der gesunden Wirtschaftspolitik vorgehen müssen (Kaneko). Die Frage gilt also ganz besonders dem Entwicklungsverlauf. Da erweisen sich die Zahlen von heute als Ergebnis eines fast einzig schnellen Wachstums. Mit dem Blick auf diese Entwicklung hat man geradezu eine „gelbe Gefahr" für Europa gewittert. Am Ende des 19. Jahrhunderts war die Erörterung darüber sehr im Schwang und besonders lebhaft. Man fürchtete, daß Japans Industrie die europäische zuerst in Ostasien und dann in immer weiterem Umkreis verdrängen würde, und zwar auf Grund billigerer Arbeit, die durch die geringen Lebensansprüche der Rasse möglich ist. Man nahm also diese Tatsache als feststehend an

und glaubte, daß der Unterschied zwischen westeuropäischen und japanischen Wirtschaftsverhältnissen immer derselbe bliebe.

Nun haben wir schon erfahren, daß hier ein Fehler in der Fragestellung vorlag. Die Steigerung der Arbeitslöhne ist in neuerer Zeit ebenso groß und schnell vor sich gegangen wie jede andere Entwicklung in Japan. Es liegt ja auch in der Natur der Sache, daß die Verhältnisse bei näherer Berührung zwischen Osten und Westen sich in gewissem Umfange ausgleichen. Die Industrie wird Japan so wenig wie andere Länder mit ihren Schattenseiten verschonen. Ferner ist zu beachten, daß gewisse ungünstige Nationalzüge hier besonders im Wege sind, der Mangel an Geduld und Ausdauer beim Arbeiter, zu starke Spekulationslust und unentwickelte Handelsmoral beim Unternehmer, dazu die Überlieferungen aus aristokratischer Zeit, als der Handelsmann gesellschaftlich nicht nur tief unter allen Adligen, sondern auch unter den Bauern und Handwerkern stand. Fügen wir dann noch die angeführten Schwächen in der eigenen Grundlage des Landes hinzu, so ist es nicht verwunderlich, daß die „gelbe" Sorge vom Jahrhundertende bei schärferer Beleuchtung erheblich abgeblaßt ist. Die größte Gefahr droht nicht von Japan, sondern von China, das die breite geographische Grundlage und das rechte Krämerblut hat. Niemand kann Japan den großen Trumpf im Weltwettbewerb entreißen, den es in seinem rein geographischen Vorsprung gegenüber China, dem größten Zukunftsmarkt der Welt, besitzt; aber solange es die doppelte Last einer Land- und Seemacht ersten Ranges tragen muß, so lange müssen seine Aussichten auf eine wirtschaftliche Entwicklung nach englischem Vorbild gering bleiben.

Die Industrie, die schon 1908 die ackerbauende Bevölkerung auf 60% der ganzen Masse beschränkt hat, ist indessen nötig gewesen zur Selbsterhaltung, um die Bevölkerung in dem armen Lande ernähren zu können. Dem gleichen Ziele dient die neuere Auswanderung nach Amerika, in Wirklichkeit eine über Jahre ausgedehnte „Sachsengängerei", welche die Rechnung des Landes um etwa 60 Millionen jährlich verbessert, aber auf internationale Schwierigkeiten gestoßen ist (s. unten). Die Auswanderung nach den asiatischen

Kolonien dagegen erleichtert den Bevölkerungsdruck daheim, gibt aber nicht den gleichen Gewinn für die Volkswirtschaft und hat auch nicht so großen Umfang angenommen.

Auf all diesen Wegen finden wir nun die Regierung an der Spitze, sie leitet die Auswanderung nach politischen Zwecken, sucht das Volk in wirtschaftlichem Geist zu erziehen, steht in engster Verbindung mit der Industrie und den Banken, ermuntert Privatunternehmungen mit großen Unterstützungen und tritt sogar selbst als Unternehmerin auf. Sie ist also völlig eingestellt auf den neuen Nationalismus, in den die Vereinigten Staaten so zögernd eingetreten sind (s. S. 122). Es ist ein Staatssozialismus auf allen Gebieten, der sich ganz besonders abhebt von der kommunistischen Gestalt des chinesischen Gemeinwesens.

In der neuen Zeit hat man auch hierin Europa nachgeahmt, insoweit als Japan 1889 — ein halbes Menschenalter vor Rußland — eine Volksvertretung und verfassungsmäßige Regierung annahm, und im neuen Jahrhundert zeigen sich anscheinend sogar Ansätze zum parlamentarischen Brauch mit Schwankungen zwischen rechts und links. Bei näherer Betrachtung erweist sich allerdings dieser Parlamentarismus nur als ein „Frontornament“ (Haushofer) oder höchstens als „Sicherheitsventil“ (A. Lloyd) für die Regierungsmaschinerie. Die begrenzte Rolle des Volkswillens beruht weniger auf den eigentlichen Einschränkungen der Verfassung (die Initiative und das Bewilligungsrecht des Parlaments betreffend), als auf ihren ganzen Lebensbedingungen. Hoch über dem parlamentarischen Spiel hat diese Verfassung ihren Schwerpunkt in der Person des Kaisers (Mutsuhito 1867—1912) und dem „Rat der alten Staatsmänner“ („genro“) um ihn herum. Die Geschichte Japans ist nicht die seiner Könige, aber sie erhält ihre eigentümliche Farbe durch ein rein orientalisches Gefühl für Legitimität, das die westlichen Formen nicht vernichten konnten: hier sehen wir die Spitze des Ahnenkults, äußerlich geschützt durch die Vorstellung einer durch alle Zeiten ununterbrochenen Erbfolge.

In welchem Umfange die neueste Zeit diese Grundlagen des japanischen Staates haben verändern können, ist nicht gut zu beurteilen. Gelegentliche Verirrungen unter unverarbeiteten fremden Einflüssen

dürften Japan jedoch nicht ernstlich vom Wege der Autorität ablenken, den uralte Überlieferungen im Verein mit dem tiefsten Geist der Rasse vorgezeichnet haben.

4. **Auswärtige Fragen.** Wir haben Japans eigenes Reich zu schwach gefunden, um eine Großmachtstellung im planetarischen Zeitalter zu tragen. Wollte Japan mitmachen im imperialistischen Wettkampf, so war es gezwungen, seine Grundlage zu erweitern, d. h. Ausdehnungspolitik zu treiben. Dazu wurde es auch durch die grundlegende Pflicht angehalten, die Lebensbedürfnisse eines übervölkerten Landes zu befriedigen. Hier liegt also die unmittelbare Notwendigkeit zu äußerer Ausbreitung vor, die wir für Rußland und Frankreich vergeblich gesucht haben (s. S. 49 f. u. 152).

Von Anfang an treten zwei natürliche Grundrichtungen in Gestalt zweier verschiedener Programme hervor. Das eine ist das asiatische Kontinentalprogramm, das auf die geographische Nachbarschaft, den mongolischen Rassenkern und den orientalischen Kulturzusammenhang zurückgeht. Es wendet sein Gesicht gegen Rußland und China, fordert deshalb zuerst die Entwicklung des Landheeres und hat seinen Rückhalt in den alten militaristischen und nationalistischen Kreisen. Das andere ist das Pazifikprogramm mit seinen Stützpunkten in der Insellage, dem malaiischen Blut und dem planetarischen Weitblick, den die neuen Kultureinflüsse mit sich gebracht haben. Es ist das Programm des neuen liberalen Japans (Okuma), das den Nachdruck auf die Flotte legt und sein „Shin Nihon" (Neu-Japan) im „Zug nach Süden" gegen die Inseln des Stillen Ozeans und das amerikanische Festland sucht. Die Zweiheit in der Seele Japans nimmt so die Form wettstreitender praktisch-politischer Ideale an, die Ideale Spartas und Athens, in einer Brust kämpfend (Haushofer), in planetarischer Größe und auf dem Hintergrunde eines weltgeschichtlichen Gegensatzes. Aber zusammen decken sie jene Träume von „einer Vorherrschaft im Stillen Ozean und auf dem Festland Asiens", die Kaneko im Namen seiner Landsleute — gewiß nur in wirtschaftlichem Sinne — bekennt.

Nach dem Siege über Rußland stand Japan am Scheidewege. Sollte

es nach rechts abweichen, mit China gegen die Welt? Hier sah der Westen die Wolke einer vorher ungeahnten „gelben Gefahr" aufsteigen, den „panmongolischen Bund", Japans Seele in Chinas Körper; das wäre ein autarkisches Weltreich, gegen das selbst das Rußlands und der Vereinigten Staaten in den Schatten treten müßte. Aber es zeigte sich bald, daß Blut nicht dicker ist als Wasser. Japans Politik gegen China war kein Spiel auf den Saiten des Rassegefühls, sondern klare Machtpolitik, ebenso selbständig wie gegen die übrige Welt. Vielleicht trug dazu bei, daß durch die kalifornische Schulfrage 1906 (s. S. 130) eine neue feindliche Front enthüllt wurde, wo man bisher sichere Zuneigungen und Zukunftsaussichten zu haben glaubte. Das zwang zu diplomatischer Rückendeckung. Dazu dienten die Statusquo-Bündnisse mit Frankreich und Rußland 1907, endlich vervollständigt durch das mit den Vereinigten Staaten selbst 1908. So bekam die Regierung die Hände frei, eine starke auswärtige Politik nach dem Festlandsprogramm zu führen; 1909 wurde China zu neuen bedeutenden Zugeständnissen in der Mandschurei getrieben und 1910 Korea in ein japanisches Generalgouvernement verwandelt. Damit waren die Ergebnisse des letzten Krieges bis zu Ende durchgeführt.

Durch eine bewundernswert aufmerksame und zielbewußte Eisenbahnpolitik hat Japan gleichzeitig seine Stellung in der südlichen Mandschurei so gestärkt, daß ein neuer Erweiterungsplan über die Kreise von 1905 hinaus hervortrat. Der Weg dazu ist dem Bismarcks gegen Österreich gleich gewesen, die Verwandlung des besiegten Gegners in einen Verbündeten. Durch ihren Vorschlag von 1910, die Eisenbahnen der Mandschurei zu internationalisieren und Rußlands und Japans Gerechtsame abzulösen, beförderten die Vereinigten Staaten diese Entwicklung, und die chinesische Revolution führte 1912 zu einem förmlichen Bündnis, wodurch die Einflußgebiete Rußlands und Japans sowohl in der Mandschurei als in der Mongolei festgelegt wurden. China ist also immer noch Trumpf in der japanischen Politik; was bis zur Weltkrise seine Hand lähmte, war nur seine schwache finanzielle Rüstung und die Rücksicht auf die Vereinigten Staaten, mit denen der Streit 1913 wieder brennend wurde (s. S. 130).

In der Tat zeichnet sich der „Zweifrontenkrieg“ ebenso klar am Gesichtskreis Japans ab wie an dem des früheren Deutschlands. Mit freiwillig entgegengebrachten Zugeständnissen hat es bisher meisterlich verstanden, nach orientalischer Sitte sein „Gesicht zu wahren“ gegenüber seinem herausfordernden Gegenüber auf dem anderen Ufer des Pazifiks. Aber wenn man die kulturelle und wirtschaftliche Spannung über den Großen Ozean bedenkt, wo Asiens überflüssige Menschenmasse nach Osten und Amerikas reiche Goldflut nach Westen wandern will, wie eine Art Passat und Gegenpassat nach dem Luftdruck, wenn man ferner die Ansprüche beider Parteien auf Herrschaft über dieses Meer dazunimmt und den Eingriff der Vereinigten Staaten bis vor die Tore Japans (Philippinen) — so möchte man zweifeln, ob ein friedliches Verhältnis zwischen den beiden Großmächten aufrechterhalten werden kann, die den größten Abstand der Lebensanschauungen darstellen und zugleich die einzigen sind, die niemals die Prüfung einer Niederlage erfahren haben.

Zweifellos hat Haushofer recht mit seiner Bemerkung, daß die Gefahr sich vergrößert mit den liberalen Strömungen in Japan. Die Bestrebungen nach Parlamentarismus im Verfassungsleben entsprechen der Seite in der Volksseele, die den Zug nach dem Meere empfindet. Aber auf dieser Entwicklungslinie wird Japan nicht nur mit Amerika, sondern auch mit seinem Verbündeten England in Streit kommen. Die Zeiten haben sich sehr verändert, seit die beiden in gemeinsamer Spannung gegen Rußland ihre Vernunftehe eingingen (1902); diese hat ihren wesentlichen Zweck im dritten Vertrag 1911 verloren und verhüllt nun eine Kälte von seiten Englands, die in dem Maße zunimmt, als Japan zu einer Seemacht anwächst.

So ziehen mitten im Glanz eines Fortschritts ohnegleichen ernste Schatten über Japan auf. Sein Weg der Zukunft entgegen ist immer noch voll gefährlicher Hindernisse und peinlicher Wegkreuzungen. Innerlich ist sein Schicksal in der geographischen und psychologischen Mittellage verankert. Am Schlusse dieser Betrachtung über die einzige exotische Großmacht der Welt begegnet uns das gleiche Bild wie am Eingang, der Zwiespalt zwischen zwei Idealen und zwei politischen

Programmen, die in derselben Volksseele zusammengedrängt sind. Mit ihnen beiden ist es groß geworden, aber ihr gegenseitiges Gedränge hindert jedes von ihnen, das höchste Ziel zu erreichen. Auch die Chrysanthemen wachsen wohl nicht in den Himmel.

Literatur: Griffis, The Mikado's Empire, 1912 (1876); Rathgen, Die Japaner in der Weltwirtschaft, 1911 (1905); Stead, Japan and the Japanese, 1904 (Sammelwerk, darin Nitobe, Kaneko); Lafc. Hearn, Japan, An Attempt at Interpretation, 1904; Sidney Gulick, Evolution of the Japanese, 1905; Kjellén, Den stora orienten, 1911; Dehn, Die gelbe Frage, 1905 (Weltpolitische Neubildungen); Suyematsu, The risen sun, 1905; Aubert, Paix japonaise, 1906, Américains et Japonais, 1908; Putnam Weale, The coming Struggle in Eastern Asia, 1908; Labroue, L'impérialisme japonais, 1911; Haushofer, Dai Nihon, Betrachtungen über Groß-Japans Wehrkraft, Weltstellung und Zukunft, 1913; Bruce Mitford, Japan's Inheritance, the Country, its People and their Destiny, 1913; Schultze, Die japanische Auswanderung, 1915 (Peterm. Mitteilungen); Porter, Japan, The new Worldpower, 1915, Japan, the rise of a modern Power, 1917; Hashagen, England und Japan seit Shimonoseki, 1915; Abbot, Japan's expansion and American politics, 1916; Rieß, Deutschland und Japan, 1917 (Preußische Jahrbücher); Ostwald, Die Großmächte in Ostasien, 1918; Der Neue Orient seit 1917 (1915); The Japanese Yearbook; Japan Times.

# Die Weltkrise und das neue System.

## IX. Der Weltkrieg.

**1. Die Aufstellung.** Wie Gewitterwolken, die schon mehr oder weniger lange drohend an verschiedenen Seiten des Himmels stehen, ehe sie endlich anwachsen und zusammenfließen zu einem großen Unwetter, lasteten drei Hauptstreitigkeiten auf dem alten Staatssystem.

Die älteste von ihnen war Frankreichs Sache gegen Deutschland. Sie geht zurück auf die Niederlage und den Frieden von 1871, die Elsaß-Lothringen auf die Seite Deutschlands brachten, und hat also das eng begrenzte Ziel, die verlorenen Provinzen wiederzugewinnen; letzten Endes wohl nicht so sehr um ihrer selbst willen, sondern weil sie in der geschichtlichen Entwicklung zum Preis im Wettkampf zwischen der romanischen und der germanischen Rasse um die Vormachtstellung in Europa geworden waren. Das ist die „Revanche". Je mehr das Geschlecht von Sedan ausstarb, um so mehr verlor sie an Stärke, und Frankreichs nach außen drängende Kräfte wurden statt dessen in fremden Erdteilen beschäftigt. Zu Anfang des neuen Jahrhunderts stieß man indessen auch auf diesem Wege mit Deutschland zusammen, und zwar in Marokko. Dieser neue, rein koloniale Zwist riß die alte Wunde wieder auf (s. S. 48) und führte 1905 und 1911 eine unmittelbare Kriegsgefahr herbei. Das Übereinkommen, durch das er 1911 beigelegt wurde, brachte so wenig Entspannung, daß Frankreich 1913 seine Kriegsbereitschaft durch die dreijährige Dienstpflicht vergrößerte. In diesem ganzen Verfahren tritt Frankreich als Kläger auf mit ganz bestimmten Forderungen für die Änderung des europäischen Statusquo auf Deutschlands Kosten. Hinter dem Streit stehen Rassengegensätze und stark ab-

weichende Kulturideale, aber die Zwistigkeiten selbst sind begrenzt auf geopolitischem Gebiet — wenn man nicht die französische Auffassung einer Gallia irredenta im Elsaß gutheißt (die sich darauf gründet, daß die deutschsprechenden Elsässer 1871 selbst nach Paris neigten und gegen Berlin ihre Stimme erhoben; Renan).

Die zweite große Streitfrage ist als die Sache Rußlands gegen Österreich anzusehen; sie reicht in ihrer gegenwärtigen Form bis zum Berliner Kongreß 1878 zurück, auf dem Rußland eine diplomatische Niederlage gegenüber Österreich hinnehmen mußte und Deutschland dafür die Schuld gab. Sie hat ihren Hintergrund in dem jahrhundertelangen Wettkampf zwischen Rußland und Österreich um die Beerbung der Türkei auf dem Balkan, also eine rein geopolitische Grundlage in der Außenwelt. Damit verbindet sich auf seiten Rußlands die wirtschaftspolitische Forderung nach den Dardanellen als Ausfuhrweg für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse und das kulturpolitische Verlangen nach Konstantinopel als der überlieferten religiösen Stätte. Die Erfüllung dieser Wünsche bedeutete für Österreich eine Umgehung seiner östlichen Flanke und eine neue feindliche Front im Süden, also eine schwerwiegende Verschlechterung seiner geopolitischen Lage. Dazu aber kommt eine stark rassenpolitische Spannung im Zeichen des Panslawismus. Rußland als die „slawische Mutter" hat seine Zusammengehörigkeit mit den kleinen Völkerschaften gleichen Stammes betont, und zwar nicht nur auf dem Balkan, sondern auch innerhalb Österreich-Ungarns selbst. Hier begegnet uns, eingekapselt in den größeren Gegensatz zwischen den Großmächten und Kulturen, Österreich-Ungarns örtlicher Streit mit Serbien wegen der serbischen Irredenta (s. S. 21), der Ursprung der bosnischen Frage, die 1908—09 den Weltfrieden bedrohte und während des Balkankrieges 1912—13 zur schweren Kriegsgefahr wurde. Hier lag übrigens auch eine unmittelbare Drohung gegen den Statusquo Österreichs, insofern als eine „kleinrussische Irredenta" in Ostgalizien vorhanden ist (Ruthenen s. S. 11).

Ein ganzes Bündel von Beweggründen aus fast allen politischen Gebieten lag also trennend zwischen Österreich-Ungarn und Rußland,

wobei letztere Macht im ganzen mit der Angriffslust des Klägers auftrat. Der Gegensatz konnte durch Bündnisse verhüllt werden (1881—1887 und 1897—1908), wenn Rußlands Kraft nach anderen Richtungen beansprucht war, trat aber seit 1908 wieder scharf hervor. Nun ist zu beachten, daß Deutschland lange unbeteiligt außerhalb dieses ganzen Streites stand; auf dem Balkan hatte es keine unmittelbaren Wünsche, sein slawischer Bestandteil (die Polen) diente geradezu als Puffer gegen Rußland, und zwischen den Herrscherhäusern bestand sogar eine überlieferte Freundschaft auf Grund gemeinsamer Abneigung gegen die „Revolution". Erst allmählich änderte sich dies gute Verhältnis, als Deutschland mit Österreich-Ungarn inniger verwuchs und eigene Forderungen im Osten aufstellte. Der Umschlag wird gekennzeichnet durch das Programm „Elbe—Euphrat", das sich der Wirklichkeit näherte durch die Bagdadbahn-Konzession um die Jahrhundertwende. Dadurch ist Deutschland an der Seite Österreichs zum Bürgen für den Bestand des Türkischen Reiches, einschließlich der Dardanellen und Konstantinopels, geworden, und in Kleinasien in unmittelbaren geopolitischen Wettbewerb mit Rußland getreten. Das zeigte sich 1913, als ein russisches Vorgehen in Armenien an Deutschlands Widerstand scheiterte; eine Wiederholung der Erfahrung von 1909, als Rußland auf gleiche Weise zur Untätigkeit in der bosnischen Frage gezwungen wurde. Infolgedessen setzte sich in Rußland allmählich die Überzeugung fest, daß der Weg nach Konstantinopel und zum türkischen Erbe nicht nur über Wien, sondern auch über Berlin ginge. Indessen war auch noch auf Grund des Handelsvertrages von 1904 eine wirtschaftspolitische Spannung entstanden, da Rußland die Stellung einer Kolonie gegenüber seinem industriell so überlegenen Nachbarn nicht länger behalten wollte. So entwickelte sich auf der Grundlage des Rassengegensatzes zwischen Slawen und Germanen auf russischer Seite ein wirklicher Volkshaß, gegen den sich die Beziehungen der Herrscherhäuser zuletzt als sehr schwacher Damm erwiesen.

Der dritte Gegensatz war zwischen England und Deutschland entstanden. Er ist der jüngste, nicht älter als unser Jahrhun-

dert. Er unterscheidet sich von den anderen darin, daß er von Anfang an keinen bestimmten Kläger hat und auch keinen geopolitischen Grund. Sein Wesen ist zuerst wirtschaftspolitisch: Deutschlands mächtiges Aufblühen bedrohte Englands Vorherrschaft auf dem Weltmarkte. Um die Jahrhundertwende vertiefte er sich in machtpolitischer Richtung: Deutschlands Flottenprogramm bedrohte scheinbar Englands Herrschaft auf dem Weltmeere. Zugleich zeigte sich auch hier eine geopolitische Reibung, da Deutschlands Levante-Politik (die Bagdadbahn) England als Drohung gegen Ägypten und Indien erschien. England sah, kurz gesagt, in Deutschland ein ernstes und wachsendes Hindernis für seine Weltherrschaft, während Deutschland überall in seinem Weg auf England stieß. So erhielten die Kriegsgefahren auf anderen Fronten (Marokko 1905 und 1911, Bosnien 1908) ihre Schwere durch Englands scharfe Stellungnahme gegen Deutschland. Das allgemeine Gefühl der Rivalität, das eine solche Lage erzeugt, wurde hier weiter verschärft durch kulturpolitische Abneigung, insofern die Angelsachsen ein ganz anderes Kultur- und Staatsideal ausgebildet hatten als die Deutschen. Der Volkshaß auf englischer Seite fand deshalb ein wirkliches Echo im deutschen Volke, wovon auf den anderen Fronten wenig zu merken war.

So saß Deutschland, das Haupt der Germanen, in der Mitte der Spannungen, von drei Seiten bedrückt, von den Hauptmächten der romanischen, der slawischen und der angelsächsischen Welt. Diese geographische Ausgangslage hatte allmählich auch ihre völkerrechtliche Weihe erhalten. An Deutschlands Seite in der Mitte saß Österreich als vertragsmäßiger Verbündeter seit 1879, und an diesen festen Block hatte Italien sich 1882 förmlich angeschlossen, wenn auch seine Treue im neuen Jahrhundert allgemein bezweifelt wurde. Das ist der Dreibund, die Vereinigung der „Mittelmächte", seinem Wesen nach deutlich zur Verteidigung bestimmt, fest und stark im Widerstand, aber schwach im Angriff und ohne Kriegsziel. Im Jahre 1891 entstand die erste Gegenvereinigung, als Frankreich und Rußland auf den Flügeln Europas sich zum Zweibund zusammenfanden. England hatte bis dahin dem Dreibund näher-

gestanden und suchte um die Jahrhundertwende hier förmlichen Anschluß. Da es abgewiesen wurde, näherte es sich statt dessen Frankreich durch die „entente cordiale“ 1904 und schloß den äußeren Kreis 1907 durch ein ähnliches Bündnis mit Rußland. So wurde der Grund zur zweiten politischen Machtvereinigung gelegt, dem Dreiverband zwischen den „Ententemächten“. Sein anfangs loserer Aufbau festigte sich später durch neue Vereinbarungen, die Marinekonvention zwischen Frankreich und Rußland bzw. England 1912, allgemeine Solidaritätserklärung zwischen England und Frankreich vom gleichen Jahr (Grey-Cambon), die Marinekonvention zwischen England und Rußland (grundsätzlich) im Frühjahr 1914. Die beiden letzten Vereinbarungen erfolgten gleichzeitig mit eingehenden Verhandlungen zwischen England und Deutschland über geopolitische Fragen, die sich im Juni 1914 ihrem Ziel zu nähern schienen (England erkennt die Bagdadbahn-Konzession bis Basra hinunter an, bewahrt aber seinen wirtschaftlichen Einfluß in ganz Mesopotamien), und verdunkelten so die vielversprechenden Aussichten, die in Deutschland von amtlicher Seite damit verknüpft wurden.

So standen die europäischen Großmächte gesammelt und gerüstet in zwei großen Lagern, einem mittleren und einem umschließenden, und zwar drei Großmächte in jedem. Die diplomatische Aufstellung ist vollendet. Innerhalb des europäischen Gesichtskreises mochte das Spiel einigermaßen gleich erscheinen nach dem Rückgang, den Rußland 1905 durch Niederlage und Revolution erlitten hatte, und Deutschlands darausfolgendem Übergewicht auf dem Festland. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet war Deutschland zu einer Gefahr für das europäische Gleichgewicht geworden, und sein rein militärischer Aufbau (besonders seit der verstärkten Rüstung 1913) war geeignet, auf der Gegenseite Furcht vor einer „napoleonischen Politik“ zu erzeugen. Auf der planetarischen Ebene war die Machtlage eine andere. Rechnen wir Europas Umfang (10 Millionen qkm) als Maß einer Weltmacht, so hatte Frankreich (wie die Vereinigten Staaten) dieses Maß voll, Rußland $2^1/_2$-, und England $3^1/_2$fach, aber Deutschland erreichte

nur ein Drittel davon. Hier lag Deutschlands politisches Ziel: es wollte auch seinerseits über Europa hinauswachsen wie die anderen Mächte früher, um das Maß einer Weltmacht an ihrer Seite (auf levantinischer und afrikanischer Grundlage) zu erreichen und damit der germanischen Rasse einen Platz innerhalb der Gleichgewichtslage auf der weltpolitischen Bühne sichern. Aber an dies Ziel glaubte es durch Verträge gelangen zu können. Seine militärische Rüstung zielte seiner Meinung nach nur auf Verteidigung.

Von diesen Voraussetzungen aus zeigte sich nämlich die andere Vereinigung als eine angreifende feindliche Gegenverbindung, ähnlich denen, die seinerzeit rings um den aufstrebenden preußischen Staat Friedrichs des Großen und noch früher um das Schweden Karls XII. gebildet wurden. Das schien den deutschen Staatsmännern um so deutlicher, als sie im Dreiverband bestimmte Pläne zur Veränderung des Statusquo in Europa und in der Levante feststellen mußten — Pläne Frankreichs im Elsaß und in Syrien, Rußlands in Galizien, Konstantinopel und Armenien, Englands in Mesopotamien, Arabien und Palästina, Serbiens in Kroatien, Dalmatien und Bosnien — Ziele, die Deutschland in seinem eigenen Interesse zu verhindern suchen mußte.

Auf diese Weise war die Luft auf beiden Seiten mit der gefährlichsten Beimischung geladen, mit Mißtrauen. Dieses Mißtrauen, verbunden mit der festen Überzeugung von den gefährlichen Absichten der Gegenseite, könnte es als Pflicht erachten, bei günstiger Gelegenheit selbst loszuschlagen, um nicht von drüben überrascht zu werden. In dieser überhitzten Luft lagen nun noch die örtlichen Streitpunkte der Balkankleinstaaten nach dem letzten Kriege wie feuergefährliche Lager an der empfindlichsten Stelle der Großmachtswelt, und die serbische Wühlarbeit gegen Österreich-Ungarn ging am gleichen Orte vor sich. In einer solchen Lage konnte ein Funke die Entzündung hervorrufen. Er fiel in Sarajevo am 28. Juni 1914, als ein serbischer Fanatiker den tödlichen Schuß auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger abgab.

**2. Der Aufmarsch.** Der Balkanbund von 1912 (s. S. 151) war Rußlands neuer Zug in einem Spiel, in dem Österreich-Ungarn 1908

den geglückten bosnischen Zug gemacht hatte. Er wandte also seine Spitze auch gegen Österreich-Ungarn, und es war nur allzu deutlich, daß die Fortsetzung in dieser Richtung erfolgen würde, nachdem die Türkei im ersten Aufzug besiegt und zerstückelt worden war. Gewiß wurde die Spitze etwas abgestumpft durch den Bruch zwischen Serbien und Bulgarien im letzten Auftritt des ersten Aufzuges (1913), aber aus diesem Zwist ging Serbien, Rußlands Schützling, als Sieger hervor. Als daher der Mord in Sarajevo geschah, unter Umständen, die geradeswegs auf serbische Regierungskreise hinwiesen, da hielten Österreichs Staatsmänner die Schicksalsstunde ihres bedrohten Staates für gekommen — jene Stunde, in der nur schnelles und entschlossenes Handeln den gefährlichsten Folgen vorbeugen konnte.

Das ist die Voraussetzung für das österreichische Ultimatum an Serbien, dem am 28. Juli die Kriegserklärung nachfolgte. Es steht außer Frage, daß Österreich durch allzu scharfe Forderungen diese kriegerische Entscheidung herbeiführte, in der Absicht, diese gefährliche Front ein- für allemal zu beseitigen; das alte Schlachtschiff wollte nicht länger eine Unterwassergefahr an seiner Seite dulden. Es ist ebenso deutlich, daß es an die Möglichkeit glaubte, den Zwist örtlich zu begrenzen: Rußland brauchte ja nicht die Königsmörder in Schutz zu nehmen, besonders nicht, da man sich beeilte, Serbiens künftige Unverletzlichkeit zu verbürgen. Auf alle Fälle hatte Österreich-Ungarn mit der treuen Hilfe des verbündeten Deutschlands zu rechnen. Sicherlich haben die beiden Mittelmächte sich eine Wiederholung des bosnischen Vorfalls von 1909 (und des armenischen 1913) vorgestellt, wo Rußland zuletzt Deutschlands bestimmtem Auftreten nachgab. Da die Gelegenheit ihnen günstig zu diplomatischem Gewinn, die Gefahr zugleich nicht unüberwindbar erschien, wollten sie diese Gunst des Augenblicks nicht ungenützt vorbeigehen lassen.

Aber diesmal war ihre Rechnung falsch. Rußland war nicht mehr in gleicher Lage wie 1909. Seine diplomatischen und militärischen Vorbereitungen waren schon zu weit vorgeschritten. Die panslawistische Bewegung war dem Herrscherhaus über den Kopf gewachsen. Die allgemeine Mobilmachung wurde befohlen. So blieb für Deutsch-

land nur übrig, hieraus die notwendige Folgerung zu ziehen. Am 1. August sandte es eine Kriegserklärung an Rußland. Als Frankreich auf eine Anfrage über seine Haltung eine ausweichende Antwort gab, wurde der Krieg auch nach dieser Seite am 3. August erklärt. Der Zweifrontenkrieg, Bismarcks altes Alpdrücken, war Ereignis geworden.

Von dem kleinen serbisch-österreichischen Zwist aus hatten sich also gleichsam automatisch die großen Gegensätze in Bewegung gesetzt, zuerst Österreich—Rußland, dann Deutschland—Frankreich. Der Mord von Sarajevo rief den Krieg hervor, wie ein Schuß im Gebirge die Lawine hervorruft, weil die Spannung vorher schon bis zur äußersten Grenze des Erträglichen gestiegen war.

So war es, um das Wort Gustav Adolfs über den Dreißigjährigen Krieg zu gebrauchen, wieder „so weit gekommen, daß alle die Kriege, die in Europa geführt werden, ineinander gemengt und zu einem einzigen geworden sind". Wieweit der offene Kampf sich auch außerhalb Europas zu einem wirklichen Weltkrieg ausdehnen sollte, das hing nun vor allem von Englands Haltung ab. England hatte während der „schwarzen Woche" geradeso wie Deutschland Vermittlungsmöglichkeiten gesucht und war nicht mit beim allerersten Aufmarsch. Sein Eintritt in die Handlung erschien statt dessen als eine Folge der ersten Kriegstat Deutschlands. Deutschland sah nämlich keine andere Möglichkeit, den Zweifrontenkrieg durchzukämpfen, als durch eine rasche Entscheidung in Frankreich, wozu Rußlands langsame Vorbereitungen anscheinend willkommene Zeit gaben; hierzu bot der Weg durch Belgien die einzige Möglichkeit, da die Wege weiter unten durch die französische Festungskette gesperrt waren. So kam es, daß Deutschland gegen Belgiens Willen diesen Weg nahm, unter Mißachtung seiner eigenen Bürgschaft für dessen Neutralität (ein „Papierfetzen"). Die englischen Staatsmänner konnten dieser Gelegenheit nicht widerstehen, für das Völkerrecht und die Freiheit der Kleinstaaten einzutreten, um so weniger, als es für England eine wirkliche Lebensfrage bedeutete: Belgien spielt kriegspolitisch die Rolle eines festländischen Aufmarschgebietes für England. Dieser selbständige Grund führte,

ehe der 4. August zu Ende ging, Englands Kriegserklärung an Deutschland herbei. In der Theorie ist dies ja eine freie Willenshandlung und ein neuer Auftritt im Schauspiel, abgesondert von dem ersten. In der Praxis aber war England offenbar gebunden durch seine eigenen Schritte während des letzten Jahrzehnts und durch die Lage selbst. Es konnte nicht stillsitzen, als die Dreiverbandsbrüder in äußerster Gefahr waren — und das wußten sie, als sie den Fehdehandschuh hinwarfen oder aufhoben. Wer durch die Oberfläche in das Wesen der Dinge blickt, erkennt auch in Englands Eintritt ein automatisches Glied des ersten Aufmarsches, nachdem es einen so hervorragenden Anteil an der Aufstellung genommen hatte.

Die volkstümliche Anschauung, nach der der ganze Weltkrieg wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam, ist bei der natürlichen Suche nach einem Sündenbock haften geblieben an der Fingerfertigkeit der Staatsmänner bei Eröffnung des Spieles; dabei fährt Deutschland schlechter als England. Der Gelehrte hingegen, der nur die Wahrheit sucht, kann nicht eine Frucht vom Baum oder einen Baum von seinen Wurzeln sondern; für ihn stehen vielmehr Aufmarsch und Aufstellung im Weltkriege in unauflöslichem Zusammenhang. Für ihn, der die schweren Wolken am Himmel sah, kam die Entladung auch nicht überraschend. So wird das Problem selbst zuletzt mehr ursächlich als sittlich bedingt, die Verantwortung mehr gemeinschaftlich als persönlich, das Ganze weniger Schuld als Schicksal.

3. **Die Ausbreitung.** Der Aufmarsch umfaßte sämtliche Großmächte, die aus dem allgemeinen europäischen Krieg vom Anfange des vorigen Jahrhunderts hervorgegangen waren. Von den jüngeren Großmächten stellte sich Japan zuerst ein mit einem Ultimatum an Deutschland, die Räumung Kiautschaus betreffend, und darauffolgender Kriegserklärung vom 23. August 1914. Der Schritt geschah „nach reiflicher und gründlicher Überlegung" mit dem Verbündeten England, aber im übrigen ohne jeden Anlaß im Bündnisvertrag. Es war in Wirklichkeit eine Rache für Deutschlands Einmischung in Japans Zwist mit China 1895 (s. S. 67 f.), dahinter aber lag zweifellos die Berechnung, jetzt, da alle europäischen Mächte die Hände gebunden

hatten, die Lage für die eigenen japanischen Pläne gegen China auszunutzen.

Japans Eintritt unterstrich in entschiedener Weise den planetarischen Charakter des Ringens. Inzwischen saß die letzte europäische Großmacht, Deutschlands und Österreich-Ungarns Verbündeter, Italien, still, mit der Begründung, daß Österreich-Ungarn den Krieg in absichtlichem Angriff und daher „im Widerspruch mit dem reinen Verteidigungszweck des Dreibundes" begonnen habe. Es konnte sich dabei auf Artikel IV des Vertrages berufen, der in solchem Falle eine „wohlwollende Neutralität" vorschrieb; aber es dauerte nicht lange, bis es auch die Erörterung über Artikel VII aufnahm, der eine anderweitige Entschädigung vorsah für jeden Fortschritt auf dem Balkan. Damit kam die Angelegenheit in ein böses Stadium.

Der tiefste Grund für Italiens politische Haltung bei diesem Ereignis ist in seiner Reichslage zu suchen (die langen Küsten, noch empfindlicher durch die daran entlanglaufenden Eisenbahnen) und seinem Reichsgebiet (Bedarf an Getreide und Kohle), die keinen Bruch mit England erlaubten. Aber zu diesen Hinderungsgründen gesellen sich wirkliche Kriegsziele auf Österreich-Ungarns unmittelbare Kosten nach den Irredenta- und Marenostroprogrammen (s. S. 30 u. 32). Das war noch eine der andauernden Zwistigkeiten in Europa, über die der Dreibund seine Decke politischer Berechnung geworfen hatte, und sie erwiesen sich auch stärker als die geschriebenen Vereinbarungen. Um den Verbündeten nicht zum offenen Feinde zu machen, bot Österreich-Ungarn später große eigene Opfer: die tirolische Irredenta, das Westufer des Isonzo, die Autonomie für Triest, die Aufgabe seiner Ansprüche in Albanien. Weiter konnte es nicht gehen; denn es konnte doch nicht die Herrschaft über die Adria ganz aufgeben und damit sein einziges nach dem Meere offenes Fenster selbst verschließen. Aber in heimlichen Verhandlungen (abgeschlossen am 26. April 1915) bot der Dreiverband mehr: das ganze Tirol bis hinauf zur Wasserscheide, das ganze Istrien mit Triest, die dalmatischen Inseln und wesentliche Küstenteile auf der gegenüberliegenden Seite, die Schutzherrschaft über Albanien, ferner die 12 ionischen Inseln mit einem Einflußgebiet in

Kleinasien und schließlich Entschädigungen in Afrika im Fall der Erwerbung der deutschen Kolonien. Dies Angebot enthielt Befriedigung aller italienischen Eroberungsprogramme auf einmal, eine Großmut auf Kosten anderer, mit der Österreich-Ungarn nicht wetteifern konnte. Also behielt der Dreiverband das letzte Gebot bei der Versteigerung. Da der Krieg sich auch als Ideenkampf entwickelte, trug die Zusammengehörigkeit der romanischen Kultur dazu bei, Italien auf die Seite Frankreichs zu führen. Am 23. Mai 1915 ging Italien mit offener Kriegserklärung gegen Österreich-Ungarn ins Lager des Dreiverbandes über, der am 5. September 1914 zu einem untrennbaren Kriegs- und Friedensbund gefestigt worden war.

So zerbrach der Dreibund, nachdem er ein Menschenalter hindurch den Weltfrieden und die wirklichen Interessen der Teilnehmer geschützt hatte. Die Maschinennaht auf der italienischen Seite löste sich bei der ersten wirklich ernsten Spannung. Es blieb der Kern; das Bündnis von 1879, und die gemeinsame Not rief hier einen so vertraulichen Zusammenhalt hervor, daß der Gedanke einer engeren sogar staatsrechtlichen Gemeinschaft zwischen Deutschland und Österreich in Erwägung gezogen wurde (Naumanns „Mitteleuropa" 1915). Zugleich aber bot sich ein Ersatz für Italien in der natürlichen Entwicklungsrichtung nach Südosten. Am 12. November 1914 hatte sich die Türkei offen auf die Seite Mitteleuropas gestellt, und ein paar Tage später wurde über die ganze mohammedanische Welt hin der „heilige Krieg" gegen Rußland, England und Frankreich erklärt; die Aufsage der Eintragungen im türkischen Reich (der „Kapitulationen", der französischen „Schutzherrschaft über die Christen", der Ausnahmestellung der Christen auf dem Libanon) war die unmittelbare Folge. Die Frucht der deutschen zielbewußten Staatskunst reifte hier in einem neuen Dreibund, auf organischer Grundlage, gegen gemeinsame Feindesfronten, im „größeren Mitteleuropa" (Jäckh), von der Elbe bis zum Euphrat, das den Großdeutschen lange im Sinn gelegen hatte.

In dem großen Programm gab es indessen eine gefährliche Lücke, solange Serbien im Feindeslager stand und Bulgarien seine Neu-

tralität aufrecht erhielt. Nach diplomatischer Abrechnung mit der Türkei war jedoch Bulgarien bereit, Rache für den Balkankrieg zu nehmen: am 14. Oktober 1915 schleuderte es seine Kriegserklärung gegen Serbien, und nun ging die Prüfung über das Land, das die Fackel des Krieges entzündet hatte. So wurde eine anscheinend feste Brücke zwischen den Mittelmächten im Norden und Süden gebaut. Als der erste „Balkanzug" von Berlin im Januar 1916 in Konstantinopel anlangte, schien der Plan gesichert — der Riegel, der seit dem Mittelalter zwischen Europa und der Levante gelegen hatte, schien endgültig fortgeschoben und die Türkei im festen politischen Zusammenhang dem europäischen Kulturkreis eingeordnet. Das „größere Deutschland" aber, als Führer im Bunde, stand scheinbar in planetarischer Ebenbürtigkeit den feindlichen Weltmächten gegenüber.

Hiermit war indessen die Mächtevereinigung auf dieser Seite endgültig abgeschlossen. Die beiden Großmächte und die beiden Kleinstaaten blieben bis zum Schluß zusammen im Bund der „Mittelmächte". Keiner von den übrigen germanischen Staaten Europas nahm offen Partei für den Führer der Rasse, gewiß auch keiner gegen ihn, sie blieben alle neutral. Dagegen erfolgte 1916 ein weiterer Zusammenschluß der romanischen Rasse auf der Gegenseite, indem Portugal am 9. März und Rumänien am 27. August dort eintraten; nur Spanien erwies sich unzugänglich bis zum Kriegsschluß. Bei Portugal (Kriegserklärung von Deutschland, als Antwort auf die herausfordernde Beschlagnahme deutscher Schiffe in portugiesischen Häfen) ist wohl die altüberlieferte Vasallenstellung zu England als entscheidend zu betrachten. Bei Rumänien muß man wieder die kulturelle Anziehungskraft feststellen. In diesem Problem, das wichtiger und verwickelter als das portugiesische ist, kehren überhaupt die Bestandteile des italienischen von 1915 wieder, nicht nur in der doppelten Irredenta (Beßarabien auf russischer, Siebenbürgen und Ostungarn auf österreichischer Seite), sondern auch das völkerrechtliche Band zu den Mittelmächten (Bündnis seit 1883). Das Eigentümliche und Heikle in Rumäniens Fall ist seine Lage auf dem Wege Rußlands nach Konstantinopel und auf dem der Donaumonarchie gegen die

Flußmündung im Schwarzen Meer. Dieser Zwiespalt in den tatsächlichen Voraussetzungen schien die Neutralität zu bedingen, während die Überlieferungen und das Herrscherhaus der Hohenzollern wenigstens den Bruch mit den Mittelmächten hindern mußte. Aber alles dies wog zuletzt zu leicht gegenüber dem Zug des Gefühls nach Paris im Verein mit dem Glauben an die Lockungen der Gegenseite, die größeren Gewinn auf Österreich-Ungarns Gebiet versprach. So erlebte die Welt einen weiteren Abfall von beschworenen Verpflichtungen, 15 Monate nach dem Italiens. Aber hier folgte die Strafe auf dem Fuße. Ehe das Jahr zu Ende war, hatten die Mittelmächte Rumänien so gut wie ganz in Besitz genommen, wie vorher Serbien. So kam die Donau endlich in einen einheitlichen politischen Zusammenhang, Mitteleuropa hatte seine große Verkehrsader erlangt und war zugleich um eine sehr nötige Kornkammer bereichert.

Zu dieser Zeit schien das Waffenglück einen Ausbau an anderer und äußerst wichtiger Stelle möglich zu machen. Im November 1916 erklärten Deutschland und Österreich-Ungarn das eroberte russische **Polen** zu einem selbständigen Staat, während Österreich-Ungarn seinem Galizien die Autonomie gab. Natürlich war die Meinung, daß der neue Staat in Mitteleuropa aufgehen sollte. Aber seine Neugestaltung ließ auf sich warten; Unentschlossenheit und Mißtrauen der Befreier ließ sie auf verhängnisvolle Weise die Zeit versäumen, und im Kriege nahm Polen niemals selbständig an ihrer Seite teil.

Als das Jahr 1917 begann, stand der Siegesstern hoch über dem Mittellager. Während Polen und große angrenzende Teile Rußlands im Osten und Serbien-Montenegro-Rumänien im Süden besetzt waren, hatten die Mittelmächte im Westen Belgien-Luxemburg und ein gutes Stück des nordwestlichen Frankreichs in Besitz. Die Kriegskarte ergab auf den verschiedenen Fronten einen Gewinn von 600 000 qkm. Dagegen hatten sich die Hoffnungen auf die auseinanderstrebenden Kräfte im Britischen Reich als trügerisch erwiesen; sie beschränkten sich auf leicht niedergeworfene Bewegungen in Südafrika im Oktober 1914, in Indien im Frühjahr und Herbst 1915 und in Irland im April 1916. Deutschlands eigene Kolonien waren zum

größten Teil verloren. Schon in den ersten Monaten des Krieges hatte Neuseeland Samoa besetzt, Australien Neuguinea mit den zugehörigen Inselgruppen, Japan die übrigen Besitzungen im Stillen Ozean und Kiautschau, England Togo in Afrika, im Sommer 1915 eroberte die südafrikanische Union das deutsche Südwestafrika, und anfangs 1916 war auch Kamerun den deutschen Händen entrissen, so daß sich nur noch Deutschostafrika verteidigte. Schon vor Ende 1914 war auch das Weltmeer so gut wie ganz reingefegt von deutschen Schiffen und Deutschland selbst vom Weltmarkt abgeschlossen (durch die englische Nordseesperre vom 5. November 1914). Daß diese Blockade sich auch auf die neutralen Staaten in Skandinavien erstreckte, bekümmerte die Herren des Meeres ebensowenig wie die verbürgte Neutralität Belgiens vorher Deutschland.

In dieser buchstäblichen Lebensgefahr griff Deutschland nun, mit gleicher Mißachtung alten Völkerrechts, zur Unterseebootswaffe. Schon im Februar 1915 begann eine Einkreisung Englands zur See mit einer Kette deutscher U-Boote, die es auf seinen Handel abgesehen hatten und in rücksichtsloser Tat seine Flotte zu vermindern streben. So richtete sich die Blockadewaffe gegen England selbst. In größerer Gefahr hat es nie geschwebt. Das Meer, sein Verbündeter und Schutzengel von Anbeginn, schien Verrat zu üben — die Insellage, sein eigentlicher Sicherheits- und Stärkegürtel, offenbarte sich als eine unerhörte Schwäche. Hätte diese Blockade völlig wirksam gemacht werden können, wäre es mit seiner Volkswirtschaft vorbeigewesen, die sich vom Gesetz der Autarkie offen losgesagt hatte. In dieser Schicksalsstunde rettete England sein angelsächsischer Bruder jenseits des Meeres, die Vereinigten Staaten. Blut erwies sich hier als dicker denn Wasser, der angelsächsische Kulturkern stärker als der deutsche (und irische) Einschlag in der Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Amerika. Ihr Anschluß an England im entscheidenden Wendepunkt des Weltkrieges scheint das größte Beispiel in der Weltgeschichte für das Übergewicht der Gefühle über die Interessen in der Politik zu sein. Denn die politischen Wirklichkeiten wiesen die Vereinigten Staaten unverkennbar zur Neutralität — wenn nicht

geradezu an Deutschlands Seite — solange England Herr des Weltmeeres ist und das Bündnis mit Japan aufrechterhält, dem einzigen wirklichen Feind der Vereinigten Staaten. Gewiß waren die Vereinigten Staaten auch an Englands Sieg beteiligt, seitdem sie sich ihm in wirtschaftlicher Hinsicht stark verbunden hatten (s. S. 224). Außerdem war ihnen Deutschlands antidemokratische Regierung ein Dorn im Auge, man wollte „make the world safe for democracy". So wirkten Kapitalismus und Demokratie auf angelsächsischem Boden zusammen zu dem Entschluß, der für den Krieg entscheidend wurde.

Die Vereinigten Staaten haben lange überlegt. Durch störende Einwirkung auf die amerikanischen Verbindungen mit England war der U-Bootkrieg von Anbeginn den Vereinigten Staaten verhaßt, und im Frühjahr 1916 kam schon ein offener Bruch mit Deutschland in Sicht. Deutschland wich diesmal aus. Aber als seine zur Versöhnung ausgestreckte Hand (Friedensangebot im Dezember 1916, s. S. 184) mit übermütigem Spott abgewiesen wurde, und da Englands Blockade — die ja als Gegenstoß den U-Bootkrieg erzeugte — immer härtere Formen annahm, glaubte es endlich keine Rücksicht mehr schuldig zu sein und erklärte am 31. Januar 1917 das Meer um alle feindlichen Länder für gesperrt und gab den U-Booten Befehl, alle Schiffe ohne weiteres als Blockadebrecher zu versenken, die sich im Sperrgebiet zeigten. Die Antwort auf diesen gewaltsamen Vorstoß kam unmittelbar von den Vereinigten Staaten; im Februar brachen sie ihre diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab, und am 5. April 1917 gesellte sich die einzig übrige Großmacht der Welt zu den Kriegführenden der Gegenseite.

Das gab den Anstoß zu einem ganz neuen Aufmarsch gegen die Mittelmächte; viele Staaten erklärten ihnen den Krieg oder stellten den diplomatischen Verkehr ein. Im Frühjahr 1917 konnte Deutschland daher acht weitere amerikanische Feinde zählen (unter ihnen Brasilien), und in den letzten Monaten dieses Jahres noch fünf mehr, so daß von den bemerkenswerteren Gliedern dieses Staatensystems nur Argentinien und Chile sowie Mexiko neutral blieben; ein Versuch Deutschlands, Mexiko auf seine Seite zu ziehen auf Grund

des gespannten Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten, war zu Neujahr 1917 gescheitert. Von größerer Bedeutung war, daß auch China nunmehr (August 1917) veranlaßt wurde, Partei zu ergreifen, sehr gegen die Stimmung seines Volkes, aber verlockt durch wirtschaftliche Vorteile (erlassene Entschädigungssummen aus dem Boxerkrieg, erhöhte Zölle) und durch die Aussicht auf Rückhalt gegen Japan. Fügt man Liberia, Siam und Griechenland hinzu (Mai—Juli 1917) — letzteres wurde geradezu durch eine Aushungerungspolitik in den Verband hineingezwungen —, so war die Zahl der Feinde zuletzt 28 Staaten, davon 6 Großmächte.

Zusammen umfaßte dieser Block nahezu 100 Millionen qkm und 1,200 Millionen Menschen, drei Viertel der Menschheit und zwei Drittel des festen Landes auf der Erde, aber mit Einrechnung des Meeres über neun Zehntel des ganzen Menschensterns. Auch wenn große Teile davon nicht als tätige Teilnehmer am Kriege in Betracht kommen, bleibt der Unterschied noch groß gegen das Lager der Mittelmächte, dessen Anteil an der Menschheit (160 Millionen) nur 9%, von der Festlandsmasse (5,7 Millionen qkm) 4% und an der Erde 1% war. Zwischen ihnen, außerhalb des Streites, standen also 15% der Bevölkerung und 30 (8)% der Erde. Daß die Ansammlung auf der Gegenseite so groß werden konnte, erklärt sich zu nicht geringem Grade aus seiner psychologisch und technisch überlegenen Werbearbeit (in drei Richtungen, „Prestige, Verleumdung, Idealisierung", Hiltebrandt), durch welche die imperialistischen Ziele der eigenen Seite verschleiert und der Krieg dargestellt wurde als reiner Kreuzzug gegen den vielköpfigen Drachen des Militarismus, der Autokratie und der Barbarei. Mit dieser Täuschung wurde auch der Endsieg errungen.

4. **Die Abwicklung.** Die Marneschlacht im September 1914 verschloß Deutschland die Aussicht, mit jedem Feinde einzeln abzurechnen und legte ihm die Last des Zweifrontenkrieges ohne Milderung auf. Damit war schon zu Anfang die Voraussetzung für einen schnellen Verlauf des Feldzuges vorbei. Der diplomatische Kampf für den Frieden wurde lahmgelegt durch die zutagetretende Schwäche der „kosmopolitischen Tendenzen" der Zeit, die Ruedorffer (1914)

dargestellt hat. Angesicht der großen Probe entschieden sich Kirche und Pazifismus, Kapital und Sozialismus mit gleicher Bereitwilligkeit fast ausnahmslos für ihre jeweiligen Heimatländer. Erst viel später wurden von solcher Seite ernste Bemühungen zur Vermittlung gemacht, aber die nach Stockholm im Frühjahr 1917 anberaumte Friedenskonferenz auf sozialistische Einladung hin verlief im Sande und der Aufruf des Papstes mit dem gleichen Ziele vom selben Jahre verklang in der Luft. Nicht einmal beim Abschluß des großen Schauspiels haben diese Kräfte irgendeine hervorragende Stellung eingenommen.

Der Krieg, den die Staaten begonnen hatten, mußte also von ihnen selbst beendet werden. Den ersten Schritt unternahmen die Mittelmächte am 12. Dezember 1916, auf der Höhe des Sieges, da der Schritt also nicht als Schwäche ausgelegt werden konnte. Gleich danach, am 21. Dezember (in einem noch nicht ganz aufgeklärten Zusammenhang), bot Präsident Wilson von seiten der Vereinigten Staaten seine Vermittlung eines für beide Teile ehrenvollen Friedens an. Die einzige neutrale Großmacht hielt also die Zeit für gekommen, in der Rolle hervorzutreten, zu der sie ausersehen schien. Dieser Schritt hatte als Ergebnis eine erste amtliche und etwas genauere Kriegszielerklärung des Verbandes (12. Januar 1917). Man stellt sich hier auf moralische Grundlage; der Frieden soll „Bestrafung, Schadenersatz und Bürgschaften" („sanctions, réparations, garanties") enthalten. Innerhalb dieses Rahmens sollte dem Nationalitätsprinzip Rechnung getragen werden, so daß Österreich-Ungarn in Stücke zerfallen, ferner das Elsaß an Frankreich zurückkommen und die Türkei aus Europa vertrieben werden sollte, während man auf der anderen Seite mit dem Versprechen Rußlands rechnete, Polen freizugeben. Aber als notwendige Voraussetzung für das Ganze und als Sicherheit für die Zukunft mußte der „preußische Militarismus" niedergeschlagen werden, unter welcher Formel sich offenbar unbegrenzte Forderungen gegen Deutschland verbargen.

In die Augen fällt die Unbestimmtheit dieser Erklärung sowie die Bedrohung des Daseins der Feinde schlechthin. Hier ist nichts von der Selbstbeherrschung in den Friedensschlüssen Bismarcks zu spüren,

in denen durch Verständigung ein erträgliches Verhältnis für die Zukunft erstrebt wurde; Haß und Rache führen das Wort. Selbstverständlich konnten die Mittelmächte sich diesen bösen Worten nicht anvertrauen, um so weniger, als sie ihre große Karte noch in Händen hatten, den uneingeschränkten U-Bootkrieg. So hatte der Friedensversuch nur dazu gedient, die gähnende Kluft zwischen den Gegnern zu zeigen. Deutschland spielte seinen Trumpf aus, und der amerikanische Vermittler ging offen ins Feindeslager über (s. S. 182).

Nun entstand der Gedanke, den Friedenswillen der deutschen Regierung in der Dezemberbotschaft mit dem Siegel des Reichstages zu bekräftigen, und zwar in sehr entgegenkommender Form. Also kam es zu der Resolution vom 19. Juli 1917 zugunsten eines Friedens der „Verständigung und wahrhaften Völkerversöhnung“, unter Ablehnung aller erzwungenen Eroberungen und politischen, wirtschaftlichen oder finanziellen Gewaltmaßnahmen; die einzigen Voraussetzungen waren die „Freiheit des Meeres“ und der „Wirtschaftsfriede“, d. h. kein wirtschaftlicher Ausschluß vom Markt nach dem Kriege. Die Entschließung wurde im Oktober vom auswärtigen Minister Österreich-Ungarns erweitert in Richtung auf „internationale Weltabrüstung“ nach Friedensschluß. Man merkt den versöhnlichen Geist Bismarcks in diesen Kundgebungen gegenüber der feindlichen Gewaltandrohung. Vor Jahresschluß sollte die Friedensfrage auch noch von anderer Seite aufgenommen werden. Am 28. November 1917 richteten die „Volksbeauftragten“ Lenin und Trotzky im Namen Rußlands einen telegraphischen Vorschlag an alle Kriegführenden, in Unterhandlungen zu treten über einen Frieden „ohne Entschädigungen und Eroberungen, auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker“. Sie selbst waren bereit, die praktischen Folgerungen zu ziehen: die Loslösung der Randvölker an der Europagrenze von Rußland, also nicht nur Polens, Litauens und Finnlands, sondern auch die der baltischen Provinzen und der Ukraine anzuerkennen. So kam es, daß der siegreiche Feind die neue Formel für den Weltfrieden gutheißen konnte, während es nicht der Fall war bei den Verbündeten im Verband.

Auf seine Kriegsziele fiel nun endlich ein helles Licht durch die Enthüllungen der neuen russischen Regierung aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes. So erfuhr die Welt, daß der Verband unter sich geheime Abkommen über umfangreiche Eroberungen abgeschlossen, daß Rußland schon im März 1915 Konstantinopel und die Meerengen und im Februar 1917 ganz Armenien mit den umliegenden Landstrichen gefordert, daß England sich bei derselben Gelegenheit Südmesopotamien (mit Bagdad) und die syrischen Häfen Haifa und Akka hatte zusichern lassen, während Arabien „unabhängig" und Palästina „einer besonderen Verwaltung" unterstellt werden sollte, daß Frankreich noch im Januar 1917 außer Elsaß-Lothringen „eine Sonderstellung im Saargebiet" und die Loslösung des ganzen linken Rheinufers von Deutschland verlangt und daß Rumänien sich im August 1916 Siebenbürgen, den Banat und die Bukowina ausbedungen hatte. Den Preis für Italiens Übergang ins Verbandslager kennen wir schon (s. S. 177). Dies Programm eignet sich auf geopolitischem Gebiet zur Erläuterung der Erklärung vom 12. Januar 1917, ist aber von keiner Deutungskunst unter die Formel „keine Eroberungen" zu bringen, weshalb die Antwort des Verbands (zu Neujahr) nur eine Ablehnung sein konnte.

Bei einem der Verbandsmitglieder — das frei war von einschränkenden Beziehungen — sollte jedoch das neurussische „Sesam" für den Weltfrieden einen ernsthaften Widerhall hervorrufen. In diesem Zusammenhang trat nämlich Wilson hervor mit seinen berüchtigten „14 Punkten" vom 8. Januar 1918 als einem wirklichen Friedensentwurf. Die Grundlagen sind folgende: Abschaffung der heimlichen Diplomatie, Freiheit des Meeres, „gleiche Handelsbedingungen" für alle Völker, Einschränkung der Rüstungen und ein „Völkerbund" zum Schutze des wahrhaften Friedens, ferner „ganz unparteiische Regelung" aller Kolonialfragen, Räumung aller von Deutschland besetzter Gebiete (vor allem Belgiens), „Gutmachung der Rechtsverletzung" gegen Frankreich 1871, Übergang der Irredenta an Italien, Autonomie für die Fremdvölker in Österreich-Ungarn und der Türkei unter Bewahrung der staatlichen Oberhoheit, Öffnung der

Dardanellen und Errichtung eines polnischen Nationalstaates mit freiem Ausgang zum Meere. Man sieht, daß dieses Programm Deutschland seiner Zukunft als Weltmacht beraubt und in gewissen Punkten (Lothringen, Polen) sogar in seinen Gebietsbestand einschneidet; aber an sich schließt es nicht die Möglichkeit eines selbständigen Daseins als Großmacht zweiten Ranges aus, sowie es ausdrücklich Österreich-Ungarns Unverletzlichkeit verbürgt, es unterscheidet sich also wesentlich vom europäischen Verbandsprogramm, hinter dem man einen „Vernichtungsfrieden" erkennen muß.

Die Zeit, über das Angebot Amerikas nachzudenken, war indessen für die Mittelmächte noch nicht gekommen. Der Sonderfrieden mit Rußland war in Sicht, und um ihn wurde nun in Brest-Litowsk verhandelt, wobei die selbständige Ukraine als zweiter Teilnehmer auf feindlicher Seite saß. Am 9. Februar 1918 wurde der Friede mit der Ukraine auf Grundlage des Statusquo unterzeichnet, in Hoffnung auf große Ausbeute aus dieser östlichen Kornkammer. Die Verhandlungen mit Großrußland gingen langsamer; sie wurden offen geführt, nach Wilsons Rezept, und gaben so dem Feinde (Trotzky) Gelegenheit zu revolutionärer Hetze. Deshalb mußten sie abgebrochen werden und die Geschütze noch einmal sprechen, ehe der Friede wirklich zustande kam, nun als Gewaltfriede und unter Vorbehalt des Gegners, am 3. März 1918. Sein wesentlicher Sinn ist, daß der ganze unrussische Grenzgürtel gegen Europa vom russischen Reich abgetrennt wird, gemäß dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker. Daß die Idee hinsichtlich des Verhältnisses der befreiten Randvölker zu den Mittelmächten ziemlich trügerisch bleiben würde, war nach der Sachlage klar; Kurlands folgende „Personalunion" und Litauens „ewiges Bündnis mit Deutschland" waren kaum etwas anderes als schlecht verhüllte Eroberungen. Livland und Estland blieben geradezu besetzt, besondere Unternehmungen in Finnland und der Ukraine verknüpften diese selbständigen Staaten eng mit dem deutschen System, und die freie Errichtung Polens stieß immer noch auf Hindernisse im „Hinblick auf Preußens militärische Sicherheit". Dagegen enthielt der Friede nicht den geringsten Eingriff in die physi-

schen oder wirtschaftlichen Lebensbedingungen des eigentlichen russischen Volkes. Gemäß dem Programm forderte der Sieger nicht einmal eine Kriegsentschädigung, sondern nur Schadenersatz für „Privatverluste", die später (im August) auf 6 Milliarden Mark festgesetzt wurden. Als eine natürliche politische Folge dieses Friedensschlusses mußte sich auch das abgesonderte Rumänien nun ergeben im förmlichen Frieden vom 7. Mai, der es unter die wirtschaftliche Vormundschaft der Mittelmächte stellte (u. a. ein 30jähriges Gesellschaftsmonopol auf sein Petroleum), aber sonst keine Kriegsentschädigung und auch keine wesentlichen Gebietsänderungen erzwang. Rumänien mußte Österreich-Ungarn eine bessere strategische Grenze in den Bergen geben und die nichtrumänische Dobrudscha abtreten, mit der Aussicht, dafür seine nationale Irredenta in Beßarabien wiederzugewinnen.

Diese Friedensschlüsse im ersten Halbjahr 1918 enthalten das Siegesprogramm der Mittelmächte auf der Ostfront, eine Ausdehnung des Einflußgebietes von Mitteleuropa um nicht weniger als 1,7 Millionen qkm und über 60 Millionen Menschen. Der Form nach verteilte sich das Gebiet auf eine Reihe mehr oder weniger organisierter und innerlich gleichartiger Nationalstaaten, drei größere (Ukraine, Polen, Finnland) und drei oder vier kleinere (Litauen, Kurland, Estland und Livland oder „Großlivland") sowie das alte Rumänien. Ihrem Ursprung nach war diese Staatenabsonderung aus dem alten russischen Reich aus sich selbst begonnen, aus eigener Kraft der Nationalitäten, als die Staatsmacht durch die Märzrevolution 1917, die den Zaren stürzte, gelähmt war. Sie reifte in der neuen Revolution vom November desselben Jahres, die ja das volle Recht der Völker gegenüber dem Staat verkündigte. Nach dem Abfall der fremdartigen Bestandteile erschien Rußland selbst dahinter als ein weit reinerer Nationalstaat als früher. Die ganzen Ereignisse stellen sich also als Sieg der die Zeit beherrschenden Nationalitätsidee dar. Sie begegnete auf der anderen Seite dem großdeutschen Drang nach Ausdehnung und dem planetarischen Bedürfnis nach Gleichgewicht. Bedenkt man ferner, daß die russische Herrschaft über die Randvölker im Grunde ein Übergriff einer niedrigeren Kultur in eine höhere war, so liegt

das Ergebnis offenbar in der rechten Richtung: Europa, endlich befreit von der „Kosakengefahr", nahm seine eigene Irredenta wieder in die wirkliche Kulturgrenze zurück.

Aber wenn die Ausdehnung der Mittelmächte nach Osten so vom Standpunkt einer höheren Aufgabe betrachtet werden kann, so kann dies gewiß nicht von der Westfront gesagt werden. Was war dort ihr Ziel? Das Angebot vom Dezember 1916 (s. S. 184) wurde niemals öffentlich näher erläutert; unter der Hand geschah es jedoch Wilson gegenüber, und wir wissen nun, daß es eine deutsche Grenzerweiterung über Luxemburg und das französische Erzgebiet bei Longwy-Briey enthielt, sowie Kriegsentschädigung und Bürgschaften bei der Wiederherstellung Belgiens, worunter in erster Linie eine verbesserte Stellung des germanischen (flämischen) Bestandteiles im Staate zu verstehen ist. Das Kriegsglück hatte also auch hier zum Teil ein Eroberungsprogramm erzeugt, das bescheiden gegenüber dem der Gegenseite erscheint (s. S. 186), aber auf jeden Fall einen Endsieg für die Durchführung voraussetzte.

Die Aussicht auf Sieg schien nun auch größer denn je, nachdem die Mittelmächte durch Rußlands Zusammenbruch den Rücken freibekommen hatten und nun beide Arme zur Entscheidung im Westen gebrauchen konnten. Zwei Umstände glichen aber diese Gunst der Lage aus. Einerseits war das neue Staatensystem im Osten noch in solcher Gärung, daß es große Truppenmassen band. Andererseits zeigte es sich, daß der militärische Einsatz der Vereinigten Staaten rascher und stärker erfolgte, als irgend jemand hatte berechnen können; sie schufen mit einer unvergleichlichen Kraftentfaltung ein Riesenheer, sandten es über das Meer, gleichzeitig erfüllt von der Leidenschaft des Sportsmannes wie der des Kreuzfahrers. Gegenüber dieser frischen und großen Übermacht scheiterte endlich sogar Hindenburgs Feldherrnkunst. Im Juli 1918 trat der Umschwung im Drama ein, Deutschlands Heere mußten aus ihren Stellungen in Frankreich weichen. Als dann im September die Botschaft kam, daß Bulgarien plötzlich den Kampf aufgegeben und der Feind so politisch die ganze Aufstellung durchbrochen hatte, da fiel mit einem Schlage, in einer Art körperlichem

Zusammenbruch, die Widerstandskraft des deutschen Volkes hinter der Front in sich zusammen. Am 5. Oktober, noch mit einem unbesiegten Heer auf feindlichem Boden, wandte sich Deutschland (im Einverständnis mit den übrigen Bundesgenossen) an den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte um seine Vermittlung von Waffenstillstand und Frieden. Als Grundlage für den Frieden erklärte man sich bereit, die „14 Punkte“ zugleich mit seinen später hinzugefügten Punkten (zuletzt am 27. September) anzunehmen.

Wir kennen schon den Inhalt der ursprünglichen Punkte. Die Zugaben waren von großherzigem Rechtsgefühl getragen, indem sie alle „Sondermaßstäbe“ bei der Auslegung der Friedensbedingungen sowie alle „Sonderinteressen der Gewalt“, „Sonderübereinkommen gewisser Gruppen“ und „selbstsüchtige wirtschaftliche Vereinbarungen“ ablehnten. Durch Annahme dieser Vorschläge gab also Deutschland die Macht verloren, aber nicht die Ehre und das Leben (s. S. 187). Aber jetzt zeigte es sich, daß der Feind nicht länger geneigt war, auch nur den Schatten eines Verständigungsfriedens zu bewilligen. Als Bedingungen für den Waffenstillstand forderte man im Namen des „Antimilitarismus“ Entwaffnung und im Namen der Demokratie eine Umwandlung der Staatsform selbst. Die Behandlung Österreich-Ungarns war noch ungehemmter in ihrer fürchterlichen Einfachheit; unter Aufgabe der hierhergehörigen Punkte unter den 14 wurde die Auflösung der Monarchie (Anerkennung der vollständigen Unabhängigkeit des tschechischen und südslawischen Volkes) schlechthin zur Friedensbedingung gemacht. Als Wilson am 6. November die Annahme der 14 Punkte durch seine Verbündeten meldete, ergab sich, daß auch die „Freiheit der Meere“ fortgefallen war, und daß mit den „gleichen Handelsbedingungen“ nicht sehr zu rechnen war. Nachdem Österreich-Ungarn sich am 27. Oktober in alles gefügt hatte — in besonderem Vorgehen, das die Auflösung des deutsch-österreichischen Bündnisses bedeutete, nachdem es 39 Jahre lang die stärkste Wirklichkeit des Staatensystems gewesen war —, blieb auch Deutschland, mit der lodernden Revolution hinter der Front, nur die unbedingte Übergabe übrig. Am 11. November 1918 unterzeichnete man den Waffenstillstand, womit

der Weltkrieg nach vier Jahren und drei Monaten in seinem unheimlichen Gang innehielt.

So ging zuletzt für Deutschland, der Hauptgestalt des Weltkrieges, durch das Zusammenwirken der feindlichen Übermacht, der Schwäche der Verbündeten und der eigenen politischen Verblendung alles verloren.

5. **Der Frieden.** Das Friedensangebot der Mittelmächte von 1916 und die Friedensschlüsse im Osten 1918 kennzeichnen ihr Siegesprogramm; nun war die Zeit für die siegenden Verbandsmächte gekommen, in völliger Freiheit das ihrige zu entwickeln.

Schon die Waffenstillstandsbedingungen wirkten vollständig lähmend. Sie enthielten vorerst die völlige Unschädlichmachung der Besiegten (Demobilmachung, Auslieferung der hauptsächlichsten Kriegsmaterialien zu Lande und zu Wasser, Räumung aller besetzten Gebiete in so kurzer Frist, daß große Vorräte aufgegeben werden mußten, Aufgabe des ganzen linken Rheinufers und Festsetzung einer meilenbreiten neutralen Zone auf dem rechten Ufer), legten ferner schwere Lasten auf (Lieferung großer Massen Eisenbahnmaterial und anderen Fuhrwerks, Unterhalt einer Besatzungsarmee im Rheinland) und bezweckten schließlich einen psychischen und physischen Druck, indem sie die Kriegsgefangenen einseitig zurückbehielten und die Blockade fortsetzten, auch nachdem die geschlagenen Völker von ihren Kornkammern in Ungarn, Rumänien und Rußland abgeschnitten waren. Selbstverständlich wurde das ganze Friedenswerk im Osten aufgehoben. Der Vertrag wurde im Anfang nur auf je einen Monat geschlossen, um die Schraube bei den Erneuerungen weiter anziehen zu können; so wurden im Januar 50000 Ackerbaumaschinen eingefordert und Deutschland nur Lebensmittelzufuhr zugesichert gegen Auslieferung seiner ganzen Hochseehandelsflotte.

Auf diese Weise verbrachte Deutschland ein halbes Jahr gleichsam in Untersuchungshaft (W i e s e r), während der Verband inzwischen die endgültigen Friedensbedingungen unter sich erörterte. Das geschah auf einem Friedenskongreß in V e r s a i l l e s von 27 Mächten, darunter 12 amerikanischen und 4 asiatischen; die 5 siegreichen Großmächte bildeten darin den „Obersten Rat", der in aller Heimlichkeit die entschei-

denden Beschlüsse faßte, und Wilson selbst nahm daran als Vertreter der Vereinigten Staaten teil trotz des schneidenden Widerspruchs zu seinem 1. Punkt (s. S. 186). Der Kongreß begann seine Arbeiten Mitte Januar 1919. Sie verteilten sich auf zwei Gebiete. Das eine war die Errichtung einer höheren Organisation über den großen und kleinen Mächten, eines „Völkerbundes“, der künftig den Krieg unmöglich machen sollte, Wilsons großer Gedanke, der letzte seiner 14 Punkte. Er sollte verwirklicht werden ohne alle Verbindung mit den Besiegten, auch die neutralen erhielten nur einen sehr begrenzten Einfluß. Der Vorschlag wurde Mitte Februar vorgelegt und am 28. April angenommen, um dann (nach durchaus platonischer Erörterung mit den Gegnern) den Friedensverträgen einverleibt zu werden. Das zweite Gebiet betraf Deutschlands Schicksal. Hier durfte Deutschland, im letzten Aufzug, ein wirkliches Wort mitsprechen, nachdem die Sieger zur Einigkeit gekommen waren. Ende April, als die Arbeit am Völkerbund beendet war, kamen also die Unterhändler Deutschlands auf Einladung nach Versailles, und am 7. Mai wurde ihnen der Friedensvertrag vorgelegt in 440 Artikeln mit ungezählten Zusätzen, anzunehmen innerhalb 15 Tagen.

Nun erloschen die letzten Hoffnungen Deutschlands und der Menschheit auf einen Verständigungsfrieden. Bis zuletzt hatte man den Wahn zu hegen versucht, daß die Raserei der Feinde sich in den Waffenstillstandsbedingungen ausgetobt hätte, so daß die 14 Punkte, soweit möglich, als Grundlage des Friedens wiederhergestellt würden. Es blieb Deutschland noch die Erfahrung übrig, daß ein Volk, welches die Waffen fortgeworfen und sich selbst entmannt hatte, weder Gerechtigkeit noch Gnade zu erwarten habe. Das Versprechen der Sieger sollte sich ebenso wertlos erweisen wie jener „Papierfetzen“, auf dem sich Deutschland einst als Bürgen für Belgiens Neutralität unterzeichnet hatte.

Schon als die Grundlinien des Eroberungsfriedens der Verbündeten bekannt wurden, knüpften sich daran böse Ahnungen (s. S. 184), aber ihre praktische Anwendung übertraf nun auch die schlimmsten Erwartungen. Die Geschichte der Christenheit kennt kein Gegenstück

zu diesem folgerichtig durchgeführten Programm, die Lebensquellen eines großen Kulturvolkes zu erforschen und sie alle zu unterbinden. Es ist die gleiche Methode, mit der einst das alte Rom den Wettkampf Karthagos brach: die Abschnürung vom Weltmarkt. Die Folgen mußten nur sehr viel schwerer für einen Industriestaat im 20. Jahrhundert sein, in dem ein großer Teil der Bevölkerung unmittelbar und ausschließlich vom Weltmarkt lebt, besonders wenn gleichzeitig der Raum daheim auf alle Art eingeschränkt und ringsum beschnitten wird. Ein solcher Friede mußte nicht nur politische Vernichtung für den Staat und vollständigen Zusammenbruch für die Volkswirtschaft bedeuten, sondern auch physischen Tod oder Landesflucht für große Volksteile.

Wir wollen nun sehen, wie die tatsächlichen Friedensbedingungen in diesem großen Leitgedanken zusammenlaufen. Die Abschnürung vom Weltmarkt wird vor allem erreicht durch: 1. endgültige Auslieferung der gesamten Seeschiffe (über 1600 Tonnen) und starke Verminderung der übrigen, verbunden mit zwangsweisem Bau neuer Tonnage für die Sieger fünf Jahre lang, 2. Aufgabe sämtlicher Kolonien, 3. Auflösung alles Privateigentums, aller Forderungen, Konzessionen usw. in den Ländern der Feinde und Verbündeten, wodurch die Früchte der unerhörten Anstrengung eines Menschenalters (z. B. die Bagdadbahn) im wesentlichen verloren gehen, 4. Ausscheiden aus dem Weltkabelnetz, wodurch die Möglichkeiten selbständigen Verkehrs aufhören. Damit ist Deutschlands Stellung als Weltmacht endgültig vernichtet, es fällt aus dem Wettkampf um den Welthandel aus.

Nachdem England (und die Vereinigten Staaten) so ihre Kriegsziele erreicht hatten in der Einschränkung Deutschlands auf eine nur europäische Macht, blieb für Frankreich eine Gefahr übrig, falls es immer noch Großmachtsstärke behielt. Gewiß bedeutete der Totschlag im Außenhandel und in der Schiffahrt an sich eine wesentliche Schwächung, da ja damit eine der wichtigsten Seiten seiner Wirtschaftsrechnung fortfiel. Zu größerer Sicherheit geht nun die Verstümmelung weiter auf Reich, Volk und Haushalt im Heimatland.

Die Verkleinerung des Reiches geschieht auf dreierlei Art: 1. endgültig durch Abtretung an Frankreich von Elsaß-Lothringen (und den Saargruben), an Polen von großen Teilen im Osten (Posen und Westpreußen), an die Großmächte des „Völkerbundes" von Danzig und Memel, im ganzen 65 000 qkm; 2. fakultativ durch Volksabstimmungen in Schleswig, Oberschlesien und dem südlichen Ostpreußen sowie ein paar Landesteilen an der belgischen Grenze, im ganzen 33 000 qkm; 3. zeitlich begrenzt durch Überlassung des Saargebiets und feindliche Besetzung des übrigen linken Rheinufers auf nominell 15 Jahre, nach deren Ablauf eine Volksabstimmung das Schicksal der Saar entscheiden soll und die fremden Truppen vollständig zurückgezogen werden, aber nur unter Bedingungen und Umständen, die offenbar unerfüllbar sind, weshalb auch diese 33 000 qkm als verloren gelten können. Zusammen umfassen diese verschiedenen Gebiete 131 000 qkm oder 23% des Deutschen Reiches vor dem Frieden; aber auch im günstigsten Falle wird es künftig auf 475 000 qkm verkleinert, d. h. auf wenig mehr als Schwedens Größe.

Ein verkleinertes Gebiet bedeutet ohne weiteres ein vermindertes Volk. Mit der ersten Art (endgültiger) Abtretungen fallen aus der deutschen Volksmenge 5,35 Millionen fort, die zweite würde weitere 3,64 Millionen enthalten, die dritte endlich etwa 5,74 Millionen. Der Frieden bedeutet also eine Verminderung, die bis fast auf ein Viertel der vorhergehenden Bevölkerung steigen und die tatsächliche Zahl auf etwa 50 Millionen senken kann (alles nach der Statistik von 1910, Lohan).

Auch dies ist jedoch eine Großmachtszahl, jedenfalls erheblich höher als die Frankreichs, auch nach dem Frieden. Deshalb setzt sich das Verfahren nun auf wirtschaftlichem Gebiet fort. Schon die Landabtretungen nahmen über ein Fünftel der Getreide-, fast ein Drittel der Kohle- und drei Viertel der Eisenerzeugung fort, so daß der Haushalt als Gesamtheit in wesentlich größerem Umfang als die Bevölkerung eingeschränkt wurde. Auf diesen verkleinerten Haushalt fällt nun zunächst die ganze unmittelbare Kriegslast, indem die abgetretenen Landesteile von jedem Anteil (außer der

Staatsschuld vor dem Kriege) befreit werden. Ferner werden ihm weitere Zwangslieferungen außer denen der Waffenstillstandsbedingungen aufgebürdet: große Mengen Milchkühe, Maschinen, Farbstoffe und Drogen, aber vor allem 40 Millionen Tonnen Kohlen während einer Anzahl von Jahren, was an sich einen tödlichen Schlag für die Industrie bedeutet, da Deutschland in unbeschädigtem Zustande vor dem Kriege nur 33 Millionen ans Ausland liefern konnte, von Schwierigkeiten für Eisenbahnbetrieb, Beleuchtung und Hausbrand nicht zu reden. Darüber hinaus hat die deutsche Wirtschaft in der nächsten Zeit die fremde Besatzung des Rheinlandes zu unterhalten, eine Last, die anfangs höher als die ganzen Heeres- und Flottenausgaben in Friedenszeit berechnet worden ist. Endlich sind aber die gesamten Kriegskosten des Verbandes und die Deckung aller seiner Privatverluste während des Krieges Deutschland auferlegt, eine Forderung, die in Zahlen nicht vor zwei Jahren festgestellt werden soll, für die man aber vorläufig 100 Milliarden Mark festgelegt hat — ohne daß dabei auch nur z. B. die Kolonien in Abzug kommen.

Es ist klar, daß Deutschland mit solchen Lasten nicht in der Lage sein wird, den Bevölkerungsstand zu erhalten, den das verkleinerte Gebiet sonst tragen könnte. Die letzte Forderung, die offen als unerfüllbar anerkannt wird, macht das deutsche Volk für eine unbegrenzte Zukunft den Siegern tributpflichtig. Zur Überwachung wird nun ein internationaler Fünferausschuß „Commission des réparations" eingesetzt, mit unbegrenztem Kontrollrecht über Deutschlands Besteuerung und Finanzverwaltung. Zu gleicher Zeit werden ausländischer Handel und Schiffsverkehr in Deutschland ohne Gegenseitigkeit begünstigt, die Hauptflüsse des Landes kommen unter internationale Verwaltung, und die Bevölkerung wird verpflichtet, Verkehrseinrichtungen zu fremdem Vorteil anzulegen. Damit ist auch die staatliche Selbständigkeit in einen Schatten verwandelt: Deutschland, aller eigenen Kolonien beraubt, ist in Wirklichkeit zu einer Zwangsarbeitskolonie der Sieger gemacht.

Damit es sich keine Hoffnung auf Veränderung in dieser Stellung macht, kommen endlich die militärischen Bürgschaften hinzu:

die Wehrpflicht und der Generalstab sollen abgeschafft, das Heer auf 100000 Mann, was für hinreichend erachtet wird, die innere Ordnung aufrechtzuerhalten, zurückgeführt, die Kriegsflotte auf ein Geringes eingeschränkt, Helgoland geschleift, Untersee- und Flugwaffe völlig verboten, die Waffenindustrie begrenzt, 50 km des rechten Rheinufers und der Kieler Kanal neutralisiert werden. Weitere internationale Ausschüsse sollen die Ausführung dieser Bedingungen überwachen, und Deutschland muß jedwede Untersuchung dulden, die sie etwa auferlegen. Zwar hat so der „deutsche Militarismus" den Todesstoß erhalten — aber da er mit dem Volk selbst verwachsen war, hat der Stoß auch das Volk getroffen.

So haben die Sieger die „réparations" und „garanties" auszunützen verstanden, die in ihrem Programm enthalten waren (s. S. 184). Das gute Gewissen dabei haben sie gewahrt, indem sie das ganze Friedenswerk auf moralische Grundlage gestellt haben: die volle und ganze Schuld der Besiegten am Kriege wird ausdrücklich festgelegt und als Verbrechen aufgefaßt. Als praktische Folge davon haben sie schließlich die Auslieferung Kaiser Wilhelms und einer Anzahl deutscher Männer, die später bezeichnet werden sollen, gefordert, damit sie für Verbrechen gegen die Gesetze der Menschlichkeit oder des Krieges selbst bestraft würden. Das ist der dritte Punkt des Grundprogramms: „sanctions". Der siegreiche Teil nimmt die Strafe in seine Hand, aber auch das Urteil und die eigene Freisprechung.

Das ist der Frieden von Versailles, wie er schließlich von den deutschen Unterhändlern am 28. Juli unterschrieben wurde. Sieben Wochen währte ihr verzweifelter Kampf, um zu ihres Vaterlandes Gunsten irgendwie dem Eisengriff der Sieger zu entgehen. Die eine oder andere Milderung vermochten sie zu erwirken (z. B. die Volksabstimmung in Oberschlesien). Bis zuletzt kämpften sie auch gegen die nationale Schmach der zuletzt angeführten Bedingungen, gegen das Schuldbekenntnis und die Auslieferung der Landsleute. Unter der Qual der immer noch aufrechterhaltenen Blockade und Kriegsgefangenschaft mußte endlich auch in diesen Punkten der Widerstand aufgegeben werden. Am 9. Juli gab die deutsche National-

versammlung ihre Ratifikation, und ein paar Tage später fiel die Blockade weg, nachdem sie vier Jahre und acht Monate gedauert hatte.

Nach dem Friedensvertrag sollte der Friedenszustand eintreten nach Errichtung eines „ersten Protokolls", d. h. wenn drei Großmächte und Deutschland ratifiziert hätten. Dies trat im Oktober 1919 ein. Inzwischen hatte die Besatzung auf der in England internierten deutschen Kriegsflotte — in einem letzten Aufflammen des nationalen Ehrgefühls — ein paar Tage vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages die Schiffe ins Meer versenkt. Als Entschädigung erhob der Verband eine neue Forderung, nämlich 400 000 Tonnen Hafenmaterial, woraus u. a. die Gefahr der Versandung der deutschen Flüsse entstand. Die Verhandlungen darüber zogen sich über das Jahr hinaus hin, so daß der förmliche Friedenszustand nicht vor dem 10. Januar 1920 eintrat. Dann erst schlug die Befreiungsstunde für die Überlebenden der großen Kriegsgefangenenmassen in Frankreich (über 400 000).

Ein Rückblick auf diesen Frieden bezeugt die Richtigkeit der Diagnose, die vor dem Kriege gestellt wurde: Deutschland hatte nur die Wahl zwischen „Weltmacht und Untergang" (Bernhardi 1912, s. S. 72). Die Entscheidung ist in der zweiten Richtung gefallen. Wenn das Volk sich nicht zur Weltmacht emporkämpfen konnte, vermochte es auch die Großmachtsstellung nicht zu bewahren und ist nun — soweit der Frieden von Versailles reicht — dem Schicksal ausgeliefert, „aus Mangel an Nahrung zu verkümmern" (Rohrbach 1912).

Inzwischen ist auch Österreichs Schicksal entschieden durch den Frieden von St. Germain am 10. September 1919. Die Grundgedanken sind die gleichen wie im deutschen Frieden, aber das Ergebnis bedeutet auf der Karte eine noch größere Umwälzung. Die Auflösung der alten Monarchie nach dem Nationalitätsprinzip ist nun eine Tatsache. Außer den großen noch nicht ganz abgegrenzten Teilen, die an das neue Polen und Großserbien („Jugoslawien") sowie an Rumänien und Italien fallen sollen, werden innerhalb des alten Gebietes drei voneinander völlig unabhängige Staaten gebildet, Ungarn, die Tschechoslowakei und Österreich. Die Grenzen Ungarns im Osten und

Süden werden durch einen Sonderfrieden festgelegt, der noch nicht endgültig abgeschlossen ist. Der tschechische Staat umfaßt die alten Kronländer Böhmen, Mähren und Schlesien und große Teile des nördlichen Ungarns. Gegen Italien ist die Grenze geopolitisch gezogen auf der alpinen Wasserscheide (dem Brennerpaß). Teilweise ist dies auch gegen Jugoslawien der Fall (wobei Volksabstimmung das Schicksal Klagenfurts entscheiden soll). Für den neuen österreichischen Staat bleiben also nur die österreichischen Erzherzogtümer mit Salzburg und Vorarlberg sowie Steiermark und Tirol, nach schätzungsweisen Berechnungen ein Gebiet von 85 000 qkm und etwas über 6 Millionen Einwohner — oder soviel wie Portugal.

In einem weltgeschichtlichen Kreislauf ohnegleichen ist der österreichische Staat zurückgebracht auf seine Ausgangsstellung, die alte Grafschaft Österreich vor 900 Jahren (s. S. 8). In den gegenwärtigen Verhältnissen fehlen einem solchen Staatsgebilde — ohne ausreichendes Ackerland, ohne Kohle, ohne Zugang zum Meere — wesentliche Lebensbedingungen; eine große Hungersnot ist die unmittelbare Folge der Einrichtung gewesen. Trotzdem haben die Sieger außerdem dasselbe wirtschaftliche Erdrosselungssystem wie gegen Deutschland angewandt, und zwar in noch härterer Art, insofern als der ganze Anteil der österreichischen Reichshälfte (in der Doppelmonarchie) an der Kriegsentschädigung diesem kleinen Teil auferlegt wurde; die neuen slawischen Staaten und die neuen Inhaber der abgetretenen Gebiete kommen mit ihrem Anteil an den Staatsschulden vor dem Kriege weg. Auch die Überwachung und die militärischen Bürgschaften (das Heer auf 30 000 Mann verringert) folgen dem deutschen Muster.

Die Bildung eines selbständigen Staates aus dem deutschen Stammlande in Österreich entspricht natürlich, gemäß dem höchsten Grundsatz der Sieger, dem Nationalitätsgedanken. Aber es muß stark die Aufmerksamkeit erregen, daß das Prinzip in der Anwendung starke Einschränkung erlitten hat zum Nachteil der deutschen Nation. So ist das blühende deutsche Sudetenland mit 3,7 Millionen Deutschen dem tschechischen Staate einverleibt, 230 000 Deutsche gehen mit dem Trentino an Italien, und auch Jugoslawien erhält rein deutsche

Landstriche. Das neue Österreich ist also zwar innen deutscher Nationalität, nicht aber nach außen, da kaum die Hälfte der deutschen Bevölkerung der alten Monarchie dort vereint sind. Aber es verhält sich keineswegs anders außerhalb der Grenze mit Deutschland selbst. Nach dem Nationalitätenprinzip werden Teile seines Gebietes abgesondert, aber derart, daß 3,15 Millionen Deutsche mit den abgetretenen Landesteilen übergehen (1,65 Millionen im Elsaß, 1,5 Millionen im Osten nach Schulze-Gaevernitz, nach anderer Angabe im ganzen 3,8 Millionen) und 1,32 Millionen in den noch schwebenden Gebieten (Oberschlesien und Ostpreußen über 1, Schleswig 0,28 Millionen. Schon dies macht $4^1/_2$ Millionen oder mehr als die Fremden im früheren Deutschland; sollten noch die besetzten Gebiete hinzukommen (Saar mit 0,65, Rheinland mit 5,74 Millionen), so erreicht der gewaltsame Abzug etwa 11 Millionen, gegenüber den 50 des reichsdeutschen Nationalstaates.

Der Frieden schafft also tatsächlich mehr Böses, als er bessert. Gab es früher in Deutschland einen großen Fall von Irredenta (Polen) und zwei kleine (Schleswig, Lothringen), so entstehen nun wenigstens sechs (Elsaß, Saar und Rhein im Westen, Danzig, Oberschlesien und Ostpreußen im Osten). Das neue Österreich erhält seinerseits Irredentaansprüche an Italien, Jugoslawien, Ungarn und Tschechien; aber es ist schließlich selbst in seiner Gesamtheit eine Irredenta, die sich aus ihrer unmöglichen Lage nach Eingliederung in Deutschland sehnt; durch öffentliche Erklärungen auf breitester Grundlage hat es dies sein Verlangen von Anfang an zu erkennen gegeben. Auf solche Kundgebung gründet Frankreich (nach Renans Theorie, s. S. 168), im Widerspruch zu den Tatsachen der Kultur und Sprache, seinen Anspruch auf das Elsaß einzig und allein. Aber hier, wo die kundgegebenen und tatsächlichen Voraussetzungen zusammenfallen, ist Frankreich an die Spitze eines Widerstandes getreten, der seinen Ausdruck in besonderen Friedensartikeln sowohl in Versailles als in St. Germain gefunden hat. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ist für die österreichischen Deutschen durch den Zwang zur Selbständigkeit begrenzt worden. Es hat nicht einmal für die Be-

nennung des neuen Staates gegolten, er nannte sich selbst „Deutsch-Österreich“, wurde aber im Frieden „Republik Österreich“ getauft.

Hier fallen also die letzten Schleier, und der Machtfrieden tritt in seiner Nacktheit hervor. Österreichs Stellung als Sonderstaat ist nur ein Glied eines mit eiserner Härte durchgeführten Programms, dessen andere Glieder Zwangsanschluß an fremde Länder, Landesflucht und Hungertod heißen, der Schluß des Vernichtungsverfahrens nicht nur gegen den deutschen Staat, sondern gegen das deutsche Volk selbst.

Aber diesem von Furcht und Haß eingegebenen Programm steht die wirtschaftliche Rechnung gegenüber, große Vorteile aus der künftigen Arbeit des deutschen Volkes zu ziehen. Es scheint, als wenn sich diese Kreise schneiden. Schon in diesem Zwiespalt liegt der Keim des Zweifels, inwieweit die Sieger im Weltkriege mit ihren Friedensschlüssen den Grund festgelegt haben für das zukünftige politische System. Die Ungereimtheit gewisser Sonderforderungen vermehrt den Zweifel; sie müssen von vornherein darauf berechnet sein, nicht ausgeführt zu werden. Das Friedenssystem ist übrigens auf wesentlichen Gebieten noch nicht ausgebaut, beim Schreiben dieser Zeilen unterliegen Italiens Grenzen gegen die alte habsburgische Monarchie teilweise scharfem Zwist, dasselbe ist bei Rumänien der Fall, die Teilung der türkischen Konkursmasse hat kaum begonnen, und das ganze Osteuropa mit Rußland ist noch ein großer Wirrwarr.

Es ist unter diesen Umständen zu früh, das neue System mit allzu festen und genauen Umrissen zu zeichnen. Die folgende Darstellung der verschiedenen Mächte wird sich deshalb mit einigen Hauptzügen der Veränderungen seit 1913 begnügen, wie sie jetzt mit einiger Sicherheit festgestellt werden können, aber ohne Gewähr für die Zukunft.

Literatur: Zu 1: Kjellén, Die politischen Probleme des Weltkrieges, 1915; Wegener, Die geographischen Ursachen des Weltkrieges, 1920; Boghitschewitsch, Kriegsursachen, 1919; Hiltebrandt, Das europäische Verhängnis, 1919; Schwertfeger, Zur europäischen Politik 1897–1914, herausgegeben 1919; Deutschland und der Weltkrieg I–II, 1916; The war and democracy, 1914 (schwedische Übersetzung 1915; bes. Seton-Watson, Vad det gäller); Études et documents sur la guerre, von 1914 (bes. Seignobos,

1815–1915); Fernand Roches, Manuel des Origines de la Guerre, 1919; Russel, The policy of the entente 1904–14, herausgegeben 1915; Morel, Pre-war Diplomacy, 1919; Loreburn, How the war came, 1919; Hamann, Zur Vorgeschichte des Weltkrieges, 1919; Helfferich, Die Vorgeschichte des Weltkrieges, 1919; Jagow, Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges, 1919; Memoiren von Bethmann-Hollweg, Tirpitz, Fischer 1919; Albin, Les grands traités politiques, 1911. — Zu 2: Österreich-Ungarns erstes Rotbuch, Deutschlands Weißbuch, Frankreichs Gelbbuch, Serbiens Blaubuch, Belgiens Graubuch, 1914–15; Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, I–IV, 1919; Deutschland schuldig (Weißbuch von Versailles), 1919; Gooß, Das Wienerkabinett und die Entstehung des Weltkrieges (off.), 1919; Hoeniger, Rußlands Vorbereitung zum Weltkriege, 1919; Bergsträßer, Die diplomatischen Kämpfe vor Kriegsausbruch, 1915; Omans, The Outbreak of the War, 1919; J'accuse, von einem Deutschen, 1915; J. Reinach, Histoire de douze Jours, 23. Juli – 3. Aug. 1914, herausgegeben 1917. — Zu 3: Müller-Meiningen, Diplomatie und Weltkrieg, I–II, 1917; Niemeyer-Strupp, Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges, I–II, 1918; Österreich-Ungarns zweites Rotbuch und Italiens Grünbuch, 1915; H. Oncken, Die Ausdehnung des Krieges, 1916 (in Deutschland und der Weltkrieg, II); Kjellén, Studien zur Weltkrise, 1917; Carrière, Die Kriegsziele, 1917; Fr. Naumann, Mitteleuropa, 1917; H. Oncken, Das alte und das neue Mitteleuropa, 1917; Arldt, Die Völker Mitteleuropas, 1917; Stolper, Das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem, 1918; Der europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung, im Deutschen Geschichtskalender 1914 bis 1918. — Zu 4: Hohlfeld, Der Kampf um den Frieden 1914–19, herausgegeben 1919; Geheime Aktenstücke aus dem Archiv des russischen auswärtigen Amtes, 1918; Wilson, State papers and adresses, herausgegeben 1918; Die Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk und der Friede mit Rußland, und Der Friede in Bukarest, im Deutschen Geschichtskalender H. 44, 53, 51; Der Waffenstillstand, ebd. H. 48. — Zu 5: Der Waffenstillstand, im Deutschen Geschichtskalender H. 56, 61, 63; Materialien betr. die Friedensverhandlungen, I–V, off. Edition 1919; Dillon, The peace conference, 1919; Der Friedensvertrag (in Versailles, englischer, deutscher und französischer Text; Materialien VI); Hanotaux, Le Traité de Versailles, 1919; Max Lohan, Der Vertrag von Versailles (mit Tabellen und Karten), 1920; Keynes, The econom consequences of the peace, 1919; Schultze-Gaevernitz, Der Friede und die Zukunft der Weltwirtschaft, 1919; Bericht über die Tätigkeit der deutsch-österreichischen Friedensdelegation in St. Germain (mit dem Friedensvertrag auf französisch und deutsch), 1919.

# X. Die Großmächte nach dem Kriege.

Durch den Friedensvertrag von Versailles ist der Unterschied zwischen Groß- und Kleinstaaten amtlich festgelegt; die Vereinigten Staaten, das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan stehen als „Hauptmächte" (Principales Puissances, Principal Powers) mit verschiedenen Sonderaufgaben im Friedenswerk und Völkerbund dem Schwarm der anderen Staaten gegenüber. In dieser Auslese fehlen drei der früheren Großmächte, Österreich-Ungarn, das Deutsche Reich und Rußland. Es sind dieselben, die in Bismarcks System, im sogenannten „Dreikaiserbündnis" (1872—1881—1887), zusammengehörten. Sie haben nun als Opfer des Weltkrieges das gleiche Schicksal erlitten. Mit ihrer Großmachtsstellung ist es vorbei — vorläufig oder für immer.

**1. Die gefallenen Großmächte.** Österreich-Ungarn ist die alte Großmacht, für die das Ergebnis des Krieges am vernichtendsten war und als entscheidend gelten muß. Es steht nämlich in Übereinstimmung mit den Gesetzen eines gesunden neuzeitlichen Staatswesens. Die geopolitische Flußeinheit konnte auf die Dauer das Reich nicht gegenüber den auseinanderstrebenden Kräften der Nationalitäten zusammenhalten, um so weniger, als ihm in großer Ausdehnung die natürlichen Grenzen fehlten (s. S. 10f.).

Die Entwicklung ist die gleiche, wie sie im 19. Jahrhundert in der Europäischen Türkei vor sich ging und die nun auch in Rußland zu erkennen ist. Mit Kaiser Franz Josephs Tod im November 1916 zerriß ein persönliches Band, das vielleicht unter den herrschenden Umständen nicht gering einzuschätzen war. Als der Zusammenbruch kam, erfolgte die Auflösung gleichsam von selbst. Die kaiserliche Kundgebung vom 16. Oktober 1918 war ein letzter Versuch, die österreichische Reichshälfte auf föderativer Grundlage zusammenzuhalten (Vereinte deutsche, tschechische, südslawische und ukrainische Staaten, das polnische Galizien gab man schon verloren). Es war zu spät. Ehe der Monat zu Ende ging, hatten die verschiedenen Völker schon ihre Unabhängigkeitserklärungen fertig. Die Zeit danach war ausge-

füllt von ihren inneren Kämpfen, um auf gegenseitige Kosten die bestmöglichen „faits accomplis" für den Friedenskongreß zu schaffen, zugleich von mehr oder weniger eiligen Organisationsarbeiten im Innern. Am frühesten stand unter der besonderen Gunst des Verbandes der tschechoslowakische Staat fertig da, der nun auf mindestens 150000 qkm und vielleicht 13 Millionen Einwohner, etwa doppelt so groß wie Österreich, zu schätzen ist. Fast ebenso volkreich und wohl größer an Gebiet ist der jugoslawische Staat, in dem Serben, Kroaten und Slowenen sich auf Kosten des alten Serbiens und Montenegros in einem gewiß nicht allzu festen Zusammenschluß gefunden haben. Ungarn, das nun ein rings abgeschnürter Nationalstaat wie Österreich und kaum größer als jenes werden wird, hat sogar eine bolschewistische Regierung und eine rumänische Besetzung durchmachen müssen, und sein Schicksal wurde erst im Frühjahr 1920 von den Machthabern in Paris bestimmt.

Hier sehen wir also, wie sich die älteste Großmacht förmlich in Kleinstaaten aufgelöst hat, deren Dasein bedingt ist durch die Nationalität, wenn diese auch Zeit braucht, um sich feste Grenzen zu schaffen. Politisch bedeutet dies eine Leere an Raum. Die Bedeutung dieser Veränderung und der allgemeine Zusammenhang tritt am klarsten hervor, wenn wir zurückblicken auf den großen politischen Gedanken, der mit der alten Großmacht zu Fall gekommen ist. „Mitteleuropa" war der Ausdruck für Europas Streben nach größerer Festigung im Mittelstück zwischen dem britischen und dem russischen Riesenflügel, eine „verstärkte Mitte" gegenüber „dem Druck auf die Mitte" (H. Oncken 1917), die besonders nötig war, seit auch die romanische Staatenwelt sich den Flügeln anzuschließen begann. Ein einheitliches Verkehrsgebiet (Rhein—Donau—Weichsel) und eine harmonische Zusammensetzung verschiedener Erzeugungsländer gab diesem Gedanken auch eine wirtschaftliche Grundlage. Er enthielt sogar den Grundriß zu einem planetarischen Gleichgewicht, in das auch Europa mit gebührender Kraft eintreten konnte. Aber nun zeigte es sich, daß dieser Ausblick in die Zukunft eng zusammenhing mit Rußlands Schicksal. Wenn Rußland zusammenbrach und der

Druck von einer Seite fortfiel, fehlte die allgemeine geschichtliche Voraussetzung.

Auf diese Lage hat sich der Weltkongreß nun eingerichtet. Da der Krieg Rußland zu einem politischen Nichts gemacht hatte, drückt man Mitteleuropa durch den Frieden zu einem zweiten Nichts herab, während Westeuropa sich von der Festlandsgemeinschaft losgelöst und seinen Blick nach Westen gerichtet hat. Hier ist der tiefere Grund für den Untergang der alten Donaumonarchie erkennbar. Sie lebte nicht nur auf einem Fluß und der Überlieferung eines Herrschergeschlechts, sondern hatte vor allem eine geschichtliche Aufgabe als Europas Grenzwacht im Osten (s. S. 8). Da diese Gefahr mit Rußlands Fall offenbar vorbei ist, so ergibt sich als streng logische Folgerung, daß auch Österreich-Ungarns Dasein ein Ende nimmt. Es war keine politische Notwendigkeit mehr zur Erhaltung des Staatsgebildes vorhanden, das nicht im nationalen Leben wurzelte.

Aber zugleich wächst Österreich-Ungarns Ausfall zu einem Ereignis von weltgeschichtlichem Umfang an. Es war der bis heute erhaltene Überrest des europäischen Universalstaates des Mittelalters auf der Gemeinschaftsgrundlage des Christentums; wenn es unterging — und der Traum von Mitteleuropa mit ihm —, so war dies ein Zeichen, daß auch Europa die Herrschaft genommen war. Seitdem alle Gegengewichte fortgefallen sind, taucht nun ein neues Universalreich mit seinem Umrisse am westlichen Himmel auf, und zwar auf durchaus planetarischer Grundlage. Die Weltgeschichte begann auf der Levantebühne, schritt zum Mittelmeer fort, wurde europäisch und scheint sich nun weiter nach Westen zu verschieben und atlantisch zu werden. In diesem Sinne kann man sagen, daß Österreich Europa bei seinem Fall mit sich gezogen hat.

Der Ausfall des alten Österreichs aus dem Staatensystem scheint also ein natürliches Glied in der Entwicklung zu sein. Es gibt keine Hoffnung auf Wiedergeburt. Inwieweit der Gedanke eines mitteleuropäischen Zusammenschlusses damit für alle Zukunft als erledigt zu betrachten ist, bleibt gewiß eine andere Frage. Wir haben den Zusammenhang mit dem russischen Problem erkannt. Eine neue Festigung

Rußlands mit neuer Gefahr für den Westen würde das Wiedereintreten der Voraussetzungen bedeuten, die das Programm Mitteleuropa erzeugt haben. Für aufmerksame Blicke ist diese Gefahr schon da. Der Druck wird nicht weniger empfindlich für die gegenwärtigen Kleinstaaten sein als für das alte Kaiserreich. In seiner neuesten Form kann er sich sogar bis zu den Weltherrschern im Westen fortpflanzen. Eine der Westmächte, Frankreich, hat übrigens schon Neigung für eine neue politische Donaustaatsbildung gezeigt, gewiß nur aus dem besonderen Grunde, der Anziehungskraft des nationalen Pols Deutschland auf das neue Österreich dadurch entgegenzuwirken. Die Zersplitterung bringt weiter an manchen Stellen wüste Zustände mit daraus folgenden Reibungen hervor, die wie ein vergrößerter Balkan die Ruhe des Erdteils bedrohen.

Es ist also nicht als ausgeschlossen anzusehen, daß die heutige Staatenbildung als ein Zwischenspiel zu bezeichnen ist von gleicher Art wie die Scheidung 1866—79, als das staatsrechtliche Band zwischen Deutschland und Österreich zerrissen und das völkerrechtliche noch nicht geknüpft war. Es bedurfte bei den Kaiserreichen einer gewissen Erfahrung in den Gefahren solcher Trennung, ehe sie wieder zusammenkommen konnten. Vielleicht werden die kleinen Donauvölker, nachdem sie die völlige Freiheit im Guten und Bösen geschmeckt haben, auch lernen, die Gemeinschaft recht zu schätzen. Aber ein neuer freiwilliger Zusammenschluß — zunächst auf wirtschaftlicher Grundlage — würde unter allen Umständen eine ganz andere Gestalt bekommen als die alte geschichtliche Zwangsvereinigung, die im Weltkriege zusammengebrochen ist.

Für Deutschland, dank seiner Kraft zur Führung in Mitteleuropa berufen, war dies Programm sowohl imperialistisch als Sprungbrett zur „Weltgeltung" wie auch für die Verteidigung bestimmt, als Rettung vor dem bösen Schicksal der zwei Grenzen. Es glückte auf dieser Grundlage auch, die östliche Front zu zerschlagen, aber dies beanspruchte so viel Kraft, daß der eigene Fall im Westen folgte. Mit Mitteleuropa (Österreich) brach auch die deutsche

Weltmacht, mit der eigenen Niederlage zuletzt auch die Großmacht zusammen. Der Frieden will nun Deutschland, verstümmelt und zugrunde gerichtet, zum langsamen Verwelken in der Absonderung von der großen Welt verurteilen.

Wir kennen schon die geo-, demo- und wirtschaftspolitischen Umrisse, mit denen das neue Deutschland von Versailles fortging; es ist nur hinzuzufügen, daß die Wirkungen des Krieges auf die Bevölkerung (vermehrte Sterblichkeit, verminderte Geburtenzahl, Überschuß an Frauen) an sich eine Senkung um 2,7 Millionen (67,8—65,1) und eine Neigung zum Stocken hervorgerufen haben. Es bleibt übrig, die Gesellschaft und das Regiment zu betrachten. Eine Untersuchung über die Niederlage wird ebenfalls diese Seiten in den Vordergrund rücken, wenn wir nicht die äußere Ursache selbst ins Auge fassen — dazu genügt es, auf die physische Überlegenheit der Gegenseite hinzuweisen —, sondern die hervorgetretenen heimischen Mängel.

Daß diese nicht im Reiche selbst lagen, ist schon daran zu erkennen, daß sein Heer bei der Übergabe auf Feindesboden stand; die Kolonien waren allerdings verloren, aber das wirkte in keiner Weise auf Deutschlands Widerstandskraft ein. Es lag auch nicht an der Wirtschaft, so schwere Schäden auch eine mehrjährige Unterernährung als Folge der Blockade verursachte; die Frage der Volksernährung stand im vierten Kriegsjahr besser, da die Kornkammern Rumäniens und der Ukraine geöffnet waren, und die Frage der Kriegsmaterialien war von der Technik gelöst: Deutschland während des Weltkrieges ist ein einzig dastehendes Beispiel für die Fähigkeit der Technik, Autarkie zu schaffen, wo die Natur allein nicht ausreicht. An und für sich kann man auch nicht sagen, daß die deutsche Verfassung und Verwaltung unter der Prüfung des Krieges versagte; sie ließ ohne weiteres die Sammlung aller Kräfte auf die Verteidigung zu, während die Demokratien sich in Diktaturen umwandeln mußten, um zu bestehen. Die alte Verwaltung hat sogar die Revolution überstanden, und ihr Verdienst ist es vor allem, daß Deutschland nicht wie Rußland jetzt zugrunde gegangen ist. Aber die entscheidende Schwäche lag in der Volksseele und im nationalen Willen, die nicht die geistige Blockade

und Verachtung der Feinde zu ertragen vermochten. Die Zweifler an der Volksseele behielten recht (s. S. 72). Die Niederlage, welche die Franzosen und Italiener einigte, trennte die Deutschen. Der Partikularismus im Volksgeist, der im ersten Kriegsrausch gewichen zu sein schien („ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, Kaiser Wilhelm 4. August 1914), kehrte allmählich zurück, da der Krieg sich in die Länge zog, und schuf eine immer tiefere Kluft zwischen rechts, wo man den Krieg auf Kriegsart auskämpfen, und links, wo man den Frieden durch Entgegenkommen vom Feinde erkaufen wollte. So pflanzte sich der Geist der Zersplitterung fort auf Gesellschaft und Regiment, in denen der Obrigkeitsstaat dankbare Angriffspunkte für eine demokratische Werbearbeit bot. Die breiten Schichten des deutschen Volkes nahmen das Pariazeichen an, das die feindliche Hetze ihnen im Namen der Demokratie aufgedrückt hatte, und wollten es abstreifen. Durch diese mangelnde Zusammengehörigkeit und Staatstreue ist Deutschland untergegangen.

Wenn die Lage einmal so ist, dann hat eine Regierung keine wichtigere Aufgabe, als durch Reformen die soziale Harmonie wiederherzustellen. Dazu hatten aber der Kaiser und der Reichskanzler Bethmann nicht genug Entschlossenheit; eine Kundgebung vom April 1917 über die Neugestaltung in Preußen, im Juli näher als gleiches Wahlrecht gekennzeichnet, blieb auf dem Papier. Zu seinem Unglück fehlte Deutschland diesmal im Kampf auf Leben und Tod ein Bismarck, ein starker und zugleich einigender Mann auf seiten der Regierung. Daher ging die Führung an das Militär über (Ludendorff), und Bethmann fiel im Juli 1917; aber eine Folge davon war, daß der innere Gegensatz sich vertiefte. Die freisinnige Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 (s. S. 185) ging mit 214 gegen 116 Stimmen durch, und die Minderheit, die in dieser Politik nur eine gefährliche Ermunterung des Feindes sah, sammelte sich seitdem in einer „Vaterlandspartei“ (Tirpitz). Wir sehen hier „zwei Nationen“ in einem Volk, ohne die Möglichkeit, sich zu verstehen, und zwar, während das Leben des Staates auf dem Spiele steht. Heinrich Manns Roman „Der Untertan“ (vor dem Kriege geschrieben, herausgegeben

nach dem Waffenstillstand) läßt uns bis in die schlammige Tiefe des Abgrunds sehen, der sie voneinander trennte.

Indessen ist wohl zu beachten, daß die Grenze zwischen den zwei Nationen nicht parallel dem Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Gesellschaft verlief. Jene trogen die vaterländischen Hoffnungen in der Not nicht; mit Ausnahme eines kleinen „unabhängigen“ Flügels stimmten sie für alle Kriegsvorlagen und dienten dem Vaterland an der Front mit gleicher Treue wie die Anhänger anderer Parteien. Hierdurch erwarben sie sich das sittliche Recht, die Führung zu übernehmen, als das alte Regierungssystem unter dem Druck der Niederlage zusammenbrach. Aber zugleich war es eine klare Folge der Umstände, daß nicht alle bürgerliche Parteien sich bei der großen Umwandlung ausschlossen. Nur die Rechte ist bei der Neugestaltung nicht beteiligt gewesen, sie fiel zugleich mit dem Obrigkeitsstaat, dessen Eckstein sie gewesen war.

Der Boden hatte schon ein Jahr vor dem Zusammenbruch zu schwanken begonnen. Der Kanzlerwechsel im November 1917 war eine Art parlamentarischer Präjudizfall, soweit es bei der bestehenden Kaiserverfassung möglich war. Am 30. September 1918 nahm der Kaiser öffentlich die parlamentarische Regierungsform an. Aber da war die Lawine schon im Rollen, die dies ancien régime einschließlich Krone und Bundesverfassung vernichten sollte. Am 9. November 1918 endete die 500jährige Geschichte des Hohenzollerngeschlechts mit der Thronentsagung des Kaisers und seiner Fahrt über die Grenze nach Holland. Nachdem die Revolution so den Kaiserthron fortgespült hatte, war ihr Sieg in den Einzelstaaten selbstverständlich; fast ohne Widerstand fiel das ganze Fürstensystem in Stücke, und die Sozialdemokratie trat im Reich und in den Bundesstaaten ans Ruder.

Zuerst geschah es in Gestalt von Arbeiter- und Soldatenräten nach russischem Vorbild. Nun entstand erst der Kampf mit der reinen Anarchie auf dem äußersten Flügel, in unmittelbarer Verbindung mit dem russischen Bolschewismus (hier „Spartakismus“ genannt nach dem Führer des Sklavenaufstandes im alten Rom). Die Arbeitermassen waren von förmlichem Streikfieber ergriffen, in München glückte es

dem Bolschewismus, eine Weile (April 1919) die Macht an sich zu reißen; rings herum im Reiche raste der Bürgerkrieg. In diesem Hexenkessel entstanden indessen neue Parteien auf dem Boden der alten. Die Liberalen als „Deutschdemokraten" bildeten mit dem Zentrum und der Sozialdemokratie einen Mittelblock gegen den „deutschnationalen" alten rechten und den „unabhängigen" neuen linken Flügel. So wurde im Januar 1919 auf regelrechte Weise mit gewaltiger Mehrheit für die Mittelparteien eine Nationalversammlung gewählt, die im Februar ihre Arbeiten in Weimar — ein Symbol für den neuen Geist, gegenüber Potsdam — begann, eine vorläufige republikanische Verfassung annahm und auf ihrem Boden das erste rein parlamentarische Ministerium bildete (Scheidemann-Erzberger). Dieses konnte gewiß nicht die Verantwortung für den Vernichtungsfrieden tragen, aber es hat doch das Verdienst, das Reich vor dem Zerfall schlechthin gerettet und so den Übergang zur neuen Regierungsform vermittelt zu haben, die ihre Gestaltung im Grundgesetz vom 11. August 1919 erhielt.

Deutschland hat sich hiermit in einen republikanischen „Volksstaat" auf breitester demokratischer Grundlage verwandelt und zugleich in einen verkappten Einheitsstaat, in dem die alten Staaten zu „Ländern" mit beaufsichtigter Selbstverwaltung herabgedrückt sind. Ihr Organ in der Reichsregierung, der Reichsrat, hat nur ein suspensives Einspruchsrecht gegen das Einheitsorgan, den Reichstag, der seinerseits gesetzlich festgelegten parlamentarischen Einfluß auf die Regierungsbildung hat. Dagegen wird der Präsident unmittelbar vom Volke gewählt, und auch in andern Fällen ist die Herrschaft des Reichstages durch Volksentscheid begrenzt. Wir sehen hier eine Mischung amerikanischer, französischer und schweizerischer Ideen, die sich zuweilen zu schneiden scheinen. Aber dazu kommt als die größte Eigentümlichkeit ein Pfropfreis (wenigstens scheinbar) von der jüngsten Verfassungsentwicklung in Rußland, nämlich „die Verankerung des Rätesystems in der Verfassung" (Artikel 165). Als Gewinn aus der Revolution haben die Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht in den Unternehmungen erlangt (die „konstitutionelle Fabrik") in Form von Betriebs-

räten, die auf höheren Stufen mit den Vertretungen der Unternehmer und anderer Gruppen zu einem „Reichswirtschaftsrat" zusammengefaßt werden, der das Antragsrecht bei dem Reichstag und beratende Stimme bei der Reichsregierung in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen hat. Es ist eine eigentümliche Verbindung des russischen Rätegedankens und der neuzeitlichen Interessenvertretung, begrenzt nach einer Seite nur vom Staatsleben. Das System ist jedoch noch nicht ausgebaut und war der umstrittenste Punkt des Verfassungswerkes.

Mit dieser Verfassung steuert nun das deutsche Volk seiner dunklen Zukunft entgegen. Sie zielt dahin, nicht zum wenigsten durch die Räteorganisation die werktätigen Schichten mit dem Staat zu versöhnen und ihre Arbeitslust anzuspornen. Eine starke Strömung unter den Arbeitern ist indessen nicht zufrieden mit dem Finger, sondern verlangt die ganze Hand, die Räteherrschaft nach russischem Vorbild. Sie will auch die Revolution über die Demokratisierung hinaus fortsetzen bis zur „Sozialisierung". Auf der anderen Seite ist der monarchische Geist gewiß nicht über Nacht ausgestorben. Hier wird die neue Ordnung zweifellos von zwei entgegengesetzten Seiten bedroht, von denen keine gering einzuschätzen ist. Die „zwei Nationen" sind sich nicht näher gekommen durch den Frieden und die Verfassung.

Sich selbst überlassen, scheint es für die neue Regierung nicht aussichtslos, sich gegen diese Gefahren zu behaupten. Es liegt aber im Belieben der äußeren Feinde, die Lage zu ändern. Wie weit überhaupt einige Unternehmungslust aufleben kann in der Zwangslage zwischen den bevorzugten Arbeiterschichten daheim und der fremden Wiedergutmachungskommission (s. S. 195), ist eine Frage, die in der Verfassung keine Antwort findet. Aber das ist sicher, daß jedes Anziehen der Schraube von Versailles den Männern des äußersten Umsturzes Wind in die Segel gibt. Zugleich muß damit die äußere Einstellung nach Rußland hin besonders gefördert werden, die jedenfalls manchem unter den gegenwärtigen Verhältnissen natürlich erscheint: eine festländische Verbindung der Ausgestoßenen gegen die seebeherrschende Weltmacht im Völkerbund.

Gegenwärtig hat eine solche tatkräftige Auslandspolitik gewiß

nicht viele Anhänger. Dazu sitzt das Volk zu fest im Schraubstock des Friedens. Unter dem bitteren Einfluß der Niederlage haben selbst früher imperialistische Stimmen (Winterstätten) sich nun zugunsten einer Abkehr von jeder Machtpolitik vernehmen lassen; man nimmt die Lehre des Krieges von der unverbesserlichen Unfähigkeit des Volkes für Politik hin und rettet seine Zukunftshoffnung zum alten hellenischen Ideal, ein „Weltvolk des Geistes" an der Seite des neuen Roms, Englands, zu sein. Aber was in Zukunft wirklich emporsteigen wird aus der geheimnisvollen Tiefe der Seele, wo noch alles in wilder Gärung ist, das weiß niemand.

Von den gefallenen Großmächten ist Rußland zuerst zusammengebrochen, durch das Schicksal des Krieges und dann durch eigenen Zerstörungstrieb. Das geschah vor allem durch Auflösung des Reiches und durch Umsturz des Regiments; das eine teilweise bedingt durch das andere.

Die Revolution, unabwendbar nach der Niederlage im Felde, kam im März 1917. Der Zarenthron wurde gestürzt durch einen Aufstand der Soldaten und Arbeiter Petersburgs, nicht infolge der Stärke der Erhebung, sondern infolge seiner eigenen Schwäche. Das Haus Romanow, zweihundert Jahre jünger als das Haus Hohenzollern, begegnete entartet dem Schicksal, das bald danach das Haus Hohenzollern in voller Blüte treffen sollte. Um das Erbe der Romanows kämpften nun eine Zeitlang das Parlament und die Straße, Girondisten und Jakobiner. In zwei Abschnitten (Miljukoff—Kerenski) wurden die Gemäßigten zurückgedrängt; und im November 1917 war das Ringen entschieden. Durch eine neue Revolution setzte man alles Alte außer Betrieb, und die bolschewistische Arbeiterpartei (vom Londoner Kongreß 1903) trat als unbestrittene Inhaberin der Macht hervor, mit Lenin als persönlichem Führer.

Bolschewismus bedeutet buchstäblich Maximalismus zum Unterschied vom „Menschewismus", der Partei, die ein sozialistisches Programm gemäßigter Richtung vertritt; daneben gibt es jedoch eine zweite maximalistische Partei in der Bauernpartei der „Sozialrevo-

lutionäre". Der Bolschewismus ist also eine radikale Sozialisierungspartei; in der Tat die radikalste, die je dagewesen ist. Sie selbst betrachtet sich als den einzig echten Erben von Marx; man erkennt auch Ideen Tolstois wieder, und über dem Ganzen liegt die echt russische Uferlosigkeit mit ihren nihilistischen Neigungen. Das System enthält die absolute Umwälzung; die Gesellschaft wird auf den Kopf gestellt, nachdem die Pyramide durch planmäßige Ausrottung der höheren Schichten abgestumpft ist. Arbeiter, Soldaten und Bauern sind in diesem Gebäude die einzig berechtigten Klassen, und ihre Alleinherrschaft, die „Diktatur des Proletariats", wird zur natürlichen Staatsform, bis die bürgerliche Gesellschaft vollständig im Kommunismus aufgegangen ist. Die Verfassung wurde am 10. Juli 1918 zu einem durchgeführten Rätesystem („sowjet") ausgestaltet, dessen Spitze, der „allrussische Rätekongreß", in dem die Städte stark überwiegen, zweimal jährlich zusammentritt. Es folgt das „Zentralexekutiv-Komitee" mit höchstens 200 Mitgliedern; als wirkliche Regierung ist aber der Rat der 18 „Volkskommissare" anzusehen — die Spinnen im Netz — mit dem Sitz in Moskau. Eine Volksvertretung im gewöhnlichen Sinne ist nicht vorhanden — das ist ein überwundener Standpunkt.

In diesen Formen wird nun das russische Reich regiert, unumschränkter und gewaltsamer als je unter der Zarenregierung. Ein entsetzlicher Terrorismus gegen alle Gegner gehört zum System als Grundsatz und praktische Grundlage — es ist die Pariser Kommune von 1871, ausgedehnt über ein Weltreich, die Schreckensherrschaft von 1795 als dauernde Einrichtung. So ist das alte Rußland zugrunde gegangen, das Heer und die Bureaukratie nach der Zarenregierung, auch die Volkswirtschaft ist vollständig aufgelöst; das Ganze ist ein Trümmerhaufen, in dem keine andere zusammenhaltende Kraft zu spüren ist als der neue revolutionäre Geist selbst. Aber diese hat eine staunenswerte Stärke entwickelt und macht infolgedessen nicht an den Grenzen der Sowjet-Republik halt. Es ist eine neue russische Sendung zur Welteroberung: das „Testament des Zaren Peter", abgelöst durch das proletarische Manifest von 1847. Sie erstreckt sich

zielbewußt und mit glühendstem Werbeeifer über alle nationalen Grenzen hinaus (z. B. in Brest-Litowsk s. S. 187) und bildet in ihrem reinsten Gegensatz zum bürgerlichen Kapitalismus der Zeit eine Gefahr, die in keinem Lande unterschätzt werden darf.

Während so die neuen russischen Machthaber nach einer geistigen Weltherrschaft auf sozialer Grundlage trachten, ist ihr eigenes Reich im Zeichen des Nationalismus in einem Umfang zerbröckelt, der zeitweilig auf das Schicksal Österreich-Ungarns vorauszudeuten schien; die nationale Staatsbildung ist nämlich in ihrem System eine ganz gleichgültige Sache, nur das Band zwischen den revolutionären Arbeitern wird bewahrt, und damit werden alle Staaten von innen untergraben. Um die Jahreswende 1917—18 war das frühere russische Reich eine vollständige tabula rasa. Die neue Regierung saß in Moskowien gleichsam auf einer Insel inmitten eines Schärenreiches neuer Staatengebilde: an der Europafront Finnland, die Baltenreiche, Litauen, Polen, die Ukraine (s. S. 188) — im Süden eine „taurische Republik“ auf der Krim, ein großer „Südostbund“ und ein ebensolcher Verband Kaukasien —, im Osten Baschkiristan, Sibirien, Kirgisistan, Turkestan. Wir lassen hier die übrigen außer acht als vorübergehend und nur ausnahmsweise (Georgien) nach voller Absonderung strebend. Dagegen verdienen die „Randstaaten“ im Westen wegen ihres stärkeren Rückhalts bei den Großmächten Aufmerksamkeit.

Einer von ihnen, **Polen**, ist bereits förmlich in das neue System aufgenommen, ein anderer, **Finnland**, von vielen Mächten anerkannt. Die **Ukraine** trat als völkerrechtliche Persönlichkeit bei den deutschen Friedensschlüssen auf (s. S. 187), **Litauen** hatte ebenfalls die deutsche Anerkennung gefunden, schließlich haben **Lettland** („Latwija“) und **Estland** in neuester Zeit festere Formen angenommen. Sogar das Volk der Weißrussen hat sich in dieser allgemeinen Bewegung seinen Platz gesucht. Gestört wurden diese Entwicklungsbestrebungen von den Polen, die auf Grund der früheren Geschichte weit über die Nationalität hinausgreifend auftreten; auf der anderen Seite genießen sie als massiges Gegengewicht gegen Deutschland die besondere Gunst des Verbandes und sollen schon (nach der gewiß

sehr phantasievollen Angabe des Statesman's Yearbook) ein Gebiet von 367000 qkm und eine Bevölkerung von 36½ Millionen erreicht haben, d. h. mit Frankreich und Italien in Vergleich treten können. Leichter ist (nach Sering) der Verlust des neuen Rußlands durch diese Absonderung zu berechnen: Finnland 375000 qkm — 3,3 Millionen, baltische Staaten 92000 qkm — 2,7 Millionen, Litauen 120000 qkm — 5,8 Millionen, Polen 127000 qkm — 13 Millionen, Ukraine 850000 qkm — 29 Millionen, zusammen über ½ Million qkm und fast 54 Millionen Menschen, oder etwa 29% bzw. über 36% vom europäischen Rußland des Zaren und 7% bzw. etwa 30% des ganzen alten Reiches.

Aber zu diesem äußeren Verlust kommt die Verwandlung der geopolitischen Lage zurück zu Zar Peters Innenreich, mit nur vereinzelten Ausblicken auf das Schwarze Meer und die Ostsee; dazu ist das neue Rußland seiner landwirtschaftlichen und industriellen Schwerpunkte (in der Ukraine) beraubt und dadurch nach Sibirien als Wirtschaftsgrundlage verschoben — ein vom Weltmarkt völlig abgeschnittenes, im tiefsten Festlandsschatten liegendes Reich. Durch **den Weltkrieg ist für Deutschland die äußere Entwicklung von einem halben, aber für Rußland die von zwei vollen Jahrhunderten verloren gegangen.**

Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß Rußlands Schicksal weniger als irgendein anderes in der gegenwärtigen Lage entschieden ist. Bisher ist die Aufgabe seiner neuen Regierung ein einziger Kampf ums Dasein gewesen, und dabei hat sie mit dem Verband als erbittertem Gegner zu rechnen gehabt. Der Verband hat Rußland lange unter Blockade gehalten, und sein großer Völkerbund hat seine eine Front gegen Rußland gerichtet, da er in ihm einen Feind seines innersten liberalen und kapitalistischen Lebensprinzips sieht. Nach allgemeiner Meinung im Verband ist es auch nur eine Frage kurzer Zeit, daß die Räterepublik fallen und ein anderes System an ihre Stelle treten wird, das größere Rücksicht auf die Überlieferungen nimmt und größere Brauchbarkeit für die Absichten des Verbandes besitzt. Vielleicht wird es sich erweisen, daß diese Rechnung ohne den Wirt gemacht ist. Anfang 1920 scheint das neue Rußland Wind in

seine Segel bekommen zu haben und hat durch Aufnahme der Verbindungen mit dem Islam einen Angriff eröffnet, der sich zu einer weit ernsthafteren Gefahr für Englands asiatisches Reich auswachsen kann als das Gespenst eines russisch-deutschen Bundes. Unter diesem Eindruck hat England auch schon begonnen, eine entgegenkommende Politik einzuschlagen. Vielleicht wird es sich bereitfinden, etwas von dem „Diagonalsystem" der Randstaaten zu opfern, z. B. durch Billigung des Verbleibens der Ukraine im russischen Verband, um dadurch den erwähnten für England empfindlicheren Druck zu erleichtern.

Aber auch abgesehen von diesen Möglichkeiten — die ja Rußlands tiefgesunkene Bedeutung im Staatensystem wesentlich erhöhen würden — liegt der Föderalismus auch im Plan der gegenwärtigen russischen Regierung selbst und sogar in ihrem amtlichen Namen R.S.F.S.R., d.h. Russische Sozialistische Föderative Sowjet-Republik. Die Absonderung der Randstaaten hat natürlich das nationale Wesen des Staates im Hauptreich verstärkt (s. S. 188), doch bleiben immer noch z. B. türkische Bestandteile, die unter der Macht der neuen „panturanischen" Bewegung nach Süden neigen. Aber auch der nationalrussische Zusammenhang scheint gegenwärtig auseinanderstrebenden Kräften ausgesetzt zu sein, die sich von den Grundsätzen des ancien régime stark abheben. Mehr als irgendwo sonst spüren wir hier also unbekannte Einflüsse. Rußland ist das größte und verhängnisvollste Rätsel des neuen Staatensystems.

Literatur: Wieser, Österreichs Ende, 1919; Kjellén, Das Ende Europas, 1919 (Neue Freie Presse, 20. April); Schüßler, Mitteleuropas Untergang und Wiedergeburt, 1919; Döring, Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg, Nr. 4, 1919; R. Schmidt, Die Grundlagen des deutschen Staatswesens, 1919; Wintersteiten, Großdeutschland und die Weltpolitik, 1919; Die deutsche Reichsverfassung, im Deutschen Geschichtskalender (Lieferung 52, 58, 59, 62) 1919; Löwe, Das neue Rußland, 1918; Hirschberg, Bolschewismus, 1919; Freytagh-Loringhoven, Rußland (Das Ausland im Weltkrieg, I, 1920).

**2. Die orientalische Großmacht.** Bei der Bilanz des Weltkrieges tritt Japan als der vor allen anderen begünstigte Teil hervor. Andere mögen noch größere Gewinne bei der Gewinnverteilung gezogen

haben, aber keine bei annähernd so geringem Einsatz. Alles schien sich zu Japans Vorteil zu wenden, bis schließlich aus dem Fortschritt selbst tiefe Schatten aufgestiegen sind.

Die erste günstige Gelegenheit wies auf das maritime Ausdehnungsprogramm, das 1905 fallen gelassen wurde (s. S. 165). Vor Ende 1914 waren die deutschen Südseeinseln (Marschall-, Karolinen-, Marianeninseln) und Kiautschau von Japan besetzt. Damit waren die hauptsächlichen Kriegsunternehmungen zu Ende, so daß die Kriegslast sehr leicht blieb. Aber dann folgten neue Reibungen, sowohl mit den Vereinigten Staaten wegen der Inseln als auch vor allem mit China wegen Kiautschaus. Chinas Verlangen nach Räumung des Kriegsgebiets in Schantung verschob Japans äußere Politik ins Kontinentalprogramm und ergab schließlich die „21 Punkte", die China im allgemeinen im Mai 1915 anerkennen mußte. Sie bedeuten für die Großmacht des Ostens einen größeren Schritt vorwärts als das Ergebnis ihrer früheren Friedensschlüsse nach siegreichem Krieg. An Gebiet stellen sie die südliche Mandschurei (auf 99 Jahre), die östliche Mongolei, Schantung (mit der platonischen Versicherung, daß Kiautschau nach dem allgemeinen Frieden zurückgegeben wird) und Fokien, das Gegenufer Formosas, unter japanischen Einfluß, aber außerdem bereiten sie Japans finanzielles Eindringen ins Jangtsetal selbst vor, verbunden mit der Überwachung der Waffenindustrie und des Bergbaues in China. Da sich China endlich verpflichtet, keiner dritten Macht irgendein Ufer abzutreten, so fällt nunmehr helles Licht auf die Politik Großjapans: es stellt sich kein geringeres Ziel als die Schutzherrschaft über das ganze chinesische Reich.

Die Ansprüche waren gelegentlich noch weiter gegangen; man hatte u. a. die Frage japanischer Berater in der chinesischen Verwaltung und japanischer Gendarmen in der Polizei erörtert. Wahrscheinlich auf Grund englischen Einflusses mußten diese Forderungen vorläufig zurückgezogen werden. Der nächste Schritt der japanischen Politik war deshalb, einen festen Rückhalt zu suchen, und den gab Rußland. Als natürlicher Abschluß der früheren Annäherung (s. S. 151 u. 165) kam im Juli 1916 — gleich nachdem China seinen

großen Staatsmann Juanschikaj verloren hatte — das Bündnis zwischen Rußland und Japan zustande. Schon in den veröffentlichten Artikeln fällt es auf, daß die überlieferte Formel von der Unantastbarkeit Chinas ausgelassen ist, was bedeutet, daß Rußland nun auch auf China — wie 1905 auf Korea — verzichtet. Aber es besteht auch Anlaß, heimliche Vereinbarungen greifbaren Inhalts anzunehmen über die Überlassung der Hauptbahn zum Sungarifluß hinauf, des nördlichen Sachalins usw. Japans Gegenleistung bestand in Waffenlieferungen. Der russische Kriegsbedarf krönte Japans Vorteile mit einer wirtschaftlich günstigen Lage, wie es sie in seiner Geschichte bis dahin nicht erlebt hatte.

Das Jahr 1917 brachte neue günstige Umstände. Die Vereinigten Staaten traten in den Krieg ein, wünschten China mit sich zu ziehen und mußten den Rücken im Pazifik frei haben. Daraus erklärt sich der Vertrag Japans mit den Vereinigten Staaten vom November 1917, in dem letztere anerkennen, daß „Japan wegen der Nähe seines Reiches besondere Interessen in China hat". Noch ein großer Bürge begann also sich zurückzuziehen; auf einem Festmahl in New York rief der Vertreter Japans offen und im Namen seines Landes eine „Monroedoktrin für Ostasien" aus. Um diese Zeit nehmen auch die Finanzen Japans einen bis dahin unerhörten Aufschwung — nicht nur durch das russische Gold, sondern auch, weil die Schiffahrt auf dem Pazifik fast ganz seiner Flagge zufällt, da der Atlantik alle erreichbare angelsächsische Tonnage erfordert. Der Fortfall der angelsächsischen (wie vorher der deutschen) Schiffe bietet den Japanern glänzende Gelegenheit, auch in den Handel Indiens einzudringen. Zu dieser Zeit steht die Sonne offenbar hoch über dem Lande der Sonnengöttin.

Aber da tritt auch die Wendung ein. Unmittelbar nach dem Übereinkommen zwischen Japan und Amerika kam der Bolschewismus in Rußland zur Macht. Nicht nur versiegte nun eine Einkommensquelle ebenso schnell, wie sie entstanden war, sondern vor allem brach eine mächtige politische Stütze zusammen. Gewiß gibt die politische Leere unmittelbaren Anlaß zur Landung in Wladiwostock (Frühjahr 1918, im

Auftrag des Verbandes) und zum Eindringen in Sibirien selbst, und im Mai 1918 verbreitete sich das Gerücht vom Anziehen der Schraube in China durch einen neuen Vertrag. Aber der überraschende Sieg der Verbündeten in Europa hat auf verhängnisvolle Art die japanischen Berechnungen für die Zukunft gestört. Nun ist es auf einmal mit den günstigen Verhältnissen auf allen Seiten zu Ende, die künstliche Industrialisierung für Kriegszwecke hängt in der Luft, „der Reisaufstand" im August 1918 (auf Grund der Teuerung) warnt ernstlich vor Gefahren in der Gesellschaft. Als Macht befindet sich Japan in vollständiger politischer Vereinzelung gegenüber den angelsächsischen Verbündeten, die in der Tat seine eifersüchtigen Nebenbuhler sind.

Nach außen ist die Stellung immer noch achtunggebietend. Japan ist durch den Krieg zum Range einer unbestrittenen Weltmacht angewachsen und steht den äußeren Zahlen nach an dritter Stelle; sein eigentliches Reich dürfte heute 80 Millionen Einwohner umfassen, wovon 58 im Mutterlande leben, aber dazu kommen etwa 50 weitere Millionen in sicheren Einflußgebieten, und darüber hinaus deckt sein Schatten ganz Ostasien. Seine Volkswirtschaft hat sich aus auffallender Armut derart entwickelt, daß es nun sogar England zu seinen Schuldnern rechnet; der Außenhandel ist während des Krieges (1914—18) von 2 auf 6½ Milliarden gestiegen, und der Ausfuhrüberschuß allein hat der Wirtschaft 2 Milliarden eingebracht, auch die Handelsflotte hat verhältnismäßig zugenommen. Großartige Rüstungen zu Lande und zu Wasser geben der Großmacht Wehr und Waffen und zeugen zugleich von seinem Gefühl für die Unsicherheit der Stunde.

So hat Japan sich auf dem Friedenskongreß eingestellt, um seine Rechte zu wahren. Es bekam sie auch bewilligt, insofern als der Frieden Deutschlands Ausschluß von Schantung zu Japans Gunsten bestimmt. Aber zugleich war dies einer der Anlässe, der die Vereinigten Staaten von der Ratifikation des Friedens abhielt. Auch hat Japan, soweit bekannt, noch nicht wegen Amerikas Widerstreben sein „Mandat" für die deutschen Südseeinseln zugeteilt bekommen. Und sein Vorschlag, die Gleichheit aller Rassen im Völkerbund betreffend, drang nicht durch. So ist also der Gegenwind da. Die großen Verbündeten

haben nicht länger Anlaß, den Ansprüchen Japans nachzugeben, da sie ihm nur geringen Anteil am Siege beimessen und nun darauf bedacht sind, ihre eigenen Interessen gegen Japan wahrzunehmen.

Es handelt sich immer noch um China; diesen unermeßlichen Markt wollen die Angelsachsen sich keinesfalls ganz entreißen lassen und sind deshalb geneigt, diesem Reich einen gewissen politischen Schutz zu gewähren. Es scheint jedoch, als ob die Chinesen durch unkluges Auftreten auf dem Friedenskongreß ihrer Sache geschadet haben. Sicherlich ist ihr Vertrauen auf Westeuropa durch den Ausgang des Schantungzwistes erschüttert, und es fehlt nicht an Zeichen, daß sie verzichten wollen (Boykott gegen die Fremden im Sommer 1919, V o ß). Bestätigt sich das Gerücht, daß der japanische Außenminister in einer Rede im Januar 1920 wirklich die Rückgabe Schantungs und den halben Anteil an der Schantungbahn versprochen hat, so scheint der Weg für eine Verständigung gebahnt zu sein, welche „die Monroedoktrin für Ostasien" zur Wahrheit machen kann.

Immer aber bleibt für Japan der Gegensatz zu den Vereinigten Staaten bestehen, die sich auch in der Abmachung von 1917 die „offene Tür" vorbehielten und die nunmehr offenbar nicht geneigt sind, sie auf irgendeine Art wieder schließen zu lassen. Die große Frage ist nun, in welchem Maße die Vereinigten Staaten sich hier auf ihren angelsächsischen Bruder verlassen können. Manche glauben, daß für die Vereinigten Staaten Englands Hilfe gegen Japan ein wesentlicher Ansporn zum Schließen der Waffenbrüderschaft im Kriege gewesen ist. Mit England vereinigt besitzen sie zweifellos die Macht, um Japans große Zukunftsträume von der Herrschaft über Asien einzuschränken. Das große planetarische Spiel liegt nach dem Weltkriege jedenfalls in diesen drei Händen, Japan, den Vereinigten Staaten und England, und es ist wenigstens nicht ausgeschlossen, daß der Schauplatz nach dem Schluß dieses Krieges im n a h e n Osten später nach dem f e r n e n Osten verlegt wird — ob in Gestalt des „nächsten Weltkrieges" oder nicht, muß die Zukunft zeigen.

Literatur: Zechlin im Weltwirtschaftlichen Archiv, Juli 1915 (nach Japans Staatszeitung, 9. Juni 1915, über die 21 Punkte); H. Müller, Der

russisch-japanische Vertrag vom 3. Juli 1916 (Zeitschrift für Politik 1917), und Japan, dieser und der nächste Weltkrieg, 1917 (Der Neue Orient, September); Das neue amerikanisch-japanische Abkommen, Deutsche Politik, 21. Dezember 1917; Voß, Japan, China, Amerika, ebd. 7. November 1919; Der nächste Weltkrieg (anonymer neutraler Diplomat), im Herbst 1916.

**5. Die angelsächsischen Großmächte.** Wir behandeln sie im gleichen Abschnitt wegen der nahen Beziehung, in die der Weltkrieg sie zueinander gebracht hat, aber selbstverständlich zeichnen sie sich immer noch ebenso kräftig gegeneinander wie gegen die Welt ab. Die unerhörte Reichhaltigkeit des Gegenstandes muß hier die Knappheit der Darstellung besonders fühlbar machen.

Alle Ereignisse werden in den Schatten gestellt von der Tatsache — dem Mittelpunkt des ganzen Staatensystems, das aus Versailles hervorgegangen ist oder dort seine Stütze hat —, daß die unumschränkte Herrschaft jetzt den angelsächsischen Großmächten gehört. Am dunklen Himmel steigen die Umrisse einer neuen Weltherrschaft empor, ähnlich der Roms nach den Punischen Kriegen, in gleicher meerumschließender Form, aber diesmal auf der Grundlage des Atlantiks: *eine politische Atlantis* (s. S. 204). Das ist das positive Ergebnis des Weltkrieges, während das negative die Niederlage Deutschlands und Mitteleuropas ist. Das Streben der Jahrhunderte zum planetarischen Gleichgewicht nach Vorbild des europäischen, gegründet auf der politischen Gleichberechtigung des germanischen Hauptstammes, hat sich in Versailles als Wahn erwiesen. Es ist gewaltsam beendet zugunsten einer Vereinigung, in welcher der angelsächsische Stamm ohne wirklichen Nebenbuhler dasteht, gestützt auf ein Übergewicht oder geradezu ein Monopol auf allen ausschlaggebenden Gebieten, in Seemacht, Gütererzeugung, Kapital und in der öffentlichen Meinung. Wir werden später sehen (s. S. 247), daß sogar der Völkerbund, wie er in Versailles ausgedacht wurde, nichts anderes ist als eine Bestätigung dafür mit dem eigenen Siegel der „Menschheit“: eine Deckung und ein Fußschemel für die angelsächsische Herrschaft.

Die außerordentliche Entwicklung des deutschen Volkes während des

letzten Menschenalters ist hiermit von der Bedeutung eines selbständigen Teiles der Menschheitsgeschichte auf die eines letzten nun überwundenen Hindernisses für die Alleingeltung des angelsächsischen Stammes eingeschränkt worden. Die Niederlage des Geistes und der Phantasie gegenüber dem Willen und dem praktischen Verstand ist dadurch in der politischen Welt besiegelt worden, zugleich die Niederlage des Obrigkeitsstaates gegenüber dem Volksstaat und, wenigstens anscheinend, auch die Niederlage der Landmacht gegenüber der Seemacht. Gegen diese Übermacht gibt es kein Gegengewicht; Frankreich ist zu einem Wächter der europäischen Schwäche herabgesunken, und Japan ist, wie wir schon gesehen haben, ein abgesonderter „outsider".

Der Krieg hat also plötzlich die Frage brennend gemacht, die lange als letzter Rückhalt der englischen Herrschaft erörtert wurde, den Plan, den man mit ethnopolitischem Nachdruck Anglosaxia contra mundum genannt hat. In Englands äußerster Not bedeutete er die Rettung. Aber daraus folgen unmittelbar die Gefahren für Englands Stellung innerhalb der Organisation, die wir schon kennen (s. S. 108). Vom englischen Standpunkt aus ist das alte Muster aus den Zeiten Ludwigs XIV. und Napoleons noch einmal bis zu Ende nachgeahmt worden, der Nebenbuhler ist vernichtet, Europa liegt in Trümmern; aber wenn der Sieger nun nach dem Sturm über die See blickt, zeigt sich die Lage in einem entscheidenden Punkt verändert und verschlimmert. Diesmal hat der Sieger nicht gewonnen ohne größeren Verbrauch eigener Kräfte, mit der Hilfe von europäischen „Landsoldaten". Den Sieg hat England seinem großen Bruder über See zu danken. Mit ihm muß er also diesmal die Früchte teilen, und kaum zu gleichen Teilen; denn jener steht ungeschwächt da in größerer Kraft als je vorher, während Englands eigene Kraft stark mitgenommen ist. Man möchte fast sagen, daß diesmal Amerika den Krieg gewonnen hat mit England als „Landsoldaten".

Von diesem Standpunkt aus hat Englands Bündnispolitik diesmal zu einem Rückschlag geführt, der verhängnisvoll werden kann. Wirtschaftspolitisch ist der Krieg ein schlechtes Geschäft gewesen; an Stelle des niedergeschlagenen Nebenbuhlers ist neben ihm ein noch gefähr-

licherer erstanden. Darin liegt auch die Schwäche der ganzen neuen Weltherrschaft, daß sie zwar eine ethnische Einheit, aber eine politische Zweiheit darstellt, da ja die Stammesverwandtschaft nicht den ernstesten Wettkampf zwischen den beiden Völkern ausschließt. Aber während Englands Rechnung doppelseitig ist, großer Gewinn und großer Verlust, hat Amerika einen starken Gewinnüberschuß, ähnlich wie Japan, aber doch glücklicher, da auch die diplomatische Lage zu seinem Vorteil gestaltet ist. Der einseitige und ungeheure Gewinn in seiner Rechnung hat Amerika auf drei Gebieten zum Nebenbuhler oder gar zum Überwinder Englands gemacht, und zwar gerade auf den Gebieten, die den britischen Weltherrschaftsgedanken ausmachen: Handel, Schiffahrt und Seemacht.

Im Jahre 1917 wurde England also zum erstenmal in seiner neueren Geschichte auf dem Gebiet des Welthandels überflügelt (die Gesamtzahlen für 1918 sind für beide ziemlich gleich, etwa 32 Milliarden, jedoch setzt sich die Rechnung umgekehrt zusammen: England 9½:23, Vereinigte Staaten über 22:10). Es ist vor allem der eigene Erdteil (nicht zum wenigsten Kanada), aber auch Asien und für die Ausfuhr Europa, die in der amerikanischen Handelsstatistik angewachsen sind. Gegenüber ganz Europa nehmen die Vereinigten Staaten nunmehr deutlich die Stellung als Gläubiger und Lieferant ein, genau so wie England nach den napoleonischen Kriegen, und gewaltige Großunternehmungen (wie die „American International Corporation" 1915) zeugen von dem Willen, den Eroberungsweg fortzusetzen. Die Vereinigten Staaten haben wohl unbestreitbar hier den größeren Teil des deutschen Erbes an sich gerissen, selbst wenn Englands große Überlieferungen und bessere Auslandsbeziehungen den Wettbewerb erschweren werden. Aber zum amerikanischen Aufschwung trägt die ungeheure Kraftaufspeicherung bei, die sich in seiner Schiffahrt, dem bisher schwachen Punkt seiner eigenen Wirtschaft, während des Krieges angesammelt hat (große Staatsunterstützung 1916, Erlaubnis, ausländische Tonnage zu kaufen 1914). Günstige Einflüsse beim Wettbewerb waren ferner einerseits der Zugang an internierten deutschen Schiffen (600000 Tonnen), andererseits besonders Eng-

lands Behinderung durch den U-Bootkrieg (Verlust nach amtlichen Zahlen brutto 9 Millionen, netto 3½ Millionen „Großtonnen"). Amerikas Übergewicht dürfte etwas ausgeglichen werden bei der Verteilung der nun ausgelieferten deutschen Flotte, aber im Juni 1919 hatte es (nach Lloyds Register) schon fast 10 Millionen (unvermittelte) Dampfschiffstonnen gegen 16⅓ Englands, eine Vermehrung von 382% seit 1914 gegen eine Verminderung von 13½. Schließlich hat aber der Krieg für die Vereinigten Staaten auch eine unerhörte Entwicklung der Kriegsflotte mit sich gebracht, und wenn sie auch auf diesem entscheidenden Gebiet immer noch weit hinter dem alten Meerbeherrscher zurückstehen, so herrscht doch bei ihnen eine starke Meinung dafür — trotz Völkerbund und „dauerhaftem Frieden" —, auch diesen Wettstreit bis zu einem siegreichen Ende auszukämpfen. Während des Krieges hat Amerika der erstaunten Welt seine Fähigkeit bewiesen, in wenigen Monaten ein feldtüchtiges Heer aus dem Nichts zu schaffen (allgemeine Wehrpflicht 1917); nun sind dort gewisse militärische Neigungen zurückgeblieben, mit denen die Welt klugerweise zu rechnen haben wird.

Vor 40 Jahren sah Gladstone voraus, daß die große Union einst an Englands Stelle treten würde als „Hauptlieferant der Welt", und 10 Jahre früher hatte Treitschke die gleiche Ablösung in der Stellung der „ersten Seemacht" der Erde geweissagt. Nachdem die erste Voraussage längst verwirklicht ist, sieht es nun so aus, als ob die Erfüllung der anderen auch nahegerückt ist. Deutschlands Ausscheiden aus dem Wettbewerb ist für die Vereinigten Staaten keine geringere Erleichterung gewesen als für England, da es zuletzt für die Vereinigten Staaten gefährlicher als selbst für England war. Jedenfalls steht die Großmacht Amerika im neuen Staatensystem an der Spitze, d. h. wenn man auf wirkliche Macht und selbständigen Einfluß sieht.

Diese Stellung macht sich auf allen Gebieten des Staates geltend. Geopolitisch hat es die Sammlung von Schutzstaaten und Besitzungen im Karibischen Meer fortgesetzt (Haiti 1915, Nikaragua und St. Domingo in strengerer Überwachung 1916, die dänischen Inseln 1917),

und es wäre nicht verwunderlich, wenn wir bald als Nachspiel zur Waffenbrüderschaft während des Krieges einen allgemeinen englisch-französischen Rückzug aus Westindien erlebten. Man hat sogar davon geredet, Teile des türkischen Erbes (Konstantinopel und Armenien) unter den Schutz der Vereinigten Staaten zu stellen. Volkspolitisch dürften die „Continental U. S." nunmehr mit über 106 Millionen Einwohnern rechnen, und, was wichtiger ist, dieser Menschenschlag ist aus dem Schmelztiegel des Krieges mit gereiftem Nationalbewußtsein hervorgegangen, das selbst durch die vielen Millionen von Deutschen und Iren nicht wesentlich gestört wird. So ist es nicht das geringste geschichtliche Ergebnis des Weltkrieges, daß er den Werdegang der großen amerikanischen Nation auf angelsächsischer Grundlage abgeschlossen hat. Hierzu hat auch das Ausbleiben der Einwanderung unter dem Zwang der Lage beigetragen (vgl. auch das Einwanderungsgesetz von 1917, das dazu bestimmt ist, noch einige Jahre nach dem Kriege hemmend zu wirken). Wirtschaftlich haben die Vereinigten Staaten sich die günstige Lage gegenüber England zunutze gemacht auf die gleiche Weise wie Japan gegenüber Rußland, nur noch in viel größerem Umfang; ihre Kapitalinteressen gaben sicherlich den Ausschlag für ihren Eintritt in den Krieg, da Deutschlands drohender Sieg sie in Gefahr stellte. Gleichzeitig hat das Stocken des europäischen Wettbewerbes ihre wirtschaftliche Ausdehnung in Südamerika begünstigt, genau so wie die Japans in China. Eins ist sicher: der finanzielle Mittelpunkt der Welt hat sich von London nach Neuyork verschoben. Verfassungspolitisch endlich hat die Welt selten ein solches Bild gesammelter Kraft gesehen wie die Vereinigten Staaten, als sie unter Wilsons Diktatur bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand auftraten; das Ideal, das jedem echten Amerikaner als das seiner Nation vorschwebt, der höchste Richter der Menschheit zu sein und als Schiedsrichter der Welt zu walten, schien da in vollstem Maße verwirklicht, freilich nicht ohne Beeinträchtigung des demokratischen Staatsgedankens, dem er zugleich huldigt.

In zuletztgenannter Hinsicht ist hinterher ein fühlbarer Rückschlag

eingetreten. Wilsons Machtfülle und sein vollständiger diplomatischer Mißerfolg auf der Friedenskonferenz haben daheim eine starke Gegenströmung ausgelöst, die bisher Amerikas Bestätigung des ganzen Friedensvertrages verhindert hat. Die unerhörte Abkehr von allen amerikanischen Überlieferungen, die das Eingreifen der Vereinigten Staaten in den europäischen Krieg bedeutet, hat nach gewonnenem Sieg eine Neigung zu erneuter Zurückgezogenheit hervorgerufen. Aus dieser Stimmung erklärt sich auch der Widerstand gegen den Völkerbund, obwohl man in seine Grundsatzungen einen Vorbehalt für die Monroedoktrin und damit eine Art gesetzliche Bekräftigung für sie hineingebracht hat. Die absondernden Kräfte der Lage und Geschichte machen sich wieder geltend; man fürchtet zu tief in das europäische Getriebe hineingezogen zu werden, man sieht vielleicht auch nicht sehr gern, daß die kleineren Nachbarn daheim einen sichereren großpolitischen Wohnsitz außerhalb des Weichbildes Panamerikas bekommen (s. S. 128 u. 236). Natürlich hat der Krieg die Vereinigten Staaten auch nicht ganz mit seinen üblen Nachwirkungen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht verschont. Das Stocken der Einwanderung stellt an sich die große Union vor durchaus neue Aufgaben, gibt der Arbeiterklasse bisher unbekannte Trümpfe in die Hand und ist geeignet, nicht nur den Frieden der Gesellschaft, sondern auch die Überlegenheit im industriellen Wettbewerb zu stören. Gleichzeitig ist die Negerfrage verschlimmert durch neue Vorstellungen über die menschliche Würde, die während des Krieges aufkamen. Unruhen verschiedener, teils ernsthafter Art bilden Wolken am hellen Himmel.

Für die amerikanische Entschlossenheit und Rücksichtslosigkeit war es jedoch bisher leicht, diese Unruhen zu bewältigen. Im Vergleich zu England fielen sie jedenfalls gering ins Gewicht. Denn England mit seinem alten aristokratischen Sauerteig im Gemeinwesen hat dieselben Stürme in viel größerem Maßstab durchzumachen gehabt, wobei es das staatliche Ansehen weit weniger ungefährdet erhalten konnte. Erst während des Krieges hat England eine wirklich klassenbewußte und revolutionär gesinnte Arbeiterpartei bekommen; Verkehrs- und

Bergwerksstreiks in dieser überempfindlichen Wirtschaft haben die Kräfte des Landes nach dem Kriege stark angegriffen. Gleichzeitig mußte der Satz vom Recht der Nationalitäten, der als Feldgeschrei gegen Deutschland diente, auch zurückwirken auf die Teile des Empire, in denen fremde Nationen Englands eigene Fesseln tragen, vor allem auf Irland, Indien und Ägypten.

So kam es im April 1916 zu offener Empörung in Irland, wo home-rule während des Krieges eingeschlafen war. Es war die äußerst radikale Vereinigung der „Sinnfeiner" (s. S. 91), die da an den Ketten rüttelte, nicht ohne irisch-amerikanische und deutsche Beziehungen, und sie hat seitdem nicht geruht. Bei den letzten Wahlen im November 1918 gewann sie 73 Plätze im Parlament, läßt sie jedoch leer stehen. Terroristische Anschläge und das Ausrufen der „freien irischen Republik" zeugen von dem bösartigen Charakter der Bewegung, und es zeigt sich keine Aussicht, daß die Regierung ihr die Spitze abzubrechen vermag durch ihren neuen Vorschlag, Sonderparlamente für Ulster und das katholische Irland einzurichten (1919). Aber noch ernstere Formen hat die indische Frage während des Krieges angenommen, der Kern in Englands Reichsproblem neben Greater Britain. Die Hindus, in Massen auf Europas Boden geschleppt, um die Interessen ihrer Beherrscher zu verteidigen, ließen sich nicht länger abspeisen mit dem Satze von „der Bürde des weißen Mannes", angesichts ihrer eigenen Unfreiheit. Das Schlimme an der Lage war, daß die Mohammedaner Indiens nun zum erstenmal gemeinsame Sache machten gegen eine Obrigkeit, die den Kalifen in Konstantinopel bedrohte. Im Dezember 1916 einigten sich beide Parteien auf ein großes Programm, das auf Selbstverwaltung der Provinzen und des Reiches, d. h. auf die „Vereinigten Staaten Indiens" und die Aufnahme in den britischen Reichsverband neben den Selbstverwaltungskolonien ausging. Infolgedessen finden wir Indien auf der Reichskriegskonferenz 1917 wie auf dem großen Friedenskongreß vertreten, und im Völkerbund ist neben Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika auch ein Platz für Indien offengelassen; im Dezember 1919 wurde ferner ein neues Reform-

gesetz angenommen mit erweiterter Selbstverwaltung. Inwieweit dies Entgegenkommen genügt, um die Wogen zu besänftigen, muß die Zukunft lehren; aber es springt in die Augen, wie gefährlich ein bolschewistischer Einfluß gerade jetzt wäre (s. S. 215). In der Tat hat die englische Staatskunst selten vor einer schwereren Aufgabe gestanden als jetzt, wo es gilt, den indischen Freiheitsdrang zu befriedigen und doch den wirtschaftlichen Wert Indiens für das Mutterland zu erhalten. Im Vergleich hierzu ist die ägyptische Frage als geringfügig zu bezeichnen; doch haben 1919 starke Unruhen auch hier eine Neugestaltung auf die Tagesordnung gebracht.

Inzwischen ist das große Reichsproblem (Imperial Federation, s. S. 100) zur unmittelbaren Lösung herangereift. Die völlige Zusammengehörigkeit, die allen Dominien gebot, während des Krieges die härtesten Opfer wie für eine eigene Sache zu bringen, hat die grundsätzliche Erörterung beendet und England genötigt, eine Form zu finden, in der die Söhne über See künftig auf die Geschicke des Reiches Einfluß ausüben können. Der gegenwärtig führende Staatsmann Lloyd George erkennt auch diese Ehrenschuld an und hat schon während des Krieges ihre Vertreter regelmäßig in seinem „Reichskabinett" zu Rate gezogen. Die verfassungsrechtliche Ordnung für die Zukunft wird vorbereitet. So steht England unter dem Gesetz der Wandlung; schon in seinem eigenen Empire mußte es vom Platz des Vormunds herabsteigen und seine Macht mit den Kindern in fremden Fernen teilen, ehe es gegebenenfalls an der Seite der Vereinigten Staaten in den angelsächsischen Welttrust eintritt (s. S. 230).

Der Krieg ist übrigens auch mit den englischen Überlieferungen hart umgesprungen. Im Januar 1916 erlebte die Welt die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Großbritannien. Schon im Mai 1915 erhielt der Parlamentarismus einen ernsten Stoß, als die liberale Regierung die Oppositionsparteien mit sich verband, und im Dezember 1916 zerbrach er völlig, als die eigentliche Regierung in dem Fünferausschuß Lloyd Georges („Kriegskabinett") mit einer hinter ihm stehenden „Regierung von Fachleuten" zusammengefaßt wurde. Diese Form hat man auch nach dem Frieden beibehalten,

und die drohende soziale Frage dürfte künftig noch weniger Rücksicht auf das Parlament gestatten als bisher, obgleich es durch Wahlrechtsreform vom Februar 1918 bis zum (begrenzten) weiblichen Stimmrecht demokratisiert ist.

Es bleibt übrig, das geopolitische Blatt in der Abrechnung Englands zu betrachten. Hier kommt endlich der Kriegsgewinn zum Vorschein, der die Gefahren wettmacht. In der Tat ist er unerhört und unvergleichlich größer als der irgendeines anderen Staates, wenn wir Gebiet und Bevölkerung ins Auge fassen. Er kann kurz so ausgedrückt werden, daß der Traum von dem Reich um das indische Meer mit einem Schlage verwirklicht ist. Schon im Anfang des Krieges, im Dezember 1914, gab man dem Eckstein Ägypten durch Annexion eine festere Stellung, die im Frieden die Anerkennung der Besiegten gefunden hat. Die militärische Eroberung von Palästina und Mesopotamien bleibt in der Form von Schutzherrschaft und Verwaltungsauftrag bestehen (in Palästina ein zionistisches Staatsgebilde, gemäß englischer Erklärung vom November 1917, seitdem im Frieden bestätigt). Dazwischen breitet sich „das Königreich Hedjas" mit noch unbestimmten Grenzen aus, ein arabischer Staat, der gegen die türkische Oberhoheit im Juni 1916 gegründet, von England als Verbündeter und als Vertreter der ganzen arabischen Welt im März 1917 begrüßt, endlich durch Aufnahme in die Friedenskonferenz und in den Völkerbund allgemein anerkannt wurde. Die englische Totengräberpolitik gegen das Reich des Sultans hat hiermit ihr Ziel erreicht, und ganz Arabien erscheint nun als englisches Einflußgebiet, natürlich nicht ohne Reibungen, mit den Befreiten wegen des Grades ihrer Freiheit und mit Frankreich wegen der Grenzen in Syrien (s. S. 233). In der Lücke zwischen Kairo und Kalkutta bleibt nun nur noch Persien übrig, wo der russische Rückzug Gelegenheit zu einem Vasallitätsvertrag gab, der im August 1919 das Ganze (mit Ausnahme der nordwestlichen Landesteile) an England band. Endlich schloß sich die Lücke in der Verbindung Kapstadt-Kairo durch den Verwaltungsauftrag für Deutsch-Ostafrika (das erst in Versailles endgültig preisgegeben wurde); ein Stückchen, das

Belgien gehört, schadet dem Zusammenhange nicht. Auch an anderen Stellen hat England sein Gebiet vermehrt: Samoa kam an Neuseeland, Neuguinea an Australien, Deutsch-Südwest an Südafrika, ein Stück Kamerun an England selbst. Das ist der unvergleichliche Löwenanteil an dem deutschen wie an dem türkischen Erbe, und Persien zeigt, wie England sich selbst die Niederlage von Bundesgenossen zunutze macht. So wurde sein Glück gekrönt dadurch, daß der neue Nebenbuhler Deutschland Englands alten Nebenbuhler Rußland im Fall mit sich riß; allerdings die Frage, ob aus seiner Asche ein Rächer erstanden ist (die Beziehungen der Bolschewisten zum Islam und nach Indien, s. S. 215), ist ein banger Gedanke, der in naher Zukunft Wirklichkeit werden oder sich verflüchtigen mag.

Äußerlich hat England also einen größeren Schritt zur Weltherrschaft hin getan als je zuvor in seiner Geschichte. Allein bei der deutschen Konkursmasse sind es über 2 Millionen qkm und wohl 9 Millionen Menschen; der türkische Anteil läßt sich nicht berechnen; aber wir können annähernd das Britische Reich nach dem Kriege auf etwa 40 Millionen qkm und 460 Millionen Menschen schätzen. Von 23% des festen Landes und 26% der Menschheit ist es auf 27½ bzw. 27% angewachsen. Englands Stellung als größter Staat der Erde war niemals besser begründet. Man wundert sich wirklich nicht, daß es diesem Zustand künftig durch den „Völkerbund" als Bürgschaft Dauer verleihen möchte.

So zeigt sich eine schwindelnde geopolitische Entwicklung — gerade in dem Augenblick, wo die Kraftmitte selbst, die Seeherrschaft, wackelt wie niemals vorher. Gegenüber der Außenwelt erhebt sich das Britische Reich riesenhafter denn je; aber außerhalb Anglosaxia kann es sich nicht mit wirklicher Selbständigkeit bewegen, und innerhalb kann es schwerlich den ersten Platz beanspruchen. Aus diesem Zwiespalt gibt es theoretisch nur zwei Auswege: die alte Bündnispolitik, nun gegen die Vereinigten Staaten gewandt, oder den freiwilligen Verzicht. Mehrere Umstände sprechen dabei für den zweiten als den brauchbareren Weg, so hauptsächlich die im Krieg offenkundig gewordene angelsächsische Zusammengehörigkeit (s. S. 181). Es steht außer Frage, daß

die innerste Triebkraft in der amerikanischen Kriegserklärung das Gemeinschaftsgefühl mit dem englischen Kultur- und Gesellschaftsideal war. Dies Gefühl erfüllte die Yankees mit einer Kreuzzugsstimmung, als sie über See zogen gegen den „Kaiser" und den „Militarismus". Es zeugt für ein angelsächsisches Bewußtsein, das sich als stärker erweisen kann als trennende politische Überlieferungen. Hier steigt ein Zukunftsbild nationaler Sammlung empor, weit erhabener als das, welches einst Bismarcks Größe begründete. Das englische Sonderbewußtsein, schon zum panbritischen in der Gemeinschaft mit den jüngeren Tochterkolonien verstärkt, kann im Laufe der Zeit eingehen in ein panangliſches, gemeinsam mit der ältesten, längst politisch verlorenen Kolonie — wie eine kleinere Flamme in einem größeren Feuer aufgeht.

So kann man sich ein angelsächsisches Weltreich trotz der heutigen politischen Zweiheit denken. Der gegenwärtige Wettbewerb könnte durch Arbeitsteilung gedämpft werden, Europa und die indische Welt für England, Amerika und der Pazifik für die Vereinigten Staaten. Ob die Entwicklung wirklich diese Richtung nehmen wird, ist selbstverständlich von unberechenbaren Einflüssen abhängig, aber wenn es geschieht und die Weltherrschaft also eine feste Wirklichkeit wird — so wird die Geschichtschreibung der Nachwelt ihre tragende Kraft nicht englisch, sondern amerikanisch nennen (gegen Herre 1920).

Literatur: Kjellén, England gegen die Welt (Neue Freie Presse 25. Dezember 1918); Drascher, Das Vordringen der Vereinigten Staaten im westindischen Mittelmeergebiet, 1918; Robinson-West, The foreign policy of W. Wilson, 1918; Rogers, Presid. dictatorship in the U. S. (Quarterly Review, Januar 1919); Dix, Amerika ohne Einwanderer (Deutsche Politik, 29. Juni 1917); Aktenstücke vom indischen Nationalkongreß in „Selbstregierung für Indien" und als Beilage zu Der Neue Orient, 6. März und 8. Mai 1917; Barthélemy, Le gouvernement par les spécialistes et la récente expérience anglaise (Revue des sciences politiques, April 1918); Herre, Die angelsächsische Weltherrschaft (Deutsche Politik, 13. Februar 1920).

**4. Die romanischen Großmächte.** An letzter Stelle finden sich im neuen Großmachtssystem die beiden romanischen Mächte Frankreich und Italien wieder, die wie die angelsächsischen während des

Krieges ihrer Kulturgemeinschaft bewußt geworden und nach langer Trennung auf dieselbe politische Seite gelangt sind. Sie gehören beide dem siegreichen Lager an und haben an Gebiet durch den Frieden zugenommen. Was Frankreich betrifft, so hat der Krieg eine gewisse Rehabilitation mit sich gebracht; das Gerede über Entartung ist verstummt vor dem überraschenden Beweis von Lebenskraft, die das Volk in den höchsten Nöten an den Tag gelegt hat. Aus eigener Kraft hätte es jedoch nicht durchhalten können: es ist aufrechterhalten worden durch die rückenstärkenden Arme Englands und zuletzt Amerikas. Als Hauptkriegsschauplatz hat es auch mehr als irgendein anderes Land unter dem Kriege selbst gelitten; die Last einer feindlichen Besetzung vier Jahre hindurch muß langwierige Schwäche zurücklassen. Frankreich tritt daher in das neue System nicht als eine politische Macht höchster Ordnung ein. Selbstverständlich gilt das gleiche von Italien: „la terza Italia" (als Weltmacht, s. S. 25) ist nur noch ein Traum. Die romanische Rasse ist nicht wie die deutsche und slawische grundsätzlich jedes Einflusses enthoben, aber sie ist offenbar auch nicht zu einer neuen Hauptrolle in der Weltentwicklung berufen; sie steht im Schatten der Angelsachsen, Englands in der Alten, der Vereinigten Staaten in der Neuen Welt.

Die nächste Frage betrifft das Stärkeverhältnis zwischen den beiden Mächten selbst. Das unvergleichlich stärkere Wachstum des italienischen Volkes hatte es zu einer Frage der Zeit gemacht, wann es das französische an Zahl erreichen würde, und diese Entwicklung ist nun durch den Krieg beschleunigt. Frankreich hat nämlich während jedes Kriegsjahres einen großen Ausfall gehabt, nicht nur durch die Steigerung der Sterblichkeit, sondern vor allem durch Verminderung der schon vorher geschwächten Geburtenzahl auf die Hälfte. Die Statistik ist noch unabgeschlossen, und die Zeit nach dem Kriege zu kurz, um bestimmte Schlüsse zu erlauben; aber schon nach drei Kriegsjahren berechnete man, daß die Volksmenge auf 36,8 Millionen gesunken war (Perazitch). Im ganzen soll die Krisis, nach Bertillons Berechnung in der französischen Presse im August 1919, dem Land etwa

4 Millionen Menschenleben gekostet haben, die von seiner früheren Bevölkerungszahl einfach abzuziehen sind. Neue Warnungen seitens führender Staatsmänner (Clemenceau) zeigen, daß der Krieg kaum Heilung gebracht hat für das innere Übel, das an Frankreichs Mark zehrt (s. S. 39). Es ist schon klar, daß der unmittelbare Gewinn am Mutterland — auch wenn man das Saargebiet zu Elsaß-Lothringen fügt (zusammen $2^1/_2$ Millionen) — nicht ausreicht, um seine Bevölkerungszahl dieselbe Höhe erreichen zu lassen wie vor dem Kriege. Während der Zeit hat das italienische Volk nicht nur seinen Volksstamm stetig vermehrt, so daß er anfangs 1918 auf etwa 37 Millionen — ebensoviel wie Frankreich — berechnet wurde, sondern auch in Tirol und Istrien neue Untertanen gewonnen, die wahrscheinlich nicht viel unter 2 Millionen bleiben. Rechnen wir weiter, daß fast die Hälfte hiervon auf den italienischen Stamm fallen, während kaum $^1/_4$ Million von den Neuerwerbungen Frankreichs zur Nation gehören, so ist das Ergebnis wirklich nicht länger zweifelhaft. Das französische Mutterland dürfte nach dem Kriege etwa $37^1/_2$ Millionen umfassen, davon kaum mehr als $34^1/_2$ Millionen Franzosen, Italien dagegen etwa 39 Millionen und wenigstens $37^1/_2$ Millionen Italiener. Italien hat Frankreich als Volksstaat überflügelt.

Das bedeutet natürlich nicht, daß die jüngere Macht nun überhaupt den Vorrang hat. Auf Frankreichs Rechnung kommt das große Kolonialreich, das durch den Krieg nach zwei Seiten vergrößert ist (abgesehen von Deutschlands Ausscheiden als Nebenbuhler in Marokko), in Mittelafrika auf Deutschlands und in Syrien auf türkische Kosten. Die Teilung mit England in Afrika ist noch nicht erfolgt, aber in Anbetracht des ungeheuren Anteils, den England sonst erhält, dürfte wohl der größte Teil von Kamerun und Togo an Frankreich fallen (s. Times v. 21. Februar 1920). Schlimmer ist der Wettstreit in den Ländern des Sultans, da England sich in Ägypten festgesetzt hat und nun neuer „Glacis" bedarf. Frankreich hat deshalb, trotz seiner alten Schutzherrschaft über die Christenheit auf Palästina verzichten müssen; nach heimlicher Abmachung (spätestens im März 1917) sollte sein Anteil nach Norden und nach innen ver-

schoben werden bis zur Linie Kaisarije — Siwas — Karput. Auch diese Regelung ist nicht endgültig (provis. s. Le Temps v. 18. September 1919), aber sie hat schon ernste Reibungen mit England und mit den einheimischen Arabern hervorgerufen.

Aber auch Italien hat erheblich an Größe gewonnen. Es tritt sogar geradezu als Nebenbuhler Frankreichs auf der levantinischen Bühne hervor, mit Ausgangspunkten in Rhodus und Adalia und gestützt durch den Geheimvertrag von 1915, der Frucht jener günstigen Zeit, als beide Parteien um seine Kriegshilfe warben (s. S. 177). Seine großen Ansprüche haben bereits Verwicklungen an anderer Stelle veranlaßt, nämlich beim Mare-nostro-Programm (Wilsons Erklärung betreffend Fiume im April und d'Annunzios Garibaldizug dorthin im September 1919); es scheint, als wenn Italien nicht mehr vom dalmatischen Festland erhält als die Städte Fiume (unter Neutralisierung des Hafens) und Zara. Aber durch die Inseln macht es einen ansehnlichen Gewinn, und dazu kommt dann die Schutzherrschaft oder der Verwaltungsauftrag über Albanien, so daß dies Programm als verwirklicht betrachtet werden kann. Nicht genug damit, es hat sich auch rein koloniale Entschädigungen ausbedungen für die Gewinne der Verbündeten aus den deutschen Kolonien, was neuen Erwerb im östlichen Afrika (Times v. 8. Januar 1920) bedeutet. Wenn Frankreich für seine äußere Herrschaft Vorteile aus dem Sieg erlangt hat, so hat auch Italien solche eingeheimst und nicht in geringerem Umfang; ein wirklicher Vergleich ist nicht möglich, ehe die Friedenskonferenzen nicht Tatsachen geschaffen haben. Aber schon ist eine besondere Schwierigkeit für Frankreich darin zu erkennen, daß es in großem Umfang farbige Truppen für den Sieg verwendet hat, ein Mittel, das sich rächen muß in erhöhten Ansprüchen von seiten der Bevölkerung der betreffenden Kolonien.

Beim Vergleich der romanischen Großmächte fällt ferner schwer ins Gewicht, daß Frankreichs wirtschaftliche Überlegenheit während des Krieges ernstlich erschüttert ist. Auch Italien hat in dieser Beziehung einen schweren Rückschlag erlitten (u. a. durch Fortfall des Reiseverkehrs), der die Abhängigkeit vom Ausland größer als je

macht, aber seine Not ist stets kleiner als die Frankreichs gewesen, das eine so unvergleichlich viel größere Last zu tragen hatte. Es ist hier besonders zu beachten, daß die feindliche Besetzung gerade die industriell ertragreichsten französischen Landesteile traf (drei Viertel der Metall-, vier Fünftel der Textilindustrie) und in gewissen Fällen sogar ihre künftige Erzeugungskraft schädigte. Die unerhört scharfen Bestimmungen des Feindes über die „Wiedergutmachung" bildet die Antwort hierauf, und amtliche Veröffentlichungen sind zuversichtlich; man rechnet mit den großen Hilfsquellen in Elsaß-Lothringen für künftige Erz- und Eisenausfuhr. Der Verfall der Handelsflotte ist jedoch eine bedenkliche Sache, und die allgemeine Meinung ist düster, wenigstens betreffs der nächsten Zukunft. Das Rückgrat des französischen Staates, der wirtschaftliche Wohlstand, ist in Gefahr, die „fünfte Waffe" (s. S. 41) ist ganz seinen Händen entglitten.

Erst wenn wir den Blick auf die Kulturseite des Staates richten, auf Gesellschaft und Regiment, zeigt es sich, daß Frankreich die Prüfung besser bestanden hat als die lateinische Schwester; anfangs kam die französische Parlamentsmaschine in völlige Unordnung; eine Koalitionsregierung, einschließlich der Monarchisten und Sozialisten, übernahm die Führung mit diktatorischer Macht. Aber nach Zusammentritt der Kammern in Paris, Neujahr 1915 — und nachdem ein Versuch mit dem „Rat der Alten" im Oktober 1915 fehlgeschlagen war — wurde das System wiederhergestellt und die parlamentarische Überwachung der Regierung bald vermehrt, dies im Gegensatz zur englischen Entwicklung. Besonders bemerkenswert ist, daß die Macht des Präsidenten während der Krise ganz im Schatten des Staatsministers verschwunden ist, und daß die Reformforderungen in dieser Hinsicht auch in der Gesetzgebung unbeachtet geblieben sind. Es zeugt von verborgenen Kräften in der Volkspsyche, daß Frankreich die Krise durchmachen konnte, ohne seine allgemein verurteilte Verfassung zu ändern. Man darf allerdings nicht übersehen, daß die Regierung zuletzt, nach November 1917, tatsächlich eine Diktatur des alten Clemenceau war, die sich bei den Friedensverhandlungen nicht scheute, sich öffentlich als solche zu bekennen. Im Juli 1919 führte man endlich eine

Wahlreform auf Grundlage der Verhältniswahlen durch, und die Wahlen im November brachten für den Sozialismus einen ernsten Rückgang, ein Beweis für die Entschlossenheit des Volkes, den Frieden im Staat in Zukunft zu erhalten.

In dieser Hinsicht ist der Ausblick für Italien ungünstiger. Seine Regierung ist während der Völkerkrise weniger Prüfungen ausgesetzt gewesen, und der Zusammenbruch am Isonzo im Spätherbst 1917 (durch den Venetien bis zum Piave verloren ging) schweißte das Volk zu ungeahnter Gemeinschaft zusammen. Aber anscheinend verträgt diese Einigkeit nicht die Sonne des Glückes. Die Zeit nach dem Kriege hat den Zusammenhalt stark erschüttert. Hierzu trug die während des Krieges eingetretene Amerikanisierung, in buchstäblichem und übertragenem Sinn (Riesentrusts), viel bei. Die Klassengegensätze haben offenbar in Italien die gleiche bösartige Schärfe angenommen wie in Deutschland, die Revolution scheint sich trotz des Sieges zu nähern. Die Parlamentswahlen Ende 1919 gaben daher hier ein entgegengesetztes Ergebnis als in Frankreich, ein starkes Anschwellen des bolschewistisch gefärbten Sozialismus. Zugleich wuchs der schwarze Flügel der Klerikalen („unione popalare") mächtig an, was ein beunruhigendes Zeichen ist, solange die Versöhnung mit dem Heiligen Stuhl nicht erreicht ist; ein dahinzielender Versuch während des Krieges (im Herbst 1915) scheiterte am Wunsche des Vatikans nach einem Platz beim Friedenswerk, was der Quirinal zu verhindern wußte. Zu gleicher Zeit ist eine Wiederaufnahme der Beziehungen zum Heiligen Stuhl in Frankreich zur Erörterung gekommen und erscheint nicht aussichtslos im Lichte der religiösen Wiedergeburt, die von den Schützengräben über das Volk ausgegangen ist.

Ob der Krieg eine Annäherung zwischen den romanischen Mächten in der Richtung auf eine lateinische Union mit sich gebracht hat, entzieht sich unserem Urteil. Klar ist indessen, daß Frankreich seine eigentliche Stütze in anderer Richtung sucht, nämlich im dauernden Bündnis mit den angelsächsischen Mächten. Nichts kennzeichnet stärker das Schwächegefühl, mit dem es nun nach erlangter revanche der Zukunft entgegensieht, als sein Glaube, über den Weltfrieden und

den Völkerbund hinaus äußerer Bürgschaften zu bedürfen. Ein äußeres Symbol für diese Einstellung ist der nun ernstlich geplante Tunnel unter dem englischen Kanal hindurch: von britischer Seite ein Zeugnis, daß Frankreich als Mitbewerber um das höchste politische Ziel nicht mehr zu fürchten ist.

Der Ansatz zur romanischen Großmachtsbildung in Südamerika, der mit dem Schlagwort ABC-Verband bezeichnet wird (s. S. 128 f.), hat im Kriege eine festere Form angenommen im Schiedsgerichtsvertrag vom 25. Mai 1915 mit zugehörigem „ständigen Ausschuß" (in Montevideo). Über eine Anfangsstufe reicht diese Einrichtung jedoch nicht hinaus. Der Zusammenschluß umfaßt bereits 42 Millionen Menschen, d. h. mehr als den Stamm in jeder der beiden europäischen Großmächte, und eine Bodenfläche von etwa 13 Millionen qkm, mehr als ganz Europa. Er umfaßt ein geographisch abgeschlossenes Gebiet und stellt im Innern mit seinen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten teilweise selbst die Vereinigten Staaten in Schatten. Dagegen liegt er, geographisch betrachtet, allzu abgesondert von allen großen Kulturmittelpunkten — dazu ohne den Vorteil einer reichen Küstenentwicklung —, um mehr als örtliche Bedeutung zu erlangen. Seine Aussichten sind übrigens getrübt durch den Grundriß des Völkerbundes, in dem sämtliche Teilnehmer nun Plätze haben, Brasilien sogar als einer der Gründer und der Beisitzer im großen Rat.

Literatur: Perazitsch in Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg Nr. 1, 1917; Hiltebrandt, Der italienische Imperialismus und sein Ende, Deutsche Rundschau, Januar 1918; Rapport général sur l'Industrie française, sa situation, son avenir, 1919; Barthélemy, Nos institutions politiques et la guerre, Revue des sciences politiques, Dezember 1917; Günther Frankreich, und Herre, Italien, in Das Ausland im Kriege, 1920 (S. 127 —171, 319—354); Lémonon, La politique coloniale de l'Italie, 1919.

5. **Das allgemeine Wesen der Großmacht.** Nachdem die Untersuchungen der einzelnen Großmächte hiermit abgeschlossen sind, können wir die Ergebnisse zu allgemeinen Bestimmungen des Großmachtbegriffs zusammenfassen, wobei immer festzuhalten ist, daß in den neuesten Erfahrungen ein Stück Zufälligkeit steckt, da sie auf

der umwälzenden Grundlage eines eben abgeschlossenen Krieges beruhen.

Da fällt zu Beginn auf, daß weder das große Gebiet (Brasilien) noch die große Volksmenge, nicht einmal beides vereint (China, Indien) an sich das Großmachtsvorrecht einschließen. Japans Eintritt in den erlauchten Kreis zeigt, daß ein solcher Platz auch nicht alleiniges Vorrecht der arischen Rasse oder der christlichen Religion ist. Bisher hat sich auch die Verfassungsform als unwesentlich gezeigt; Großmächte sind in Staatsformen aller Art aufgetreten, in Rußlands Cäsarentum und Englands Parlamentarismus, in Frankreichs Zentralismus sowie in Amerikas Föderalismus. Das Zeugnis des Weltkrieges veranlaßt hier zu der Abänderung, daß in der Gegenwart die Entwicklung einer Großmacht in rein antidemokratischer Form kaum möglich ist.

Wir werden hierdurch mittelbar zu einer ersten grundlegenden Folgerung geführt. Die Großmacht ist nicht ein mathematischer, sondern ein dynamischer, nicht ein ethnischer oder kultureller, sondern ein physiologischer Begriff. Die großen Maße dürfen nicht fehlen, ebensowenig wie eine hohe Kultur und eine gewisse Verfassungsharmonie, aber sie allein bilden keine Großmacht, wenn ihnen keine starke Seele eingeflößt wird. Die Großmacht ist im Grunde ein mit reichen Machtmitteln ausgerüsteter Wille, der sich in Ansprüchen und Einflüssen außerhalb der eigenen Wände spiegelt. Wir fügen hinzu: Wille zur Machtvergrößerung. Keine Großmacht ist eigentlich „saturiert". Großmächte sind „Ausdehnungsstaaten" (Lamprecht). Deshalb sehen wir sie alle mit einem größeren oder kleineren Anhang von Einflußgebieten auftreten, die zum Begriff der Großmacht gehören wie der Schwanz zum Kometen.

Diese Bestimmungen geben uns die Lösung für gewisse tatsächliche Eigentümlichkeiten im geographischen Auftreten der Großmächte. Alle gehen von der gemäßigten Zone aus; denn nur dort bleibt der Nationalwille stark. Sie gehören ebenfalls ausnahmslos der nördlichen Erdkugel an; denn nur da verbürgt die reiche Verteilung der Länder eine abhärtende Reibung der Völker und eine starke natürliche Aus-

lese. Das Urteil über die mögliche Großmacht Südamerikas erhält hier programmatische Bedeutung. Aus dem Wesen der Großmacht als starker Wille ergibt sich die Forderung nach einer günstigen Lage im Weltverkehr, ebenso wie die Forderung eines gesunden Klimas und eines großen Umfangs.

Dieselbe Bestimmung wirft Licht auf die Lebensgeschichte der Großmächte. Sie werden und vergehen eben mit dem Willen zur Größe. Es gibt für sie nicht nur einen körperlichen, sondern auch einen geistigen Tod: den Verzicht, das freiwillige Ausscheiden aus dem Wettkampf um das höchste Ziel, das plötzliche Aufgeben der Ansprüche, an der politischen und kulturellen Gestaltung der Welt teilzunehmen. Die Großmächte sterben wie die Naturvölker, aus Mangel an Willen zum Leben in seiner höchsten Steigerung. China ist hier das klassische Beispiel: es ist ein Riesenland in gemäßigter Zone, es steht an Menschenzahl über allen Völkern und an industriellen Möglichkeiten über allen Ländern, besitzt also alle Voraussetzungen zur Großmachtsstellung, aber es ist trotzdem zum Rang eines Kleinstaates herabgesunken, weil ihm das eine, was not ist, der Wille, fehlte. Wer Deutschland und Rußland nach dem Weltkriege betrachtet, wird vielleicht in ihrem Schicksal weitere — wenn auch nur vorübergehende — Beispiele für das gleiche allgemeine Gesetz finden.

Hinsichtlich der Machtmittel hat man zwei entgegengesetzte Großmachtsformen zu unterscheiden: die *wirtschaftliche* auf Grundlage des Geldes und die *militärische* auf Grundlage der Waffen. England und die Vereinigten Staaten haben am reinsten die erste, Rußland und Japan die zweite Form dargestellt; in Frankreich und Deutschland haben wir Übergangs- und Mischformen zwischen beiden gefunden. Da nun das Meer vorzüglich den Handel, das Festland die militärische Machtentfaltung begünstigt, so entspricht diesem Gegensatz im Wesen ein anderer in der äußeren Gestaltung, die dort *maritim*, hier *kontinental* ist. Wieder erscheinen England und Rußland als äußerste Gegensätze, Frankreich und Deutschland in *Zwitterstellung*. Aber hier scheinen die Vereinigten Staaten und Japan die Regel zu durchbrechen, da jene der festländischen, dieses

(mit Italien) der maritimen Form angehört; die Ausnahmen erklären sich bei Japan durch die abgesonderte geographische Lage, bei Italien durch die ihm zufallenden Angriffsaufgaben beim ersten Auftreten, und werden anscheinend nun allmählich ausgeglichen in und nach dem Weltkriege. Da ein Großhandel Stützpunkte draußen in der Welt erfordert, stellt sich endlich die Seegroßmacht regelmäßig dar als ein zersplittertes Reich aus Mutterland und Kolonien bestehend, während die Festlandsmacht eine geschlossene Ausbreitung darbietet. Noch einmal zeigen England und Rußland die Reinheit der Formen, aber hierbei haben Frankreich und Deutschland sich entschieden auf die englische Seite gestellt, und auch die Vereinigten Staaten neigen jetzt dahin, während Japan sich der geschlossenen Form nähert, insofern als seine verschiedenen Landesteile um dasselbe Gewässer gesammelt liegen.

So kreuzen sich die verschiedenen Grundformen in den Gestalten einzelner Großmächte. Eine fortgesetzte Beobachtung zeigt, daß die Formen nicht konstant und kaum ebenbürtig sind. Da wir hiermit die Aufmerksamkeit vom gegenwärtigen Bild zu den Entwicklungslinien hinüberlenken, so dürfen wir uns nicht von Anfang an von den mannigfachen Mängeln und Gebrechen verwirren lassen, die unsere Einzeluntersuchungen im Leben jeder Großmacht aufgedeckt haben. Solche Unzulänglichkeiten brauchen an sich ihre Zukunftsaussicht ebensowenig zu verdunkeln, wie die Schwächen des großen Mannes die Laufbahn des Einzellebens verschließen; erst wenn sie im Vergleich mit denen der anderen eine gewisse Grenze überschreiten, ist Gefahr im Anzuge.

Es hat lange so ausgesehen, als ob die zersplitterte Form mit der See als Grundlage weniger lebenskräftig als die geschlossene Festlandsform sei; die Geschichte schien dabei erstere auszuscheiden, so wie es früher mit den Großmächten geschah, die von einer einzelnen Hochburg des Handels ausgingen (Karthago, Venedig), oder sich an Flußmündungen (Portugal, Holland) oder um ein Binnenmeer (Rom, Schweden) gebildet hatten. Dies hängt mit der stärkeren Betonung der Autarkie in der Gegenwart zusammen, die (verhältnis-

mäßig) wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit als Bedingung der Großmachtsstellung. Die Zukunft dürfte vermehrte Forderungen an die natürliche Tragkraft der Mutterländer stellen. Die feste geographische Grundlage schien so (mit Hilfe der Eisenbahnen) ihr Übergewicht über das losere Gewebe der Seeverbindungen zurückzugewinnen.

Auf den ersten Blick scheint nun der Weltkrieg diese Entwicklung völlig abgebrochen zu haben: oder hat er nicht vor allen anderen gerade England den Sieg geschenkt, der Seemacht reinster Art? Das scheint unbestreitbar, und doch ist es ein Trugbild. Es ist wahr, daß die Seemacht (Blockade) ein starkes Werkzeug für den Sieger gewesen ist, aber das bestätigt nur unsere Diagnose, daß ein mehr autarkisches Deutschland größere Widerstandskraft gehabt hätte. Aber vor allem, das siegende England war nicht die europäische Insel, sondern die gewaltige Landmacht in allen Weltteilen, die gerade an dem festländischen Zusammenschluß zwischen ihren zerstreuten Teilen gearbeitet hat und sich beglückwünscht, daß es dies durch den Krieg so weit wie möglich erreicht hat. Das Zeugnis des Weltkrieges dürfte also nur scheinbar unseren früheren Beobachtungen widersprechen; nicht in dem Sinne, daß die Festlandsform durchaus überlegen ist, sondern daß das Ideal in der Verbindung beider liegt. Zum gleichen Ergebnis kommen wir beim Vergleich der wirtschaftlichen und der militärischen Form. Scheinbar hat der Weltkrieg die wirtschaftliche bevorzugt, da sie den deutschen und russischen Militarismus überdauert hat; in Wirklichkeit hat er auch die führenden Wirtschaftsmächte militarisiert und damit die grundsätzliche Kluft überbrückt.

Aber wenn die künftigen Großmächte in harmonischerer Ausbildung vorgestellt werden müssen als die gegenwärtigen, so müssen sie gewiß auch mit einem größeren Maßstab gemessen werden. Der große Raum bringt aus sich keine Großmacht hervor, aber noch weniger kann sie ohne ihn gedacht werden. Das folgt unmittelbar aus der Ausdehnung des Schauplatzes über die ganze Welt. Staaten, die unter dem Gesichtswinkel Europas groß erscheinen, müssen angesichts des Erdballs zu Kleinstaaten zusammenschrumpfen. Offenbar hat die Großmachtserscheinung des 19. Jahrhunderts in mancher

Beziehung einer Übergangszeit angehört, die sich hinsichtlich der Masse und der Eigenart den größeren Anforderungen der planetarischen Lage noch nicht völlig angepaßt hatte.

Immer noch scheint also die Geschichte das Urteil des englischen Staatsmannes (s. S. 3), daß die großen Staaten immer größer werden, bewahrheiten zu wollen. Dieses Urteil sprach zugleich aus, daß die kleinen Staaten immer kleiner und weniger werden sollten. Ist dies nicht eine rein logische und tatsächliche Folgerung? Die Burenstaaten 1901, Korea 1910, Marokko 1911 bezeugten ja auch diese Entwicklungsrichtung, den Untergang der Kleinstaaten vor der Gewalt der Großmächte. Kuba 1901, Panama 1903 und die übrigen amerikanischen Vasallen bezeugten dasselbe in milderer Form, eine Art feudalistischer Aufsaugung der kleinen durch die großen. Der Aufstieg Italiens und Deutschlands hatte schon früher gezeigt, daß die Entwicklung auf ein Auf- und Untergehen der kleinen Staaten in eine neue Großmachtsform wirksam war. Wir glauben hier verschiedene Verwirklichungen desselben allumfassenden Vorgangs zu sehen, der im Geist der angeführten Voraussage verläuft. Wird er sich fortsetzen, bis alle Kleinstaaten eines mehr oder weniger schmerzfreien Todes gestorben sind?

Wenn wir uns diese Frage vorlegen, fesselt es unsere Aufmerksamkeit, daß nicht nur die große Mehrheit der alten Kleinstaaten neben den Großmächten immer noch besteht und gedeiht, sondern auch immer noch neue im Staatensystem hinzugekommen sind, und zwar sogar in Europa, wo die Staaten sich drängen und die Großstaaten eng vereint sind. Norwegen 1905 (1815), Bulgarien 1908 (1878) und Albanien 1913 waren schon vor dem Weltkriege neue Erscheinungen; aber dazu kommt nun die reiche Ernte des Weltkrieges auf Kosten Österreich-Ungarns und Rußlands. Von den Ergebnissen des Weltkrieges sind wenige so auffallend wie diese Steigerung der Kleinstaatsform im Staatensystem. Hier zeigt sich also ein Vorgang in geradezu entgegengesetzter Richtung, die auf eine Stärkung der Kleinen und nicht auf ihren Untergang hinzielt. Dieser Entwicklung ent-

spricht vollständig eine andere auf privatwirtschaftlichem Gebiet, nämlich der Fortbestand und das Gedeihen des Handwerkes neben den neuzeitlichen Fabriken. Salisburys Todesurteil über die kleinen Staaten steht das Todesurteil von Marx über die kleinen Unternehmungen zur Seite; beide sind bisher von der Wirklichkeit verspottet worden, Imperialismus und Sozialismus haben gleich schlecht geweissagt!

Nun ist es wohl möglich, daß die Zukunft nicht in allem das Zeugnis des Weltkrieges bestätigt; es ist wenigstens nicht ausgeschlossen, daß neue staatliche Zusammenschlüsse entstehen, nachdem die Nationalität — die auflösende Kraft der Gegenwart — ihr Recht bekommen hat (s. S. 203 f.). Aber im Licht der gesammelten geschichtlichen Erfahrung wird es doch klar, daß die Daseinsform der Großmacht nicht die einzig berechtigte ist. Manchmal, besonders in der neueren Geschichte, hat es wirklich so ausgesehen, als ob auch in der politischen Welt das Naturgesetz gälte, daß der Starke den Schwachen verschlucken soll; mächtig ist dies Gesetz gewiß in der Geschichte, aber nicht allmächtig. Macht ist überhaupt nicht ihr letztes Wort, sondern Kultur, geistige sowohl als wirtschaftliche, sittliche nicht weniger als körperliche. Die politischen Mächte sind Werkzeuge, deren sich die Geschichte bei ihrer Kulturarbeit bedient. Aber diese Arbeit wird sicherlich am besten befördert durch das Zusammenwirken großer und kleiner Staaten. Viele Aufgaben, besonders auf geistigem Gebiet, eignen sich besser für die kleinen. Die besonderen Kolonisationsaufgaben unserer Zeit haben ein Latifundienwesen im Staatensystem gefördert; eine andere Zeit wird vielleicht einen allgemeinen Umschwung zugunsten der politischen Kleinwirtschaft erleben, wenn erst der planetarische Schauplatz vollständig bearbeitet ist. Denn der Trieb der Menschheit zu Sonderbildungen ist ebenso stark wie der zum Zusammenschluß, und die Kultur würde leiden, wenn einer von beiden endgültig unterdrückt würde.

So beruht die Daseinsform der Kleinstaaten letzten Endes auf der Idee der Menschheit selbst. Über dem Kleinstaat steht die Großmacht, aber über der Großmacht steht die Menschheit, die für ihre Ziele sie beide nötig hat.

Die größte Erscheinung in der politischen Welt um uns aber ist, daß die Menschheit nun selbst einen ersten Schritt zu einer politischen Organisation getan hat, der, wenn er nur in der rechten Richtung fortgesetzt wird, dem Großmachtsbegriff in seiner heutigen imperialistischen Form selbst die Spitze abbrechen würde. Das ist der Plan des Völkerbundes.

**6. Der Völkerbund.** Der große Gedanke einer durch freiwilligen Zusammenschluß gebildeten Menschheitsorganisation — an Stelle des äußeren Zwanges eines Universalstaates — ist zugleich mit der Entwicklung der neuzeitlichen Kultur zur Weltkultur gewachsen. Schon vor dem Weltkriege hatte er eine ganze Reihe internationaler Zusammenschlüsse auf den Gebieten des Rechts, der sozialen Fürsorge, der Wissenschaft und des Verkehrs hervorgebracht, die große „Arbeiter-Internationale" nicht zu vergessen. Aber neben diesem sozusagen fachlichen Vereinswesen war auch eine wirkliche Grundlage geschaffen zu einem allgemeinen Menschheitsbund durch die Friedenskonferenzen im Haag 1899 und 1907. Auf der ersten versammelten sich 20 Staaten Europas, dazu 4 aus Asien, aber von Amerika nur 2 (Vereinigten Staaten und Mexiko); auf der zweiten war die Zahl der Teilnehmer auf 44 angewachsen, durch Zutritt Norwegens in Europa und vieler Kleinstaaten in Amerika. Die Vertretung ist hier schon ganz vollzählig und vor allem echt, das Antlitz der Menschheit ist hier auf keinerlei Weise verzerrt.

Gegenüber dieser ruhigen Entwicklung dem Ziele entgegen bedeutet der Weltkrieg einen revolutionären Bruch. Der Gedanke des Völkerbundes bekam im wachsenden Kriegsüberdruß einen ungeahnten Aufschwung, und der Kriegsschluß brachte eine außerordentlich günstige Lage für seine Verwirklichung; andererseits gab der vollständige Sieg den Siegern eine nur allzu günstige Gelegenheit, ihre eigensüchtigen Interessen dabei einzumischen. Es war nicht zu erwarten, daß der große Menschheitsgedanke sich in seiner Reinheit geltend machen könnte, als die Sieger zusammenkamen, um ihn zu verwirklichen. Und so wurde der Völkerbund in Versailles auch der Idee nach etwas ganz anderes als der frühere Völkerbund im Haag; kein

freier Rechts- und Friedenszusammenschluß, sondern ein Vertrag mit dem Vorbehalt, daß der Ausgang des Weltkrieges und seine Ausbeutung durch die Sieger als letztes Wort der Geschichte festgelegt wurde!

Zur Bekräftigung dessen finden wir zuerst und vor allem den neuen Völkerbund gepaart mit dem Friedensschluß selbst (s. S. 192). Der Vertrag von Versailles enthält also als ersten Teil „the covenant of the League of Nations" (Pacte de la Société des Nations) in 26 Artikeln; zugleich geht diese Grundlage des Völkerbundes in die folgenden Friedensverträge ein. Aber weiter sehen wir die Sieger selbst eingesetzt als Gründer und „ursprüngliche Mitglieder" des Bundes, unter Ausschluß der Besiegten und nahezu auch der Neutralen. Diese sind indessen zur Mitgliedschaft eingeladen und sollen zu den Urmitgliedern gerechnet werden, falls sie bedingungslos die Einladung innerhalb einer gewissen kurzen Frist annehmen: zwei Monate nach Inkrafttreten des Friedens. Die Feinde aber sollen erst nach einer besonderen Probezeit und einer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit zugelassen werden (Artikel 1).

Von Versailles aus betrachtet, verteilt sich also die Menschheit auf drei Stufen mit ungleicher Stellung im Bund: die Stifter, die Eingeladenen und die Außenstehenden. Die Stifter sind die siegreichen Unterzeichner des Friedens, mit der Besonderheit, daß Englands große Besitzungen (Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika und Indien, s. S. 227) nun eine eigene Stimme haben. Das ergibt 32 Stimmen in der Versammlung (s. S. 191). Sie verteilen sich auf alle Erdteile: 13 (mit Kanada) in Amerika, 10 (mit den neugeschaffenen Staaten Polen und der Tschechoslowakei) in Europa, 5 (Japan, China, Siam, Indien und das neue Reich Hedjas) in Asien, 2 (Liberia, Südafrika) in Afrika und 2 (Commonwealth, Neuseeland) in Australien. Riesen wie Indien und China stehen neben Zwergen wie Panama. Schwarze Rassen (Haiti, Liberia) und braune (Indien, Hedjas) sitzen neben den Weißen und Gelben. Im ganzen umfassen diese Mitglieder 66 % des festen Landes und 76 % seiner Bevölkerung, zwei Drittel der Erde und drei Viertel der Menschheit

(s. die Berechnung S. 183). Die Eingeladenen werden in einem Anhang zu den Grundsatzungen aufgezählt und sind 13 an der Zahl: von Amerika und Europa je 6, von Asien 1 (Persien). Sie umfassen etwa 8% des festen Landes und über 7% der Menschen. Ist der Sieg das gemeinsame Band der Stifter, so die Neutralität das der Eingeladenen. Doch vermißt man unter ihnen zwei neutrale Mächte: Abessinien und Mexiko. Sie gehören also zur dritten Stufe, den Außenstehenden. Ihr Kennzeichen ist im übrigen die Niederlage. Hier findet man also nicht nur die Feinde der Stifter (Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien, die Türkei), sondern auch ihren großen Bundesgenossen vom Kriegsbeginn, Rußland, zusammen mit einer Reihe von ihm abgesonderter Staaten, im ganzen ungefähr die gleiche Anzahl wie auf der zweiten Stufe, aber von weit größerer Ausdehnung, ein volles Viertel (26%) des Landes und ein gutes Sechstel (nahezu 17%) der Bevölkerung der Welt.

Wie man sieht, hat die Aufstellung bei der großen geschichtlichen Krise und ihr Ausgang diese Rangordnung geradezu bestimmt. Es ist das aus dem Kriege hervorgegangene neue Staatensystem, das hier seine Bekräftigung erhält, freilich als Grundlage einer weiteren Entwicklung. So wie der Bund in Versailles gestaltet ist, schließt er zwei der alten Großmächte erster Ordnung aus, die Hauptvertreter zweier Weltkulturen, der germanischen und der slawischen. Auch der mohammedanischen Kultur fehlt hier ein selbständiger Vertreter, aber die angelsächsische und die mongolische Rasse sind von Anfang an mit vollständiger und die romanische mit sehr starker Vertretung bevorzugt. Dadurch fällt noch mehr als vom staatlichen Gesichtspunkt aus die Einseitigkeit dieser Gemeinschaft, als Spiegel der Menschheit selbst betrachtet, ins Auge.

Der Charakter der Kampfstellung, der dem Völkerbund von 1919 aus der Krisis heraus anhaftet, die ihn geschichtlich geboren hat, zeigt sich auch darin, daß dem Bund eine Menge Aufgaben zugewiesen sind bei der Ausführung des Friedens. Von diesem Gesichtspunkt aus kann man ihn seinem Wesen nach als eine Gegenseitigkeitsversicherung bezeichnen zur Ausnutzung der Lage nach dem Weltkriege

und ihrer Erhaltung gegen alle gewaltsamen Störungen. In einer gleichartigen Organisation bilden seine Mitglieder daneben eine Vereinigung zur internationalen Regelung von Arbeiterfragen (Artikel 387 des Friedens von Versailles). Diese Züge der Zeit vereinigen sich mit dem Grundcharakter einer Friedensgesellschaft auf der Grundlage des Rechts „zur Beförderung des internationalen Zusammenwirkens und zum Schutze der internationalen Sicherheit". Für diesen Hauptzweck besitzt der Völkerbund ein gesetzlich festgelegtes Schlichtungswesen und Schiedsgerichtsverfahren (Artikel 12—17) mit wirtschaftlichem Boykott und im äußersten Falle mit militärischem Eingriff als Zwangsmittel; deshalb müssen die Rüstungen der einzelnen Mitglieder allgemein nach den eigenen Anweisungen des Völkerbundes eingeschränkt werden bis auf das Mindestmaß, das mit nationaler Sicherheit und internationaler Verpflichtung vereinbar ist (Artikel 8). Der Völkerbund hat auch die Verwaltungshoheit nicht nur vorübergehend und unmittelbar über das Saargebiet, sondern auch dauernd über die nun abgesonderten deutschen und türkischen Kolonien, dies jedoch mittels eines Mitgliedes als „Beauftragten" (Artikel 22). Aber in der Verfassung selbst ist der Völkerbund nicht mit irgendwelchem Hoheitsrecht über die Mitglieder versehen; sogar in Rüstungs- und Interventionsfragen behalten sie der Form nach ihren freien Willen. Ihre Abhängigkeit ist moralisch und tatsächlich, nicht rechtlich.

„The League of Nations" erhebt sich also nicht als ein Ober- oder Bundesstaat über das vorhandene Staatensystem. Seine Verfassung ist die eines ganz losen und freien Staatenbundes. An der Spitze des großen Betriebes stehen zwei Organe, die Bundesversammlung („Assembly") und der Bundesrat („Council"), mit eigenartig wettstreitender Aufgabe und dem Schwerpunkt im Bundesrat. Dieser Rat ist von Anfang an gebildet aus den festen Sitzen der 5 Großmächte und den durch Wahl der 27 besetzten 4 Sitzen der Kleinstaaten (zur Zeit Belgien, Brasilien, Spanien, Griechenland), wozu in Sonderfällen die Vertreter der daran beteiligten Mitglieder kommen können (Artikel 4). Die Versammlung dagegen ist die Hauptkammer

des Bundes, in der jedes Mitglied seine Stimme auf gleicher Grundlage hat (Artikel 3). Hinzu kommt die geforderte Einstimmigkeit bei allen Beschlüssen (Artikel 5), sowohl in der Versammlung wie im Rat, soweit nicht einzelne Ausnahmen festgelegt sind, so z. B. bei der Aufnahme (Zweidrittelmehrheit, s. S. 244), und bei Satzungsänderungen (Einstimmigkeit im Rat und Mehrheit in der Versammlung, also 17 Stimmen und „liberum veto" der Großmächte, Artikel 26).

Man sieht deutlich das Vorrecht der Großmächte. Aber auch die demokratische Gleichheit zwischen großen und kleinen Staaten in der Versammlung erweist sich bei näherer Betrachtung als sehr trügerisch. Rein äußerlich fällt schon die Bevorzugung Englands mit seinen 5 Kolonialstimmen auf. Aber dabei bleibt es nicht: in der übrigen Versammlung gibt es mindestens zwei (Portugal und Hedjas), die Englands Vasallen sind und selbstverständlich ihrem Herrn folgen. So verfügt England schon zu Beginn über 8 Stimmen. Auch die Vereinigten Staaten haben alle ihre Trabanten in der Gesellschaft (Kuba, Haiti, Panama, Nikaragua, Liberia) und können daher stets mit 6 Stimmen rechnen; ihr Einfluß auf die ganze amerikanische Staatenwelt erhöht zweifellos diese Zahl. Das heißt also, daß die beiden angelsächsischen Großmächte von vornherein über die Mehrheit der Stimmen in der Versammlung verfügen. In jedem Fall haben sie allein schon die Macht, die Aufnahme neuer Mitglieder zu verhindern, und diese Stellung wird kaum erschüttert, auch wenn alle Eingeladenen beitreten, da sie in diesem neuen Kreis auf weitere Anhangsstimmen rechnen können.

Eine politische Untersuchung der Satzungen des Bundes von Versailles ergibt also schließlich ein Janusbild mit zwei Gesichtern; nach links einen Friedensbund, den ersten großen Schritt in der Menschheitsgeschichte zur Organisation unseres Geschlechtes unter dem Zeichen der Rechtsidee, mit eigenen Heilmitteln für die notwendige Einseitigkeit des Anfangs und allen Möglichkeiten für eine gute Entwicklung; nach rechts eine Machtorganisation auf alter imperialistischer Grundlage zur Sicherung der Früchte des Sieges und als Maske vor der angelsächsischen Weltherrschaft. Der Anblick nährt

Glauben oder Zweifel, je nachdem man sich dem Bild von der einen oder der anderen Seite nähert. Als ein Kind von grundverschiedenen Eltern — Wilsons Ideologie und Clemenceaus Realpolitik — kam der Königsgedanke der Zeit zur Welt und muß nun sein ungewisses Dasein mit diesem bösen Erbe belastet antreten.

Am 16. Januar 1920 trat der große Völkerbund (in London) mit dem ersten Zusammentreten des Rates ins Leben. Sechs Tage vorher hatte der grundlegende Friede Gesetzeskraft erlangt (s. S. 197), so daß die Zweimonatsfrist für die Eingeladenen zu laufen begann. Schon bei der ersten Zusammenkunft hatten fünf von ihnen sich angemeldet, und innerhalb der festgesetzten Zeit sollen auch die übrigen — mehr oder weniger bereitwillig — sämtlich die Einladung angenommen haben.

So weit hat der Bundesgedanke einen großen Fortschritt verzeichnen können. Leider wird er von einem nicht minder großen Rückschlag aufgewogen. Ein großer Teil der Unterzeichner haben nämlich den Frieden noch nicht ratifiziert, so daß sie noch außerhalb des Bundes stehen, und unter ihnen finden wir, anscheinend mit wachsender Entschiedenheit (s. S. 225), die Vereinigten Staaten von Amerika. Daß diese gewaltige Großmacht sich zurückgezogen hat, nimmt in bedenklicher Weise jeder Berechnung die Voraussetzungen. Der Völkerbund ohne die Vereinigten Staaten ist ein ganz neues Problem. Die angelsächsische Herrschaft darin ist zerbrochen, wenn dieser zweite Schwerpunkt mit seiner Anziehungskraft draußen steht, und zugleich ist ihre Weltherrschaft auf Grund innerer und äußerer Machtmittel (s. S. 221) verschwunden. Aber wenn dies eine Verminderung der imperialistischen Kräfte im Bunde bedeutet und demnach eine Entwicklung in guter Richtung, so schwächt es doch auch seine eigenen Lebensaussichten. Es ist auch nicht zu leugnen, daß die Prognose sich in der öffentlichen Meinung der Welt verschlechtert hat, wie auch die bisherigen Lebensäußerungen des Bundes nicht die erwartete Aufmerksamkeit gefunden haben.

Ist dies nun nur der „schwere Anfang", oder ist es ein Zeichen

schwacher Lebenskraft von Anbeginn? Die tatsächliche Entwicklung mag die Antwort geben. Nur die Zukunft kann den Glauben oder den Zweifel rechtfertigen. Nur eins ist klar: wenn dieser erste Versuch zur politischen Gestaltung der Menschheit scheitert unter den bösen Sternen seiner Geburtsstunde, so kann doch der Gedanke, einmal ins Leben gerufen, nicht mehr untergehen.

Literatur: Grabowsky, Die Grundprobleme des Völkerbunds, 1919 (Zeitschrift für Politik); Rühlmann, Der Völkerbundsgedanke, Materialiensammlung, 1919; Monographien zum Völkerbund, herausgegeben von der Deutschen Liga für Völkerbund (besonders I, Der Völkerbundsentwurf der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, und V, Zorn, Der Völkerbund, 1919); Scelle, Le Pacte des Nations et sa liaison avec le Traité de Paix, 1919; Brailsford, A League of Nations, 1917; Smuts, The League of Nations, 1918; Grey u. a., The League of Nations, 1919.

# Aus Natur und Geisteswelt

Jeder Band kartoniert M. 2.80, gebunden M. 3.50

Hierzu Teuerungszuschläge des Verlages: ab April 1920 100%, Abänderung vorbehalten

## Alte Geschichte. (Orient, Griechenland, Rom)

**Antikes Leben nach den ägyptischen Papyri.** Von Geh. Postrat Prof. Dr. F. Preisigke. Mit 1 Tafel. (Bd. 505.)
**Palästina und seine Geschichte.** Sechs volkstümliche Vorträge. Von Prof. Dr. H. Freiherr v. Soden. 4. Aufl. Mit 1 Plan von Jerusalem und 3 Ansichten des Heiligen Landes. (Bd. 6.)
***Die babylonische Kultur,** ihre Verbreitung und ihre Nachwirkungen auf die Gegenwart. Von Prof. Dr. F. C. Lehmann-Haupt. (Bd. 579.)
**Das Griechentum** in s. geschichtl. Entwickl. V. Hofrat Prof. Dr. R. v. Scala. Mit 46 Abb. (471.)
***Die mykenische Kultur.** Von Prof. Dr. F. C. Lehmann-Haupt. (Bd. 581.)
**Roms Kampf um die Weltherrschaft.** Von Geh. Hofrat Prof. Dr. J. Kromayer. (Bd. 368.)
***Die römische Republik.** Von Privatdozent Dr. A. Rosenberg. (Bd. 719.)
**Soziale Kämpfe im alten Rom.** Von Privatdozent Dr. L. Bloch. 4. Aufl. (Bd. 22.)
**Das Altertum,** seine staatl. u. geist. Entwickl. u. deren Nachwirk. V. Oberl. H. Preller. (642.)
**Deutschtum und Antike in ihrer Verknüpfung.** Ein Überblick. Von Prof. Dr. E. Stemplinger und Prof. Dr. H. Lamer. Mit 1 Tafel. (Bd. 689.)

## Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit.

***Vorgeschichte Europas.** Von Prof. Dr. H. Schmidt. (Bd. 571/572.)
**Germanische Kultur in der Urzeit.** Von Bibliotheksdirektor Prof. Dr. G. Steinhausen. 3. Aufl. Mit 13 Abb. (Bd. 75.)
***Deutsche Geschichte.** Von Prof. Dr. O. Weber. (Bd. 825.)
***Deutsche Geschichte des Mittelalters.** Von Oberlehrer Dr. Bonwetsch. (Bd. 507.)
***Kaisertum und Papsttum.** Von Prof. Dr. A. Hofmeister. (Bd. 576.)
**Das Zeitalter d. Entdeckungen.** V. Geh. Hofr. Prof. Dr. S. Günther. 4. Afl. Mit 1 Weltk. (26.)
***Der Dreißigjährige Krieg.** Von Dr. Fr. Endres. (Bd. 577.)
***Der Zug nach dem Osten, die Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter.** Von Geh. Hofrat Prof. Dr. K. Hampe. (Bd. 731.)

## Geschichte der neuesten Zeit bis zur Gegenwart.

**Von Luther zu Bismarck.** 12 Charakterbilder aus deutscher Geschichte. Von Prof. Dr. O. Weber. 2 Bände. 2. Aufl. (Bd. 123, 124.)
**Brandenburgisch-preußische Geschichte.** Von Archivar Dr. Fr. Israel. 2 Bände. I. Von den ersten Anfängen bis zum Tode König Friedrich Wilhelms I. 1740. II. Vom Regierungsantritt Friedrichs des Großen bis zur Gegenwart. (Bd. 440, 441.)
**Friedrich der Große.** Sechs Vorträge. V. Prof. Dr. Th. Bitterauf. 2. Aufl. Mit 2 Bildn. (246.)
**Geschichte der Französischen Revolution.** Sechs Vorträge. Von Prof. Dr. Th. Bitterauf. 2. Auflage. Mit 8 Bildnissen. (Bd. 346.)
**Napoleon I.** Von Prof. Dr. Th. Bitterauf. 3. Auflage. Mit 1 Bildnis. (Bd. 195.)
**Politische Hauptströmungen in Europa im 19. Jahrhundert.** Von Prof. Dr. K. Th. von Heigel. 4. Aufl. von Dr. Fr. Endres. (Bd. 129.)
**Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert** bis zur Reichseinheit. Von Professor Dr. R. Schwemer. 3 Bde. I. Bd.: Von 1800—1848. Restauration u. Revolution. 3. Aufl. (Bd. 37.) II. Bd.: Von 1848—1862. Die Reaktion und die neue Ära. 2. Aufl. (Bd. 101.) III. Bd.: Von 1862—1871. Vom Bund zum Reich. 3. Aufl. (Bd. 820.)
**Von Jena bis zum Wiener Kongreß.** Von Professor Dr. G. Roloff. (Bd. 465.)
**1848.** Sechs Vorträge. Von Professor Dr. O. Weber. 3. Auflage. (Bd. 53.)
**Bismarck und seine Zeit.** Von Prof. Dr. V. Valentin. Mit 1 Titelbild. 4., durchgesehene Auflage. (Bd. 500.)
**Moltke.** Von Major a. D. F. C. Endres. Mit 1 Bildnis. (Bd. 415.)
***Das deutsche Reich** von 1871 bis zum Weltkrieg. Von Archivar Dr. Fr. Israel. (Bd. 575.)
**Umrisse der Weltpolitik.** Von Prof. Dr. J. Hashagen. 3 Bände. Bd. I: 1871—1907. 2. Aufl. Bd. II: 1908—1914. 2. Aufl. *Bd. III: Die politischen Ereignisse während des Krieges. (Bd. 553/555.)
**Deutsche Verfassungsgeschichte.** Vom Anfange des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Von Privatdozent Dr. M. Stimming. (Bd. 639.)
***Die neue Reichsverfassung.** Von Privatdozent Dr. O. Bühler. (Bd. 762.)
***Geschichte des liber. u. demokr. Gedankens in Deutschl.** V. Rechtsanw. Dr. E. Eck. (773.)

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin



